

Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, G. Beyerhaus, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch

== Heft 348 ==

Großdeutsch oder Kleindeutsch?

Eine quellenkritische Untersuchung
zu Karl Biedermanns
„Erinnerungen aus der Paulskirche“

von

Dr. Eugen F. Schneider

Verlag Dr. Emil Ebering
Berlin 1939

Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.
Vaduz
1965

Historische Studien

Verlag von
Friedrich Vieweg & Sohn
Hannover

Preis 100 M.

Großdeutsch

oder Kleindeutsch

von
Karl Biedermann
Lehrer an der Hochschule

Reprinted from a copy in the collections of
The New York Public Library

Dr. Eugen I. Schuster

Verlag von Vieweg & Sohn

Hannover

Meinen Eltern

Inhalt.

	Seite
Einleitung	9
1. Karl Biedermann	9
2. Biedermanns „Erinnerungen aus der Paulskirche“	12
3. Methodische Begründung der Untersuchung	14

Erstes Kapitel.

Zur Vorgeschichte der österreichischen und der Oberhauptsfrage	19
---	----

Zweites Kapitel.

Die provisorische Lösung der Oberhauptsfrage durch die deutsche Nationalversammlung	38
1. War Gagerns „kühner Griff“ eine „preußische Intrige“?	40
2. War der „kühne Griff“ ein politischer Fehler?	52

Drittes Kapitel.

Die provisorische Lösung der österreichischen Frage, oder die „Frage“ an die österreichische Regierung	58
1. a) Wie verhielt es sich mit dem „gewissen“ Einfluß der Schleswig-Holsteiner im Verfassungsausschuß? Haben sie die Verfassung so eingerichtet, „daß nur ein erbliches Oberhaupt als Spitze darauf paßte“?	62
b) Waren sie die Urheber der §§, und wie haben sie über das Verhältnis zu Österreich gedacht?	65
2. Wie waren die §§ von ihren Urhebern gemeint?	67
3. Wie hat die Majorität der Versammlung die §§ aufgefaßt?	68
4. Haben die Schleswig-Holsteiner politisch klug gehandelt?	71
5. Aus welchen Motiven haben die Schleswig-Holsteiner für Preußens Führung gekämpft?	75
6. Hat vom Anfange des Parlaments an eine „preußische Partei“ existiert?	76
7. Welcher Zweck wurde mit der Gründung des Augsburger Hofs verfolgt?	78

Viertes Kapitel.

Die Antwort der österreichischen Regierung	83
1. Enthielt das Programm von Kremsier eine klare Antwort?	85
2. Konnte das Programm im Sinne von Gagerns Plan verstanden werden?	87
3. War nun die österreichische Regierung tatsächlich bereit, auf die Vorherrschaft in Deutschland zu verzichten und sich mit einem verfassungsmäßigen Bündnis mit dem deutschen Bundesstaat zu begnügen?	89
4. Bedeutete die Auslegung des Kremsierer Programms im Sinne von Gagerns Plan ein Entgegenkommen für die Österreicher?	91

Fünftes Kapitel.

Der Wendepunkt in der Geschichte des Frankfurter Parlaments	93
A) Anton v. Schmerlings Sturz	93
1. Von wem ist die Anregung zu Verhandlungen mit der österreichischen Regierung ausgegangen?	98
2. Ist der Antrag Schmerlings „zweideutig“ gewesen?	100
3. Hat Schmerling als Reichsminister „intrigiert“?	102
4. Welches war die eigentliche Ursache von Schmerlings Sturz?	103
5. Wie vollzog sich Schmerlings Sturz?	107
6. Haben die Schleswig-Holsteiner politisch klug gehandelt?	109
B) Schmerlings Persönlichkeit	111
1. War Schmerling ein „würdiger Schüler“ Metternichs?	113
2. Hat Schmerling als Reichsminister „österreichische Sonderpolitik“ getrieben?	116
3. War Schmerling eine „durch und durch diplomatische Natur“?	119

Sechstes Kapitel.

Der erbitterte Endkampf um die definitive Lösung der österreichischen und der Oberhauptfrage	125
A) Schmerlings Reise nach Wien und Olmütz und die österreichische Note vom 28. Dezember 1848	126
1. War Schmerling der Urheber der Note vom 28. Dezember?	128
2. War die österreichische Note „zweideutig“?	129
3. War Schmerlings Reise eine intrigante Handlung?	131
B) Der Kampf um Heinrich v. Gagerns Regierungsprogramm	131
1. War die Modifikation des Gagernschen Programms von Bedeutung?	134

	Seite
2. Ist gegen Gagerns Regierungsprogramm zwischen den Österreichern und der Linken eine „Koalition“ geschlossen worden?	135
3. War die gemeinsame Opposition der Österreicher und der Linken gegen Gagerns Programm „unnatürlich“?	136
4. Was war die Ursache für das „Koalitions“-Gerede?	137
5. Waren die Kleindeutschen nur von einem „einzigen, großen, einfachen Gedanken“ beseelt?	143
C) Heinrich v. Gagerns Persönlichkeit	144
1. War Gagern ein großer Politiker?	148
2. Ist Gagerns Plan die „politisch höchststehende Ideenschöpfung der Paulskirche“ gewesen?	149
D) Die Oberhauptsfrage in der ersten Lesung	151
1. Ging der Österreicher „ganzes Streben“ dahin, dem jungen Kaiser Franz Josef die deutsche Kaiserkrone zuzuwenden?	152
2. Haben die Großdeutschen vor der Abstimmung über das Oberhaupt eine Verabredung mit der Linken getroffen?	155
E) Die Präsidentenwahl vom 5. Februar 1849	156
1. Ist H. Simon vom Hotel Schröder und vom Pariser Hof das Präsidentenamt angetragen worden?	157
2. Aus welchen Motiven hat Heinrich Simon die Kandidatur abgelehnt?	158
F) Der Kampf um das Wahlgesetz und den Beginn der zweiten Lesung	159
1. Haben die Großdeutschen den Beginn der zweiten Lesung verzögert?	162
2. Haben die Großdeutschen zu diesem Zweck eine Koalition mit der Linken geschlossen?	162
3. Wer trägt die Verantwortung für das radikale Wahlgesetz?	165
G) Der „Antiverfassungsausschuß“ der Großdeutschen oder das „Komplotz gegen Gagern“	166
1. Hat der großdeutsche Verfassungsausschuß ein „Bündnis“ mit der Linken geschlossen?	169
2. Waren die österreichischen Abgeordneten die „Helfeshelfer“ des österreichischen Kabinetts?	170
3. Hatten die Großdeutschen auch positive Vorschläge oder haben sie nur destruktiv gewirkt?	173
H) Der Welckersche Antrag vom 12. März 1849	176
1. Warum ist Welckers Antrag durchgefallen?	178
2. Welches war die Wirkung der Oktroyierung der österreichischen Verfassung auf die Österreicher in der Paulskirche?	180

	Seite
I) Die Abstimmung über Reichsrat, Zivilliste und absolutes Veto	183
Sind Reichsrat, Zivilliste und absolutes Veto durch die Schuld der Großdeutschen durchgefallen?	184
K) Die Koalition der Kleindeutschen mit der Linken	187
Kann Biedermanns Rechtfertigungsversuch der Koalition der Kleindeutschen (mit der Linken) überzeugen?	190
L) Schicksal oder Schuld?	
Würdigung und Kritik der Politik und des Werkes der ersten deutschen Nationalversammlung	193
1. Wer war am Scheitern des Verfassungswerkes schuld?	195
2. Hat die Nationalversammlung auch Verdienste aufzuweisen?	204
Schluß	206
Gesamturteil über Biedermanns „Erinnerungen“	206
Belege und Verweise	209

Einleitung.

1. Karl Biedermann.

Karl Biedermann, dessen „Erinnerungen aus der Paulskirche“ Gegenstand vorliegender Untersuchung sind, wurde am 25. September 1812 in Leipzig geboren. Da er ein illegitimes Kind war, sah seine Mutter sich genötigt, ihn in seinem 9. Lebensjahr in ein Erziehungsinstitut nach Dresden zu schicken. Noch während der wenig sonnigen Schuljahre starb sein Pflegevater und hinterließ ihm ein kleines Vermögen. Dadurch war der aufgeweckte Jüngling in den Stand gesetzt, die Universität zu besuchen.

Als Student suchte Bied.*) zunächst in allen Fakultäten nach einem geeigneten Studium, fand aber keines, das ihm ganz zugesagt hätte. Schließlich entschied er sich, akademischer Lehrer für Philosophie zu werden. So legte er im Jahre 1835 das kombinierte Doktor- und Habilitationsexamen ab und begann sofort, philosophische Vorlesungen und Übungen — damals noch etwas Seltenes — abzuhalten. Schon nach 3 Jahren wurde er außerordentlicher Professor. Doch seine wissenschaftliche Leistung war nicht bedeutend; und da er überdies in seinen Schriften gegen die Philosophie als Wissenschaft polemisierte, war es begreiflich, daß die akademische Behörde ihm keine Beförderung in Aussicht stellen konnte. Bied. ergriff darum die publizistische Laufbahn, ohne jedoch auf seine Lehrtätigkeit zu verzichten.

Anfang 1842 begann er, eine Zeitschrift herauszugeben, die „Deutsche Monatsschrift für Literatur und öffentliches Leben“. Er vertrat darin den Gedanken des Anschlusses der Staaten zweiten und dritten Ranges an Preußen und forderte die Weiterausbildung des Zollvereins nach der politischen Seite hin.¹⁾ Durch seine publizistischen Arbeiten wurde er bald mitten in den politischen Kampf der 40er Jahre hineingestellt. Als im Jahre 1848 die von Paris ausgehende revolutionäre Welle auch Deutschland erfaßte, erhielt

*) Bied. = Biedermann.

Nur die für das Verständnis des Textes unentbehrlichen Erläuterungen befinden sich als Fußnote beim Text. Belege und Verweise siehe S. 209 ff.

er in seiner Eigenschaft als politischer Schriftsteller eine Einladung zum Frankfurter „Vorparlament“, wie man es später nannte, das ihn dann in den Fünfziger-Ausschuß wählte. Bei der darauf folgenden offiziellen Wahl zur ersten deutschen Nationalversammlung erhielt er von dem Zwickauer Wahlkreis ein Mandat.

In der Paulskirche — da kein größerer Raum zur Verfügung stand, tagte die Versammlung in diesem runden Kirchenbau — wurde der 36jährige Bied. Schriftführer der Nat.Vers.*) und kurz vor deren Auflösung noch ihr erster Vizepräsident. Er präsiidierte auch dem „Biedermannschen Ausschuß“, der die heiklen Kompetenzstreitigkeiten zwischen den Länderregierungen und der Zentralgewalt in Frankfurt zu behandeln hatte. Da Bied. kein großer Redner war, spielte er in der Paulskirche auch keine hervorragende Rolle. Umso bedeutsamer jedoch war seine Wirksamkeit innerhalb der Partei, der er jeweils angehörte. Zuerst zählte er zu den Führern des linken Zentrums,**) das sich im Württbg.Hof zu versammeln pflegte, trat dann aber bei der Spaltung dieser Partei nach dem Septemberaufstand in den Augsburger Hof über, dessen Mitbegründer und Vorstand er war. Sein Parteigenosse, der österreichische Historiker Arneth, nennt ihn „eines der eifrigsten und einflußreichsten Mitglieder“⁽²⁾ der Partei. Er war der geborene Klubobmann. Als Vorstand des Augsb.Hofs war Bied. auch in der sogenannten Neunerkommission vertreten. Diesen Ausschuß hatten die 3 Parteien des rechten Zentrums (Kasino, Landsberg und Augsb.Hof) auf Anregung Bied.s gebildet, um sich über die zu verfolgende Politik, schon ehe die öffentliche Debatte im Plenum der

*) Nat.Vers. = Nationalversammlung.

**) Die Parteien wurden nach ihren Versammlungslokalen genannt. Der Name Zentrum hat nichts mit der erst in späteren Jahren sich bildenden katholischen Fraktion zu tun, sondern bezieht sich auf die Gruppierung der Nat.Vers. hinsichtlich der Freiheitsfrage. Vor dem Sturz des Ministerpräsidenten v. Schmerling (im Dezember 1848) bestand das Parlament aus folgenden Parteien:

Äußerste Rechte: „Café Milani“.

Rechtes Zentrum: „Kasino“; „Landsberg“; „Augsburger Hof“.

Linkes Zentrum: „Württembergischer Hof“; „Westendhalle“.

Linke: „Deutscher Hof“.

Äußerste Linke: „Donnersberg“.

Spätere Parteibildungen sind: die großdeutschen Parteien „Hotel Schröder“ und „Pariser Hof“ und die beiden kleindeutschen „Weidenbusch“ und „Nürnbergischer Hof“.

Nat.Vers. begann, jeweils vorher zu verständigen und so bei der Abstimmung eine Zersplitterung der Stimmen zu verhindern.

Als infolge des Sturzes des Ministerpräsidenten Anton v. Schmerling im Dezember 1848 die alten Parteigebilde aufs stärkste erschüttert wurden und an Stelle der 8 Parteien sich zwei große feindliche Lager, das großdeutsche und das kleindeutsche, zu bilden begannen, da zählte Bied. zu den eifrigsten Verfechtern eines Kleindeutschland mit einem preußischen Erbkaiser an der Spitze. Auf seinen Antrag hin wurde am 17. Februar 1849 die erbkaiserialle oder kleindeutsche Partei, der sogenannte Weidenbuschverein, gegründet, dem er ebenfalls häufig präsierte.³⁾ Als Mitglied der Kaiserdeputation war er dann auch Zeuge jener für das Schicksal der Versammlung so entscheidungsvollen Audienz bei Friedrich Wilhelm IV., in der dieser sich weigerte, Krone und Verfassung bedingungslos aus der Hand der Nat.Vers. anzunehmen.

Doch Bied. gab die Hoffnung nicht auf, daß das Werk gelingen würde. Durch einen Appell an das Volk wollte er Friedrich Wilhelm IV. und die deutschen Regierungen zur Anerkennung der Verfassung zwingen und gründete zu diesem Zweck nochmals eine neue Partei, den Nürnberger Hof. Als aber Heinrich v. Gagern, der damals Ministerpräsident und der populärste und einflußreichste Mann der Paulskirche war, sich diesem Plan versagte und bereits die Massenaustritte aus der Nat.Vers. einsetzten, da verließ auch Bied. „nervös überreizt“ — wie die meisten Abgeordneten — die Paulskirche. In seiner Lebensgeschichte erzählt er, er habe in Frankfurt manchmal vor innerer Erregung die Sitzung verlassen müssen, um sich in seiner Wohnung ausweinen zu können.⁴⁾ Er folgte noch jener Einladung nach Gotha, dem vorletzten vergeblichen Versuch der Kleindeutschen, wenigstens einige Trümmer der Verfassung zu retten.

Obwohl die Paulskirche in ihrem Unternehmen gescheitert war, blieb Bied. der Überzeugung treu, daß die Kleindeutschen den richtigen Weg gewählt hätten. Damit die Draußenstehenden wenigstens „größere Billigkeit im Urteilen über die Frankfurter Majorität“⁵⁾ lernen möchten, verfaßte er im Sommer 1849 seine „Erinnerungen aus der Paulskirche“. Auch in seinen späteren Darstellungen und Reden hat er sich immer wieder „geschäftig und wohlmeinend, mit freundlicher Flachheit“ darum bemüht, „das Jahr 1848 doch zu einer, wenn auch mitleidigen, Anerkennung oder wenigstens Duldung zu bringen“.⁶⁾ Zu der Verbreitung der Auf-

fassung, daß der Kampf von 1848 die Vorbereitung zu Bismarcks Reichsgründung gewesen sei, hat er viel beigetragen.

Noch im Jahre 1849 kam Bied. in den sächsischen Landtag. Einige Jahre später (1853) verlor er durch einen Presseprozeß seine Professur und erhielt eine Gefängnisstrafe von 4 Wochen. Da das sächsische Kultministerium ihm erst kurz zuvor ein Gehalt bewilligt hatte, und er durch den Prozeß finanziell sehr geschwächt war, empfand er die Folgen des verlorenen Prozesses doppelt hart. Bied. übernahm nun 1855 die Redaktion der halboffiziellen Weimarschen Zeitung und wohnte auch fast ein Jahrzehnt in Weimar, bis er dann 1863 Leiter der Deutschen Allgemeinen Zeitung in Leipzig wurde. Zwei Jahre darauf (1865) erhielt er seine Professur wieder zurück. Vor dem Ausbruch des Deutschen Krieges 1866 warnte Bied. vor einem Konflikt mit Preußen und war eifrig bemüht, den Bruderkrieg zu verhindern. Im Jahre 1869 kam er ein zweites Mal in den sächsischen Landtag und war bis zum Jahre 1876 der Führer der sächsischen Nationalliberalen. Als 1871 der deutsche Reichstag eröffnet wurde, hatte er die Genugtuung, auch diesem von ihm so heißersehnten Parlament bis zum Jahre 1873 anzugehören.

Neben seiner Lehr- und publizistischen Tätigkeit schrieb Bied. etliche historische und philosophische Werke und unternahm auch einige dramatische Anläufe. Doch von größerer Bedeutung ist nur seine Wirksamkeit als Publizist, Parteimann und Parlamentarier. Er starb am 5. März 1901 als 89jähriger hoch geachtet in seiner Vaterstadt Leipzig.

2. Biedermanns „Erinnerungen aus der Paulskirche“.

Bied. hat seine „Erinnerungen“ noch im Sommer 1849 geschrieben, also unmittelbar nach dem Scheitern der Nat.Vers. In seinem Vorwort gesteht er selbst, daß, da im gegenwärtigen Augenblick „die Wunden jener schweren Zeit in den Gemütern“ kaum vernarbt seien, eine historische und vollkommen objektive Schilderung der Vorgänge in der Paulskirche „erst einer späteren Zeit und einer abgeklärteren Stimmung gelingen“ dürfte. Er sagt, seine Erinnerungen wollten deshalb auch nirgends „den Charakter des Persönlichen, des subjektiv Erlebten und Empfundenen“ verleugnen; eine Schilderung der Parteien von einem, „der selbst innerhalb einer Partei . . . mit an deren Spitze gestanden“, könne auf den „Ruhm der Parteilosigkeit“ keinen Anspruch erheben. „Doch“,

fährt er fort, „bin ich mir bewußt, daß ich dem ehrlichen, konsequenten, tapfern, nur durch innere Überzeugung, nicht durch äußere Motive getriebenen Gegner volle Gerechtigkeit habe widerfahren lassen, wie ich andererseits auch die eigenen Parteigenossen nirgends geschont habe, wo jene Eigenschaften sich vermissen ließen.“⁷⁾

So sehr überzeugend scheint aber seine „volle Gerechtigkeit“ auf die Gegner nicht gewirkt zu haben; denn der Großdeutsche Pastor Jürgens rechnet Bied. zu jenen Historiographen der Paulskirche, die „nicht bloß aus dem Parteistandpunkte, sondern zum Teil in gar zu hohem Grade parteiisch, unrichtig, wahrheitswidrig“ berichten.⁸⁾ Er schreibt, Bied. verstehe sich vortrefflich auf das „Geschichtsfärben“, auf die Kunst, „alle Dinge in ein für seine Tendenzen bequemes Licht zu rücken und über Anstöße, welche aus der Wahrheit sich ergeben, glatt hinwegzukommen . . .“;⁹⁾ was damals die Parteisucht an verlogenen Darstellungen erfunden, die Parteiverblendung ohne alle Prüfung geglaubt, sogar das „Monströseste und Gehässigste“, sei nachträglich von den Erbkaiserlichen (Laube, Haym, Biedermann, Rochau u. a.) in ihre Parteiberichte und Geschichtserzählungen aufgenommen worden.¹⁰⁾ Am meisten Anstoß nimmt Pastor Jürgens an Bied.s Charakterisierungen der Abgeordneten. Einiges sei darin „sehr wahr und vollkommen treffend, anderes völlig unwahr und unzutreffend, noch anderes halbein halbander . . .“. „Wer ihrer Partei angehörte“, fährt Jürgens fort, „den stellen die kaiserlichen Historiographen ins Licht, wer nicht, wird von ihnen in den Schatten gestellt. . . . So werden in Bied.s Pinsel die kleinsten, bis dahin kaum bemerkten Lichter, zu jedermanns höchster Überraschung, der sie kennt, in wichtige Parlamentsmitglieder, große Staatsmänner oder tiefblickende Politiker verwandelt — wenn sie zum Augsburger Hof gehörten. Was ihre Freunde betrifft, so sieht es aus, als hätten die Herren in ihren Büchern sozusagen eine Belobungs-Assekuranz errichtet, auf Gegenseitigkeit gegründet.“¹¹⁾

Ähnlich urteilt der zum Landsberg zählende, aber mit der Großdeutschen sympathisierende W. Wichmann in seinen „Denkwürdigkeiten“ über Bied.s Art der Charakterisierung. Er behauptet, die Führer der Frankfurter Majorität kämen dabei ebenso gut weg, wie die Gegner schlecht; „die Quintessenz aller politische Weisheit der Paulskirche“ wäre nach Bied. im Augsburger Hof dem er präsiidierte, vorhanden gewesen.¹²⁾

Diese Gegensätze in den Ansichten lassen es wohl gerechtfertigt erscheinen, daß Bied.s „Erinnerungen“ einmal unter die kritische Lupe genommen und auf ihren Quellenwert untersucht werden.

3. Methodische Begründung der Untersuchung.

Bied.s „Erinnerungen aus der Paulskirche“ gliedern sich in folgende Abschnitte:

- I. Anfänge der Parteibildung (S. 1—10).
- II. Die Parteien und ihre Gegensätze bis zum Schluß des Jahres 1848 (S. 11—44).
- III. Neue Parteibildung zu Ende des Jahres 1848 (S. 45—113).
- IV. Die letzten Wochen der Nat.Vers. zu Frankfurt und die Stellung der Parteien während dieser Zeit (S. 114—167).
- V. Das innere Leben der Parteien. Parteiführer und Parteigenossen (S. 168—411).

Wie die Inhaltsübersicht zeigt, gibt Bied. eine Geschichte der Parteien und Charakterisierung ihrer Mitglieder. In Wirklichkeit jedoch lassen sich durch das ganze Buch hindurch, selbst in den Charakteristiken, die beiden Hauptprobleme der Einheitsbestrebungen von 1848:

die österreichische und
die Oberhauptsfrage

wie ein roter Faden verfolgen. Darum haben wir auch diese beiden Probleme zur kritischen Untersuchung herausgegriffen. Selbstverständlich war es nicht möglich, jeden falschen Strich in Bied.s Darstellung zu korrigieren, sondern es wurde nur auf die wesentlichen und kontroversen Punkte näher eingegangen.

Die Resultate der Untersuchung ergaben sich aus dem sorgfältigen Vergleich von Bied.s „Erinnerungen“ mit andern erzählenden Quellen: Erinnerungen, Tagebüchern, Briefen, Biographien, Darstellungen der Vorgänge der Jahre 1848/49 etc. von Mitgliedern der Nat.Vers. und Zeitgenossen. Die Protokolle der einzelnen Parteien und ihrer Ausschüsse konnten, obwohl nachweislich solche geführt wurden,¹³⁾ zu der Arbeit nicht herangezogen werden, denn sie waren bis heute noch nicht aufzufinden. Da die österreichische und die Oberhauptsfrage vorwiegend in den Klubversammlungen, -ausschüssen und internen Beratungen — und nicht im Plenum! — durchgekämpft wurden, war infolge Fehlens der Protokolle die

Urteilsbildung erschwert. Daß das Resultat der Abstimmung tatsächlich in vielen Fällen schon vor Beginn der öffentlichen Debatte in der Paulskirche festgelegt hat und die großen Reden oft nur noch den Zweck hatten, die letzten Absichten und Wünsche vor dem Gegner zu verhüllen, ihn zu ködern,*) oder aber die gegnerischen Pläne in einem möglichst schlechten Licht erscheinen zu lassen, das bezeugt Jürgens. Dieser schrieb im Januar 1850 in dem Vorwort zu seiner umfangreichen Geschichte der Nat.Vers.: „Sehr viele von den Mitagierenden auf der Bühne des Parlaments haben sehr wenig von dem eigentlich Ursächlichen erfahren, von dem, was hinter den Kulissen vorging, in den Klubs, unter den Leitern der Parteien und Koterien, in der Diplomatie. Viele eifrige Klubmitglieder wissen heute noch nicht, was da und dann die Führer wußten und wollten, und wie es eigentlich gekommen, daß sie den und den Parteibeschuß mitgefaßt und so und so gestimmt haben.“¹⁴⁾ Diese Äußerung weist uns den Weg zu einer noch reineren Quelle, als die Parteiprotokolle sie darstellen würden, nämlich zu der wertvollen Quelle der politischen Persönlichkeiten. Sie sind die schöpferischen Denker und nicht die Masse; politische Ideen sind immer aufs engste mit der Persönlichkeit verknüpft. Und über das Wollen der politischen Persönlichkeiten geben ihre Tagebücher und Briefe den sichersten Aufschluß. So hoffen wir, mit den Ergebnissen des Quellenvergleichs trotz Fehlens der Parteiprotokolle der Wahrheit möglichst nahe gekommen zu sein.

Der Stoff der Untersuchung gebot, streng chronologisch zu verfahren; denn der Faktor „Zeit“ spielt bei der Beurteilung des Geschehens revolutionärer Zeiten, wo sich die Ereignisse überstürzen, immer eine besonders wichtige Rolle. Nur so war es möglich, scheinbare Widersprüche aufzuklären, wie sie sich z. B. bei dem Vergleich der Wahl des provisorischen Oberhauptes (des österreichischen Erzherzogs) im Juni 1848 mit der des definitiven (des preußischen Erbkaisers) im März 1849 oder bei dem

*) Der beste Beleg für die Behauptung, daß die Entscheidungen bereits in den Parteiversammlungen und nicht erst im Plenum fielen, ist die große Rede, die Gabriel Rießer am 21. März 1849 zu Welckers Antrag in der Paulskirche hielt. Obwohl die Abgeordneten sich weinend in den Armen lagen, konnte durch diese rührselige Rede doch keine einzige Stimme „erobert“ werden, denn die Abgeordneten waren eben in ihrem Votum bereits an die in den Parteiversammlungen gefaßten Beschlüsse gebunden. Vgl. Haym, II, S. 333 und Jürgens, II, 2, S. 226 ff.

Vergleich der Abstimmung über die bekannten §§ 2 und 3 in erster Lesung im Oktober 1848 mit der zweiten Lesung im März 1849 ergeben. Es braucht nämlich nicht unbedingt von Inkonsequenz zu zeugen, wenn sehr viele Abgeordnete, die in erster Lesung für die §§ gestimmt haben, in der zweiten dagegen stimmten; denn zwischen der ersten und zweiten Lesung liegen tiefgreifende Ereignisse. Die neue Situation erforderte eben eine neue Stellungnahme zu dem österreichischen Problem. Darum ist es ganz unhistorisch, wenn so manche erbkaiserliche Historiographen die Abstimmung der zweiten Lesung vom Zeitpunkt der ersten Lesung aus beurteilen. Man kann einer Handlung nur gerecht werden, wenn sie aus den Voraussetzungen und der Situation erklärt wird, die ihr tatsächlich zugrunde gelegen haben.

Ebenso verkehrt wäre es natürlich, wenn man an das politische Wollen der Achtundvierziger den Maßstab der Gegenwart anlegen würde. Der österreichische Historiker H. Ritter v. Srbik sagte einmal, „es wäre ein Leichtes, zu zeigen, wie sehr seit den Tagen des ersten deutschen Parlaments bei der geschichtlichen Beurteilung der deutschen Einheitsfrage, ihrer Lösungsversuche und vorläufigen Lösung, der gegensätzlichen Strömungen in dem großen Ideenringen der Paulskirche und ihres wechselnden Erfolges 'das Leben auf die Wissenschaft' gewirkt hat“.¹⁵⁾ Srbik hat recht: der Wert politischer Ideen darf nicht allein nach dem Erfolg bemessen werden.

Und noch eine letzte Fehlerquelle mußte gemieden werden, nämlich die Auffassung jener Richtung, die das österreichische Problem nur als Herzenssache betrachtete. Die Tatsache, daß die Frage der politischen Einheit Deutschlands 1848 nicht nur eine Angelegenheit des politischen Verstandes, sondern auch der Herzen war und heute noch ist, war wohl die Ursache für die große Heftigkeit, mit der der Kampf in der Paulskirche geführt wurde. Alle Mittel der Rhetorik, Dialektik und Sophistik sind auf beiden Seiten aufgeboten worden, um zum Siege zu kommen. Aber auch noch Jahrzehnte später sind die Probleme der deutschen Einigung bisweilen ganz ähnlich behandelt worden wie damals in der Paulskirche, so daß diese späteren Schriften oft nur eine Neuauflage jener in der Nat.Vers. gehaltenen Reden darstellen. Kein Wunder, wenn Max Lenz und Erich Marcks gemahnt haben, nun endlich Schluß zu machen mit dem parteipolitischen Zank zwischen Großdeutschen und Kleindeutschen und dafür mit einem geschichtlich gerechten,

einfühlenden Begreifen nach den damaligen Voraussetzungen zu beginnen und vor allem vergessene oder ganz unbekannte Tatsachenzusammenhänge zu erforschen.¹⁶⁾ Um gegen die Gefühlsargumentationen der Parteipolemiker gefeit zu sein, werden in einem geschichtlichen Rückblick im ersten Kapitel der Arbeit die Probleme der deutschen Einigung zunächst aus der Enge der Parteitagitation herausgehoben auf die objektivere Warte geschichtlicher Notwendigkeit und Möglichkeiten.

Erstes Kapitel.

Zur Vorgeschichte der österreichischen und der Oberhauptsfrage.

Die Frage nach dem deutschen Oberhaupt ist weithin gleichbedeutend mit der Frage nach der deutschen Einheit. Mit diesem Problem wird der wunde Punkt der deutschen Geschichte berührt. Der fast ununterbrochene Kampf der zentrifugalen Kräfte gegen die zentripetale Gewalt, d. h. der nach Unabhängigkeit verlangenden Teilgewalten gegen die nach Zusammenfassung strebende Zentralgewalt, ist ein Charakteristikum der deutschen Vergangenheit. Schon bei seinem Eintritt in die Geschichte war das deutsche Volk mit dem Erbübel des Partikularismus belastet. Denn die Stämme und das Herzogtum waren älter als das durch zufällige Erbteilungen entstandene Ostreich und dessen Königtum. Die letzte Ursache für das Vorherrschen der Sondertümelei und die Vernachlässigung der Pflege des Gemeinsamen wird aber wohl in dem unverhältnismäßig starken Hang des deutschen Menschen zum Individualismus zu suchen sein. Die Folge des Partikularismus war das wahrhaft deutsche Schicksal: als Kulturnation zeitweise führend unter den Völkern zu sein und als Staatsnation zumeist auf den Platz an der Sonne verzichten zu müssen.

Der älteste Feind des deutschen Oberhaupts und damit der deutschen Einheit war, wie gesagt, der Partikularismus der deutschen Stämme und ihrer Herzöge. Die Oberhauptsfrage fand stets nur dann eine befriedigende Lösung, wenn der König das Recht des Stärkeren auf seiner Seite hatte. Erst als es den Königen im Mittelalter gelang, sich im Bunde mit der Kirche ein Übergewicht über die Herzöge zu verschaffen, war auch die Möglichkeit zu kraftvoller Politik gegeben. Das Bündnis zwischen König und Bischof führte das Reich zu höchster Blüte. Bewußtes Anknüpfen an die römische Tradition, vor allem der Anspruch auf die Schutzherrschaft über die christliche Kirche und auf die Oberhoheit im Abendland, gaben dem „Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation“ seinen sakralen und imperialen Charakter.

Doch als infolge der Reformbewegung der Kirche der König den Einfluß auf diese und damit auch die Herrschaft über Italien verlor, da verschob sich sofort wieder das Schwergewicht zu Gunsten der Partikulargewalten. Das Königsgut geriet allmählich in die Hände der Großen. Auch die königlichen Rechte, die sogenannten Regalien (z. B. das Zoll- und Münzrecht, Gerichtsbarkeit, Befestigungsrecht etc.) gingen im Laufe der Zeit an die weltlichen und geistlichen Fürsten über, die dadurch zu wirklichen Landesherren (*domini terrae*) wurden. Die Folge dieser Entwicklung war das Interregnum, die kaiserlose, die schreckliche Zeit.

Mit dem späteren Mittelalter beginnt das Zeitalter der Landesstaaten. Die Geschichte des Reichs läuft nur noch nebenher. Ohne die Unterstützung der Kirche, ohne Königsgut und Regalien und ohne die Herrschaft über Italien war das Königtum fast nur noch ein schöner Begriff. In der Verleihung des *ius foederis* an die Landesherren im Westfälischen Frieden von 1648 fand diese fortgesetzte dezentralistische Entwicklung einen gewissen Abschluß: im Besitze des Bündnisrechtes mit ausländischen Staaten waren die Fürsten nun Souveräne, d. h. unumschränkte Herrscher ihrer Länder. Deutschland aber blieb nur noch einer „Republik von Fürsten mit einem gewählten Kaiser an der Spitze“, wie Friedrich der Große den staatsrechtlichen Zustand nach dem Dreißigjährigen Krieg einmal bezeichnete.¹⁾

Doch das Problem der deutschen Einheit sollte noch komplizierter werden.

Die bekannte Methode der Habsburgischen Dynastie, sich durch Vergrößerung des eigenen Landesstaates eine neue Machtgrundlage zu schaffen, um damit ein Übergewicht über die anderen Fürsten zu erlangen, führte nämlich zu der politischen Entfremdung Österreichs vom Reiche. Österreich wurde europäische Großmacht, deren Interessen vorwiegend in Italien und im Osten lagen und für die das Geschehen „draußen im Reich“ allmählich in den Hintergrund trat. So entstand für das deutsche Reich neben der Oberhauptsfrage noch ein besonderes österreichisches Problem.

Eine weitere schwere Belastung für die Einheit des Reichs bedeutete die durch die Reformation bzw. Gegenreformation hervorgerufene Spaltung Deutschlands in einen protestantischen Norden und einen katholischen Süden.

Vollends hoffnungslos schien der Zustand des Reichs und die Stellung des deutschen Oberhauptes zu werden, als im Norden

Deutschlands sich ein zweiter Staat zur europäischen Großmacht emporzuringen begann: das Preußen Friedrichs des Großen. Denn Deutschland bekam nun zwei Hauptstädte und zwei Oberhäupter, ein gekröntes in Wien und einen ungekrönten Gegenkaiser in Potsdam. Das zwischen diesen beiden deutschen Großmächten liegende „dritte Deutschland“²⁾ aber suchte sich an Frankreich, den alten Erbfeind, anzulehnen. Das Reich war im Partikularismus völlig versumpft.

Als in dem eroberungssüchtigen Frankreich ein genialer Feldherr auf den Plan trat, war auch über das Schicksal Deutschlands entschieden. Napoleon besiegte mit Hilfe des „dritten Deutschlands“, das in den Rheinbund eintrat, nacheinander die beiden deutschen Großmächte und zertrümmerte den preußischen Staat. Am 6. August 1806 legte Kaiser Franz die deutsche Kaiserwürde nieder und entband die Reichsstände ihres Eides. Damit fand das alte Deutsche Reich sein unrühmliches Ende.

Doch die Zeit von Deutschlands tiefster Erniedrigung war zugleich der Anfang eines neuen Aufstiegs. Während der deutsche Mensch in politischer Hinsicht oft nur noch in den Grenzen des Landesstaats zu denken vermocht hatte, verkehrte sein Geist mit dem Geist der Welten, wie sich Schiller einmal ausdrückte. Die gebildete Schicht des Volkes, vor allem die Dichter, Philosophen und Staatsmänner, bemächtigten sich des nationalen Gedankens. Im Zusammenhang mit der literarischen Aufwärtsbewegung und im bewußten Gegensatz zum politischen Leben entwickelte sich die Liebe zum deutschen Vaterlande als Gesamtheit und belebte sich der Sinn für die Vergangenheit des eigenen Volkes. „Gerade die Zertrümmerung des deutschen Reiches durch Napoleon und erst recht dann die preußische Niederlage von 1806 eröffneten die Möglichkeit eines Neuaufbaues aus romantischem Geiste, einer Verwirklichung romantischer Staatsidee, einer 'allgemeinen Regeneration' wie Schleiermacher sagte.“³⁾

Allein als das Werk der Befreiung gelungen und der Korse endgültig besiegt war und es sich nun darum handelte, das zweite Interregnum zu beenden, da zeigte sich sofort, wie unendlich schwierig es war, die vielen politischen Gegensätze in einem lebensfähigen Staatsgebilde neu zu organisieren. Während der Freiherr vom Stein die Kaiserwürde wieder den Habsburgern geben wollte, war Hardenberg einer Verewigung des geistlosen österreichischen Regiments in Deutschland abgeneigt und forderte eine von Preußen

und Österreich gemeinsam auszuübende Regierung. Gneisenau dagegen sagte, Preußen müsse durch dreifaches Primat: Kriege, Verfassung und Gesetze und durch Pflege von Kunst und Wissenschaft bei den übrigen deutschen Staaten den Wunsch erwecken, mit Preußen vereinigt zu werden. Niebuhr betrachtete die preußische Nationalität als Vorstufe zur deutschen, und Fichte machte sogar den Vorschlag, den König von Preußen als Zwingherrn zur deutschen Einheit an die Spitze Deutschlands zu stellen; der preußische Staat sollte in der deutschen Nation aufgehen.⁴⁾

Schon bei diesem ersten Versuch nach den Befreiungskriegen, ein neues Reich zu gründen, tauchte also der Gedanke auf, Preußen an Stelle Österreichs die Führung in Deutschland zu geben. Was tatsächlich zustande kam, war der Deutsche Bund mit seinem ständig tagenden Gesandtenkongreß in Frankfurt a. M. Die Oberhauptsfrage ließ man offen, indem man das Kaisertum nicht mehr erneuerte; in der österreichischen Frage und bezüglich des preußisch-österreichischen Dualismus wurde die Entscheidung dahin getroffen, daß Österreich nur mit seinen deutschen Provinzen (also ohne die ungarischen, italienischen und polnischen) dem Bund beitrug und Preußen dem österreichischen Gesandten am Bundestag den Vorsitz überließ. Österreich hatte also sein Recht auf Führung noch einmal durchgesetzt; aber indem der größere Teil seiner Länder nicht in den Deutschen Bund aufgenommen wurde, trat sein halbausländischer Charakter klar zutage. Den Ansprüchen der Partikulargewalten endlich wurde dadurch entsprochen, daß jeder Gesandte der 35 Staaten und Stätten samt den 4 freien Städten in bestimmten Fragen das Vetorecht erhielt, wodurch eine kraftvolle Förderung der Einheitsbestrebung von vornherein unterbunden war.

Die Schicht der Gebildeten, die das Hauptverdienst am Befreiungswerk hatte, war bitter enttäuscht. Keiner ihrer nationalen und liberalen Wünsche war eigentlich in Erfüllung gegangen. Nur die Fürsten von Sachsen-Weimar, Bayern, Baden, Württemberg und Hessen-Darmstadt gaben zunächst ihren Ländern die in Artikel 13 der Bundesakte angekündigten Verfassungen. Österreich und Preußen dagegen wollten restaurieren. Metternich vor allem, der österreichische Staatskanzler, umgab seine Monarchie mit einer chinesischen Mauer, um sie gegen das Eindringen aller nationalen und liberalen Ideen zu schützen. Seine Furcht war berechtigt, denn jene Ideen gefährdeten das österreichische Völkerkonglomerat aufs schwerste.

Doch die einmal entfachte Bewegung war nicht mehr aufzuhalten. Das Verbot der deutschen Burschenschaft und die Verfolgung der „Demagogen“ durch den Bundestag hatte nur eine Radikalisierung und stärkere Hinneigung zu Frankreich zur Folge. Überhaupt war nicht nur die liberale Idee, sondern auch der Gedanke der nationalen Autonomie vielfach nur ein „universales und rationales Axiom“⁵⁾. Umso einzigartiger ragt Paul Pfizers realistische Schrift „Briefwechsel zweier Deutschen“ vom Jahre 1831 aus seiner Zeit hervor. Pfizer forderte hier zum ersten Mal in aller Öffentlichkeit für Preußen, das sich in den Befreiungskriegen „einen vollgültigen Rechtstitel auf die Hegemonie erworben“ habe, die Führung in Deutschland.⁶⁾ Die Bedingung jedoch, unter der Preußen den Primat erhalten hätte, war hart: Preußen sollte, damit es sich besser in den gesamtdeutschen Boden verpflanzen lasse, in Provinzen aufgelöst werden und keine eigene Volksvertretung erhalten. Diesen Gedanken des Untergehens von Preußen in Deutschland — süddeutsche Furcht vor einem preußischen Übergewicht! — hatte General Friedrich v. Gagern*) bereits im Jahre 1823 ausgesprochen, er war aber nicht über seinen Familienkreis hinausgedrungen.

Zwei Süddeutsche forderten hier, daß Preußen zum Reich fortschreite, und ein Süddeutscher war es auch — Friedrich List —, der schon 1819 durch Gründung des „Deutschen Handelsvereins“ dem Bedürfnis nach größerer Verkehrseinheit in Deutschland Ausdruck gegeben hatte. Doch die erste reale Brücke zwischen Nord und Süd schlug erst der geniale preußische Staatsmann Motz durch die von ihm fast bis an die Vollendung herangeführte zollpolitische Einigung Deutschlands, mit der er ein „in Wahrheit verbündetes, nach innen und außen festes und freies Deutschland unter dem Schutz und Schirm von Preußen“⁷⁾ zu erreichen hoffte. Metternich hatte trotz größter Anstrengung diesen wirtschaftlichen Bund innerhalb des deutschen Bundesgebiets, nämlich den deutschen Zollverein, nicht verhindern können.

Durch die Gründung des deutschen Zollvereins trat Preußen stark in den Vordergrund. Seit den Stein-Hardenberg-Scharnhorst'schen Reformen war dieser Staat sowohl in der Verwaltung als auch

*) Friedrich v. Gagern ist der Bruder von Max v. G., dem Führer der süddeutschen Zirkulargesandtschaft (s. hinten S. 26), und Heinrich v. G., dem Präsidenten der Nat.Vers.

auf militärischem Gebiet der modernste deutsche Staat. Die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, wie sie allmählich geworden waren, drängten die süddeutschen Staaten, sich nunmehr an Preußen anzulehnen; denn Österreichs Interessen lagen seit der Preisgabe seiner vorderösterreichischen Gebiete vollends ganz im Süden und Südosten. An seiner Stelle hatte Preußen die Wacht am Rhein übernommen. Die Süddeutschen, die einem französischen Angriff am meisten ausgesetzt waren, empfanden den Mangel eines mächtigen Reiches am stärksten. Sie hätten gerne Preußens Stärke mitgenossen, aber ohne von der preußischen Hegemonie viel verspüren zu müssen⁸⁾; darum forderten manche die Auflösung des preußischen Staates. Woran jedoch die öffentliche Meinung in Süddeutschland besonders Anstoß nahm, war die Beibehaltung des absolutistischen Regimes und damit die Verweigerung einer Nationalvertretung für Preußen. Der liberale und nationale Gedanke waren eben damals aufs engste miteinander verquichtet.

Je länger der „Belagerungszustand des deutschen Volkes“ durch den Bundestag währte, desto lebhafter wurden die alten liberalen und nationalen Forderungen erhoben. Überall in Europa begann es zu gären. Schon am 1. März 1846 schrieb der sächsische Legationssekretär Vitzthum v. Eckstädt aus Berlin: „Daß wir mitten in einer welterschütternden Revolution stehen, wird alle Tage klarer . . .“; und am 14. Januar 1847 fragte er in einem Briefe, ob die beiden großen Blitzableiter in Wien und Paris wohl noch stark genug wären, das alte gebrechliche Dach des europäischen Staatensystems vor dem Einschlagen des Blitzes zu schützen.⁹⁾

Auf den Germanistentagungen in Frankfurt a. M. (1846) und Lübeck (1847), wo der Historiker Dahlmann die Hauptrolle spielte, wurde die nationale Frage lebhaft erörtert. Auch die 1847 von dem Literarhistoriker Gervinus gegründete Deutsche Zeitung befaßte sich sehr eingehend mit der deutschen Einheitsfrage, und zwar waren in ihr die kleindeutschen Stimmen vorherrschend. Österreich wurde von den südwestdeutschen liberalen Protesanten und noch mehr natürlich von den Norddeutschen zaghaft aus Deutschland „hinauskomplimentiert“.¹⁰⁾ Man riet ihm, sein Gesicht nach Osten zu kehren und tröstete es mit der guten Bundesgenossenschaft Deutschlands. Geteilter Ansicht jedoch waren die Teilnehmer der am 10. Oktober 1847 in Heppenheim tagenden Versammlung, die sich vorwiegend aus Mitgliedern der badischen, württembergischen und hessischen Kammeropposition zusammensetzte. Die eine, mehr

föderative Richtung, erstrebte eine Reform im Anschluß an die bestehende Bundesverfassung und den Zollverein, die andere, mehr auf Einheit abzielende Richtung dagegen, sprach sich, im Gegensatz zu Österreich, für die Führung des Bundes durch Preußen aus. Hansemann und Mathy rieten, ein Zollparlament zu berufen, Heinrich v. Gagern und Bassermann aber drangen auf Berufung eines Bundesparlaments; und dieser Vorschlag imponierte entschieden mehr.¹¹⁾ Die Vertretung der Nation am Bundestage war schon viel früher (1831) von Paul Pfizer in der württembergischen und von Welcker in der badischen Kammer gefordert worden, ohne daß es damals großen Eindruck gemacht hätte; „jetzt aber, bei der schon vor den Pariser Februarereignissen dumpfgärenden Bewegung im Volke, war mit dem Verlangen nach einem deutschen Parlamente ein großes Losungswort gegeben; die monarchisch-parlamentarische Bundesstaatspartei machte es zu ihrem Ausgangspunkte.“¹²⁾

Durch die Berufung des Preußischen Vereinigten Landtags im Frühjahr 1847 erhielt die Bewegung einen starken Auftrieb. Fürst Karl v. Leinigen, (der bis zum Septemberaufstand Ministerpräsident in Frankfurt war), schrieb in bezug auf dieses Ereignis am 5. März 1847: „Der Einfluß Preußens, durch den Zollverein bereits zu großer Macht gelangt, wird durch seinen Übergang zum konstitutionellen Leben, an dessen Spitze es sich bald *bon gré mal gré* in Teutschland befinden wird, riesengroß. Österreich konnte diesen überwiegenden Einfluß balancieren, wenn es sich mittels des Bundes — so wie Preußen der teutschen kommerziellen und konstitutionellen Interessen — der teutschen nationalen Interessen bemächtigt hätte.“¹³⁾

Noch ehe die Revolution am 22. Februar 1848 in Paris ausbrach, stellten Bassermann am 12. Februar in der badischen und Heinrich v. Gagern dann am 28. Februar in der hessischen Kammer den Antrag auf Berufung eines deutschen Volksparlaments neben dem Bundestag und Ernennung eines interimistischen Bundesoberhaupts.

Die Nachricht von dem Ausbruch der Revolution in Paris wirkte in Deutschland wie ein Funke im Pulverfaß. Vitzthum verlangte am 29. Februar nach „Trommelwirbel und Kanonendonner“; damit werde „des lieben Deutschland Auferstehung gefeiert werden“. Er war der Ansicht, „daß ein mächtiges, einiges Deutschland . . . erst aus einer Bluttaufe erstehen“ könne.¹⁴⁾

Die Ereignisse, die die deutsche Revolution im März 1848 einleiteten, waren für das Schicksal der Bewegung von entscheidender Bedeutung. Sie sind — neben der genauen Kenntnis der letzten politischen Ziele der führenden Persönlichkeiten und der nötigen Berücksichtigung der Psychologie der Masse — ein Schlüssel für das Verständnis der so widerspruchsvoll scheinenden Beschlüsse der Nat.Vers. und ihres Mißerfolges. Darum soll das Geschehen der Märzrevolution im Rahmen unserer Fragestellung jetzt etwas eingehender gewürdigt werden.

Durch die Nachricht des Revolutionsausbruchs in Paris wurden das deutsche Volk und noch mehr seine Regierungen von einer begreiflichen Nervosität erfaßt. An maßgebenden Stellen war teilweise die Erkenntnis vorhanden, daß sofort-etwas geschehen müsse, ehe die Bewegung über einen hinwegschreite. Wieder, wie bei der französischen Kriegsgefahr von 1840, richteten sich die Blicke „mit einer ganz eigenen Mischung von Hilfsbedürftigkeit, Hoffnung und Zumutung, wie sie wohl nur in revolutionären Zeiten möglich ist“, auf Preußen.¹⁵⁾ Aus dieser Situation entsprang der Gedanke der Zirkulargesandtschaft von Max v. Gagern, des Vertrauten des Herzogs von Nassau. Max v. Gagern besuchte nacheinander die süddeutschen Höfe, um die Fürsten zu veranlassen, sofort dem König von Preußen die Exekutivgewalt in Deutschland zu übertragen. In der ersten Verwirrung und Verlegenheit, in der sich noch alles befand, gelang es ihm wirklich, die Zustimmung der süddeutschen Regierungen zu seinem Programm zu erhalten. Bis die Gesandtschaft jedoch in Berlin ankam, war bereits das Unglück des 18. März geschehen. An eine Übertragung der Exekutivgewalt an Preußen war nun nicht mehr zu denken.

Ein ähnliches Ziel wie Max v. Gagern verfolgte Dönhoff, Preußens Gesandter am Bundestag, der damals an Stelle des zu meist im gemütlicheren Wien weilenden österreichischen Präses Münch in der Eschenheimer Straße präsiidierte. Ohne von Berlin dazu beauftragt zu sein, forderte er energisch, daß sofort und zwar gemeinsam mit Vertretern des Volkes über eine Reform des Bundes Beschluß gefaßt werde. So hoffte er nämlich, der Bewegung eine preußisch-deutsche Richtung geben zu können. Dönhoff war entschieden dagegen, daß die Reform in Gemeinschaft mit Österreich auf einem Fürsten- oder Ministerkongreß beschlossen würde, wie Radowitz und Friedrich Wilhelm es beabsichtigten. Nach seiner Ansicht war für Preußen unter den gegebenen Verhältnissen die

Lösung von der österreichischen Fessel die einzig richtige Politik.¹⁶⁾ Es gelang ihm, den Beschluß vom 10. März durchzusetzen, der von den Regierungen zur Ergänzung des Bundestags Vertrauensmänner erbat, um gemeinsam mit ihnen die Reformvorschläge beraten zu können. Da jedoch Wien darüber aufs höchste bestürzt war, mußte der Beschluß noch einmal suspendiert werden.

Daß die politische Situation in Deutschland für eine preußisch-deutsche Lösung der Oberhauptsfrage tatsächlich niemals günstiger war als um die Mitte des Monats März, das wird durch einen Brief des badischen Ministers v. Dusch vom 10. März 1848 bestätigt, in dem es heißt: „Preußen am Bundestage in Frankfurt mit Energie im nationalen Sinn an der Spitze stehend und rasch befriedigende Beschlüsse über die Nationalvertretung am Bunde, zu denen keine Regierung unter den jetzigen Umständen wagen könnte, *n e i n* zu sagen: von dort könnte Preußen jetzt *a l l e s*, es könnte Deutschland retten und mit uns allen zusammen eine nationale Kraft hervorgerufen, wie Deutschland sie noch nie gekannt, und welche allem, dem Kommunismus wie der Revolution und den französischen Heeren überlegen wäre . . .“¹⁷⁾ Das Schicksal Deutschlands hat also damals in der Hand des Mannes gelegen, von dem Fürst von Leinigen gewünscht hatte, daß es ein „mutiger und moderner Fürst“ wäre, „gewissermaßen ein großer Friedrich des Liberalismus“.¹⁸⁾

Doch Friedrich Wilhelm von Preußen — obwohl er sehr begabt war — besaß weder die Tatkraft und Entschlossenheit seines großen Vorfahren, noch war er liberal. Sein politisches Denken bewegte sich durchaus in großdeutschen Bahnen. Es widerstrebte seinem sittlichen Empfinden, aus Österreichs Schwäche einen Nutzen für Preußen zu ziehen. „Daß Österreich faktisch aus dem Bunde gedrängt werde und Preußen seine Stelle einnehme — (davor) möge mich unser Herrgott im Himmel bewahren. Deutschland ohne Triest und Tirol und das herrliche Erzherzogtum wäre schlimmer als ein Gesicht ohne Nase!! Gott wird Deutschland nicht verlassen . . .“, schrieb er am 6. November 1847 an Prinz Albert.¹⁹⁾ Und vor nichts hatte er größeren Abscheu als vor der Jakobinermütze. „Das Banner deutscher Unabhängigkeit, Ehre und Macht, das Banner der alten Reichsinstitutionen unseres deutschen Volkes, das Banner deutscher Freiheit“ wollte er aufrecht erhalten, „aber nicht das der liberalen Dummheiten, die gar nichts, nichts und noch einmal nichts als ein kurzer Übergangszustand in den Radikalismus“ seien.²⁰⁾ Wenn die „Heidelberger Teutschparlamentarier und

die Chefs der badischen, darmstädtischen, nassauischen etc. Bewegung“ es wagen sollten, so schrieb er am 10. März 1848 an Radowitz, die Souveränität des Deutschen Bundes anzutasten, müßte er dies als Hochverrat proklamieren und sie in die Reichsoberacht erklären und im äußersten Fall mit der „ultima ratio“*) zu Deutschland reden.²¹⁾

Das erste Hindernis für eine Lösung der österreichischen und der Oberhauptsfrage im preußisch-deutschen Sinn schien also kein geringerer als Friedrich Wilhelm selbst zu werden. Daß schon dieser Hauptfaktor ein negatives Vorzeichen hatte, zeigt, unter wie wenig günstigen Voraussetzungen diejenigen in den nun bald beginnenden Kampf eintreten sollten, die Friedrich Wilhelm als Zwingherrn zur deutschen Einheit an die Spitze zu stellen gedachten.

Noch schlechter jedoch wurden die Aussichten, als am 13. März 1848 in Wien die Revolution ausbrach. Die Folgen dieses Ereignisses sollten für die preußisch-deutsche Richtung zum größten Hemmschuh werden. Denn Österreich, das zu der deutschen Bewegung, deren Brennpunkte in Heidelberg und Frankfurt lagen, nicht den geringsten Anstoß gegeben hatte,**) schaltete sich durch seine Revolution nun plötzlich als ein neuer, treibender und wesentlicher Faktor in die Bewegung ein. Das als „stockreaktionär“ verachtete und verhaßte Österreich, der „Vertreter veralteter und retrograder Prinzipien“,²²⁾ das in den südeuropäischen Revolutionen den verjagten Fürsten wieder zu ihren Thronen verholfen hatte, trat seit dem Sturze Metternichs ganz unvermutet in den Mittelpunkt des Interesses. Als sein „Barrikadenheldentum“ ausposaunt wurde, da blickte das deutsche Volk nach Wien, wie der Franzose nach Paris.²³⁾ Seine Sympathien, besonders die des radikaleren Teiles, galten den Jungösterreichern, die auf den Stein-

*) Unter Friedrich dem Großen trugen die Kanonen die Aufschrift: ultima ratio regis (das letzte Wort des Königs).

**) Nur durch Zufall war der Kaiserstaat durch einen österreichischen Schriftsteller, den Israeliten Wiesner, auf der Versammlung der 51 in Heidelberg und im Vorparlament vertreten. Wiesner hatte in einer Schrift das „bereits breitgetretene Thema der Zensurwillkür abermals abgewandelt“ und wartete damals vorsichtigerweise die Wirkung seiner Schrift in der Fremde ab. Erst später gesellte sich Graf Bissingen zu ihm. — (S. Anton Springer, Geschichte Österreichs seit dem Wiener Frieden 1809, Bd. II, Die österreichische Revolution, S. 255.)

haufen Wiens die schwarz-rot-goldenen Fahnen schwenkten und erklärten: nun, da der undeutsche österreichische Kitt gelöst sei, könne Frankfurt über die österreichischen Provinzen verfügen.²⁴⁾ Als erstes Ergebnis der Revolution registrierte J. G. Droysen, daß auch Deutsch-Österreich dem künftigen deutschen Reiche angehören werde.²⁵⁾

Doch die österreichische Revolution hatte noch eine andere Wirkung. Diese äußerte sich darin, daß sowohl das Volk als auch die preußische Regierung zur Ergreifung der Initiative angespornt wurden. Die Volksversammlungen und -deputationen häuften sich. Noch standen die Aussichten für Preußen günstig, denn Österreich war durch die eigene Revolution in Anspruch genommen; noch lag es in Preußens Hand, Deutschland vor Barrikadenkämpfen zu bewahren und der Bewegung die gewünschte Richtung zu geben. Auch von den vier Königshöfen wäre damals wohl kaum ein Widerspruch zu erwarten gewesen. Und tatsächlich schien es, als ob die preußische Regierung sich jetzt von Österreich frei gefühlt hätte und selbständig in der Reformfrage vorgehen wollte. Nachdem der König sich 14 Tage lang geweigert hatte, ohne Österreich etwas zu unternehmen, gab er nun plötzlich die Konferenzpläne preis und genehmigte die beiden von Minister Bodelschwingh verfaßten Patente vom 18. März 1848, die die Zensur aufhoben, die Einberufung des Vereinigten Landtags und eine konstitutionelle Verfassung ankündigten und für Preußen die Führung der Wehrkraft am Bunde beanspruchten.²⁶⁾ In der an das preußische Volk und die deutsche Nation gerichteten Proklamation des Königs vom 21. März hieß es gar: „Rettung aus . . . Gefahr kann nur aus der innigsten Vereinigung der deutschen Fürsten und Völker unter einer Leitung hervorgehen. Ich übernehme heute diese Leitung für die Tage der Gefahr . . . Ich habe . . . die alten deutschen Farben angenommen, und Mich und Mein Volk unter das ehrwürdige Banner des Deutschen Reiches gestellt. Preußen geht fortan in Deutschland auf.“²⁷⁾

Diesen Worten konnte jedoch keine Tat folgen;*) denn noch am 18. März war in Berlin durch einen unglücklichen Zwischenfall

*) Die Proklamation war nämlich nicht so ernst gemeint. Die Auffassung Felix Rachfahls, daß Preußen im März 1848 bewußt kleindeutsche Pläne verfolgt habe, ist von G. Kaufmann, Fr. Thimme, H. Oncken, Fr. Meinecke u. a. widerlegt worden. Die preußische Regierung hatte nicht die Absicht, mit Österreich zu brechen; ihre Patente müssen vielmehr als ein Mittel zu dem

der Kampf zwischen der aufgeregten Volksmasse und dem Militär entfesselt worden. Die Berliner Märzrevolution machte die letzten Hoffnungen auf eine Führung durch Preußen vollends zunichte. Der König mußte es bitter büßen, daß er zu seinem Wort von der „ultima ratio“ nicht gestanden und sich dem Willen der Masse unterworfen hatte.

Denn dadurch, daß es auf seiten der Barrikadenkämpfer ca. 230 Tote gab, wofür das Volk Friedrich Wilhelm verantwortlich machte, war er als Führer der revolutionären Bewegung nicht mehr möglich. In München z. B. verbrannte ein Studentenhaufen sein Bild in aller Öffentlichkeit, und in Kassel wurde er auf einer Kundgebung ein „elender Komödiant“ gescholten, „schlimmer als Caligula und Nero“.²⁸⁾ — Aber auch die Deutsche Zeitung wandte sich von Friedrich Wilhelm ab. Am 27. März schrieb sie: das Blutbad vom 18. März habe das Verhältnis Preußens zu Deutschland so gut wie zerstört, das sei die allgemeine Stimmung hier außen im Reich;

Zwecke der Abwehr der drohend aufsteigenden revolutionären Welle verstanden werden. Sehr wahrscheinlich ist, daß durch das Angebot der süddeutschen Zirkulargesandtschaft bei einigen Ministern „heimliche Gelüste“ geweckt worden sind. (Fr. Meinecke, Preußen und Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, S. 230.) Die weitaus wichtigere Rolle hat aber ohne Zweifel der Gedanke der Ablenkung von der Revolution gespielt. Dies gilt für die Minister und in noch höherem Maße für den König. (S. P. Hassel, Radowitz, S. 521.) Meinecke hat recht: „Ohne seelische Erschütterung und Gebrochenheit des Königs sind diese Dinge nun einmal nicht zu erklären. Als ein innerlich haltlos gewordener Mann, dem sein Ideal der gottbegnadeten Obrigkeit zerstört ist und der nun an den Strohalm seiner deutschen Hoffnungen sich anklammert, hat der König jene Rede zu Potsdam am 25. März gehalten, die von dem Säbelklirren der murrenden Offiziere begleitet wurde.“ (Meinecke, a. a. O., S. 243 f.) Radowitz bezeugt es, daß in bezug auf die Behandlung der deutschen Frage in Berlin kein fester Plan vorhanden war. (Hassel, S. 522.) Bereits am 23. März beteuerte der König der Zirkulargesandtschaft gegenüber: nie sollen die Farben schwarz-rot-gold seine Kokarde, die ruhmvollen Farben schwarz-weiß verdrängen, nie solle der goldene Reif seine Stirne schmücken, mit Freuden würde er dem Herrscher von Österreich bei dessen Krönung zum deutschen Kaiser das silberne Waschbecken halten. (S. L. v. Pastor, Max v. Gagern, S. 232—235; Meinecke, Weltbürgertum, S. 363.) Radowitz nannte die Proklamation vom 21. März ein „rasendes Unternehmen“ (Hassel, S. 522); und für den der Kamarilla nahestehenden preußischen Diplomaten Usedom war das einige Deutschland nur ein hohles Gegenwartsideal, „so durchaus nur Phrase“. Er fühlte sich seltsam nüchtern in dem allgemeinen Rausch; der Gedanke der Einheit erschien ihm als unpraktisch und bodenlos, ja als eine Manie. (G. v. Usedom, Politische Briefe, S. 130 u. 132. Vgl. Haufe, Richard: Der deutsche Nationalstaat in den Flugschriften von 1848—1848, S. 12.)

eine weitere „Wirksamkeit für Preußens Häuptlingschaft in Deutschland“ sei wahrscheinlich fruchtlos, denn die Menge abstrahiere nicht von den Personen auf die Sachen. Preußen könne jetzt nicht mehr die Stelle der Hegemonie mit kaiserlicher Gewalt übernehmen, sondern man müsse erst abwarten, wohin die Ansichten sich wenden würden. Robert Mohl entwarf in der gleichen Zeitung eine neue Bundesstaatsverfassung mit einem österreichischen Kaiser als Oberhaupt.²⁹⁾

Gerade aus dem entgegengesetzten Grunde als das Volk wollten nun auch die Fürsten nicht mehr zu ihrem Angebot stehen. Seit der König sich vor der Masse gebeugt hatte, kam er für die Abwehr der Gefahr von außen und für die Herstellung der Ordnung und Autorität im Innern nicht mehr in Frage; denn dies waren ja die Hauptmotive der vorübergehenden Hinneigung zu Preußen gewesen. An einen freiwilligen Verzicht auf einen Teil der Souveränität zugunsten Preußens hat damals kein Fürst ernstlich gedacht, am wenigsten Bayern, das sogar vor einem Bündnis mit Frankreich nicht zurückgeschreckt wäre.³⁰⁾

Noch wesentlicher war, wie Preußens „ritterliche Anwendungen von Schöpfergelüsten“³¹⁾ — wie es der österreichische Minister v. Ficquelmont ironisch nannte — auf Österreich wirkten. Der Königsritt Friedrich Wilhelms durch die Straßen Berlins und die Ankündigung, daß Preußen fortan in Deutschland aufgehe, entzündeten nämlich Österreichs Eifersucht und Haß. Nachdem die österreichische Regierung, die die Proklamation vom 21. März für einen „Akt des Wahnsinns“ hielt,³²⁾ bereits am 23. März in einer Zirkulardepesche „gegen jede einseitige Änderung der Grundlagen des Bundes und insbesondere gegen eine Verlegung der Bundesversammlung nach Potsdam“³³⁾ protestiert hatte, ließ sie den „blöden Kaiser Ferdinand eine ähnliche Komödie aufführen“.³⁴⁾ Das offizielle österreichische Organ, das damals allerdings nicht von der Staatskanzlei redigiert wurde, verhöhnte Friedrich Wilhelm, daß er mit „blutiger Hand die seit Jahren verfolgten deutschen Farben aufpflanze“.³⁵⁾ Ein andermal hieß es: Österreich gebühre der Vorrang unter den deutschen Stämmen; das deutsche Volk solle frei und unabhängig über seine eigene Zukunft entscheiden und seine Verfassung bestimmen.³⁶⁾

Auch unter der österreichischen Bevölkerung war der Haß und die Eifersucht gegen Preußen fast allgemein verbreitet.³⁷⁾ Wohl flatterten in Wien die deutschen Fahnen, doch jeder dachte sich

dabei etwas anderes. Den Demokraten waren sie das Symbol der Freiheit, andere wollten damit gegen die Ansprüche Preußens oder gegen die Slawen demonstrieren. Die zwei einander gegenüberstehenden Parteien — die der Radikalen und der Gemäßigten — sammelten sich um die beiden Schlagworte „Bundessstaat“ oder „Staatenbund“ wie um zwei Paniere. Nur die eigentlich revolutionäre Partei rechnete Österreich bereits zu den „Vereinigten Staaten von Deutschland“ und schwärmte vom Aufgehen Österreichs im deutschen Bundesstaat.³⁸⁾ Doch daß ein Kaiserhof in einer andern Stadt als Wien seinen Sitz aufschlagen könnte, das schien den meisten, vor allem den Wienern, undenkbar.*) Eine klare Vorstellung über das zukünftige Verhältnis zu Deutschland war nirgends vorhanden, auch bei den Gemäßigten nicht. Nur Deym, Mühlfeld und einige andere machten vielleicht eine Ausnahme. Vitzthum schrieb damals aus Wien: „Am betrübendsten ist mir die Ratlosigkeit in betreff Deutschlands Man weiß hier eigentlich noch nicht recht, ob man sich als deutsche, ob als europäische Macht gerieren soll. Zwar weht vom Stephansturm die schwarz-rot-goldene Fahne, zwar hat der Kaiser selbst dieselbe geschwungen und auf der Burg aufrichten lassen — aber was hilft das?“³⁹⁾

Trotz der für eine preußisch-deutsche Lösung fast hoffnungslos gewordenen Situation gab es in Deutschland doch noch Stimmen, die unentwegt an Preußen festhielten. Zu diesen zählte vor allem die Mehrheit des Kollegs der 17 Vertrauensmänner am Bundestag. Unter der Leitung der Professoren Dahlmann und Albrecht⁴⁰⁾ arbeitete dieses Kollegium einen ganz neuen Verfassungsentwurf aus, in welchem an die Spitze eines konstitutionellen Deutschlands ein Erbkaiser gestellt wurde. Deutsch-Öster-

*) Nur die Minderzahl der in den Fünfziger-Ausschuß nach Frankfurt entsandten österreich. Deputierten fand es „wahrhaft köstlich“, daß die Reichsinsignien (Krone, Szepter, Reichsapfel und Kaisermantel), „die sonst profanen Volksaugen wie unantastbare Heiligtümer nur auf 10 Schritt Entfernung gezeigt wurden, nun von einer improvisierten Volksdeputation gleichsam entführt und einem revolutionären Volksparlament überantwortet werden sollten“. Die Mehrheit dieser Deputation „hielt es für unmöglich, daß man in Frankfurt die von den Österreichern so naiv überbrachte Krone jemandem andern aufsetzen würde, als dem Kaiser von Österreich“. (Die Sache wurde gar nicht akut, denn der kluge Ficquelmont gab die Reichsinsignien nicht heraus, sondern vertröstete die Deputation auf eine günstigere Zeit.) S. Franz Schuselka, *Deutsche Fahrten*, II, S. 73 ff.; Springer, a. a. O., II, S. 260.

reich war eingeschlossen: die Reichsgesetze sollten dort die gleiche unbedingte Geltung haben wie im nicht-österreichischen Deutschland; das deutsch-österreichische Heer wäre ein Teil des Reichsheeres geworden. Preußen hätte wahrscheinlich⁴¹⁾ als Staat aufhören müssen zu existieren. Als Residenz war Frankfurt vorgesehen. Bei dem Entwurf hatten auch zwei Österreicher, v. Schmerling und v. Sommaruga, mitberaten, die jedoch, im Gegensatz zu Dahlmann, Droysen, Max v. Gagern u. a., bei dem erblichen Oberhaupt an ihren österreichischen Kaiser gedacht haben sollen. Wesentlich ist, daß mit dem Entwurf der Siebzehn zum ersten Mal das Erbkaisertum als offizieller Vorschlag an die Öffentlichkeit gelangte.

Auch die Deutsche Zeitung bekannte sich bereits am 29. März wieder zu Preußen. Sie schrieb: man dürfe sich an Persönlichkeiten nicht stoßen, dürfe sich nicht scheuen, auch in dem gegenwärtigen Moment sich laut für Preußen zu entscheiden; nur Preußen könne die Verschmelzung mit Deutschland eingehen, Österreich müsse die Vormachtstellung an Preußen abtreten; doch letzteres dürfe keinen Vorteil ernten, es müsse das Opfer bringen und auf seine Selbständigkeit verzichten.⁴²⁾

Schwerwiegender als die Meinung dieser Unentwegten war jedoch die Tatsache, daß die Regierungen durchweg Gegner des Siebzehner-Entwurfs waren. Als dieser am 26. April bekannt wurde, da stieß man in den mittelstaatlichen Höfen einen Schrei des Entsetzens aus, und Wien weigerte sich, zu dem Entwurf überhaupt offiziell Stellung zu nehmen. Der österreichische Bundestagsgesandte behandelte ihn als „Chimäre“.⁴³⁾ Bayern, das „lieber bayrisch sterben als frankfurtisch verderben“ wollte, verfaßte sofort einen Gegenentwurf⁴⁴⁾ und schickte einen Gesandten mit diesem an die süddeutschen Höfe. Baden, Kurhessen, Hannover und Sachsen stimmten den bayrischen Vorschlägen im allgemeinen zu, nur in Stuttgart fand der Gesandte noch viel Sympathie für eine preußische Hegemonie, sogar beim König.*⁴⁵⁾ — Doch Friedrich

*) Wie gerade Schwaben trotz des 18. März noch an Preußen festhielten, und wie sie dies begründeten, das illustriert treffend die Wahlrede David Friedr. Strauß' vom 17. April 1848. In der Rede hieß es: „... Ich spreche von einem künftigen Oberhaupt ... Zwischen Österreich und Preußen ... schwankt die Waage, und zugunsten des letzteren wird sich am Ende das Zünglein neigen ... Preußen ist im gegenwärtigen Augenblicke der ungleich stärkere Staat, weil es ... aus lauter deutschen Provinzen besteht ... Daß

Wilhelm — und das ist entscheidend — dünkte das Anrecht Österreichs auf die zu erneuernde deutsche Kaiserwürde über allen Zweifeln erhaben. Ein Anbieten der Krone von seiten des Volkes müßte er wahrscheinlich mit Kanonen beantworten, erklärte er schroff. Nur wenn Österreich die Krone ablehnen sollte, dann hoffte er, „allerdings mit klopfendem Herzen, daß seine deutschen Mitkönige ihn zum Oberhaupte Deutschlands erwählen würden.“⁴⁵⁾ Nur so weit reichte sein „latenter deutscher Ehrgeiz“.⁴⁶⁾

Nicht so ablehnend war die Instruktion des preußischen Ministeriums an seinen Gesandten v. Usedom. Seit der Revolution hatte Preußen einen gespaltenen Regierungswillen⁴⁷⁾: den des Königs und den seines Ministeriums. Doch alle Sympathien nützten nichts, der Entwurf der Siebzehn verschwand in einer Kommission des Bundestags und wurde schließlich ad acta gelegt.

So günstig anfänglich die Aussichten für den König von Preußen standen, so hoffnungslos erschien die Situation unmittelbar vor dem Zusammentritt der Nat.Vers. Alle Versuche, Preußen an die Spitze zu bringen, waren gescheitert: die Zirkulargesandtschaft Max v. Gagerns, die Bemühungen Dönhoffs, das Wagnis der preußischen Regierung und zuletzt auch noch das Unternehmen der

in allen andern Beziehungen Preußen ohnehin vor Österreich voraus und damit zum Führerstaate für Deutschland geeigneter ist, erhellt von selbst ... Aber der jetzige König von Preußen, seine so oft ausgesprochene Feindschaft gegen das konstitutionelle Prinzip, und nun die schnelle verdächtige Umwandlung nach dem Blutbad in Berlin? Böse, bedenkliche Punkte allerdings; doch überlegen Sie folgendes. Wenn wir ein Haupt für Deutschland wählen, so wählen wir hoffentlich nicht bloß für heute und morgen, sondern für eine lange Zukunft, also müssen wir über diesen Friedrich Wilhelm IV. ... weg, auf die Reihe seiner Nachfolger hinausblicken ... Je mehr das konstitutionelle Wesen in Deutschland zur Wahrheit wird, desto unschädlicher, desto gleichgültiger werden die fürstlichen Persönlichkeiten ... Wer meine literarischen Bestrebungen kennt, der weiß, daß ich kein Verehrer des romantischen Königs bin; aber ich halte ihn — man darf ja jetzt auch von den großen Herren menschlich sprechen — ich halte ihn für keinen schlimmen Charakter ... Er ist ein Mensch des Gefühls und der Einbildungskraft; solche Menschen sind rascher Umschwünge fähig, und so glaube ich, ist er jetzt wirklich umgestimmt und gefällt sich heute ebenso in der Rolle des konstitutionellen Herrschers, wie er sich bis gestern in der des mittelalterlichen Feudalkönigs gefiel ... Also wenn ich eine Stimme in Bezug auf unser künftiges Bundesoberhaupt abzugeben hätte, so würde ich sie, in voller Übereinstimmung mit unserem hochverehrten Paul Pfizer, Preußen, und selbst dem jetzigen König von Preußen geben ...“ (D. F. Strauß, Volksreden, S. 15 f.)

siebzehn Vertrauensmänner. Eine Übertragung der Exekutive an Friedrich Wilhelm kam jetzt, wo er nicht nur die öffentliche Meinung, sondern auch die Regierungen gegen sich hatte, nicht mehr in Betracht. Das größte Hindernis aber war die österreichische Großmacht. Der preußisch-österreichische Dualismus trat klarer zutage als je zuvor. Die Ratlosigkeit, mit der selbst die Führer der Bewegung dieser Situation gegenüberstanden, kommt in einem Aufsatz Droysens vom April 1848 deutlich zum Ausdruck: „Die Frage über die deutsche Zukunft ist augenblicklich auf einem Punkt angelangt, wo menschliche Berechnung und Einsicht nur Wünsche hat, eine Lösung aber aus den gegebenen Verhältnissen unmöglich ist.“⁴⁸⁾ Die gleiche Stimmung gibt eine Tagebuchnotiz des späteren Handelsministers Duckwitz wieder: „Was werden sollte, wußten wir . . . nicht, denn das wußte eigentlich niemand. Wir erschöpften uns in Vermutungen und stellten allerlei Phantasiestücke auf.“ Und an anderer Stelle schreibt er, die Wünsche hätten durcheinander getobt und sich oft in der komischsten Weise widersprochen. Nur in dem Verlangen nach einem deutschen Parlament und nach Einheit der Nation sei Übereinstimmung vorhanden gewesen. Aber die Leute hätten sich darunter nichts Bestimmtes, sondern jeder hätte etwas anderes dabei gedacht.⁴⁹⁾

Die Erkenntnis, daß die Frage der deutschen Einheit weniger eine Verfassungs- als eine Machtfrage war, „eine einfache Alternative zwischen Preußen und Österreich“ (Droysen, Beiträge zur neuesten deutschen Geschichte, S. 4), ist am Anfang der Revolution noch nicht so klar vorhanden gewesen, wie man dies aus Droysens „Beiträgen“ schließen könnte.^{*)} Der schwächste Punkt in der Politik derer, die Preußen die Führung in Deutschland geben wollten, war — vor und während der Revolution —, daß sie viel zu wenig danach gefragt haben, mit welchen Machtmitteln sie ihrem Streben hätten Nachdruck verleihen können. Wohl waren Österreich durch seine eigene Revolution lange Zeit die Hände gebunden, doch es ist nicht anzunehmen, daß Schwarzenberg, der spätere

^{*)} Gilbert hat überzeugend nachgewiesen, daß Droysens „Beiträge“, die dieser 1849 herausgab, nicht die ursprüngliche Fassung seiner im April 1848 entstandenen 4 Aufsätze darstellen, sondern eine spätere Bearbeitung derselben sind. Eben das, was diese Quelle besonders interessant und wertvoll erscheinen ließ, nämlich die oben erwähnte überaus klare realpolitische Erkenntnis, ist erst spätere Zutat. S. Felix Gilbert, J. G. Droysen und die preußisch-deutsche Frage, S. 147.

österreichische Ministerpräsident, den Anspruch Österreichs auf den Primat in Deutschland kampflos preisgegeben hätte. Selbst wenn es also Preußen im März gelungen wäre, Österreich vor eine vollendete Tatsache zu stellen, ist es sehr fraglich, ob dies eine endgültige Lösung gewesen wäre und ob die kriegerische Auseinandersetzung dadurch hätte vermieden werden können.

Nach all den erfolglosen Bemühungen schien es Droysen, als ob die Entscheidung nun den Regierungen, vor allem der preußischen, aus der Hand genommen wäre. Die einzige Garantie dafür, daß nicht wieder alles zum alten zurückkehre, war ihm nur noch die Bewegung selbst und die Hoffnung auf den baldigen Zusammentritt der Nat.Vers.⁵⁰⁾ Unter dem Druck der Bewegung faßte der Bundestag am 30. März 1848 den Beschluß, die Regierungen zur Durchführung von Wahlen zum deutschen Parlament aufzufordern, damit die Vertreter der Nation gemeinsam mit den Regierungen das deutsche Verfassungswerk zustande brächten.⁵¹⁾ Es war höchste Zeit, denn schon am folgenden Tag trat in Frankfurt das später so genannte „Vorparlament“ zusammen, „eine improvisierte Versammlung, welche keinen Buchstaben des Gesetzes in ihren Taschen hatte und nur auf dem Zutrauen der öffentlichen Meinung beruhte.“⁵²⁾ Die Einladung dazu war von den „Siebenern“ (Itzstein u. a.) ausgegangen. Nur mit viel Mühe gelang es dem gemäßigten Teil des Vorparlaments, gegen die Wünsche der Radikalen, die Permanenz zu verhindern. So löste sich die Versammlung nach 3 Tagen wieder auf, und nur ein Ausschuß von 50 Personen blieb in Frankfurt zurück als Gegengewicht zum Bundestag und um dafür zu garantieren, daß die angekündigten Wahlen von den Regierungen tatsächlich durchgeführt würden.

Im Vorparlament waren nur 2 Österreicher vertreten; trotzdem wurde es dort für selbstverständlich gehalten, daß auch die österreichischen Gebiete des Deutschen Bundes im legalen Parlament vertreten sein sollten. Die österreichische Regierung dagegen hätte am liebsten die Beteiligung an dem demokratischen Parlament verweigert, wenn nur ein solch freiwilliger Verzicht nicht „als unwiderrufliche Trennung (von Deutschland) ausgedeutet worden wäre“.⁵³⁾ Um Preußen nicht zu einer vorteilhaften Position zu verhelfen, gab das österreichische Ministerium am 9. April seine Zustimmung zur Vornahme der Wahlen, aber nur unter der Voraussetzung, daß „die österreichische Regierung nicht an die Annahme

der Parlamentsbeschlüsse gebunden sei, daß der Kaiser sich vorbehalte, der neuen Bundesverfassung nur dann seine Zustimmung zu erteilen, wenn ihre Grundlagen mit den eigentümlichen Verhältnissen sowohl der deutschen Erbländer als der gesamten Monarchie im Einklang stehen“.⁵⁴⁾

Die beiden deutschen Großmächte setzten noch gemeinsam eine Verschiebung des Termins des Zusammentritts der Nat.Vers. vom 1. auf 18. Mai durch, um durch Berufung eigener Parlamente selbst erst ein Gegengewicht gegen die Frankfurter Versammlung schaffen zu können.⁵⁵⁾ Doch das allgemeine Interesse galt nicht den Einzelparlamenten, sondern dem mit Spannung erwarteten Zusammentritt der deutschen Nat.Vers. Die Entscheidung darüber, ob und wie die Einheits- und Freiheitsideale verwirklicht werden sollten, lag nun also — wenigstens für einige Monate — ganz bei den Männern der Bewegung. Jetzt hatte die Nat.Vers. das Wort.

Zweites Kapitel.

Die provisorische Lösung der Oberhauptsfrage durch die deutsche Nationalversammlung.

Mit den großartigsten Hoffnungen wurde am 18. Mai 1848 die erste deutsche Nat.Vers. in der Paulskirche zu Frankfurt a. M. eröffnet, eine Versammlung, „wie unsere Geschichte sie noch niemals gesehen“ hat.¹⁾ Denn während in die Einzelparlamente „viele destruktive und mittelmäßige, ja rohe Elemente“²⁾ gewählt waren, schien in Frankfurt die „crème deutschen Volkstums“³⁾ sich zusammengefunden zu haben. Wohl noch nie sind in einem nach allgemeinem Wahlrecht gewählten Parlament mehr Geist, Kenntnisse und guter Wille vorhanden gewesen.*) Der junge österreichische Historiker Ritter v. Arneth war „mit freudigem Stolz“ erfüllt, einer solchen Versammlung angehören zu dürfen⁴⁾, und der preußische Minister David Hansemann empfand es als „geistige Erholung“, mit diesen „Edlen und Gebildeten der Nation“ Umgang pflegen zu können.⁵⁾ Die Zusammensetzung der Versammlung bot eine Gewähr dafür, daß das Parlament nicht in geistlosen Radikalismus verfallen werde. Gleich die Präsidentenwahl zeugte von der starken Überlegenheit der Gemäßigten: es wurde nämlich mit großer Mehrheit der hessische Minister Heinrich v. Gagern gewählt, ein Mann von Bildung und edlem Charakter. Kein Abgeordneter sollte während des ganzen Parlaments so viel Einfluß auf die Versammlung ausüben wie ihr erster Präsident.

*) Unter den Abgeordneten befanden sich bedeutende Gelehrte: die Historiker Dahlmann, J. G. Droysen, Waitz, Max Duncker, die Juristen G. Beseler und R. v. Mohl, der Sprachgelehrte Grimm (d. Ältere), der Ästhetiker F. Th. Vischer, der Literaturhistoriker Gervinus u. a.; sowie die Dichter E. M. Arndt, Ludw. Uhland, Moritz Hartmann und Heinrich Laube; ferner viele damals bekannte Politiker (Pfizer, H. u. M. v. Gagern, v. Vincke, Mathy, Welcker, Bassermann, Beckerath, Eisenmann, Radowitz u. a.).

Da in den Hauptfragen noch größte Unklarheit herrschte und der Versammlung kein Verfassungsentwurf als Richtlinie vorgelegt werden konnte, da ferner die meisten Abgeordneten über keine parlamentarische Erfahrung verfügten, wurde viel kostbare Zeit mit parlamentarischen Exerzitien und der Beratung von minder wichtigen Fragen verschwendet. Endlich, etwa 6 Wochen nach ihrem Zusammentritt, wagte sich die Versammlung an die Lösung einer Aufgabe, die sich wie eine Vorentscheidung in der Oberhauptsfrage ausnahm. Es handelte sich darum, an Stelle des verhaßten Bundestags für die Dauer des Parlaments eine neue Vollziehungsbehörde, eine provisorische Exekutivgewalt zu schaffen. Die Ansichten darüber, wie diese Vorläuferin der endgültigen Zentralgewalt beschaffen sein und wer sie ernennen sollte, gingen weit auseinander. Für keinen Vorschlag war eine Majorität sicherzustellen; die Verhandlungen drohten resultatlos zu enden. Da griff der Präsident der Versammlung ganz überraschend ein und gab der Sache eine ungeahnte Wendung. Es war am 24. Juni 1848. Der badische Abgeordnete Karl Mathy (kld.)*) hatte eben als letzter Redner gesprochen und vor einem kühnen Griff nach parlamentarischer Allgewalt gewarnt, da bestieg H. v. Gagern unter atemloser Spannung des Hauses die Rednertribüne und rief nach ein paar einleitenden Sätzen in scharf bezeichnetem Gegensatz zu seinem Freunde Mathy in die Versammlung: „Meine Herren! Ich tue einen kühnen **Griff**, und ich sage Ihnen: **Wir müssen die Zentralgewalt selbst schaffen!**“⁶⁾ Damit war auch schon über die Form der Zentralgewalt und über die Personentfrage entschieden: am 29. Juli wählte die Versammlung, ohne die Zustimmung der Regierungen zu haben, mit der großen Majorität von 436 gegen 110 Stimmen den österreichischen Erzherzog Johann, der damals in Wien weilte, zum deutschen „Reichsverweser“. Der Erzherzog nahm die Wahl an, ohne mit dem kaiserlichen Hof vorher Rücksprache genommen zu haben.

Das zukünftige Reich kündigte sich also mit **österreichischer Spitze an!**⁷⁾ „Und wieder zog mit kaiserlichen Ehren ein Habsburger hier ein, um, wie Arndt sagte, Szepter und Schwert über Deutschland zu empfangen . . . Diesmal hatten nicht die Kur-

*) Es soll jetzt schon die Zugehörigkeit der Abgeordneten zu der erst später sich vollziehenden Parteilung in Großdeutsche und Kleindeutsche angegeben werden.

kld. = kleindeutsch; grd. = großdeutsch.

fürsten gekürt, sondern die Vertreter des Volkes aller deutschen Gaue. Und doch war wieder Österreich erkoren! Man sieht daraus, wie mächtig die Geschichte ist. Die Geschichte hat Österreich groß gemacht, wann wird denn endlich einmal Österreich es verstehen, großartig Geschichte zu machen?! ...⁸⁾ so schrieb der Österreicher Schuselka ein Jahr darauf über dieses Ereignis. Tatsächlich schien es, als ob sich in dem Bruder des letzten deutschen Kaisers Vergangenheit und Gegenwart noch einmal die Hände reichen wollten.⁹⁾ Nach Valentin fühlte sich Erzherzog Johann „durchaus persönlich als den kommenden Kaiser des Deutschen Bundes“.¹⁰⁾ Er soll die Aufteilung des österreichischen Kaiserstaats angestrebt haben, um in den Besitz von Deutsch-Österreich zu kommen, damit er als Frankfurter Volkskaiser auch über eine eigene starke Hausmacht hätte verfügen können. Über diese Pläne soll sich der Österreicher Schmerling,^{*)} der Ministerpräsident des Reichsverwesers, im vertrauten Kreise rückhaltlos ausgesprochen haben.¹¹⁾ Max Duncker (kld.) schreibt in seiner Abhandlung über die Paulskirche, der Gedanke, dem österreichischen Kaiserhaus als Ersatz für seine außerdeutschen Besitzungen die erste Stelle im neuen Reich anzubieten, sei in der Stellung des Erzherzogs Johann schon angedeutet gewesen: „Der Reichsverweser war bereits das habsburgische Kaisertum, wenn man in Wien den ernstlichen Willen hatte, auf diese Stellung einzugehen“.¹²⁾

Wie ist dieser plötzliche Umschwung H. v. Gagerns von den Hohenzollern auf die Habsburger zu erklären, nachdem doch er und sein Bruder Max vor dem Zusammentritt der Nat.Vers. so energisch für eine Führung durch Preußen eingetreten waren? Hat Gagern den Österreichern damit Hoffnungen machen wollen? Ist sein „kühner Griff“ als ein Versprechen für die Zukunft aufzufassen?

1. War Gagerns „kühner Griff“ eine „preußische Intrige“?

Schon bei der Wahl des Erzherzogs haben österreichische Abgeordnete daran gezweifelt, ob Gagern sich tatsächlich zum historischen Kaisertum bekehrt habe. Bereits im Juli 1848

*) Es mag sein, daß Schmerling und der Erzherzog in jener Zeit, als Österreich zu zerfallen schien, vorübergehend solche Pläne erwogen haben; später jedoch war Schmerling ein entschiedener Gegner der Zerreißung der öst. Monarchie.

schrieb der österreichische Abgeordnete Beda Weber folgendes über Gagerns Tat: „Gagern hat sich . . . den Dank des Vaterlandes verdient, qui solus restituit rem, soweit nach so viel Unglück in der Versammlung etwas zu retten war. Wir sind hierin vielleicht über Gebühr verblendet, es fehlt uns die unerläßliche Fähigkeit, h i n t e r den Kulissen die n a c k t e W a h r h e i t zu erblicken. . . . Eine andre Frage ist es freilich, wie der Reichsverweser aufgefaßt . . . wird. Führt er zur h i s t o r i s c h e n Kaisergewalt, so hat Gagern einen Ruhm gewonnen, den ihm keine Macht der Erde niemals rauben wird. Soll er aber auf revolutionärem Wege die Brücke zu H i n t e r g e d a n k e n sein, so wird Gagerns Stern schneller erbleichen, als er selber meint.“¹³⁾ Als das Verfassungswerk im März 1849 mit dem p r e u ß i s c h e n Erbkaiser als Oberhaupt abgeschlossen wurde, da erschien es den meisten Österreichern als eine unumstößliche Tatsache, daß ihr Erzherzog nur als ein Mittel zum Zwecke benützt worden sei. Der Österreicher Schuselka z. B. schrieb im Jahre 1849: „Auffallend erschien es, daß die Preußen durchaus keinen Kandidaten aufstellten, sondern sich fast sämtlich für den österreichischen Erzherzog erklärten. Viele meiner gutmütigen Landsleute wollten sich darüber mit patriotischem Selbstgeföhle freuen. Ich teilte dieses Gefühl nicht. Es war in der Tat nicht schwer zu begreifen, warum den Hohenzollern und ihren Getreuen an der p r o v i s o r i s c h e n Reichsverweserstelle nichts gelegen war und warum sie dieselbe gern einem gutmütigen und hochbetagten Habsburger überließen.“ „Der s c h l a u e H i n t e r h a l t einer gewissen Regierungspartei in der Nat.Vers. war . . . nicht zu verkennen, aber das Ergebnis der Wahl mußte selbst dieser Partei imponieren.“¹⁴⁾ Auch der Großdeutsche Jürgens spricht von der „F e i n h e i t der Berechnung“ der preußischen Abgeordneten.¹⁵⁾ Und der Linksradikale Wesendonck vertritt die Ansicht: wenn man auch schon zum Reichsverweser einen preußischen Prinzen genommen hätte, dann wäre die Sache z u d e u t l i c h gewesen; dadurch daß Gagern den österreichischen Prinzen vorgeschlagen habe, sei die spätere Wahl Friedrich Wilhelms vorbereitet worden.¹⁶⁾

Derartige Verdächtigungen forderten natürlich den Widerspruch der Kleindeutschen heraus. Auch Biedermann bricht in seinen „Erinnerungen“ eine Lanze für Gagern. Er schreibt:

„... Noch eines hat man angeführt, um die 'p r e u ß i s c h e I n t r i g e', um namentlich Gagern, der natürlich das Haupt der-

selben sein soll, anzuklagen. Wie widersinnig die Anschuldigung auch ist, so will ich sie doch hier wiedergeben. Es ist nichts anderes, als — die Wahl des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser. Damit, sagen diese Ankläger, wollte man Österreich abfinden, um bei Schaffung der definitiven*) Reichsgewalt desto sicherer Preußen an die Spitze zu bringen. Bedarf es wohl der Widerlegung dieses ungereimten Verdachtes? Wer Zeuge gewesen ist, wie damals die allgemeine Stimme in und außerhalb der Paulskirche den Erzherzog Johann als den volkstümlichsten und, so glaubte man, deutschesten aller deutschen Fürsten für die Wahl zum Reichsverweser bezeichnete; wer es weiß, daß in Berlin man eigentlich viel lieber eine dreiköpfige Zentralgewalt gesehen hätte, an der ein preussischer Prinz teilnähme; wer sich erinnert, daß selbst der 'Vater der Kaiseridee', Dahlmann, für die provisorische Bundesregierung eine Trias vorgeschlagen hatte; wer endlich gesehen hat, wie enragierte Preußen, z. B. Lichnowsky, gegen Gagern aufgebracht waren wegen seiner Hindeutung auf die Wahl des Erzherzogs — der wird diese Beschuldigung nicht einmal gut erdacht finden. Allerdings, das gebe ich zu, voraussichtlich war es nicht von Gagern, daß er einen österreichischen Prinzen zum Reichsverweser empfahl, wenn er damals schon die feste Überzeugung hatte, daß Österreich an der definitiven Konstituierung des Bundesstaats keinen Teil haben werde. Die Folgezeit hat es gelehrt. Aber Gagerns Natur ist so geartet, daß man ihm eher 20mal Mangel an Voraussicht, als einmal Mangel an Aufrichtigkeit vorwerfen kann.“¹⁷⁾

Mit zwei Argumenten weist hier Bied. die Anschuldigung, Gagern habe zugunsten von Preußen intrigiert, als „widersinnig“, „ungereimt“ und „nicht einmal gut erdacht“ zurück. Er erinnert erstens an die besonderen Verhältnisse, unter denen der „kühne Griff“ am 24. Juni stattgefunden hat, und beruft sich zweitens auf Gagerns aufrichtige Natur.

Dazu wäre zunächst zu bemerken, daß uns die Frage, ob Gagern in diesem Fall intrigant gehandelt hat, nicht interessiert. Denn an eine politische Tat, die ein Staatsmann im Interesse seines Volkes vollbracht hat, darf nicht einfach der gleiche moralische Maßstab angelegt werden wie an Handlungen, die um persönlicher Vorteile willen geschehen sind. Die Stellung, die der Großdeutsche Pastor Jürgens zu den gegenseitigen Anschuldigungen der „Intrige“ einnimmt, ist die einzig richtige: „... ich finde es ... gar nicht

*) Der Sperrdruck in diesem Zitat und in allen folgenden Zitaten ist vom Verfasser der Arbeit veranlaßt worden, um damit die kontroversen Stellen hervorzuheben.

tadelnswert, wenn Preußen ihren König an die Spitze zu bringen wünschten, ich finde keine Intrige darin, daß von einzelnen und dann von mehreren dahin operiert wurde, daß die Nat.Vers. ein preußisches Erbkaisertum beschloß, wenn ich auch die angewendeten Mittel nicht samt und sonders gut heißen kann. Aber man hätte von kaiserlicher Seite auch nicht die Anschuldigung der Intrige erheben und vor tugendhaftem Zorn und Abscheu außer sich geraten sollen, wenn österreichische Abgeordnete Österreich an die Spitze zu bringen suchten und sich dem Zustandekommen einer Verfassung widersetzen, die . . . Österreichs Ausschluß zur Folge haben mußte“.¹⁸⁾

Lassen wir darum das Moralische ganz beiseite und fragen einfach: Hat Gagern nur deshalb den österreichischen Erzherzog für das Provisorium empfohlen, damit Preußen desto sicherer die definitive Würde zufalle? War dies wirklich das Motiv seines Handelns, wie die Österreicher behaupten, oder ist Bied. im Recht, der dies verneint? Das ist die Streitfrage, um die es sich hier handelt.

Die Antwort auf diese Frage scheint Gagern selbst gegeben zu haben, als er am 21. Juni, 3 Tage vor dem „kühnen Griff“, zu dem preußischen Gesandten v. Usedom sagte: „Österreich kann wegen der Reichsverweserschaft keinen Anspruch darauf erheben, in der definitiven Reichsverfassung das Oberhaupt zu bilden; vielmehr hat Preußen umso eher die Aussicht darauf, wenn jetzt der Erzherzog provisorisch daran kommt und das Parlament sich an die fürstliche Spitze gewöhnt“.¹⁹⁾ Durch dieses Zeugnis wird Bied. scheinbar eindeutig widerlegt. In Wirklichkeit aber ist Bied. doch im Recht, wenn er jene Auffassung, die Gagerns „Griff“ in erster Linie als kluge preußische Taktik erklärt, als unrichtig ablehnt.

Um die wahren Motive, die zu dem „kühnen Griff“ geführt haben, erkennen zu können, muß jetzt zunächst auf Gagerns politische Ziele und Fähigkeiten und sodann auf die damalige politische Situation eingegangen werden.

Die Frage, ob Gagern damals schon (im Juni 1848) die feste Überzeugung hatte, daß Österreich an der definitiven Konstituierung des Bundesstaats keinen Anteil haben werde, läßt Bied. offen. Tatsache ist, daß Gagern bereits am 24. März 1848 vor der hessischen Kammer für einen Zusammenschluß des nicht-österreichischen Deutschlands unter Preußens Führung eingetreten war. Der

18. März hatte ihn also in seinem Glauben an Preußens deutschen Beruf nicht erschüttert. Er ist dem Gedanken von Preußens Führung treu geblieben. Wohl aber besteht die Möglichkeit, daß, als es in den ersten Monaten der Revolution den Anschein hatte, als ob die österreichische Gesamtmonarchie sich auflösen würde, Gagern in jenen Tagen der Aufnahme Deutsch-Österreichs in den deutschen Bundesstaat nicht abgeneigt gewesen ist. In seinem späteren Ministerprogramm jedoch — inzwischen hatte es sich gezeigt, daß Österreich nicht zerfallen werde — war Gagern ganz entschieden gegen eine Einbeziehung Österreichs. Er unterschied in dem Programm zwischen einem engeren und weiteren Bund. Unter dem engeren Bund verstand er das nicht-österreichische Deutschland mit preußischer Spitze, unter dem weiteren ein staatsrechtliches Bündnis dieses rein deutschen Bundesstaats mit der österreichischen Gesamtmonarchie. Er vollzog also eine klare Scheidung zwischen der preußischen und der österreichischen Interessensphäre.

In der Theorie war dieser Plan, auf den später noch näher eingegangen werden soll,*) ohne Zweifel vortrefflich; doch er versagte, sobald man die praktische Frage stellte, was zu tun sei, wenn Österreich sich weigern würde, auf seine Vorherrschaft in Deutschland zu verzichten. Gagern hatte nämlich nicht erkannt, daß die Beseitigung des preußisch-österreichischen Dualismus' letzten Endes eine Machtfrage war, sondern er hatte geglaubt, dieses Problem könnte auch auf friedlichem Wege gelöst werden. Damit haben wir Gagerns schwache Seite berührt, nämlich den Mangel an Begabung für praktische Politik. Gagern ist wohl als Charakter, als Präsident der Versammlung und als theoretischer Politiker eine hervorragende Erscheinung in der Paulskirche gewesen, in praktisch-politischen Fragen jedoch hat er meist keine glückliche Hand gehabt. Er war eben, wie Bismarck sehr treffend von ihm sagte, „kein politischer Geschäftsmann“.²⁰⁾ Und weil er nun einmal kein kalter Rechner, kein kluger Taktiker oder gerissener Diplomat gewesen ist, darum darf jene Äußerung, die er dem preußischen Gesandten gegenüber getan hat, nicht realpolitisch interpretiert oder der „kühne Griff“ als kluge Taktik gedeutet werden, so nahelegend und einleuchtend eine solche Erklärung auch erscheinen mag; denn sonst unterschreibt man Gagern Motive, die ihm fern-

*) S. hinten S. 149 ff.

gelegen haben. Für ihn, der die streitenden Parteien in der Versammlung „nicht als feindliche Verschiedenheiten, sondern (nur) als verschiedenartige Freunde“²¹⁾ ansah, und der sich über die Schwierigkeit der Beseitigung der preußisch-österreichischen Rivalität nicht im klaren war, hat der Gedanke, nach dem Provisorium des Erzherzogs Preußen die definitive Würde zu geben, weder etwas Widersinniges noch etwas Raffiniertes in sich geschlossen.

Bied. hat also recht, wenn er mit dem Argument von Gagerns „Natur“ die Anklagen der Großdeutschen zurückweist, nur hätte er es nicht in dieser für die Beurteilung von politischen Handlungen unangebrachten moralisierenden Weise („Aufrichtigkeit“!) tun sollen.

Noch mehr Licht fällt auf den „kühnen Griff“, wenn wir jetzt die politische Situation, die damals zu meistern war, näher betrachten. Dann wird nämlich klar werden, welches tatsäc h l i c h die Motive und Erwägungen gewesen sind, aus denen heraus Gagern gehandelt hat. Die damalige politische Lage und ihre Einwirkung auf den „kühnen Griff“ lassen sich durch folgende Punkte charakterisieren.

1. Den stärksten Antrieb zu Gagerns eigenmächtigem Eingreifen in die Debatte hat wohl die große Unklarheit gegeben, in der sich die Versammlung befand, bzw. die Furcht, daß diese sich überhaupt auf keinen Vorschlag einigen könnte. Es hatten sich nämlich nicht weniger als 223 Redner für die Debatte eingeschrieben, und über 36 Haupt- und Nebenanträge hätte Beschluß gefaßt werden sollen.²²⁾ Fast täglich schwankten die Abgeordneten zwischen Trias und Monas; bald schien das dreiköpfige Direktorium bald das einheitliche Oberhaupt die Majorität zu bekommen.²³⁾ Es herrschte die größte Ratlosigkeit. Auch die Regierungen machten keine bestimmten Vorschläge. Die Entscheidung schien dem Zufall überlassen zu sein. Eine derartige Situation verlangte also geradezu nach einer Tat, die der Ungewißheit ein Ende machen würde. So ist es erklärlich, wenn nicht nur Gagern, sondern auch andern Freunden Preußens der „kühne Griff“ noch als der „einzig rettende Gedanke“ erschienen ist.²⁴⁾ Revolutionäre Zeiten wollen Taten sehen; damit überhaupt etwas geschähe, das dem Schwanken der Meinungen und der zögernden Verlegenheit der Regierungen ein Ende machen würde, hat Gagern seinen „Griff“ getan.

2. Ein weiteres Moment, das bei Gagerns Entscheidung mitgewirkt hat, waren die große Begeisterung und der Machtrausch, von denen die Nat.Vers. ergriffen war. Fast alle Abgeordnete und Diplomaten, die nach Frankfurt kamen, erlagen nach kurzer Zeit der berausenden Kraft dieser Atmosphäre. Wider ihren Willen wurden sie von der Begeisterung mitgerissen und begannen, ihre Hoffnung auf das souveräne Parlament zu setzen. Herrschte über das Wie der Lösung der Fragen auch noch die größte Unklarheit, so war doch die große Mehrheit damit einverstanden, daß bei dem Werk der nationalen Neugestaltung Deutschlands den Fürsten so wenig als möglich Einfluß eingeräumt werden dürfe. Auch J. G. Droysen überschätzte die Macht der Bewegung gegenüber der Macht der Einzelregierungen.²⁵⁾ Nur der preußische Minister Hansemann,²⁶⁾ der aber erst nach dem Septemberaufstand nach Frankfurt kam, widerstand den „atmosphärischen Einflüssen“.*) Gagern dagegen, dessen Politik mehr aus dem Herzen als aus einem nüchternen politischen Verstande kam, konnte natürlich dieser Begeisterung keinen Widerstand leisten. Gleich am zweiten Tage des Parlaments hatte er sich mit folgenden Worten zur Souveränität der Nation bekannt: „Wir sollen schaffen eine Verfassung für Deutschland, für das gesamte Reich. Der Beruf und die Vollmacht zu dieser Schaffung — sie liegen in der Souveränität der Nation...**) Die Mitwirkung auch der Staatsregierungen zu erwirken, liegt mit in dem Berufe dieser Versammlung“.²⁷⁾ — Vergleicht man diesen Präzedenzfall mit dem „kühnen Griff“, so erhellt, daß letzterer eigentlich nur eine weitere Folgerung aus der Proklamierung der Souveränität der Nation war und damit eine erneute Konzession an das Machtverlangen der Versammlung.

3. Von großer Bedeutung für den „Griff“ waren ohne Zweifel auch das Verlangen nach Einheit und der Wunsch, im Provisorium schon das Definitive, im Reichsverweser schon den Kaiser darzustellen.²⁸⁾ „Die ganze Versammlung hatte gleich von vornherein ein unabweisliches Gefühl, daß eine vielköpfige Zentral-

*) Selbst Radowitz bemühte sich, Friedrich Wilhelm den Begriff der Volkssouveränität verzeihlich zu machen als eine Art Modewort, das in den Köpfen der Frankfurter ganz gut mit einer geliebten und geachteten Krone zusammengehe. (Andrea Frahm, Paulskirche und Volkssouveränität, S. 237.)

**) Gagern hatte damit nicht die „Volks“-Souveränität proklamieren wollen; doch seine Worte sind von den meisten Abgeordneten, besonders von der Linken, so aufgefaßt und darum jubelnd begrüßt worden.

gewalt, sei es von drei, fünf, neun Direktoren, fast unmöglich und in keinem Falle rätlich sei, weil diese Vielheit im Grunde genommen unmonarchisch und plebejisch, niemandem zuträglich werden konnte als der Linken . . .²⁹⁾ Man war auf Begeisterung eingestellt, und eine einheitliche Spitze konnte mehr begeistern als ein Direktorium, dieses Abbild des deutschen Partikularismus. Jürgens (grd.) erzählt, die Dreiheit sei einfach nicht mehr zu halten gewesen, selbst in ihren Privatzusammenkünften nicht, obwohl Gagern bis zum letzten Augenblick für sie gesprochen habe.³⁰⁾ Außerdem versprach man sich von einer einheitlichen Zentralgewalt mehr Macht. Der preußische Gesandte v. Usedom schrieb nach Berlin: man frage sich in Frankfurt, ob es nicht besser sei, ohne Rücksicht auf Preußen die Zentralgewalt so stark und einheitlich zu machen als nur möglich, um dadurch der wachsenden Anarchie in Deutschland begegnen zu können.³¹⁾

4. Auch der Gedanke, dem Vorschlag der Linken auf einen verantwortlichen Präsidenten, der eben wegen seiner Einheitlichkeit eine bedeutende Werbekraft hatte,³²⁾ selbst einen imponierenden Antrag entgegenzustellen, mochte bei der Schilderhebung des österreichischen Erzherzogs mitgespielt haben. — Selbst Bied. hat am 20. Juni einen Antrag auf Übertragung der provisorischen Zentralgewalt an einen, allerdings unverantwortlichen, Präsidenten unterstützt, wovon er in seinen „Erinnerungen“ natürlich nichts berichtet.³³⁾ — Erkennt man die Widerstände, an der sich eine Tat entzündet, so verliert diese an Problematik, und die Inkonsequenz, die bei revolutionären Ereignissen oft mit Händen zu greifen ist, wird verständlicher.

5. Der Zwang der Verhältnisse, unter dem Gagern gehandelt hat, wird jedoch erst bei der Betrachtung der Personenfrage recht deutlich. Denn da Friedrich Wilhelm seit dem 18. März als provisorisches Oberhaupt nicht mehr in Frage kommen konnte — und der „Kartätschen-Prinz“, der spätere Kaiser Wilhelm I., erst recht nicht —, mußte eben ein anderer Fürst gesucht werden. Als der Abgeordnete Braun aus Köslin es trotz der Unbeliebtheit Friedrich Wilhelms wagte, diesen für die provisorische Zentralgewalt vorzuschlagen, erhob sich niemand zur Unterstützung seines Vorschlags, und die Linke beantwortete diese Naivität des „Abgeordneten aus Hinterpommern“ mit einem schallenden Hohngelächter.³⁴⁾

6. Demgegenüber schien der österreichische Erzherzog Johann zum revolutionären Volkskaiser geradezu prädestiniert zu sein,

worauf ja auch Bied. mit Recht hinweist. Der Erzherzog war ein gemütlicher, unbedeutender, aber äußerst populärer alter Herr von 66 Jahren. Seine Volkstümlichkeit verdankte er der Beteiligung an den Kriegen gegen Napoleon (Tiroler Aufstand), seiner morgantischen Ehe mit einer steierischen Posthalterstochter und vor allem einem Trinkspruch,³⁵⁾ den er im Jahre 1842 als Gast bei den preußischen Manövern ausgebracht hatte, und der so gelautet haben sollte: „Kein Preußen, kein Österreich, ein großes einiges Deutschland, so fest und frei wie seine Berge!“*) Wollte man die monarchische Spitze schon im Provisorium Vorbilden, so war der Erzherzog der einzige aussichtsreiche Kandidat für dieses Amt.

7. Noch durch eine andere Tatsache fand der Gedanke, den österreichischen Erzherzog vorzuschlagen, eine starke Förderung, nämlich durch die große Beliebtheit der österreichischen Abgeordneten in der Paulskirche. Mit brüderlichen Umarmungen waren sie in Frankfurt begrüßt worden, und man freute sich, diesen „zahlreichen und edlen Volksstamm endlich wieder mit seinen Brüdern vereinigt zu erblicken“.³⁶⁾ Der „Märzschein“ schwebte noch wie ein „wahrer Heiligenschein“ um ihre Häupter.³⁷⁾ Der schlanke, „wahrhaft gentile“ junge österreichische Historiker Arneth war der Liebling der Paulskirche, und der böhmische Dichter Moritz Hartmann, „angeblich der schönste Mann der Nat.Vers.“, soll die „Wonne der Frankfurter Damen“ gewesen sein.³⁸⁾ Ein österreichischer Abgeordneter schrieb einmal: „Während es ... im lieben Österreich sehr schlimm stand, feierten wir Vertreter Österreichs draußen (in Frankfurt) fortwährend Triumphe“.³⁹⁾ Ein nicht-österreichisches Mitglied (Mevissen) klagte in einem Brief: „Alles wird den Herren (Österreichern) entgegengetragen und in den Schoß geworfen, weil sie bescheiden und gutmütig nichts verlangen“.⁴⁰⁾

H. v. Gagern zählte auch zu jenen Abgeordneten, die sich dem gewinnenden Wesen der Österreicher nicht verschließen konnten. Mit dem einflußreichsten Österreicher, Anton Ritter v. Schmerling, war er sogar befreundet. Dieser hatte nämlich am Anfang der Revolution, als er noch im Kolleg der 17 Vertrauensmänner saß, seinen

*) So kam er in der Presse. Der wirkliche Wortlaut aber war: „... Solange Preußen und Österreich, solange das übrige Deutschland, soweit die deutsche Zunge erklingt, einig sind, werden wir unerschütterlich dastehen, wie die Felsen unserer Berge! ...“

Einfluß auf den damaligen österreichischen Bundestags-Präsidenten Colloredo benützt, um einen sehnlichen Wunsch der Familie Gagern zu erfüllen: durch seine Fürsprache war Friedrich v. Gagern, dem ältesten der Brüder Gagern, das Kommando der Bundesexekution gegen die Freischaren Heckers übertragen worden. Aus diesem Grunde fühlte sich H. v. Gagern Schmerling gegenüber zu Dank verpflichtet. Der unglückliche Ausgang dieser Mission, die Friedrich v. Gagern bei Kandern das Leben kostete, hatte der Freundschaft keinen Abbruch getan.⁴¹⁾

Als man Ritter v. Schmerling, der nach Colloredo Bundestags-Präsident wurde, frug, welche Ansicht seine Regierung über die zu schaffende Zentralgewalt habe, erwiderte er, er wisse nicht, an wen er sich in Wien wenden solle; die freisinnigen Männer, wie z. B. Graf Montecuccoli, befänden sich im Gefängnis. Voll Mitgefühl soll ihm daraufhin der Rat erteilt worden sein, seine Landsleute zu versammeln und sich von ihnen eine geeignete Persönlichkeit vorschlagen zu lassen. Da der fähigste Kopf aber er selber war, hätten seine Landsleute gern ihn in Vorschlag gebracht. Doch in diesem Moment schob Schmerling den Erzherzog vor.⁴²⁾ Und dieser Wunsch Schmerlings ist Gagern wahrscheinlich nicht gleichgültig gewesen. Die Wahl Johanns war also der Höhepunkt der Sympathie-Kundgebungen für die Österreicher; es war eine Einladung an Österreich, ganz zu Deutschland zu kommen. Der Großdeutsche Wichmann wäre bereit gewesen, Österreich im neuen Bundesstaat die erste Stelle zu überlassen.⁴³⁾

3. Den stärkeren Anstoß zu dem „kühnen Griff“ hat jedoch höchstwahrscheinlich die Rede des Freiherrn v. Vincke vom 21. Juni gegeben, in der er sagte: „... nach dem, was ich von den Gesinnungen des Königs und seiner konstitutionellen Minister erwarte; glaube ich, daß sie durchaus nichts dagegen einwenden würden, wenn ein anderer deutscher Fürst, namentlich aus dem erhabenen Hause, das jahrhundertlang an der Spitze des Deutschen Reiches gestanden hat, hierzu ausersehen würde.“⁴⁴⁾ Man nahm an, daß v. Vincke über die Wünsche in Berlin im Bilde sei. Tatsächlich hatte schon am 19. Juni der preußische Gesandte v. Usedom Gagern gegenüber geäußert, die Wahl des Erzherzogs sei für Friedrich Wilhelm keine Unmöglichkeit. Nach Vinckes Rede nahmen die Sympathien für die Monas rasch zu, so daß selbst die Ausschuß-Majorität ihren Direktorialvorschlag aufgab. Am 23. Juni erklärte sich auch Radowitz für den „Reichsverweser“, und er war

tatsächlich über die Ansicht Friedrich Wilhelms orientiert.⁴⁵⁾ Der Österreicher Beda Weber gibt der „unerhörten Stellung“ von Radowitz und Vincke viel schuld.⁴⁶⁾

Den Gedanken, den österreichischen Erzherzog zum Reichsverweser zu machen, hat also nicht Gagern angeregt. — Frahm vertritt, im Gegensatz zu Sybel, die Ansicht, daß Gagern das Überwiegen der Einheitsidee weder gewünscht noch bewirkt hat.⁴⁷⁾ — Die Anregung dazu ist vielmehr von andern ausgegangen: von Schmerling und von Vincke, bzw. von Sanssouci. Was Friedrich Wilhelm zu der Empfehlung des Erzherzogs bewogen hat, kann aus seinen vormärzlichen Äußerungen geschlossen werden; es war seine „romantische Opferbereitschaft für deutsch-österreichische Reichsherrlichkeit“.^{*)}

Durch diese Darlegung der damaligen politischen Lage dürfte klar geworden sein, in wie weitem Maße der „kühne Griff“ bereits durch den Zwang der sehr komplizierten Verhältnisse bedingt gewesen ist, und wie darum Gagens Tat nicht in erster Linie als ein Akt raffinierter Taktik aufgefaßt werden darf. Das Leitmotiv ist für Gagern nicht gewesen, die Popularität des Erzherzogs durch das Provisorium abnützen zu lassen; er hat den Österreicher nicht deshalb vorgeschlagen, damit Friedrich Wilhelm desto sicherer die Kaiserkrone erhalten würde, sondern er hat gehofft, daß trotz des österreichischen Provisoriums die Krone schließlich Preußen zufallen werde und daß der Erzherzog, den er jetzt großmütig zum Reichsverweser vorschlug, später ebenso großmütig seinem fürstlichen Kollegen von Sanssouci den Vorrang lassen würde. Hoffnung aber ist noch keine feine Berechnung oder kluge Taktik. Will man den „Griff“ richtig verstehen, so darf man vor allem nicht mehr hinter ihm suchen, als er in Wirklichkeit war: nämlich ein „Akt der Verlegenheit“!⁴⁸⁾ So charakterisiert ihn der österreichische Historiker Friedjung, und

*) Frahm, a. a. O., S. 246 ff.

Über den „kühnen Griff“ selbst war Friedrich Wilhelm jedoch empört. In dem Handschreiben an den Erzherzog nannte er die Wahl „in sich völlig ungültig, null und nichtig“, „eine unerhörte Begebenheit“ und stellte dem Erzherzog die Bedingung, sobald als möglich auszusprechen, daß er das Reichsverweseramts niemals aus den Händen der „unbefugten Frankfurter Versammlung“ allein angenommen haben würde. Der Erzherzog ging nicht darauf ein und nannte den Brief „spitzig“. Er folgte auch nicht der Einladung Friedrich Wilhelms nach Potsdam. S. Zwiedineck-Südenhorst, a. a. O., II, S. 452.

damit kommt er dem Wesen desselben sicher am nächsten. Nicht taktische Erwägungen sind bei der Entscheidung am 24. Juni ausschlaggebend gewesen, sondern die Verlegenheit, die Not, der Zwang der Verhältnisse, der Mangel eines besseren Vorschlags. *) Der „Griff“ war ferner eine K o m p r o m i ß - L ö s u n g. Gagern hatte damit eine Brücke zwischen der Linken und der Rechten schlagen und zugleich den Konflikt mit den Regierungen vermeiden wollen: der „Fürst“ hätte die Regierungen und die Rechte, der eine „Reichsverweser“ die Unitarier, und die Wahl durch die Versammlung die Linke mit seinem eigenmächtigen Eingreifen aussöhnen sollen.

Allerdings, daß andere Freunde Preußens tatsächlich aus solch „widersinnigen“ Motiven, die Bied. für Gagern ablehnt, ihre Zustimmung zu dem „Griff“ gegeben haben, kann nicht bestritten werden. So schrieb z. B. Max Duncker (kld.) in seiner Denkschrift für die Prinzessin Augusta am 31. Juli 1848: gerade durch die österreichische Spitze als Provisorium habe man Preußen vorgearbeitet, denn unter schwierigen Verhältnissen nütze ein solches Amt mehr ab, als daß es fördern würde!⁴⁹⁾ Und J. G. Droysen berichtete in einem Brief von einem „feinkombinierten Plan, in der Zentralgewalt an Österreich die ostensible Ehre, an Preußen in der Besetzung der Präsidentenstelle, des Auswärtigen und Kriegsministeriums, die M a c h t zu geben“.⁵⁰⁾

Doch die Absichten und Ziele dieser Freunde Preußens spielen bei der Beurteilung von Gagerns „kühnem Griff“ nur eine untergeordnete Rolle: denn Gagern hatte ja ohne vorherige Rücksprache mit seiner Partei gehandelt.

Nach Frahm hat er in der Nacht vom 23. auf 24. Juni nur wenigen Freunden seinen Plan entwickelt.⁵¹⁾ Sicher ist, daß der preußische Gesandte v. Usedom schon am Tage vorher Kunde von den kommenden Dingen erhalten hatte.⁵²⁾ Das ganze rechte Zentrum dagegen erwartete am 24. Juni noch, daß er für ein dreiköpfiges Direktorium sprechen würde.⁵³⁾ „Unmittelbar nach Gagerns begeisterter Rede sprach Dahlmann (kld.) sehr nüchtern und verständig über die vorliegende Frage, ignorierte Gagerns Vorschlag beinahe, empfahl, um der Zukunft nicht vorzugreifen,

*) Auch Meinecke hat in dem „Griff“, den er einmal als die „Schöpfung einer leichtsinnigen Taktik und argen Illusion“ bezeichnete, noch zuviel Absichtlichkeit und Berechnung gesehen. (Friedrich Meinecke, Radowitz und die deutsche Revolution, S. 126.)

ein dreiköpfiges Direktorium, und sprach sich im engeren Kreise sehr scharf gegen den 'kühnen Griff' aus, den er unverhohlen als einen Mißgriff bezeichnete^{.54)} „Ergreifender als jemals“ soll derselbe am 25. Juni im Kasino gegen Gagern gesprochen haben: es sei besser, daß der Präsident falle, als die Versammlung; man müsse die Einigkeit mit den Regierungen bewahren.⁵⁵⁾ Auch die Deutsche Zeitung hat in einem Leitartikel vom 21. Juni 1848 zu bedenken gegeben, daß es nichts helfen könne, e i n e Persönlichkeit an die Spitze zu stellen, solange nicht die Regierung eines mächtigen Staats die einigende Kraft nach innen und außen erzeuge.⁵⁶⁾ Doch alle Bedenken, die Dahlmann, Gervinus, Beckerrath, G. Beseler, M. Duncker u. a. Parteigenossen Gagerns vorgebracht haben, halfen nichts, die Majorität wählte den Erzherzog. Die Überraschung und Bestürzung, von der gerade Gagerns Parteigenossen erfaßt wurden, beweisen, daß er nicht in ihrem Auftrag gehandelt hat.

Damit wurde bereits die andere Frage berührt:

2. War der „kühne Griff“ ein politischer Fehler?

Max Duncker (kld.) meint nämlich, Gagern habe damals „die Lage der Dinge groß und staatsmännisch wie immer“ erfaßt.⁵⁷⁾ Nicht so uneingeschränkt lautet das Lob Bied.s, sondern er räumt ein, daß, falls Gagern schon damals an den Ausschluß Österreichs gedacht habe, es „unvoraussichtig“ von ihm gewesen sei, den Erzherzog zum Reichsverweser vorzuschlagen.*) Doch an einer anderen Stelle rechtfertigt er den „Griff“ wieder mit seinem „Erfolg“. Dort heißt es:

„Nicht minder überraschend für seine Partei war der 'kühne Griff' ... Die Monarchisten von strenger Observanz schrien laut über Verrat, über weichliche Nachgiebigkeit gegen die Linke, und selbst die näheren Freunde Gagerns schüttelten bedenklich die Köpfe. Wenig fehlte, so wäre er von seiner Partei im Stiche gelassen worden — doch riß er sie noch glücklich mit sich fort. Daß er einen Fürsten als den zu Wählenden bezeichnete, söhnte die Erschrockenen einigermaßen aus. Auch die Regierungen machten gute Miene zum bösen Spiel und gaben mit sauer-süßem Lächeln ihre nachträgliche Genehmigung zu der geschehenen Wahl. Der Erfolg — dieser höchste Richter in politischen Dingen rechtfertigte also den in der Tat sehr kühnen Schritt ...“⁵⁸⁾

*) S. vorn S. 42.

Allein, so fragen wir, worin hätte denn jener „Erfolg“ bestehen sollen? Etwa darin, daß die Freunde Gagerns nur aus Rücksicht gegen seine Person, der sie eine Niederlage ersparen wollten,⁵⁹⁾ für den Erzherzog gestimmt haben? Ein zweifelhafter Erfolg! Außerdem ist jene Auffassung, die in dem Erfolg den höchsten Richter in politischen Dingen sieht, nicht tief genug, um ihr zustimmen zu können. Nein, in diesem Fall ist das Recht sicher auf seiten derer, die den „Griff“ für einen politischen Fehler hielten, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Das österreichische Provisorium hat die Täuschung über die tatsächlich vorhandene Rivalität der beiden deutschen Großmächte noch genährt und die Bildung der richtigen Erkenntnis, daß ein starkes und einiges Reich ohne vorherige Beseitigung des preußisch-österreichischen Dualismus unmöglich war, nur erschwert. Jeden Versuch, die Oberhauptsfrage im preußischen Sinn zu lösen, mußte der Erzherzog als eine Verletzung empfinden.

2. Das österreichische Provisorium hat ferner die ohnehin schon verwirrte Lage noch mehr kompliziert und damit eine rasche Beschließung der Verfassung verhindert. Während sich im Sommer 1848 die Regierungen noch manches Zugeständnis hätten abringen lassen, vor allem Österreich, das sich aufzulösen schien, bedingte der österreichische Reichsverweser — wenn er auch nicht die einzige Ursache war — eine Verschleppung der Entscheidung in der österreichischen und der Oberhauptsfrage.

3. Außerdem ist durch den „Griff“ die ganze Versammlung „entschieden mehr auf die linke Seite hinübergedrängt worden als es früher der Fall war, über 400 Stimmen haben für die alleinige Wahl der Versammlung gestimmt, was noch vor 8 Tagen als ein extremer Antrag der Linken erschienen war; über 500 haben den Vorbehalt eines Einverständnisses mit den Regierungen verworfen und dadurch die Vertragstheorie verlassen“.⁶⁰⁾ So berichtete damals der Parteigenosse Bied.s, Gustav Rümelin, an den Schwäbischen Merkur. Wohl selten sind einer radikalen Opposition dadurch „die Zähne vorweg ausgebrochen“ worden — wie M. Duncker meint —, daß man ihr Konzessionen machte.⁶¹⁾

4. Durch die Ignorierung der Regierungen endlich sind nicht nur diese, sondern ist auch der gemäßigte Teil der Versammlung verletzt worden. G. Beseler (kld.) schreibt in seinen Erinnerungen: „Das war ein großer politischer Fehler, indem die Regierungen und die eigene Partei, welche vollständig überrascht war, ohne Not ver-

letzt wurden“⁶²⁾ Der Großdeutsche Jürgens hat bei keinem andern Beschluß seine Mitwirkung so oft und schmerzlich als politischen Fehler beklagt, wie bei dem Gesetz vom 28. Juni.⁶³⁾ Daß der entschiedenste Kleindeutsche, Dahlmann, den „Griff“ als einen „Mißgriff“ bezeichnet hat, wurde bereits erwähnt.

Die Oberhauptsfrage, die maßgebende Führer der Bewegung vor dem Ausbruch der Revolution im preußisch-deutschen Sinn hatten lösen wollen, war nun also durch die Initiative des Präsidenten der Versammlung überraschenderweise provisorisch zugunsten von Österreich entschieden worden. Das bisherige Zentralorgan des Deutschen Bundes, der Bundestag, übertrug am 12. Juli seine Befugnisse und Pflichten an den Reichsverweser und löste sich selbst auf. „Nun könnt Ihr einen Hochgenuß haben, Ihr Demagogen, Ihr könnt die Aufhebung des Bundestags mit ansehen“, mit diesen Worten soll der fidele Österreicher Schmerling, der Nachfolger Colloredos als Bundestagspräsident, seine Landsleute zu dem Akt eingeladen haben.⁶⁴⁾ Indem er vorgab, die Zustimmung der Regierungen für den Erzherzog als Reichsverweser schon vor der Wahl durch die Nat.Vers. gehabt zu haben, erschien Johann nicht nur als „revolutionärer Mandatar der Nat.Vers.“, sondern zugleich auch als „legitimer Mandatar des Bundestags“.⁶⁵⁾ Damit hatte jedoch nicht, wie Binding meint, der Deutsche Bund aufgehört zu existieren,⁶⁶⁾ sondern nach der Theorie von Schmerling konnte der Erzherzog jederzeit auf den nur untätig gewordenen Bundestag zurückgreifen.⁶⁷⁾

Eine weitere Enttäuschung mußten die Freunde Preußens bei der Vergebung der Frankfurter Ministersessel erfahren. Droysens und G. Beselers (kld.) Hoffnung, daß im Reichsministerium Preußen nun faktisch die Führung ergreifen werde, ging nicht in Erfüllung.*) Camphausen, der als Außenminister vorgesehen war, lehnte das Amt ab. Er war prinzipieller Gegner einer österreichischen Spitze, und außerdem wollte er sich nicht als Werkzeug für Preußens Mediatisierung gebrauchen lassen: „Ich möchte nicht die

*) Georg Beseler schrieb am 18. Juli nach Hause: „... wir hofften, Preußen werde nun die Geschäfte in Frankfurt in die Hand nehmen und dadurch tatsächlich an die Spitze Deutschlands treten. Der Majorität der Versammlung für diesen Plan waren wir sicher.“ (Deutsche Revue, 1912, II, S. 236 ff., zit. b. Adolf Rapp, Das österreichische Problem in den Plänen der Kaiserpartei von 1848, S. 20.)

Handhabe zu neuen kühnen Griffen sein, aber auch nicht der Schanzkorb, der bestimmt wäre, von den ersten Schüssen umgeworfen zu werden“.⁶⁶⁾ Auch Bunsen war nicht gewillt, die „Frankfurter Medeauren“ mitzumachen.⁶⁹⁾ Und so schien auch dem Koburger Staatsmann Stockmar die Aufgabe zu schwer, allein der österreichischen Reichsverweserschaft die Spitze zu bieten und die Brücke zum preußisch-deutschen Erbkaisertum zu schlagen, und er schob den mediatisierten Fürsten Leiningen vor, der dann Ministerpräsident wurde.⁷⁰⁾ In sein Ministerium kamen vorwiegend Süddeutsche und Rheinländer; nur der Kriegsminister war ein Preuße.*) „Der Sinn des Ministeriums Leiningen war ... die Vergewaltigung Preußens, die Frankfurter Diktatur.“**) Er verhinderte es, daß ein Vermittlungsorgan zwischen den Regierungen und der Zentralgewalt neben die Nat.Vers. gestellt würde, was Preußen gewünscht hatte; denn er sah darin den gefährlichsten Feind seiner Pläne: den mittelstaatlichen Partikularismus.⁷¹⁾ Die Bevollmächtigten der Einzelstaaten erhielten dadurch nur eine „Briefträgerstellung“.⁷²⁾ Gagerns Wort von der Mitwirkung der Regierungen an der Verfassung war somit nur eine Redensart geblieben.

Der geistige Führer des Ministeriums war jedoch nicht Leiningen sondern der Innenminister Anton v. Schmerling, also wiederum ein Österreicher. Auch dieser war, da die österreichische Regierung zu sehr durch ihre eigene Revolution in Anspruch genommen wurde, gegen ein Vermittlungsorgan der Regierungen gewesen.

Die Regierungen gaben, wenn auch nicht unumwunden, ihre Zustimmung zu der Zentralgewalt. So machte Preußen den Vor-

*) Innenminister wurde der kluge und gewandte Österreicher v. Schmerling, Außenminister: der Hamburger Advokat Heckscher, Kriegsminister: der preußische General Peucker, Finanzminister: der rheinpreußische Fabrikant v. Beckerath, Justizminister: der württbg. Staatsrechtslehrer Robert Mohl und Handelsminister: der bremische Senator Duckwitz. Von den Unterstaatssekretären seien erwähnt: die beiden Badener v. Mathy und Bassermann, die Hessen Max v. Gagern und v. Biegeleben, die beiden Rheinländer Wiedemann und Mevissen, der Schwabe Fallati und der Österreicher v. Würth.

**) Veit Valentin, Leiningen, S. 118. Leiningen, der selbst mediatisierter Fürst war, hatte den lebhaften Wunsch, daß mit der Kleinstaatserei aufgeräumt würde. In seiner Schrift „Entweder — Oder“ steht der Satz: „Die Fürsten haben sich der Nat.Vers. zu fügen wie jeder andere Deutsche“. (Valentin, Geschichte der Revolution, II, S. 90; Valentin, Leiningen, S. 108.)

behalt, daß aus dem Verfahren der Nat.Vers. in diesem außerordentlichen Fall keine Konsequenzen für die Zukunft gezogen würden. Und Hannover äußerte Bedenken gegen Form und Inhalt des Gesetzes vom 28. Juni, was eine stürmische Sitzung in Frankfurt zur Folge hatte, in deren Verlauf der König von Hannover ein Rebell gescholten und ihm mit Einziehung seines Landes gedroht wurde.⁷³⁾ In Wirklichkeit kümmerten sich die Fürsten wenig um die Frankfurter Diktatur. Am 13. August gab Friedrich Wilhelm auf dem Dombaufest zu Köln seine persönliche Antwort auf den „kühnen Griff“. Bied. und Haym (kld.) berichten nur andeutungsweise von den peinlichen Eindrücken dieses Festes. Haym erwähnt nur das eine Wort Friedrich Wilhelms: „Mein Herz ist immer bei diesem Werke (der Nat.Vers.) gewesen“ und unterdrückt die Mahnung an die zu dem Fest geladenen Abgeordneten: nicht zu vergessen, daß es in Deutschland noch Fürsten gäbe, und daß er zu diesen gehöre.*) Damals fand die Stockmar-Bunsensche Aktion ihr Ende: Frankfurt und Berlin gingen nun endgültig ihre eigenen Wege.

Auf wie schwachen Füßen die Zentralgewalt stand, zeigte sich sofort, als auch sie ihren ersten kühnen Griff wagte und eine Verfügung traf, wonach am 6. August das gesamte Heer des Deutschen Bundes dem Reichsverweser hätte huldigen sollen. Nur Sachsen, Württemberg, Baden und die kleineren Staaten ließen die Huldigung geschehen. Österreich dagegen beschwerte sich, und Preußen umging die Huldigung auf die Weise, daß es nur festliche Demonstrationen veranstaltete. Der Justizminister Robert Mohl schreibt in seinen Erinnerungen, die Zentralgewalt werde wohl in ihren Ansprüchen einerseits und ihrer materiellen Nichtigkeit andererseits ohne Beispiel in der Geschichte sein.⁷⁴⁾ Die Ohnmacht der Zentralgewalt wurde noch augenscheinlicher bei dem Streit um den Waffenstillstand von Malmö, den Preußen, wohl von der Zentral-

*) Vgl. Haym, Die deutsche National-Versammlung, I, S. 104: Biedermann, „Erinnerungen“, S. 288 f. — G. Beseler will gehört haben: „... und ich einer der mächtigsten bin“. Doch W. Wichmann behauptet, Beseler müsse sich geirrt haben, er selbst sei ganz nahe beim König gestanden und habe nur folgende Worte gehört: „Seien Sie überzeugt, daß ich nie vergessen werde, welch ein großes Werk zu gründen Sie berufen sind, wie ich überzeugt bin“ — jetzt habe der König plötzlich die Stimme erhoben und in artikuliertem Tone hinzugesetzt: „daß Sie nicht vergessen werden, daß es in Deutschland Fürsten gibt, und daß ich zu diesen gehöre“. (W. Wichmann, Denkwürdigkeiten aus der Paulskirche, S. 218 f.)

gewalt dazu autorisiert, aber nicht in ihrem Sinn mit Dänemark abgeschlossen hatte. Das Reichsministerium war klug genug, es auf keine Kraftprobe mit Preußen ankommen zu lassen, und wollte den Waffenstillstand genehmigen. Da beschloß jedoch die Nat.Vers. unter Dahlmanns Führung (am 5. Sept.) die Sistierung aller zur Ausführung des Waffenstillstands nötigen Schritte. Daraufhin trat das Ministerium Leiningen zurück. Am 17. September indessen erklärte sich die Majorität der Versammlung für die Genehmigung des Waffenstillstands. Die Folge davon war der Ausbruch des Frankfurter Aufstands vom 18. September, wo linksradikale Elemente die Nat.Vers. zu sprengen drohten und bei dem zwei Abgeordnete, der Fürst Lichnowsky und der preußische General Auerswald, vom Pöbel auf bestialische Weise hingeschlachtet wurden.*) Doch dank dem energischen Vorgehen Schmerlings war es möglich, den Aufstand niederzuschlagen und so die Sprengung des Parlaments zu verhindern. Allein die Nat.Vers. hatte damit in ihrem eigenen Interesse den ersten Stoß gegen die Revolution führen müssen, der sie doch ihre eigene Existenz verdankte. Eine schlimme Vorbedeutung! Als die Versammlung endlich an die Lösung der zentralen Fragen herantrat, hatte sie den Höhepunkt ihrer Macht längst überschritten.

Da Dahlmann nicht in der Lage gewesen war, ein neues Ministerium zu bilden, kehrte das alte wieder, aber ohne Leiningen und Heckscher. An Leiningens Stelle wurde Schmerling Ministerpräsident. Damit gewannen die Österreicher in Frankfurt einen so starken Einfluß, daß ihre Führerstellung auch im neuen Reich garantiert zu sein schien. Kein Wunder, wenn diejenigen, die eben dieses österreichische Übergewicht beseitigt wünschten, nun mit aller Macht versuchten, wenigstens den Verfassungsausschuß unter ihren Einfluß zu bringen, um vielleicht von hier aus das Steuer vom österreichischen Kurs herumreißen zu können. Ob und wie weit ihnen dies gelungen ist, wird das nächste Kapitel zeigen.

*) „Der arme General (Auerswald) wurde für den Fürsten (Lichnowsky) gehalten, herabgeschleppt und einem Hunde gleich am Rande eines Grabens totgeschlagen“. Lichnowsky, der sich zur Wehr setzte, band der Mob „an einen Pappelbaum und schoß, hieb und stach nach ihm, sodaß er aus 21 Wunden blutete“. Erst nach langen Leidensstunden erlöste ihn der Tod von seinen Qualen. (Lemmermayer, Aus Schmerlings Leben, S. 203.)

Drittes Kapitel.

Die provisorische Lösung der österreichischen Frage, oder die „Frage“ an die österreichische Regierung.

Da die Freunde Preußens infolge des Ausbruchs der Berliner Märzrevolution bzw. der darüber verbreiteten Lügen und infolge des Eintritts der österreichischen Abgeordneten in die Paulskirche sich in großer Verlegenheit befanden und Gagers „Griff“ diese nur noch vergrößerte, war es ihnen nicht unangenehm gewesen, daß die Versammlung zunächst mit der Beratung der Grundrechte begonnen hatte und sich unverhältnismäßig gründlich mit diesen befaßte. Denn sie hofften, daß im Laufe der Zeit die Stimmung für Preußen und seine Dynastie auch wieder günstiger würde, und außerdem wollten sie erst abwarten, wie sich die Dinge in Österreich entwickelten. Ihrem Wunsche, Zeit zu gewinnen, kam die Linke, der die Freiheit näher lag als die Einheit, bereitwilligst entgegen. So vertrödelte die Versammlung ihre kostbarste Zeit mit der Beratung von minder wichtigen Fragen. Erst der Septemberaufstand brachte den Vorkämpfern für Preußens Führung zum Bewußtsein, wie wenig gesichert die Existenz der Versammlung im Grunde genommen war und daß das Temporisieren unter Umständen recht unangenehme Folgen haben könnte. Denn in der Paulskirche tat sich nach dem Aufstand zwischen der Linken und der Majorität der Gemäßigten eine große Kluft auf, und in den Einzelstaaten begann schon die Gegenrevolution zu marschieren. Den Gemäßigten drohte der Kampf gegen zwei Fronten: gegen den Radikalismus und gegen die Reaktion. Die Zeit von Leiningens reichsterroristischem „Entweder-oder“ schien bereits der Vergangenheit anzugehören.

So ist es verständlich, wenn auch diejenigen, die Preußen an die Spitze bringen wollten, den 19. Oktober, wo der Verfassungsausschuß endlich die ersten §§ der eigentlichen Verfassung zur Beratung vorlegte, „wie einen Festtag“¹⁾ begrüßten. Es war die 100. Sitzung der Versammlung. Nicht weniger als 5 Monate waren seit ihrem Zusammentritt schon verflossen. Während unter den Plänen, die bisher in der Paulskirche und in den Zeitungen über die zukünftige Gestalt des Reiches entwickelt worden waren, die großdeutschen weitaus das Übergewicht hatten, aber meist sehr phantastisch waren, hatten die geistigen Führer des Verfassungsausschusses, nur nach dem politisch Notwendigen fragend, in 3 Paragraphen ihre Formel bzw. Bedingung für einen einheitlichen und starken Bundesstaat aufgestellt. Die §§ lauteten:

- § 1: Das Deutsche Reich besteht aus dem Gebiete des Deutschen Bundes. Die Verhältnisse des Herzogtums Schleswig und die Grenzbestimmung im Großherzogtum Posen bleiben der definitiven Anordnung vorbehalten.
- § 2: Kein Teil des Deutschen Reiches darf mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staat vereinigt sein. Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so ist das Verhältnis zwischen beiden Ländern nach den Grundsätzen der reinen Personalunion zu ordnen.
- § 3: Das Staatsoberhaupt eines deutschen Landes, welches mit einem nichtdeutschen Lande in dem Verhältnis der Personalunion steht, muß entweder in seinem deutschen Lande residieren oder in demselben eine Regentschaft niedersetzen, zu welcher nur Deutsche berufen sein dürfen.²⁾

Die §§ betrafen in erster Linie das Verhältnis zur österreichischen Monarchie, obwohl Österreich nicht namentlich erwähnt wurde. Sie bedeuteten, wie Bied. richtig bemerkt, „freilich einen scharfen Schnitt in den österreichischen Kaiserstaat“; denn bei der Forderung der reinen Personalunion hätte „das deutsche Land mit dem nichtdeutschen weder eine gemeinsame Regierung und Verwaltung, noch gemeinsame Stände, noch eine gemeinsame Vertretung nach außen, noch gemeinsame Finanzen, noch ein gemeinsames Kriegsheer, überhaupt gar nichts gemein haben dürfen, als die Person des Regenten“. Trotzdem wurden die §§ nach acht-tägiger Debatte in erster Lesung am 27. Oktober 1848 mit großer Mehrheit angenommen. „Außer dem Zentrum stimmte auch die ganze Linke dafür; nur die konservativen Österreicher und eine An-

zahl Partikularisten aus anderen Ländern waren dagegen.“³⁾ Auch die österreichische Frage wurde somit, wie bereits die Oberhauptsfrage, im großdeutschen Sinne entschieden.

Der Großdeutsche Jürgens schreibt dazu: „Das Entscheidenste war und blieb aber, und hauptsächlich dadurch wurde die Mehrheit für die §§ gewonnen und der anhaltende, zum Teil heftige Widerspruch beschwichtigt, daß die Fürsprecher derselben den Einredenden sagten, man beabsichtige hauptsächlich nur eine Frage an Österreich; man wolle es zu einer Erklärung drängen, die man um jeden Preis zu erlangen suchen müsse“. „Nicht sehr lange darauf drehte man freilich den Spieß herum und sprach von den in erster Lesung gefaßten Beschlüssen über die §§ nicht anders als wie von endgültigen, nie und nimmer wieder aufzugebenden, wie von dem Palladium, den notwendigen Grundsäulen des Bundesstaats.“⁴⁾ An anderer Stelle sagt er, die Reichspartei habe mit großem Eifer die Annahme der §§ betrieben und erst hernach sei so ganz allmählich „die Idee eines ohne Österreich unter Preußen zu errichtenden Bundesstaats“ zum Vorschein gekommen.“⁵⁾

Ähnlich äußert sich der Großdeutsche Künßberg: „In der Peripetie des langen Dramas, welches man das deutsche Verfassungswerk nannte, hatte nicht nur die Nat.Vers., sondern auch der Verfassungsausschuß kaum eine andere Rolle als die des Chors gespielt. Beide waren in die Notwendigkeit verstrickt, sich der Herrschaft eines Triumvirats (der Subkommission) zu unterwerfen, welches seinen — ohne Zweifel in guter Absicht ersonnenen — Einheitsplan durch die geräuschlos befolgte Methode fragmentarischer Arbeitsvorlagen und nach dem Grundsatz: 'Die Zeit nur macht die freie Gärung kräftig' ins Werk zu setzen bemüht war. Dieser Plan wollte und konnte nur denjenigen Staat zum Zentrum des neuen Reiches machen, welcher den nordalbingischen Herzogtümern der parateste ist. Damit dieser die Alleinherrschaft erlange, damit das Dampfschiff des abstrakten Einheitsstaates sich einer tüchtigen Erleichterung erfreue, sollte Österreich wie ein unnütz gewordener Ballast über Bord geworfen werden. Und hierzu boten die bereits dargelegten Fragmente des Verfassungsentwurfs, insbesondere die für Österreich unannehmbaren §§ 2 und 3 des Abschnittes 'über das Reich' trefflichen Vorwand dar.“⁶⁾

Noch schärfer verurteilt der Historiker Böhmer diese Lösung der österreichischen Frage: „Im Innern des Verfassungsausschusses,

in welchem Schleswig-Holsteiner Professoren*) ein unberechtigtes Übergewicht erlangt hatten, wo die Zerreißung Deutschlands und die Einschmuggelung eines Einheitsstaats auf Kosten der südlichen Stämme gebrütet worden, wie er den Träumen der einen, dem Dünkel der andern, dem Dänenhasse der dritten — so Kleines hatte Einfluß gewonnen! — gefallen konnte, aber der Untergang des wahren und ganzen Deutschlands sein würde . . . Nun langte man ködernd und täuschend eine sogenannte Reichsverfassung stückweise hervor und führte die Versammlung gleichsam mit verbundenen Augen zu einem von der Mehrheit verworfenen Ziel.“⁷⁾

Gegen eine solche Auffassung der Dinge, wie sie schon während des Parlaments von Gegnern der Kleindeutschen vorgetragen worden ist, wendet sich wiederum Bied. in seinen „Erinnerungen“ mit folgenden Worten:

„Man hat von einer 'Intrige' gesprochen, durch welche der Idee des Erbkaisertums der Sieg verschafft worden sei, von einer 'preußischen Partei', welche vom Anfange des Parlaments an für diese Idee gewirkt habe. Alles, was man von inneren Wahrscheinlichkeitsgründen für diese Verdächtigung anzugeben weiß, beschränkt sich auf die Anwesenheit der preußischen Abgeordneten im Parlamente, denen man natürlich derartige Hegemoniegelüste a priori zuschreibt, und sodann — es ist fast komisch zu sagen — auf den Umstand, daß gerade vier Schleswig-Holsteiner im Verfassungsausschuß einen gewissen Einfluß übten. Die Schleswig-Holsteiner, sagt man nämlich, hatten allen Grund, Preußen an die Spitze zu bringen, weil nur Preußen ihrem engeren Vaterlande Hilfe schaffen konnte. Unter diesen Vieren war freilich der Vater der Erbkaiseridee, Dahlmann; es war aber auch darunter Waitz, der bei der ersten Lesung noch gegen die Erblichkeit stimmte; es war ferner noch ein fünfter Schleswig-Holsteiner im Ausschuß, Gülich, der bis zuletzt sich gegen den Erbkaiser sträubte. Und worin bestand die 'Intrige'? Darin, daß man die Verfassung so einrichtete, daß nur ein erbliches Oberhaupt als Spitze darauf paßte! Aber den Bundesstaat an Stelle des Staatenbundes wollte doch die große Mehrheit der Versammlung, nicht die Preußen allein und die Schleswig-Holsteiner; ja die 'Kaisermacher' im Verfassungsausschuß und der

*) Gemeint sind damit die 4 Professoren Friedrich Christoph Dahlmann, Johann Gustav Droysen, Georg Beseler und Georg Waitz, von denen jedoch nur die beiden letzteren in Schleswig geboren wurden, G. Beseler in Rödemis bei Husum und Waitz in Flensburg. Dahlmann (geb. in Wismar-Mecklenburg) und Droysen (geb. in Treptow a. R./Pommern) hatten nur einmal einige Zeit an der Kieler Universität gelehrt. Trotz dieser Ungenauigkeit wollen wir die nun einmal für diese 4 Professoren eingeführte Bezeichnung „Schleswig-Holsteiner“ auch in dieser Arbeit beibehalten.

eigentliche Preußenklub, das Kasino, waren gerade die, welche einer strafferen Zentralisation (wie sie z. B. der Preußenfeind M. Mohl erstrebte) meist entgegentraten. Und die verhängnisvollen §§ 2 und 3, wer hat sie am lebhaftesten unterstützt? Die Linke und beinahe die Hälfte der Österreicher.“⁸⁾

Bied. ironisiert also jene Auffassung — und mit Recht —, die darin eine „Intrige“ sah, daß Freunde Preußens die Verfassung für ein erbliches Oberhaupt eingerichtet haben,*) und verneint es, daß vom Anfang des Parlaments an eine „preußische Partei“ existiert hat. Doch ganz klar ist er in diesem Punkt nicht, denn er gibt auf die Frage, wie groß der „gewisse“ Einfluß der Schl.-Holsteiner in Wirklichkeit gewesen ist, keine bestimmte Antwort. Statt dessen sucht er für die verhängnisvollen Paragraphen die Partikularisten und die Linke verantwortlich zu machen. Mit einer sophistischen Wendung umgeht er die klare Darlegung des Falles wie es damals zu dem merkwürdigen Votum für die §§ 2 und 3 gekommen ist. Da der Beschluß dieser §§, die Haym als den „Schlüssel“ zur Lösung der österreichischen Frage bezeichnet, für das Verständnis des sich bereits ankündigenden Kampfes zwischen den großdeutsch und kleindeutsch Gesinnten von größter Bedeutung ist, muß auf die §§ ausführlicher eingegangen werden.

1. a) Wie verhält es sich mit dem „gewissen“ Einfluß der Schleswig-Holsteiner im Verfassungsausschuß? Haben sie die Verfassung so eingerichtet, „daß nur ein erbliches Oberhaupt als Spitze darauf paßte“?

b) Waren sie die Urheber der §§, und wie dachten sie über das Verhältnis zu Österreich?

a) Vergleicht man, was die andern Quellen über den Einfluß, den die Schl.-Holsteiner im Verfassungsausschuß ausgeübt haben, berichten, so erhält man bei groß- und kleindeutschen Verfassern übereinstimmend die Auskunft, daß „das vielfach angegriffene Professorentum, vertreten durch Dahlmann, G. Beseler, Droysen, Waitz“, den „Kern“ des Ausschusses gebildet hat und daß aus der „schöpferischen Kraft“ dieser Männer die erste deutsche Verfassung ent-

*) Im übrigen sei nochmals auf das vorn S. 42 f. Gesagte; sowie auf eine weitere sehr gute Bemerkung bei Jürgens, I, S. 251 f., verwiesen.

standen ist.*) Das Übergewicht, das sie innerhalb des Ausschusses erlangt hatten, war auch nicht unberechtigt, wie Böhmer meint, denn sie waren nicht nur sehr gelehrte sondern auch erfahrene und verdienstvolle Persönlichkeiten. Der Name Dahlmanns z. B. war mit der hannoverschen Verfassung von 1833, mit dem Kampf der schleswig-holsteinischen Stände und mit dem Siebzehner-Entwurf aufs engste verknüpft. H. Laube (kld.) schreibt, „der eigentliche Mittelpunkt und der unerschütterliche Mittelpunkt“ sei von Anfang bis zu Ende Dahlmann gewesen; schon mit dem Entwurfe der Siebzehn habe sein herrschsamer Einfluß begonnen; die Verfassung mit der Kaiserspitze sei schon lange vor der Beratung in der Versammlung in diesem Manne verkörpert gewesen, und durch seine überzeugende Kraft habe er viele für diese Idee gewinnen können.⁹⁾

Welche Methode die Schleswig-Holsteiner angewandt haben, um die Verfassung nach ihrem Sinne zu gestalten, darüber berichtet ganz ausführlich der grd. gesinnte Jürgens, der selbst dem Verfassungsausschuß angehört hat. Aus seiner Darstellung erhält man über die Arbeitsweise der Schleswig-Holsteiner etwa folgendes Bild: Da der Entwurf der Siebzehn wegen seines halboffiziellen Charakters als reaktionär verschrien war und die in ihm enthaltene Kaiseridee am Anfang des Parlaments auch wenig Anklang gefunden hätte, konnte dieser auch als Leitfaden nicht benützt werden. Der Ausschuß war daher genötigt, einen weitläufigeren Weg zu beschreiten und zur Ausarbeitung eines Leitfadens erst eine Subkommission zu ernennen. Diese bestand aus dem Triumvirat Dahlmann, G. Beseler und Mittermaier. Die Seele desselben war natürlich Dahlmann. Als Welcker die Forderung stellte, daß die Subkommission dem Verfassungsausschuß einen vollständigen Entwurf vorlege, drang er, vor allem wegen des heftigen Widerspruchs von G. Beseler, mit diesem Vorschlag nicht durch. Man müsse, wendete G. Beseler ein, ehe man an die übrigen Verfassungsabschnitte gehen könne, erst wissen, „wie man mit Österreich stehe, und ob die Abschnitte von der Reichsgewalt und vom Reiche seitens der Nat.Vers. genehmigt würden; wenn dies der Fall sei, so könne man von der

*) Laube, II, S. 31; vgl. ferner Wichmann, a. a. O., S. 337, der als Kern der preußisch-erbkaiserialen Partei „das Professorenkleeblatt Dahlmann, Beseler, Droysen, die sog. Doktrinäre“, angibt, und Jürgens, I, S. 182, der die Schleswig-Holsteiner ebenfalls als die „Haupturheber des nachmaligen Verfassungsentwurfs“ bezeichnet.

Loyalität der österreichischen Abgeordneten erwarten, daß sie zum Deutschen Bundesstaat, wie das übrige Deutschland desselben bedürfe, mitwirken würden“. Jürgens ist sich nicht mehr ganz klar darüber, ob er nicht ausdrücklich gesagt hat: zum Bundesstaat ohne Österreich. „Die Arbeit“, fährt Jürgens fort, „geriet unvermeidlich wieder in Dahlmanns Hände ... Seine Ideen waren ein für alle Mal die des Siebzehner-Entwurfs ... Die Verfassung kam also stückweise zur Beratung, und man beriet über die einzelnen Stücke, ohne ein Ganzes vor sich zu haben, ohne zu wissen und wissen zu können, wohin man am Ausgange geraten würde.“ „Der Siebzehner-Entwurf ... kehrte ... ob auch etwas gemäßigt, in den Vorlagen ... wieder.“*)

Daß diese aus grd. Feder stammende Darlegung des Sachverhalts durchaus richtig ist, kann aus den Erinnerungen G. Bese-
lers (kld.) geschlossen werden, eine in diesem Fall sicher ganz einwandfreie Quelle. Dort heißt es: „In einem engeren Kreise war die Erkenntnis schon früh (!) gewonnen, daß die Oberhauptsfrage die Lebensfrage für das Reich sei und die Kaiserwürde nur der Krone Preußens übertragen werden könne ... Unser Programm war also: der deutsche Bundesstaat mit preußischer Spitze. Aber die Sachen lagen nicht so, daß wir damit sogleich hätten hervortreten können. Der Ruf: das ganze Deutschland soll es sein, beherrschte noch die Gemüter; die Stimmung war Preußen und seiner Dynastie nicht günstig ... Wir mußten auf die stillwirkende Kraft hoffen, die in der Macht der Tatsachen liegt ... Diese Zurückhaltung war allerdings nicht leicht durchzuführen. Das fühlte ich lebhaft ... — Aber wie gesagt, diese langsame Vorbereitung entsprach wenig der politischen Situation. Alles drängte auf den schleunigen Abschluß des Verfassungswerkes, ... während die Eingeweihten (!) sich sagen mußten, daß das Verfassungswerk für seine Vollendung doch noch nicht reif sei ... Sagen ließ es sich damals noch nicht, daß als Reichsoberhaupt nur der König von Preußen gedacht war.“(!)¹⁰⁾

Bied. spricht zwar auch von Dahlmann als dem „Vater der Erbkaiseridee“, und an anderer Stelle bezeichnet er die Schleswig-Holsteiner als die „Hauptbearbeiter des Entwurfs“;¹¹⁾ aber noch viel stärker empfindet man in seiner Darstellung die Tendenz, den

*) Jürgens, I, S. 192, S. 242 und S. 254 f. — Von den Mitgliedern des Verf.-Aussch. hatten 4 bereits dem Kolleg der Siebzehn angehört: Dahlmann, Droysen, Bassermann und Max v. Gagern.

Einfluß der Schleswig-Holsteiner zu bagatellisieren und den Streitfall der §§ so erscheinen zu lassen, als ob deren Urheber ganz im Sinne der Mehrheit der Versammlung gehandelt hätten. Durch die rein polemische Behandlung dieses Falles wird seine Darstellung mißverständlich und unklar. Denn Tatsache ist, daß der Einfluß, den die Schleswig-Holsteiner in den Verfassungsfragen ausgeübt haben, nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Vom ersten § an haben sie in kluger Berechnung die Verfassung auf den preußischen Erbkaiser zugeschnitten. Hier im Verf.-Ausschuß begann ihr herrschsamer Einfluß, der sich bald auf die Nat.Vers. und sogar auf das Ministerium ausdehnen sollte.

b) Was nun speziell die §§ 1 bis 3 „vom Reich“ betrifft, so „sind es insbesondere D r o y s e n und D a h l m a n n gewesen, welche uns schuld waren an den trefflichen, und wir dürfen wohl sagen, berühmt gewordenen §§“, schreibt Haym.¹²⁾ Diese beiden hatten den §§ gemeinsam den Wortlaut gegeben.¹³⁾ Jürgens (grd.) meint zwar, Haym. (kld.) hätte zu den Verantwortlichen der §§ noch W a i t z und G. B e s e l e r hinzufügen müssen.¹⁴⁾ Um den Sinn der §§ zu verstehen, müssen demnach in erster Linie die vier Schleswig-Holsteiner befragt werden.

Bemerkenswert ist, daß diese in der österreichischen Frage anfänglich nicht gleich gedacht haben. *) Die Verschiedenheit ihrer Ansichten war hauptsächlich durch die Ungewißheit über den Ausgang der österreichischen Revolution bedingt; man wußte noch nicht, ob die Gesamtmonarchie sich auflösen würde.

W a i t z war von den Vieren der einzige, der im Oktober noch fest an den Zerfall Österreichs glaubte, und er trat darum auch entschieden für die Einbeziehung Deutsch-Österreichs in den neuen deutschen Bundesstaat ein. „Bei der ersten Beratung der §§ 2 und 3 sprach er ein förmliches Anathema aus über jeden, der es wagen würde, an den Ausschluß Österreichs aus Deutschland zu denken . . .“¹⁵⁾ Er sagte, ihm stehe die Alternative allein so: „Die deutschen Österreicher ganz mit und bei Deutschland oder die deutschen Österreicher ganz mit und in der österreichischen Monarchie“; der alte Zustand dürfe nicht fort dauern, wo nur Österreich auf Deutschland Einfluß gehabt habe, aber nicht umgekehrt; das Reich könne nur e i n e n Schwerpunkt haben.¹⁶⁾

*) Vgl. hierüber besonders Adolf Rapps lehrreiche Studie: Das österreich. Problem in den Plänen der Kaiserpartei von 1848.

Ob D a h l m a n n im Oktober noch mit der Auflösung des österreichischen Staats gerechnet hat, ist nicht gewiß. Der Kommentar, den er in einer Klubsitzung zu den §§ gab, lautete: „Entweder ergibt sich, daß Österreich sich in seine nationalen Bestandteile auflöst, und kein Zweifel wäre dann mehr, daß die deutsch-österreichischen Lande unserem Deutschland zufallen müßten. Der andere Fall ist der, daß Österreich in seiner weltgeschichtlichen Bedeutung als ein Ganzes zusammenbleibt, und wir müssen dann wohl unsere Wünsche trennen von dem, was die Notwendigkeit gebietet, wir verzichten dann auf den Eintritt Österreichs in unseren Bundesstaat, neben einem mächtigen Österreich bestehe ein mächtiges und einiges Deutschland. So gehen wir nicht als Einheit fort in der Geschichte, wohl aber einig. Freilich nur völkerrrechtlich (!) werden wir miteinander verbunden sein, denn einen Mittelweg kann ich nicht sehen, kann eine staatliche Verbindung nicht denken mit einem Körper, der außer dem Staate steht.“¹⁷⁾ — „Gleich einem steinernen Mann“ soll er für die unerschütterliche Notwendigkeit der §§ gesprochen haben.*)

Von G. B e s e l e r kann man als gewiß annehmen, daß er nicht mehr den Zerfall Österreichs erwartet hat. Darum trat er auch anfänglich im Verf.-Ausschuß für eine v ö l k e r r e c h t l i c h e oder v e r f a s s u n g s m ä ß i g e Verbindung mit Österreich ein. Er wäre auch mit der völligen Einbeziehung Deutsch-Österreichs einverstanden gewesen, wollte in diesem Fall dann aber den Ausdruck „reine Personal-Union“ gemildert haben.¹⁸⁾

D r o y s e n, der für die §§ die meiste Verantwortung trägt, war wohl am Anfang der Revolution der Meinung gewesen, Deutsch-Österreich sei „dem deutschen Vaterlande wiedergegeben wie ein verlorener Sohn“, und hatte damals in einer Denkschrift geschrieben, Österreich könne nur eine Personalunion seiner gemengten Staaten werden wollen, den H o h e n z o l l e r n gebühre die Stelle, die seit den Hohenstaufen leer geblieben sei.¹⁹⁾ Doch im Oktober 1848 rechnete Droysen nicht mehr mit dem Zerfall Österreichs.

Aus all dem geht deutlich hervor, wie selbst die führenden Männer des Verf.-Ausschusses im Oktober sich über das Verhältnis

*) Laube, III, S. 49; Haym, II, S. 62. — Arneth erzählt, Dahlmann sei den beiden ins Kolleg der Siebzehn eintretenden Österreichern „fast feindselig“ begegnet. Arneth, Schmerling, S. 105; vgl. auch Rapp, Das österreichische Problem . . ., S. 12.

zu Österreich noch nicht im klaren waren. Nur in einem Punkt stimmten sie in ihren Ansichten völlig überein, nämlich darin, daß im neuen Bundesstaat Preußen führen und dem preußisch-österreichischen Dualismus unbedingt ein Ende gemacht werden müsse. Nur für Deutsch-Österreich wollten sie eventuell die Türe zum Bundesstaat offen lassen, nicht aber der Rivalin Preußens, der europäischen Großmacht Österreich. Primär in ihrem Streben war der allein von Preußen geführte einheitliche deutsche Bundesstaat.

2. Wie waren die §§ von ihren Urhebern gemeint?

Die Urheber wollten mit den §§ nicht eine definitive Entscheidung darüber getroffen haben, in welchem Verhältnis der künftige deutsche Bundesstaat und die österreichische Monarchie zueinander zu stehen hätten, sondern sie waren von Droysen vielmehr nur als ein Mittel gedacht, um in der äußerst heiklen österreichischen Frage erst eine Entscheidung herbeiführen zu können. Die §§ waren also nicht „präjudizierlich“⁽²⁰⁾ sondern nur provisorisch gemeint. Es ist auch in der Paulskirche ausdrücklich gesagt worden, daß die Abstimmung nur als eine „Frage“ an Österreich aufzufassen sei und die Entscheidung erst in der zweiten Lesung getroffen werden würde. Und weil die Forderung der Personalunion nicht präjudizierlich aufgefaßt werden darf, können die §§ auch nicht ohne weiteres als „politische Bodenlosigkeit“⁽²¹⁾ verurteilt werden. Denn das Wesentliche der §§ war ja nicht in erster Linie die „Formel“ selbst, die hier für den Bundesstaat aufgestellt wurde,⁽²²⁾ sondern der mit ihnen verfolgte Zweck! Sie sollten den „Schlüssel zur Lösung der österreichischen Frage bilden“.⁽²³⁾ Das schroffe Entweder-Oder war durch die mit den §§ verfolgte Politik bedingt; sie muß demnach auch bei der Urteilsbildung zugrunde gelegt werden.

Welches war nun dieser politische Zweck? Droysen schrieb damals, — öffentlich aussprechen durfte er es noch nicht!! — Deutschland habe die Bedingung fernerer Gemeinschaft an Österreich nicht gestellt, damit sie erfüllt, sondern damit sie zurückgewiesen werde!!⁽²⁴⁾ Und in Max Duncikers Darstellung heißt es: „... wir hielten es ... zur Klarstellung des Verhältnisses vor ganz Deutschland für notwendig und unumgänglich, mit jenen §§ eine vernehmliche Frage an Österreich zu richten, so genau wir auch die Antwort im Voraus zu kennen glaubten. Österreich mußte antworten vor ganz Deutschland, daß es die unerläßliche Bedingung

der deutschen Einigung: die Trennung seiner deutschen und nicht-deutschen Lande, nicht annehmen könne, wolle, werde.“²⁵⁾

Der zweite Zweck, den die Schleswig-Holsteiner mit den §§ verfolgten, war, der Versammlung klarzumachen, was die Voraussetzung für einen starken und einigen Bundesstaat sei, und sie unbedingt für die Auffassung zu gewinnen, daß es in diesem Fall nur die beiden Möglichkeiten gäbe: entweder Deutsch-Österreich ganz einzubeziehen oder es ganz auszuschließen.

3. Wie hat die Majorität der Versammlung die §§ aufgefaßt?

Diese Frage muß deshalb erörtert werden, weil Bied., ohne eine Erläuterung dazu zu geben, schreibt, die §§ seien von der Linken und beinahe von der Hälfte der Österreicher am lebhaftesten unterstützt worden. Dadurch wird nämlich der Anschein erweckt, als ob diese Abgeordneten mit den Schleswig-Holsteinern eines Sinnes gewesen wären. In Wirklichkeit jedoch haben die Linke und die 42 Österreicher*) — die ebenfalls der Linken angehörten!! — aus Motiven für die §§ gestimmt, die denen der Schleswig-Holsteiner (Waitz ausgenommen!) gerade entgegengesetzt waren.

Die Linke faßte nämlich die §§ so auf, daß Deutsch-Österreich unbedingt in den deutschen Bundesstaat einbezogen würde, und deshalb war ihr selbst die Forderung der Personalunion noch nicht entschieden genug. Ludwig Uhland, der zur Linken zählte, hat mit beiden Händen nach den §§ gegriffen und verlangt, daß sie endgültig stehen blieben. Er nannte die Losreißung Österreichs eine Torheit, nachdem es doch „eben jung wie ein Adler, mit den frischen Wunden der März- und Maikämpfe“ zu uns herangetreten sei, „um den neuen Bund der Freiheit zu schließen“. Niemals dachte er daran, daß die §§ einmal kleindeutsch ausgedeutet werden könnten.²⁶⁾ Und Raveaux hatte einst unter dem Beifall der Demokraten erklärt, für Österreichs Verbleiben bei Deutschland nötigenfalls auf die Barrikaden zu steigen.²⁷⁾ Die Linke war entschieden für Unverletzlichkeit des Bundesgebiets.

Noch mehr gilt dies natürlich für die 42 Österreicher. 29 von diesen rechtfertigten sich mit folgenden Worten bei ihren Wählern:

*) Insgesamt waren ca. 110 österreichische Abgeordnete in der Paulskirche. In der 1. Lesung haben nur 76 Abgeordnete gegen § 2 gestimmt, während er in der 2. Lesung mit 266 gegen 265 Stimmen durchfiel! Vgl. Sten. Ber. S. 2919 und Laube, *III*, S. 381.

„Wir haben gefühlt und erkannt, daß wir alle zusammengehören zum großen deutschen Volke.“²⁸⁾ In ihrem „lebhaft erregten deutschen Gefühl“ hielten sie die pragmatische Sanktion für ein „vergilbtes Pergament“ und waren froh, nur noch ein Vaterland zu kennen.²⁹⁾ Auch sie hatten nicht damit gerechnet, daß eben dieses Votum für die §§, womit sie ihr spezifisches Österreichertum so sehr verleugneten, einmal dazu benützt werden würde, die Notwendigkeit ihres gänzlichen Ausschlusses aus Deutschland nachzuweisen.

Doch nicht nur die Linke sondern auch die große Mehrheit der Gemäßigten hat damals noch durchaus großdeutsch gedacht, und zwar in dem Sinne, daß Deutsch-Österreich in den deutschen Bundesstaat einzuschließen sei. Fast jede Seite des stenographischen Berichts zeugt hiervon. Als Böhmen die Wahlen zur Nat. Vers. nicht durchführte, schlug z. B. Radowitz am 1. Juli 1848 vor, sie mit Waffengewalt zu erzwingen.³⁰⁾ G. Rümelin (kld.) schrieb im Sommer 1848 von „unsren Siegen“ in Italien. Mit den §§ wollte er das volle Recht Deutschlands auf Deutsch-Österreich ausgesprochen haben. Den, der für die 70 Millionen eine Monas fände und keine Dualis, wollte er „wie einen Heiligen verehren“.³¹⁾ Vincke, der zu den „Kaisermachern“ zählte, sprach eifrig für enge staatsrechtliche Verbindung zwischen Österreich und Deutschland: „Wir wollen alle Küsten wiedergewinnen an den Meeren, worin unsere Ströme münden, und unsere Flaggen flattern lassen auf der weiten See.“³²⁾ Mathy und Bassermann (kld.) waren z. Zt. der ersten Beratung über die §§ „noch ganz fern von der Konsequenz des Gedankens von der Ausscheidung Österreichs aus dem eigentlichen Bundesstaate“. Bassermann sei an den Abenden bei Gagern, so erzählt Laube, „ungemein gedrückt und gepeinigt“ gewesen, weil sein guter Verstand zu deutlich gesehen habe, wohin die §§ führen müßten. Er hatte sich als Redner gegen die §§ eingetragen.³³⁾ Selbst Bied., der später zu den treuesten Gefolgsmännern der Schleswig-Holsteiner gehörte, sprach am 24. Oktober noch entschieden für eine enge Verbindung mit Österreich, enger als es bisher gewesen sei.³⁴⁾ In seinen „Erinnerungen“ schreibt er, die Versammlung habe sich „über ein halbes Jahr lang“ in der Täuschung gewiegt, als ob Österreich wirklich imstande sei, uns ganz und vollständig anzugehören.³⁵⁾ Sein Freund, der „gefühlsselige, immer um Liebe, Frieden und Umarmung werbende“ Jude Gabriel Rießer, meinte: dieser Beschluß müsse zu einem liebevollen Verständnis mit Österreich führen.³⁶⁾ Mancher, der an die Einigung durch Preußen

glaubte, hatte sich durch die Ereignisse irremachen lassen, und hielt es nun für seine Pflicht, der Möglichkeit einer Einigung von ganz Deutschland seine Lieblingsidee zu opfern. Jürgens (grd.) übertreibt nicht, wenn er sagt, der preußische Erbkaiser und der Ausschluß Österreichs seien in der ersten Hälfte des Parlaments ein ganz unpopulärer Gedanke gewesen.³⁷⁾ Unter den erschienenen Flugschriften waren die mit großdeutschen Vorschlägen weitaus zahlreicher, und selbst bei entschieden kld. Verfassern blickten immer wieder grd. Hoffnungen durch. (S. R. Haufe, a. a. O., S. 76 und S. 188.)

Daß die meisten dieser gemäßigten österreichfreundlichen Abgeordneten aber trotzdem für die schroffen §§ gestimmt haben, dafür können 3 Gründe angeführt werden:

An erster Stelle wäre wieder — wie bei Gagerns „kühnem Griff“ — die große U n k l a r h e i t zu nennen. Die in der Paulskirche vorherrschende Idee der nationalen Einigung des ganzen Volkes war viel zu allgemein und verschwommen, als daß sie die Verfassungsarbeit hätte fördern können. Man wußte auch keinen Weg zu ihrer Verwirklichung. Nur den „Staatsmännern mit den Kalabreserhüten“*) schien das Problem einfach zu sein, doch selbst bei ihnen stritt man darüber, was besser wäre, Unionsrepublik nach nordamerikanischem Vorbild oder die Einheitsrepublik, la république une et indivisible. Am größten war die Ratlosigkeit in bezug auf das Verhältnis zu Österreich, das einem brodelnden Hexenkessel glich. In allen Fugen des österreichischen Kaiserstaates hatte es gekracht: in Wien, Böhmen, Ungarn, in der Lombardei und in Venetien. Bis in die kaiserliche Familie soll die Zerrüttung vorgedrungen sein.***) Nach Ficquelmont wären die österreichischen Revolutionäre ohne Bedenken bereit gewesen, den österreichischen Staat zu zertrümmern.³⁸⁾ Der österreichische Historiker A. Springer meint, den wirklichen Ausgang der revolutionären Kämpfe, die Ausbeutung des slawischen Ehrgeizes zur Gründung eines österreichischen Einheitsstaates mit der alten deutschen Regierungsform habe im Sommer auch der umsichtigste Politiker noch nicht geahnt.³⁹⁾ Tatsächlich wußte in der österreichischen Frage kein Abgeordneter

*) Rümelin (a. a. O., S. 110) meint damit Robert Blum (Deutscher Hof), der einen Kalabreserhut trug.

**) Erzherzog Johann soll ein selbständiges Königreich Ungarn angestrebt haben. S. Sybel, Die Begründung des Deutschen Reiches . . ., I, S. 262 f.; vgl. auch vorn S. 40.

einen Rat, der allgemein befriedigt hätte; auch die Österreicher nicht. Wer mehr wußte, sagte es nicht oder nur halb. „Die Ideen über die künftige Verfassung wirbelten fort und fort durcheinander wie am Anfange der Bewegung.“⁴⁰⁾ Schließlich sprach man nur noch von Modifikationen, von Ausnahmebestimmungen und Aufschub. So erzählen die Quellen.*) Um eine Verschiebung der Abstimmung zu verhüten, fand sich die Versammlung schließlich mit jenen §§ ab, die der Verfassungsausschuß ihr vorgelegt hatte und von denen die Schleswig-Holsteiner nicht mehr abgehen wollten.

Der zweite Grund, auf den schon hingewiesen wurde und der die Schärfe jener doktrinen Forderung abstumpfte, war die Versicherung, daß die §§ nur eine Anfrage an Österreich seien, mittels der man das ganze noch dunkle Verhältnis zur Klarheit treiben wolle. Das beruhigte auch einen großen Teil der österreichischen Abgeordneten.⁴¹⁾

Den dritten Grund erwähnt auch Bied., nämlich das Verlangen nach einem starken Bundesstaat. Und es ist richtig, wenn er sagt, den Bundesstaat an Stelle des Staatenbundes hätten nicht nur die Preußen und die Schleswig-Holsteiner gewollt, sondern die große Mehrheit der Versammlung; denn der deutsche Bundesstaat hat schon lange vor dem Parlament „ideell und zum mindesten als Postulat“ existiert.⁴²⁾ Man hat die Schwierigkeiten bezüglich Deutsch-Österreichs im Lager der Gemäßigten wohl gesehen, doch ein Verzicht auf diese deutschen Lande wurde damals noch allgemein als Schwäche ausgelegt.

4. Haben die Schleswig-Holsteiner politisch klug gehandelt?

Die Sympathien des österreichischen Historikers v. Zwiédineck-Südenhorst gehören nicht den Schleswig-Holsteiner „Schulmeistern“, die mit ihren §§ die österreichische Regierung zu der Erklärung veranlassen wollten, daß Österreich am deutschen Bundesstaat nicht teilnehmen könne, sondern er nimmt Partei für den „Staatsmann“ Gagern: „Aber ein Mann von staatsmännischer Veranlagung wie Heinrich v. Gagern konnte die Schulmeisterbinde,

*) Laube, III, S. 44 ff. u. S. 86; Haym, II, S. 61; Rümelin, S. 113 f. Letzterer schreibt: „(Die Österreicher) gleichen Kindern, die, wenn man sie fragt, ob sie Äpfel wollen oder Birnen, zu beiden ja sagen. Sie wollen eben österreichisch bleiben und deutsch, beides in unzertrennter Person. Und zuletzt steckt in diesem kindisch scheinenden Wunsch gerade die volle Wahrheit.“

die man ihm über die Augen legen wollte, nicht ertragen; er brach eines Abends den Bann“.⁴³⁾ Gagern sagte an jenem Abend, es sei der großen Aufgabe nicht angemessen, der Hauptschwierigkeit aus dem Wege zu gehen: „Wir wollen und sollen nicht eine verschiebende Diplomatenversammlung sein, wir wollen und sollen eine konstituierende Versammlung sein. Konstituieren wir also!“⁴⁴⁾ Doch wie wollte nun Gagern konstituieren? Er suchte, worauf schon hingewiesen wurde, ein Verhältnis mit Österreich, wobei es zu einer Ablösung seiner außerdeutschen Provinzen nicht genötigt gewesen wäre und dennoch im innigsten Verbande mit Deutschland hätte erhalten werden können. Die Begriffe Bundesstaat und Staatenbund seien unbestimmt, sagte er, es könnten auch Bundesverhältnisse gedacht werden, die zwischen beiden in der Mitte liegen und Übergänge bilden, und er stellte am 26. Oktober 1848 einen dementsprechenden Verbesserungsantrag zu den von dem Verfassungsausschuß vorgelegten §§.*) In seinem Antrag schienen großdeutsches und kleindeutsches Wollen zugleich ihre Erfüllung zu finden und die Gegensätze zwischen Preußen und Österreich versöhnt zu sein — so wurde der Gagernsche Plan von der Geschichtsschreibung nicht selten aufgefaßt.

War nun dieses Projekt nicht die idealste Lösung der österreichischen Frage? Warum unterstützte G. Beseler diesen Plan nicht, nachdem er doch ganz ähnliche Gedanken geäußert hatte, sondern schloß sich vielmehr jenen an, die Gagern dringend baten, seinen Antrag zurückzuziehen?

Voraussetzung für die richtige Beantwortung dieser Fragen ist die richtige Einschätzung der großdeutschen Gesinnung der überwiegenden Mehrheit der Nat.Vers. Diese Gesinnung war nämlich so spezifisch großdeutsch, daß der Plan vom engeren und weiteren Bund von der Mehrheit überhaupt nicht als großdeutsche Lösung empfunden worden ist! Aus den Quellen geht hervor, daß Gagern mit seinem Amendement zu den §§ im Oktober unbedingt durchgefallen wäre.⁴⁵⁾ Noch zwei Monate später, als er an Stelle Schmerlings Ministerpräsident wurde und in seinem Minister-

*) Gagerns Amendement zu den §§ lautete: „Österreich bleibt in Berücksichtigung seiner staatsrechtlichen Verbindung mit nichtdeutschen Ländern und Provinzen mit dem übrigen Deutschland in dem beständigen und unauflösblichen Bunde.“ „Die organischen Bestimmungen für dieses Bundesverhältnis, welche die veränderten Umstände nötig machen, werden Inhalt einer besonderen Bundesakte.“ Vgl. Haym, II, S. 72 f., ferner Jürgens, I, S. 287

programm sein Projekt der Versammlung nun doch zur Beschlußfassung vorlegte, hätte wenig gefehlt, und er wäre deswegen gestürzt worden. Der böhmische Dichter Moritz Hartmann nannte es damals zornig ein Verbrechen, auch nur mit 3 Worten auf das Programm des Ministerpräsidenten einzugehen: sie seien nicht als verlorene Söhne gekommen, um Eingang ins Vaterhaus zu betteln, sie seien hier zu Hause und hätten ein Recht hier zu sein wie alle andern Deutschen.⁴⁶⁾

Da nun die Schleswig-Holsteiner die großdeutsche Stimmung in der Versammlung viel klarer erkannt hatten als Gagern, drängten sie entschieden darauf, daß dieser „für jetzt“⁴⁷⁾ auf sein Amendement verzichte. Denn die sichere Niederlage Gagerns hätte für ihre kleindeutsche Politik einen vernichtenden Schlag bedeutet. Auch wollten sie sich nicht mit dem Vorwurf belasten, Österreich hinausgedrängt zu haben. Ihr Handeln war somit ohne Zweifel politisch klüger als dasjenige Gagerns.*)

Aber noch aus einem zweiten Grunde waren die Schleswig-Holsteiner gegen Gagerns Plan: „Sie fürchteten (nämlich) einen Gagernschen weiteren Bund mit Österreich als einen organischen Bund, welcher den ... Druck österreichischer Politik auf Deutschland erneuern und verewigen würde“⁴⁸⁾ So beurteilt Laube sehr treffend ihre Einstellung zu dem weiteren Bund. Und diese Furcht war durchaus nicht unbegründet, denn die großdeutsche Stimmung der Versammlung und die politischen Fähigkeiten eines Felix v. Schwarzenberg waren nicht zu unterschätzende Hindernisse für den Ausschluß Österreichs aus dem engeren Bund. Die Gefahr, über vormärzliche Zustände nicht hinauszukommen, war größer als die meisten ahnten.

Die spezifisch kleindeutsche Einstellung der Schleswig-Holsteiner war also hauptsächlich durch die klarere Erfassung der Schwierigkeit der politischen Situation bedingt. Es kann nicht bestritten werden, daß sie es besser verstanden haben als Gagern, politische Wirklichkeit und politische Phantasie auseinander zu halten. Während Gagern in Verkennung der politischen Gegen-

*) Ebenso klug hat indessen auf der gegnerischen Seite der Österreicher Schmerling gehandelt, indem er den Antrag seines Landmanns Mühlfeld auf völkerrechtliches Bündnis nicht unterstützte. Er vertrat die Auffassung, daß die österreichischen Abgeordneten unmöglich „zuerst und aus eigenem Antriebe ein solches Trennungswort“ aussprechen dürften. Arneth, Schmerling, S. 244 f., zit. bei Rapp, a. a. O., S. 49, Anmerkung.

kräfte ohne große Bedenken direkt auf sein Ziel lossteuern wollte, haben es die Schleswig-Holsteiner vorgezogen, sich in kluger politischer Beschränkung zunächst einmal auf die Erreichung des engeren Bundes zu konzentrieren; denn dieser war, auch in Verbindung mit dem weiteren Bund, für die Mehrheit der Abgeordneten nicht etwas Selbstverständliches.

In der Theorie war Gagerns Plan ohne Zweifel die idealere Lösung. Doch was nützt den Politiker die genialste Idee, wenn sie nicht realisierbar ist?! Auch der österreichische Historiker v. Srbik, der Gagerns „Mittelweg“ eingehend würdigt, kommt schließlich zu dem Ergebnis, daß die „grausame Welt der Tatsachen“ damals eben nur die zwei Möglichkeiten gekannt hat: entweder Neubelebung des Staatenbundes, was Verzicht auf den deutschen Nationalstaat bedeutet hätte, oder aber Konstituierung Deutschlands ohne Österreich. An der „harten Wirklichkeit“, sagt er, habe diese Idee zerschellen müssen: „an dem Widerstande der völkerrechtlich unbeschränkten Selbständigkeit der historischen europäischen Macht Österreich, der Gegnerschaft der habsburgischen Dynastie, die auf die Führung des deutschen Bundes nicht verzichten wollte, an dem Widerstande des österreichischen Deutschtums, sich mit einem etwas loseren Verhältnis zu einem geeinten Deutschen Reiche zu begnügen; nicht minder an den vielfältigen, der Sonderstellung Österreichs feindlichen Gegenkräften des mittleren und südlichen Deutschlands, der Einzelstaaten, Regentenhäuser und Bevölkerungen, und der Abneigung eines Teiles Norddeutschlands, der eine enge Bindung des neuen Reiches an das gemischt-nationale Österreich von sich wies“. ⁴⁰⁾

Die Ereignisse, die dem Votum für die §§ folgten, bestätigen die Richtigkeit der politischen Berechnung der Schleswig-Holsteiner. Die Antwort der österreichischen Regierung, die im nächsten Kapitel besprochen wird, war der erste schwere Schlag für das Österreichertum. Die dadurch hervorgerufene Verwirrung wurde von den Schleswig-Holsteinern rücksichtslos ausgenützt, indem sie die Österreicher aus dem Ministerium vertrieben und so auch die Zentralgewalt unter ihren Einfluß brachten. Wie klug sie in bezug auf die Meinungsbildung in der Nat.Vers. gehandelt haben, bezeugt der grd. gesinnte Jürgens. Er schreibt, im Oktober sei zum ersten Mal öffentlich von einem Deutschland ohne Österreich die Rede gewesen — aber nur als Eventualität. Allmählich jedoch habe man sich daran gewöhnt, „Österreich in

einem minder engen Verhältnis zu Deutschland oder an sein Ausscheiden als mögliche, wahrscheinliche, meist-wahrscheinliche Folge zu denken“. Einer immer größeren Anzahl sei es klar geworden, daß das Verfassungsprojekt für Österreich nicht passe, daß ein so konzentrierter Bundesstaat unmöglich errichtet werden könne, wenn Österreich neben Preußen als große selbständige Macht im engeren Bund bliebe.⁵⁰⁾ Der mit den §§ erstrebte politische Zweck ist also von den Schleswig-Holsteinern fast voll erreicht worden.

Haben bei Gagerns „kühnem Griff“ taktische Erwägungen fast keine Rolle gespielt, so sind es in diesem Fall vorwiegend taktische Gründe gewesen, die den Beschluß der §§ verursacht haben. Allerdings wurde dadurch die Entscheidung in den Hauptfragen sehr verzögert. Doch es bestand ja keine andere Möglichkeit; jede frühere Entscheidung hätte für die Kleindeutschen eine Niederlage bedeutet. Wesentlicher ist der Vorwurf, daß die Schleswig-Holsteiner geglaubt haben, Österreich aus Deutschland hinausparagraphieren zu können und versäumt haben, sich eines realen Machtfaktors zu vergewissern.

5. Aus welchen Motiven haben die Schleswig-Holsteiner für Preußens Führung gekämpft?

Man hat ihnen vorgeworfen, sie hätten nur aus Liebe zu ihrer engeren Heimat die §§ verfaßt. Wie unbegründet dieser Vorwurf ist, geht am besten daraus hervor, daß die Hauptverantwortlichen für die §§, Droysen und Dahlmann, gar keine gebürtigen Schleswig-Holsteiner waren.

Sie haben auch nicht aus Doktrinarismus und Liebe zum Dogma an den §§ festgehalten, sondern aus klugen politischen Erwägungen. Die eigentlichen Doktrinäre waren nämlich auf der Linken zu suchen und nicht unter den Professoren des Verfassungsausschusses.⁵¹⁾ Freilich hat den Schleswig-Holsteinern der engere Bund näher gelegen, und ihr Verhältnis zu Österreich ist sicher auch nicht so gefühlsbetont gewesen wie etwa bei dem Südwestdeutschen Gagern. Doch es kann auch nicht bestritten werden, daß sie, wenn erst einmal der engere Bund gesichert gewesen wäre, Österreich gerne die Hand zu einem Bündnis geboten hätten. Es ist schon richtig, wenn Jürgens sagt, Gagern habe der Gedanke eines Deutschlands ohne Österreich völlig fern gelegen;⁵²⁾ allein

das trifft nicht den Kern der Sache. Das Hauptproblem war, wie man Österreich aus dem engeren Bunde ausschließen könne. Die Zusage eines weiteren Bundes genügte eben nicht, um die Großdeutschen und die österreichische Regierung für den Ausschluß zu gewinnen. Als großdeutsch wurde nur der Plan empfunden, der Österreich am engeren Bund teilnehmen ließ. Viel stärker als das Trennende ist darum das, was Gagern mit den Schleswig-Holsteinern gemeinsam hatte.

Am treffendsten hat wieder Laube (kld.) das Handeln der Schleswig-Holsteiner begründet. Er sagt, selbst bei diesen „Anti-Österreichern“ sei keine Animosität gegen Österreich zu finden gewesen, sondern höchstens der schwer gefaßte Entschluß, „ein deutscher Staat soll entstehen, ein Staat mit deutscher Politik, und wenn Österreich da nicht hineinzubringen ist, so soll sich dieser deutsche Staat auf Kosten des österreichischen Ganzen*) oder neben und ohne Österreich errichten“. Das sei des Pudels Kern gewesen, welchen man später zu einer Kreatur Mephistos, zu einem Pudel preußischer Rasse habe machen wollen.⁵³⁾

6. Hat vom Anfange des Parlaments an eine „preußische Partei“ existiert?

Bied. verneint diese Frage, und mit Recht. Denn in den Quellen lassen sich keine Anhaltspunkte für das Vorhandensein einer Partei im eigentlichen Sinne finden. Sie wissen lediglich von einem „kleineren Kreis“ zu berichten, der sich in Gagerns Wohnung versammelt habe.⁵⁴⁾ Am meisten Aufschluß gibt hierüber Laube (kld.). Er erzählt, einige Zeit vor Beginn der öffentlichen Debatte über die §§ 2 und 3 hätten sich an drei Abenden hintereinander etwa 30 (!) Abgeordnete bei Gagern versammelt. Von da an sei „solch ein freier Ausschuß“ immer vor der öffentlichen Verhandlung wichtiger Fragen bei diesem zusammengetreten, um das Entscheidende vorzubereiten. Nur die bedeutenderen Abgeordneten habe Gagern dazu eingeladen. Doch auch in diesem kleineren Kreise, wo die maßgebende Vorentscheidung gesucht worden sei, habe es niemand gewagt, seine „eigentlichen Gedanken oder wenigstens seine Vermutung naiv zu äußern“, denn es seien auch v. Schmerling, v. Würth, Schrott, v. Sommaruga und noch andere Österreicher zugegen gewesen, vor denen man nicht gerade-

*) Gilt in erster Linie für Waitz.

zu habe aussprechen wollen, was man befürchtet habe. Allerdings sei man in bezug auf Österreich auch durchaus nicht so absichtlich gewesen, wie die Gegenseite behauptete. Wenn jedoch unbedingt die klare Absicht, Österreich aus dem deutschen Bundesstaat auszuschließen, gesucht werden solle, dann werde man „sehr tief hinabsteigen müssen in die Arbeitsgemächer, in die Laboratorien“ von zwei oder drei Männern. Er meint damit vor allem Droysen und G. Beseler; sicher sind auch Dahlmann, Max Duncker und noch einige andere dazu zu rechnen.⁵⁵⁾

Die Spuren einer „preußischen Partei“ enden also bei den Schleswig-Holsteinern und wenigen Gesinnungsfreunden. Darum kann auch von einer Partei im eigentlichen Sinne nicht die Rede sein, sondern höchstens von einer „kleindeutschen Gruppe“ oder einem „preußischen Kreis“, der damals kaum mehr als ein halbes Dutzend Stimmen gezählt hat. Dieser Kreis, den wir der Einfachheit halber fortan als die „Schleswig-Holsteiner“ bezeichnen, wie er auch in der Nat.Vers. genannt wurde, muß aber von dem größeren „Gagernschen Kreis“ unterschieden werden. Letzterer bestand aus ca. 30 Abgeordneten und war auch den Österreichern geöffnet.

Zieht man jedoch in Betracht, welch dominierende Stellung die Schleswig-Holsteiner nicht nur im Verf.-Ausschuß, sondern auch in ihrem Klub (Kasino) und in Privatzusammenkünften einnahmen, so leuchtet ein, wie unwesentlich es war, ob von Anfang an eine kleindeutsche Partei existiert hat oder nicht. Im Gegenteil! Bei dem Vorherrschen der großdeutschen Stimmung und der großen Mißstimmung gegen Preußen und seinen König war es sogar viel vorteilhafter, wenn die spezifisch kleindeutsch Denkenden nicht in einer besonderen Partei organisiert waren. Denn eine derartige Partei hätte sofort die Bildung einer großdeutschen Gegenpartei zur Folge gehabt, die im Oktober 1848 sicher noch viel stärker gewesen wäre, als sie es im Februar 1849 war, wo sie dann tatsächlich zustande kam. Die preußisch-deutsche Idee war unter den gegebenen Umständen in dem inoffiziellen schleswig-holsteinischen Kreis vorläufig viel besser aufgehoben als in einer regelrechten Partei. „Die Gruppierung in betreff Österreichs“ bildete sich dafür desto ungestörter „unter der Oberfläche“ durch Werbung von Mann zu Mann, wie Laube richtig bemerkt.⁵⁶⁾

Wie stark der Einfluß der Schleswig-Holsteiner z. B. im Kasino war, bezeugt der Österreicher Arneth. Dieser trat nur deshalb

nicht dieser Partei bei, weil dort besonders Dahlmann, G. Beseler, Waitz und Max Duncker eine so „hervorragende, ja offen gesagt, eine so diktatorische Rolle spielten, daß sie die Befolgung einer anderen als ihrer Meinung fast gänzlich ausschloß“. ⁵⁷⁾ Auch Bied. spricht von „einem gewissen Autoritätsglauben“, der im Kasino zu Hause gewesen sei; man habe dort mit den hervorragenden Persönlichkeiten, die als „eine Art von Orakel“ gegolten hätten, einen „förmlichen Kultus“ getrieben. ⁵⁸⁾

Wenn von den Freunden eines Kleindeutschlands gesprochen wird, so dürfen diejenigen, die „zumeist unscheinbar hinter den Kulissen“, ⁵⁹⁾ d. h. außerhalb der Paulskirche und der Klubs, gewirkt haben, nicht unerwähnt bleiben. Der bedeutendste unter diesen war sicher Baron von Stockmar, der seit Mai 1848 als koburgischer Bundestags-Gesandter in Frankfurt weilte. Schon Anfang Juni 1848 war er in Berlin gewesen, um Friedrich Wilhelm für seine Pläne zu gewinnen. ⁶⁰⁾ Erst mit dem Kölner Dombaufest (am 13. August 1848) fand die Stockmar-Bunsensche Aktion ihr Ende. Unter Vertrauten war damals schon die Rede gewesen, Gagern „handelnd, nicht bloß präsidierend“ an die Spitze zu stellen. ⁶¹⁾ In einem Brief des Prinzen Albert an Stockmar vom 31. August 1848 heißt es: nach Bunsens Aussagen sei man jetzt von der Unmöglichkeit überzeugt, Preußen zu vernichten, und kehre dazu zurück, Preußen das übrige Deutschland als Beute anzubieten und Österreich aus Deutschland ganz wegzulassen. ⁶²⁾ Dieses Zeugnis läßt in bezug auf das in Frankfurt Geplante an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

7. Welcher Zweck wurde mit der Gründung des Augsburger Hofs verfolgt?

Zu dem Kapitel „preußische Partei“ gehört auch noch die Gründung des Augsburger Hofs, die am 6. Oktober 1848 stattfand. Haben wir bisher die Existenz einer preußischen Partei verneinen müssen, so ist im Falle „Augsburger Hof“ die Entscheidung schon schwieriger. Bied., der selbst Mitbegründer und Vorstand des Augsb.Hofs war, erklärt die Gründung als eine notwendige Folgerung aus der durch den blutigen Septemberaufstand geschaffenen neuen Situation:

„Das Ministerium unterstützen, hieß bei dieser Sachlage für die Ordnung Partei nehmen; ihm Opposition machen, hieß der Anarchie wissentlich oder unwissentlich Vorschub leisten. Hier

war es, wo der Württbg.Hof zum zweiten Mal sich spaltete, indem ein Teil dem Ministerium seine entschiedene Unterstützung im Interesse der Ordnung zusagte, und, um diese Zusage beharrlich zu erfüllen, sich von dem andern, welcher nicht die gleiche Beharrlichkeit zeigte, auch äußerlich trennte. So entstand die Partei des Augsb.Hofes, die seitdem in allen praktischen und Kabinettsfragen von bedeutendem Einfluß auf die Entscheidungen des Hauses gewesen ist und ihr Ziel, welches dahin ging, die ministerielle Politik in strenger Aufrechterhaltung der Ordnung, unbeschadet der wahren Freiheit, kräftig zu unterstützen, unverrückt verfolgt hat . . .

Zwischen dem Augsb.Hof und den beiden Fraktionen des rechten Zentrums (Kasino und Landsberg) bildete sich in bezug auf praktische und ministerielle Fragen eine engere Verbindung, die ihre organische Vermittlung in einem besonderen, aus Deputierten der drei Klubs zusammengesetzten Ausschuß, der sogenannten Neuner-Kommission, fand. Hier wurden wichtige Fragen dieser Art vorberaten und sodann, zur Erzielung gleichmäßiger Beschlüsse, den Beratungen der Klubs übergeben; von hier aus ward mit dem Ministerium direkt ins Einvernehmen getreten . . . So bildeten diese drei zentralen Klubs in bezug auf alle Regierungsfragen fast nur eine einzige große Partei, die beim Hinzutritt der eigentlichen Rechten . . . mit einer Mehrheit von 60—80 Stimmen . . . die Opposition besiegte . . . Die Wahlverwandtschaft der praktischen Politik zog den Augsb.Hof zur Rechten hin und immer weiter und weiter vom Württbg.Hof ab.“⁶³)

Die Motive, die hier Bied. für die neue Parteigründung angibt, sind so allgemein gehalten, daß sie fast nichts besagen. Was am meisten interessiert, erfährt man nicht, nämlich, welches denn die „praktische Politik“ war, durch die sich der Augsb.Hof mit dem Kasino wahlverwandt fühlte. Paradox erscheint auch die Behauptung, der Augsb.Hof habe das Ministerium im Interesse der Ordnung „entschieden“ unterstützt; denn in Wirklichkeit hat doch eben diese Partei sich bald darauf rege daran beteiligt, den Ministerpräsidenten v. Schmerling, dem die Versammlung in erster Linie die Wiederherstellung der Ordnung verdankte, zu stürzen.

Etwas deutlicher drückt sich Max Duncker (kld.) aus, der Mitglied des Kasinos war. Er schreibt (S. 99 f.), der Landsberg und der Augsb.Hof seien unter der Bedingung auf die Kartellbildung mit dem Kasino eingegangen, daß das Kasino ebenfalls das Gesetz vom 27. Mai in sein Programm aufnahm. Das Gesetz war gegen das Vereinbarungs-Prinzip gerichtet und erklärte die Gesetze der Einzelparlamente nur nach Maßgabe der Nat.Vers. für gültig. Noch mehr Aufschluß gibt eine Notiz bei Haym, einem Parteigenossen Duncckers, die besagt, daß G. Beseler derjenige war, der den

Zentrenzusammenschluß betrieben hat: „Und so forderte denn derselbe Mann, welcher neulich gegen die Aufstellung eines Programms polemisiert hatte, jetzt . . . das linke Zentrum an uns heranzuziehen . . .“ „Was einst unzeitig geschienen, . . . das schien jetzt an der Zeit, weil die Gefahr unserer Lage die Herstellung einer größeren Einheit notwendig machte.“⁸⁴)

Doch von dem eigentlichen Agens wissen weder Haym noch M. Duncker noch Bied. zu berichten. Nur G. Beselers Erinnerungen und Briefe geben als einzige Quelle darüber Auskunft. Aus ihnen erhält man von dem Hergang der Parteigründung etwa folgendes Bild: Unmittelbar nach der Trennung des Landsbergs vom Kasino waren einige Mitglieder der äußersten Rechten (Graf Schwerin, v. Radowitz, Blömer u. a.) dem Kasino beigetreten. Da diese Stimmen jedoch zu einer Majorität in der Oberhauptsfrage nicht ausreichten, „mußte ein Teil des linken Zentrums im Württbg.Hof gewonnen werden“. G. Beseler verhandelte darum vertraulich mit Rießer, Biedermann und Hans v. Raumer vom Württbg.Hof. Bei den Besprechungen sei große Vorsicht nötig gewesen, der Kern der Sache habe gar nicht zur Sprache kommen dürfen, so erzählt G. Beseler in den Preußischen Jahrbüchern. Die Verhandlungen hatten Erfolg. Etwa 40 Mitglieder des Württbg.Hofs erklärten ihren Austritt aus ihrer Partei und gründeten den Augsb.Hof, der mit dem Kasino und Landsberg in ein geregeltes Kartellverhältnis trat. Als Gegenleistung mußte das Kasino die oben erwähnten, von der äußersten Rechten zugewanderten Mitglieder wieder ausschließen und das Gesetz vom 27. Mai in sein Parteiprogramm aufnehmen.*)

Die Gründung des Augsb.Hofs und der Zentrenzusammenschluß waren demnach von G. Beseler ganz bewußt betrieben worden, um — einen Stoßtrupp für den „preußischen Erbkaiser“ zu bekommen. Von dieser Tatsache aus fällt wiederum Licht auf eine andere, ebenso allgemein gehaltene Stelle bei Bied. Dort heißt es:

„Den Vorteil hatte der Augsb.Hof von seiner Ausscheidung aus dem Württbg.Hof, daß nur das Gleichartige in ihn übergegangen, das Ungleichartige zurückgeblieben war. Daher die große innere

*) Bei diesem Anlaß soll Graf Schwerin in seiner urwüchsigen Weise G. Beseler erwidert haben: „Wenn sie dadurch die Majorität gewinnen können, so werfen sie uns nur dreist (aus dem Kasino wieder) hinaus!“ G. Beseler, Erstrebtes und Erlebtes, S. 75; Preußische Jahrbücher 54 (1884), S. 82.

Gleichmäßigkeit und Übereinstimmung seiner Elemente, worin dieser Klub gewiß alle andern übertraf . . . Diese Einmütigkeit, Sicherheit und Raschheit seiner Entschließungen verschaffte ihm einen Einfluß auf die Beratungen der befreundeten Klubs und folglich auch auf die Mehrheitsbeschlüsse der Versammlung, der weit über seine eigentliche numerische Bedeutung hinausging . . .

Nicht wenig trug zu der innern Harmonie des Augsb.Hofs bei und schützte ihn vor Einseitigkeiten der Umstand, daß keine Landmannschaft darin vorwiegend, vielmehr fast alle deutschen Landesteile und Gegenden . . . ziemlich gleichmäßig vertreten waren.“⁶⁵⁾

Wir sehen daraus, wie klug G. Beseler gehandelt hat, wenn er darauf achtete, daß vornehmlich nichtpreußische Anhänger einer preußischen Führung in dem Augsb.Hof gesammelt wurden. Denn ein derartiger Stoßtrupp war umso unverdächtiger und konnte die andern besser mitreißen. Und damit der preußische Kurs in diesem Klub gewiß garantiert wäre, trat sein Bruder, Wilhelm Hartwig Beseler,*) als er nach dem Septemberaufstand nach Frankfurt kam, nicht zu ihm ins Kasino, sondern in den Augsb.Hof ein!!! Bied. nennt ihn „die bedeutendste Persönlichkeit des Augsb.Hofs . . . ohne Zweifel“.⁶⁶⁾

Die künftigen Abstimmungen des Augsb.Hofs zeugen von dem Erfolg der Politik der beiden Beseler. Der Augsb.Hof, dieses „vereinigte Deutschland im Auszuge“⁶⁷⁾ in welchem „weder die Preußen noch die Schleswig-Holsteiner an Zahl oder Einfluß überwiegend“ waren, entschied sich als erster Klub für den preußischen Erbkaizer.⁶⁸⁾ Nun versteht man auch, warum das Kasino, „sonst so stolz und eifersüchtig auf sein Recht und auf seine Herrschaft, . . . auf den Augsb.Hof bei jeder vorkommenden Gelegenheit eine bevorzugende Rücksicht“ nahm und ihm mehrfach vor sich selbst den Vorrang einräumte!**) : weil man nämlich im

*) W. H. Beselers Name war damals in ganz Deutschland bekannt. Er war die Seele des Widerstandes der Herzogtümer gegen die dänischen Annexionsbestrebungen.

**) Diese Äußerung Bied.s erfährt wieder eine starke Einschränkung durch eine andere, in der es heißt, dem Kasino habe man keinen Antrag mitteilen können, ohne daß er dort seines ursprünglichen Geistes beraubt und von G. Beseler und Waitz solange gereckt und gestreckt worden sei, bis er etwas ganz anderes vorgestellt habe, als er gesollt; die beiden hätten keinen Gedanken passieren lassen, ohne ihn seiner ursprünglichen Form zu entkleiden und ihm ihren Stempel aufzudrücken. — Bei aller höflichen Rücksichtnahme auf die Meinung des Augsb.Hofs waren demnach doch die Schleswig-Holsteiner der bestimmende Teil. Biedermann, S. 270 f.

Augsb.Hof „einhelliger als in irgend einem andern Klub das neue Reich auf P r e u ß e n stützte“.⁶⁰⁾

Doch trotzdem kann auch der Augsb.Hof nicht als „preußische Partei“ im eigentlichen Sinne bezeichnet werden, und zwar deshalb nicht, weil sich die wenigsten seiner Mitglieder über den letzten Zweck der Gründung klar gewesen sind und außerdem auch Österreicher diesem Klub angehört haben. Bied. ist also im Recht, wenn er das Vorhandensein einer preußischen Partei verneint.

Auch dieses Beispiel dürfte gezeigt haben, daß der Einfluß, den die Schleswig-Holsteiner in Frankfurt ausgeübt haben, kaum überschätzt werden kann.

Viertes Kapitel.

Die Antwort der österreichischen Regierung.

Am 27. Oktober 1848 hatte die Paulskirche durch Mehrheitsbeschluß der §§ 1—3 vom „Abschnitt Reich“ ihre merkwürdige Anfrage an Österreich gestellt. Es fragte sich nun, wie die österreichische Regierung darauf reagieren würde. „Wird man nun in Österreich wirklich als eine Frage ansehen, was doch wie eine Entscheidung sich ausnimmt?“, schrieb Haym damals in seinem Parteibericht aus dem Kasino.¹⁾ Die österreichische Regierung war nicht einmal durch eine erläuternde Note offiziell benachrichtigt oder um ihre Stellungnahme gebeten worden! Wien beeilte sich darum auch nicht mit der Antwort. Doch das lange Schweigen war nicht etwa eine Folge des ungewohnten und unhöflichen Verfahrens der Frankfurter Versammlung, sondern die österreichische Regierung war damals viel zu sehr durch die chaotischen Zustände in der eigenen Monarchie in Anspruch genommen, als daß sie sich auch noch um die Vorgänge im fernen Frankfurt hätte kümmern können. Sie wollte in der deutschen Frage keine voreilige Entscheidung treffen, die sie vielleicht später hätte bereuen müssen. Man sah noch zu wenig klar, welches Ende die österreichische Revolution nehmen würde.

Allerdings, an Beweisen der Geringschätzung des Frankfurter Regiments hat es die österreichische Regierung nicht fehlen lassen. So war z. B. der österreichische Gesandte in Kopenhagen trotz des Krieges gegen Dänemark nicht abberufen worden. Auch die Verfügung des Reichsministers Peucker, wonach am 6. August 1848 sämtliche Bundeskontingente dem deutschen Reichsverweser hätten huldigen sollen, hatte Österreich ignoriert. Und als die Zentralgewalt im Oktober 1848 die Abgeordneten Mosle und Welcker als Reichskommissare nach Österreich sandte, um zwischen den Aufständischen in Wien und der österreichischen Regierung zu vermitteln, waren sie im Lager der Gegenrevolution zwar mit österreichischer Höflichkeit empfangen worden, aber man hat sie nicht im Zweifel darüber gelassen, daß die österreichische Regierung

keine Einmischung in ihre Angelegenheiten dulden werde, auch von Frankfurt nicht.

Die stärkste Absage jedoch bedeutete erst die Hinrichtung des Frankfurter Abgeordneten Robert Blum durch das österreichische Kriegsgericht. Dieser Führer der Frankfurter Linken war Ende Oktober nach Wien geeilt, um der dortigen Revolution zum Siege zu verhelfen und dadurch seiner Partei neuen Auftrieb zu geben. Als aber die Hochburg der deutschen Revolution in Österreich am 1. November 1848 von den beiden österreichischen Feldherrn, dem Fürsten Windischgrätz und dem tapferen kroatischen Banus Jellachich, im Sturm genommen wurde,*) erteilte Blum sein Schicksal. Felix Schwarzenberg, der kommende österreichische Ministerpräsident, forderte von seinem Schwager Windischgrätz, daß dem Frankfurter Demokraten der Prozeß gemacht werde: „Seine Privilegien als Mitglied des Frankfurter Reichstags haben keine gesetzliche Kraft in Österreich. Die Privilegien des Standrechts sind die einzigen, welche er hierzulande beanspruchen kann“, hieß es in einem Brief Schwarzenbergs. Blum wurde vor ein Kriegsgericht gestellt. Die Anklage lautete auf Aufreizung zur Rebellion und Teilnahme an derselben mit bewaffneter Hand. Auch soll er sich des Verbrechens schuldig gemacht haben, dem Revolutionär Messerhauser die Präsidentschaft der österreichischen „Republik“ angetragen zu haben.**) Am 9. November 1848 wurde er in der Brigittenau erschossen. Eben die Eigenschaft als Abgeordneter der Frankfurter Versammlung, von der Blum gehofft hatte, daß sie ihn schützen werde, war ihm also zum Verhängnis geworden. Schwarzenberg hatte ein Exempel statuieren, hatte zeigen wollen, daß er sich vor Frankfurt nicht fürchte. Sein Sekretär, Graf Hübner, meint, er habe sich damit „ein Verdienst um Österreich und Europa“ erworben, die Hinrichtung sei „eine Ersparung an Blut, es *economia de sangre*“, gewesen.**) Arneth dagegen hielt auch noch im Jahre 1893 die Hinrichtung Blums für einen „groben Fehler“.***)

*) „Eine der ersten Taten, die er (Jellachich) bei seinem Vorrücken vor Wien vollbrachte, war, daß er die deutsche Fahne vom kaiserlichen Lustschloß in Schönbrunn herabnehmen ließ.“ Bruno Bauer, Der Untergang des Frankfurter Parlaments . . ., S. 82.

**) Arneth, Aus meinem Leben, I, S. 237; vgl. auch den Bericht Fröbels, der Blum begleitet hatte und mit knapper Not der Hinrichtung entgangen war, iten. Ber., S. 3419; sowie das Kapitel bei Beda Weber, Charakterbilder, I, 474 ff., wo er den Fall Blum behandelt und mit folgenden Worten beginnt: *Difficile est satyram non scribere*“.

Auf alle Fälle war die Sprache, die der kommende österreichische Ministerpräsident mit Frankfurt damals geredet hat, deutlich genug für jeden, der hören wollte. Bruno Bauer deutet die Hinrichtung Blums bereits als den Bruch Österreichs mit Deutschland.⁴⁾

Erst am 27. November 1848, also volle 4 Wochen nach der Anfrage, nahm das neuernannte österreichische Ministerium Schwarzenberg öffentlich Stellung zu der deutschen Frage. Die Antwort erfolgte auf ebenso indirekte Weise, wie die Anfrage gestellt worden war; die österreichische Regierung sandte keine Note nach Frankfurt, sondern gab ihre Ansicht in dem Ministerprogramm kund, das sie dem nach Kremsier verlegten österreichischen Reichstag zur Genehmigung vorlegte. Der sich auf Deutschland beziehende Passus des Programms lautet folgendermaßen:

„Österreichs Fortbestand in staatlicher Einheit ist ein deutsches wie europäisches Bedürfnis. Von dieser Überzeugung durchdrungen, sehen wir der natürlichen Entwicklung des noch nicht vollendeten Umgestaltungsprozesses (in Deutschland) entgegen. Erst wenn das verjüngte Österreich und das verjüngte Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt sind, wird es möglich sein, ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen. Bis dahin wird Österreich fortfahren, seine Bundespflichten zu erfüllen.“⁵⁾

1. Enthielt das Programm von Kremsier eine klare Antwort?

Die Interpretation des Programms verursachte in der Paulskirche viel Kopfzerbrechen. Die entschieden Kleindeutschen legten es natürlich in ihrem Sinne aus. So schreibt z. B. Max Duncker: „Die Antwort erfolgte laut und deutlich ... Es war eine offene, loyale, ehrliche Sprache: Österreich wollte und konnte den Bedingungen des Bundesstaates nicht gerecht werden. Nun standen die Resultate fest und klar...“⁶⁾ Auch Haym nennt die Antwort „präzise“, „klar und ausreichend für jeden, der verstehen wollte“.⁷⁾ Ob hier nicht der Wunsch der Vater des Gedankens war? Die Ansicht Dahlmanns scheint dies zu bestätigen; er wollte über die Erklärung Österreichs stillschweigend hinweggehen, da sie ja gar nicht an die Paulskirche gerichtet sei. In Wirklichkeit war ihm die Antwort nicht entschieden genug.

Der Österreicher Arneth bezeichnet die Antwort als gewiß schön klingende Worte, die aber „keineswegs so unzweideutig und klar“ seien, wie es für die Österreicher in Frankfurt notwendig gewesen wäre.⁸⁾

„Klar und verständlich für jeden, der verstehen wollte“, eine „offene und bündige Erklärung“ nennt W. Wichmann das Programm, aber gerade im umgekehrten Sinn wie Duncker. Österreich habe weder seine einheitliche Gesamtmonarchie noch seine bisherige Verbindung mit dem übrigen Deutschland aufgeben wollen: „Wie es fortfahren wollte, seine Bundespflichten treulich zu erfüllen, so wollte es die korrelierten Bundesrechte aber auch fest behaupten“.⁹⁾ Ähnlicher Auffassung ist der Großdeutsche Jürgens, der die Auslegung des Programms im Sinne von Gagerns Plan als „ganz willkürlich“ ablehnt. Die österreichische Regierung habe Österreich nicht Deutschland entfremden wollen, sondern sei bereit gewesen, mit der Zentralgewalt „Hand in Hand“ zu gehen.¹⁰⁾

Wie legte nun Bied. das Programm aus? Sein ausführlicher Kommentar lautet folgendermaßen:

„Österreichs Fortbestand in staatlicher Einheit ein deutsches, ein europäisches Bedürfnis! — Das war ja derselbe Gedanke, welchen Gagern schon bei der ersten Lesung der §§ 2 und 3 entwickelt, auf Grund dessen er schon damals eine Sonderstellung außerhalb des Bundesstaates, eine Union zwischen dem Bundesstaate und Österreich beantragt hatte. Er hatte also richtig vorausgesehen, wie Österreich auf die Frage, welche man in jenen §§ an dasselbe stellte, antworten werde und müsse. Österreich schied mit dieser Erklärung aus dem Bundesstaate aus — das schien klar. Nur seine 'Bundespflicht', d. h. die Verpflichtungen, die es aus dem alten Bunde noch hatte, wollte es fortfahren zu erfüllen.

So hatte denn also die Nat. Vers. Österreich gegenüber nunmehr völlig freie Hand bei der ferneren Ausarbeitung der Verfassung. Die Voraussetzung für diese und besonders für die Oberhauptsfrage wurden dadurch bedeutend vereinfacht. Alles schien einen raschen und leichten Fortgang der Verfassungsarbeiten zu versprechen, seitdem die österreichische Regierung selbst so klar, so offen, so loyal ihre Absichten und ihre Stellung zu dem deutschen Einheitswerke bezeichnet hatte.

Wie sehr täuschte man sich! Statt am Ende der Verwicklungen zu sein, war man erst am Anfange des Anfangs.

Das Programm von Kremsier sprach den Gedanken der Trennung Österreichs von Deutschland so nackt, beinahe schroff aus, daß selbst die, welche in einer solchen Trennung das einzige Heil für beide Teile erblickten, schier über diese Offenheit erschranken . . . Die Bedenklicheren fragten, ob denn die österreichische Regierung auch wohl in alle Konsequenzen des in dem Programme ausgesprochenen Gedankens eingehen werde? Eines schien wirklich darauf hinzudeuten: Die Regierung Österreichs erklärte, fernerhin nur noch durch die beiderseitigen Ministerien des Äußeren mit der Zentralgewalt in Beziehungen treten zu wollen; sie schien also

Deutschland bereits als Ausland zu betrachten. Aber die ungleich wichtigere Konsequenz, die doch ebenso gewiß in jener Erklärung lag — die Abberufung der österreichischen Abgeordneten aus der Nat.Vers. (!!) — von dieser war nicht die Rede ... Unmöglich konnten Vertreter Deutsch-Österreichs durch ihre Stimmen über eine Verfassung mitentscheiden, von der im Voraus erklärt war, daß sie auf Deutsch-Österreich keine Anwendung leide. Besonders Skrupel erregten endlich die Schlußworte jener Erklärung:

'Bis dahin wird Österreich fortfahren, seine Bundespflichten zu erfüllen.'

... Sollte es vielleicht damit weniger auf die Erfüllung der Pflichten, als auf die Wahrung der diesen Pflichten gegenüberstehenden Rechte abgesehen sein? War vielleicht dies der unscheinbare, aber unzerreißbare Faden, an dem man Deutschland, indem man es anscheinend losgab, nur umso sicherer festhalten und an sich ketten wollte, während Österreich für sich die volle Freiheit der Entwicklung, Abrundung und Befestigung seiner inneren Zustände erlangte?

So gab es, bei aller anscheinenden Klarheit des Programms von Kremsier, immer noch mancherlei aufzuklären, festzustellen oder in seinen praktischen Konsequenzen weiter zu entwickeln ...⁽¹¹⁾

Wer hat nun recht? War die Sprache des Programms eindeutig? Klar im Sinne Dunckers war die Antwort bestimmt nicht, denn sonst hätte die österreichische Regierung ihre Abgeordneten abberufen müssen, wie Bied. ganz richtig feststellt. Sie war aber auch nicht klar im Sinne Wichmanns, sondern die Klarheit, die dieser meint, hat nur als ein „Fatum“ zwischen den Zeilen hindurchgeblickt.⁽¹²⁾ Die Erklärung war vielmehr unbestimmt, denn die letzte Konsequenz war in ihr nicht gezogen.

2. Konnte das Programm im Sinne von Gagerns Plan verstanden werden?

Die Ausdeutung im Sinne von Gagerns Projekt kam dem Wortlaut des Programms ohne Zweifel am nächsten. Doch war die Antwort von der österreichischen Regierung so gemeint? Etwas Licht in den dunklen Ursprung des Programms von Kremsier bringt eine Denkschrift des österreichischen Bevollmächtigten bei der Zentralgewalt. Freiherr v. Menßhengen empfahl in dieser der österreichischen Regierung bereits am 4. Oktober 1848 (!): dem engeren Bund, mit dem Österreich in eine feste Allianz treten könne,

die Zustimmung nicht zu verweigern.¹³⁾ Man kann darum wohl mit Bestimmtheit annehmen, daß Graf Stadion, der geistige Urheber des Kremsierer Programms, von der erwähnten Denkschrift beeinflusst worden ist. Menßhengen seinerseits soll mit Gagern und dem Stockmarschen Kreis gute Beziehungen unterhalten haben!¹⁴⁾ Wurm (kld.) erzählt, an den Gesellschaftsabenden beim Reichsverweser habe jeder, der es begehrte, von Herrn v. Menßhengen hören können, daß das Programm im Sinne von Gagerns Plan zu verstehen sei.¹⁵⁾

Diese Auffassung wird dadurch noch erhärtet, daß man in diplomatischen Kreisen in Wien als „eine der ersten Handlungen“ des am 2. Dezember gekrönten jungen Kaisers Franz Joseph die Abberufung der österreichischen Abgeordneten von Frankfurt erwartete. Auch soll Erzherzog Johann bereits den Befehl gegeben haben, „im Brandhof für sich selbst und 'die erste deutsche Frau' alles in Bereitschaft zu setzen, wenn sich auch der Zeitpunkt seiner Rückkehr noch nicht bestimmen lasse“.¹⁶⁾

Sehr deutlich läßt sich die Gagernsche Idee auch in einer geheimen österreichischen Depesche an die preußische Regierung vom 13. Dezember 1848 wiedererkennen, in der es heißt: „Jedenfalls würde Deutschland — mag die Beteiligung Österreichs am neuen Verfassungswerke eine engere oder eine weitere (!) sein — an dem neugeborenen Kaiserreiche für ewige Zeiten den natürlichsten wie den treuesten Bundesgenossen (!) besitzen.“¹⁷⁾ Nimmt man noch hinzu, daß die österreichische Regierung am 18. Dezember 1848 erklärte, nur noch durch die Außenministerien mit der Zentralgewalt verkehren zu wollen, so dürfte damit der Beweis erbracht sein, daß die Paulskirche durchaus berechtigt war, die Antwort im Gagernschen Sinn zu interpretieren.

Bied. erwähnt die zuletzt genannte österreichische Erklärung auch, aber ohne Datum. Dadurch wird der Anschein erweckt, als ob diese Erklärung schon im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Programms von Kremsier am 27. November erfolgt wäre, was nicht zutrifft; sondern die Paulskirche hatte für die Ausdeutung des Programms zunächst keine andern Anhaltspunkte als das Programm selbst. Diese Feststellung ist nicht unwichtig. Denn je begründeter die Auslegung des Programms im Gagernschen Sinn erscheint, desto berechtigter und konsequenter erscheint auf der andern Seite auch die Verdrängung des Österreicherers

v. Schmerling aus dem Frankfurter Ministerium, die bereits am 13. Dezember erfolgte und die unmittelbar dem Streit um die Ausdeutung des Programms entsprang.

3. War nun die österreichische Regierung tatsächlich bereit, auf die Vorherrschaft in Deutschland zu verzichten und sich mit einem verfassungsmäßigen Bündnis zu begnügen?

Der österreichische Historiker Friedjung ist sich selbst bei Stadion, dem Urheber des Programms, nicht ganz klar, ob dieser „wirklich die Folgerungen zu ziehen bereit war, die man jenen Sätzen unterlegte“.¹⁵⁾ Nach dem Urteil A. Springers war Graf Stadion allem nationalen deutschen Wesen abhold und nur darauf bedacht, die inneren Verfassungswirren der Monarchie so rasch wie möglich zu lösen. Als ausschließlicher Verwaltungspolitiker habe er in der Zentralisation das einzige Mittel erblickt, um die Schäden der Metternichschen Administration zu heilen; um die weiteren Konsequenzen des Programms hätte er sich nicht gekümmert.^{*)}

Doch weit wichtiger ist, wie der führende Kopf in der österreichischen Regierung, der einstige Felddiplomat und jetzige Ministerpräsident Fürst Felix v. Schwarzenberg in der deutschen Frage gedacht hat. Noch am 13. Dezember 1848 scheint er keinen bestimmten Plan gehabt zu haben. Nur zwei Dinge standen ihm fest, „zunächst daß Deutschland einen straffen Bundesstaat nicht vertrage und dann, daß Österreich die Herausreißung seiner deutschen Provinzen aus dem Gefüge des Reiches nicht gestatten werde: in Deutschland lasse sich nach wie vor nur ein Staatenbund organisieren ...“^{**)} Für das Werk, an dem in Frankfurt gearbeitet wurde, empfand er „weder Sympathie noch

*) A. Springer, Geschichte Österreichs ..., II, S. 675. Der österreichische Exminister Wessenberg hielt die frühere Bundesakte für wertvoller als Dahlmanns „Traumgebilde“ und erklärte das Gagernsche Projekt als einen „Akt der Verzweiflung“. S. Zwiedineck-Südenhorst, a. a. O., II, S. 475.

**) H. Friedjung, a. a. O., I, S. 173; vgl. auch die interessante Briefnotiz des sächsischen Legationssekretärs v. Vitzthum, der damals gerade in Wien war. Er schreibt: „Namentlich ist die Stellung Österreichs Deutschland gegenüber, soweit dies heute möglich ist (!), (in dem Programm) sehr scharf präzisiert. Die §§ 2 und 3 der Frankf. Verfassung sind freilich durch diese Erklärung vernichtet. Desto besser. Die Paulskirche ist zum Tollhause geworden und kann vor den Tatsachen und den realen Verhältnissen mit ihrem doktrinären Phrasengeklingel nicht mehr bestehen.“ Vitzthum, a. a. O., S. 198.

Vertrauen“.¹⁹⁾ Das Programm von Kremsier war für ihn sicher nicht mehr als eine „Geste“, „eine Redensart“, die zu nichts verpflichtete, dazu geeignet, zu temporisieren.²⁰⁾ Diese dilatorische Absicht läßt sich sehr deutlich in einer Tagebuchnotiz Graf Hübners, des Sekretärs Schwarzenbergs, feststellen: „In deutschen Angelegenheiten dürfte, solange das Frankfurter Phantom besteht und unsere Beziehungen zu Berlin sich nicht geklärt haben, wohl das beste sein, ruhig abzuwarten, bis die Nebel gefallen sind. Bleibt zu wissen, ob es mir gelingen wird, den Fürsten zu dieser Auffassung zu bestimmen . . .“²¹⁾ Hübner hatte dem Programm den Wortlaut gegeben.

Die Tugend der überlieferten österreichischen Staatskunst, den Erfolg eines Planes nicht durch vorzeitige Enthüllungen zu gefährden, ist bei dem Programm ohne Zweifel in glänzender Weise zur Geltung gekommen. Durch den Erzherzog Johann als deutschen Reichsverweser und den österreichischen Patrioten v. Schmerling als deutschen Ministerpräsidenten war vorläufig dafür gesorgt, daß Österreichs Interessen in Frankfurt nicht übermäßig verkürzt würden.²²⁾ Die österreichische Regierung hat also nicht ernstlich daran gedacht, auf die Vorherrschaft in Deutschland zu verzichten, und das Programm war nur eine „Phrase“, wie sich Wurm (kld.) etwas scharf ausdrückt.²³⁾ Die Auslegung des Programms im Sinn von Gagerns Plan war darum nur bedingt richtig, und das Lob, das Bied. Gagern für seine staatsmännische Voraussicht erteilt, ist dadurch hinfällig.

Bied. räumt zwar auch ein, daß die Klarheit des Programms vor allem durch die Nichtabberufung der österreichischen Abgeordneten stark abgeschwächt wurde und es „immer noch mancherlei aufzuklären“ gegeben habe. Er spricht auch von dem „besonderen Skrupel“, den der Hinweis auf die Bundespflichten erregt hätte. Aber trotz aller Unklarheit will er wenigstens an dem, was den Kleindeutschen an der Antwort genehm erschien, festhalten, und er nimmt an, die Erklärung sei „aufrichtig“ gemeint gewesen. Was der Augsb. Hof weiterhin folgernte, war nach Bied. für die Österreicher sehr „entgegenkommend“:

„ . . . Und endlich, wenn die Erklärung der österreichischen Regierung aufrichtig gemeint, wenn es wirklich die Absicht war, daß Österreich und Deutschland jedes für sich ihre Verfassungsverhältnisse ordnen, dann aber 'ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich bestimmen' sollten — war es nicht besser, diese Verstän-

digung über die gegenseitigen Beziehungen beider Staatenkomplexe gleich jetzt, neben der Verfassungsbegründung eines jeden derselben hergehend, freilich ohne diese zu stören, stattfinden zu lassen? Der Gedanke einer Unionsakte, den Gagern bereits früher ausgesprochen, lebte wieder auf; ... Man stellte sich vor, daß eine solche Union, die vielfach in die inneren Verfassungszustände jeder der beiden Staatseinheiten eingreifen würde, besser gleichzeitig mit diesen Verfassungen selbst, als erst nach deren Abschluß, beraten werden möchte, daß für diese Beratungen vielleicht sogar ein passendes Organ zu gewinnen wäre in dem Zusammentritt von Abgeordneten der beiden Versammlungen, welchen die Feststellung der beiderseitigen Verfassungen oblag, der Nat.Vers. zu Frankfurt und des Reichstags von Krensbier.

So ehrlich, so loyal, so zutrauensvoll entgegenkommend ward diese Frage der künftigen Stellung Österreichs zu Deutschland — mindestens in dem Klub, dem ich angehörte, dem Augsb.Hof — behandelt. Kindlich naiv — möchte man fast sagen, wenn man daran denkt, wie dieses vertrauensvolle Entgegenkommen österreichischerseits erwidert und gelohnt worden ist!“²⁴)

4. Bedeutete die Auslegung des Krensbierer Programms im Sinne von Gagners Plan ein Entgegenkommen für die Österreicher?

Tatsache ist, daß die Österreicher es durchaus nicht als Entgegenkommen empfunden haben. Woher rührt dann dieser Widerspruch? Die Ursache dafür ist wohl in der polemischen Absicht zu sehen, die Bied. mit dieser Behauptung verfolgt: weil er nämlich für Schmerlings Sturz, den er anschließend schildert, einer Begründung bedarf, konstruiert er jetzt schon einen Gegensatz heraus zwischen dem angeblich ehrlichen, loyalen und entgegenkommenden Verfahren der Kleindeutschen und dem angeblich „intriganten“ Vorgehen Schmerlings. Die Folge davon ist, daß der Leser ein ganz falsches Bild davon bekommt, wie die Österreicher in Wirklichkeit über Gagners Plan gedacht haben.

Oder meinte Bied. mit dem „Entgegenkommen“ vielleicht die Tatsache, daß die Kleindeutschen nach dem Erscheinen des Programms von Krensbier die Österreicher nicht unverzüglich aus der Paulskirche ausgeschlossen haben? Dazu wäre zu sagen, daß die Kleindeutschen weder im Dezember noch später zu einem solchen Beschluß eine Mehrheit hätten aufbringen können. Und was man aus Schwäche unterlassen mußte, darf nachher nicht als Verdienst (= Loyalität und Entgegenkommen) angesprochen werden.

Gustav Rümelin, der Parteigenosse Bied.s, hat in seinem Bericht vom 9. Dezember 1848 über diese schwache Stelle in der Politik der Kleindeutschen ganz offen geschrieben. Er rügt dort nämlich, daß man den § 1 (über den Gebietsumfang des neuen Bundesstaats) nicht abgeändert, sondern das Parlament in einer „unwahren und unerträglichen Stellung“ belassen hat, und, von der Voraussetzung ausgehend, daß Österreich zum Bundesstaat gehöre, dem Reichsministerium die Ausführung von Beschlüssen zumutete, die „kein Ministerium in der Welt“ hätte ausführen können.²⁵⁾ — Doch die Schleswig-Holsteiner haben wohl gewußt, warum sie den § 1 nicht abänderten und warum sie es auf keine Abstimmung über den Ausschluß der Österreicher ankommen ließen.

Wie es sich in Wirklichkeit mit der „Intrige“ Schmerlings verhielt, wird das nächste Kapitel zeigen.

Fünftes Kapitel.

Der Wendepunkt in der Geschichte des Parlaments.

4) Anton v. Schmerlings Sturz.

Infolge der Auslegung des Programms von Kremsier im Sinne von Gagerns Plan gerieten die österreichischen Abgeordneten in der Paulskirche in eine äußerst peinliche Lage. In der größten Verlegenheit befanden sich natürlich diejenigen Österreicher, die ein Amt in der Zentralgewalt bekleideten; denn sie konnten doch nicht mehr einen Staat — wenn auch nur provisorisch — mitregieren, an dem Österreich in Zukunft nicht beteiligt gewesen wäre. Tatsächlich führte der Streit um die Frage, ob die Zentralgewalt mit der österreichischen Regierung verhandeln, wer diese Verhandlungen führen und welches der Gegenstand derselben sein sollte, schließlich zu der Verdrängung des Ministerpräsidenten Anton v. Schmerling und seines Unterstaatssekretärs v. Würth aus dem Ministerium. Da diese Niederlage der Österreicher durch die unklare und unsichere Haltung der eigenen Regierung hervorgerufen wurde, empfanden sie die österreichischen Abgeordneten umso schmerzlicher.

Der Sturz Schmerlings war ein kleines Vorspiel zu dem Geschehen von 1866 — allerdings auf einem ganz anderen Schauplatz. 1848 war es ein Kampf mit Worten um die Majorität der Stimmen, um den parlamentarischen Sieg, 1866 dagegen ein Kampf auf Leben und Tod. Doch das Ziel war in beiden Fällen dasselbe: der Bruch mit der jahrhundertealten Tradition des österreichischen Führerrechts. Wohl stand auch noch nach dem Sturz Schmerlings ein österreichischer Erzherzog als Reichsverweser an der Spitze der Zentralgewalt, allein das hatte wenig zu besagen. Denn nach dem Austritt des über-

ragenden Führers aus dem Ministerium geriet die Zentralgewalt völlig unter den Einfluß der Schleswig-Holsteiner; der neue Ministerpräsident Heinrich v. Gagern handelte nach ihrem Willen.

Diese demonstrative Abkehr vom bisherigen großdeutschen Kurs kam einer Absage an Österreich gleich und hatte eine radikale Umgruppierung der bestehenden Parteien zur Folge. Der Regierungswechsel bedeutete den großen Wendepunkt in der Geschichte der Paulskirche. Das Signal zum offenen Kampf, den man bisher ängstlich vermieden hatte, war damit gegeben. Doch auch jetzt noch hüteten sich die Schleswig-Holsteiner, das Visier völlig zu öffnen.

Die Ansichten über die Ursache von Schmerlings Sturz stimmen in den groß- und kleindeutschen Quellen nicht überein. Aus den Berichten der Großdeutschen spricht ein starker Vorwurf gegen die Kleindeutschen. So heißt es bei Jürgens (grd.), man habe das Mittel der Verdächtigung gegen Schmerling gebraucht, um ihn zu entfernen, und man habe ihn entfernt, um freie Hand zum Wirken für den preußischen Erbkaiser und den Ausschuß Österreichs zu erhalten.¹⁾ Schärfer urteilt der mit den Großdeutschen sympathisierende W. Wichmann: „Es begann nun, um das Lied mit dem rechten Namen zu nennen, ein geradezu unwürdiges Intrigen- und Kulissenspiel um die Stellung der beiden maßgebenden Persönlichkeiten (Schmerling und Gagern), hinter welchem sich die Oberhauptsfrage dann im tiefen Hintergrunde versteckte.“²⁾

Gegenteiliger Ansicht sind die beiden Kleindeutschen Haym und Biedermann. Bei Haym lesen wir: Schmerling „wußte die Mitglieder seines Ministeriums zu Verteidigern eines Planes zu machen, den sie weder teilten noch kannten“. Mit einer auffälligen Hast habe er die Frage der Verhandlungen mit Österreich aufgegriffen, aber nicht, um sie aufzuklären, sondern nur, um sie noch mehr zu verwirren. Das Ziel dieser Hast sei kein anderes gewesen, als Zeit und mit ihr neues Terrain für die Interessen Österreichs zu gewinnen. Mit einem Netze von Rätseln und Zweifeln habe er die Frage der österreichischen Verhandlungen umspinnen und die Debatte dergestalt darin verwickeln lassen, daß es eines scharfen Zahnes bedurft habe, um die Fäden zu zernagen. Doch sein Plan sei noch rechtzeitig entdeckt und sein gefährlicher Einfluß ausgeschaltet worden.³⁾

„Fast erheiternd“,⁴⁾ meint Rapp, wirke die Schilderung Bied.s. Bei ihm erscheint der Ministersturz einzig und allein als eine Folge der „Intrige“ Schmerlings. Sein ausführlicher Bericht lautet folgendermaßen:

„Bei solcher Stimmung der Gemüter fand der Vorschlag, direkte Verhandlungen mit Österreich einzuleiten, unter uns wenigstens eine bereitwillige und eingehende Erwägung. Der Vorschlag ging von einem österreichischen Mitgliede des Klubs, Herrn Arneth, aus ... Wir kannten Herrn Arneth als einen ehrenhaften Charakter und setzten bei ihm keine Hinterhaltgedanken voraus. Gleichzeitig ward derselbe Vorschlag im Kasino eingebracht, dort, soviel ich weiß, von den Herren Würth und Sommaruga. Auch im Schoße des Ministeriums kam er zur Sprache. Beckerath versammelte bei sich einen kleinen Kreis von Mitgliedern der verschiedenen Fraktionen, von der äußersten Rechten bis zum Württbg.Hof (!), um die Stimmung dieser Fraktionen über die obschwebende Frage kennen zu lernen ... Schmerling erklärte mit jenem Anschein aufrichtigster Hingebung und Offenheit, den er so täuschend anzunehmen wußte: Er wünsche, daß die Unterhandlungen von einem andern, als ihm, geführt würden, da er wohl fühle, daß solche von seiner, eines Österreichers, Hand mit Mißtrauen gesehen werden möchten. Daran knüpfte sich sofort, von mehreren Seiten ausgesprochen, der schon längst gehegte Wunsch, Gagern ins Ministerium eintreten zu sehen ... G. Beseler und Droysen waren gegen alle Unterhandlungen (!) ... Dahlmann fand es außerdem der Nat.Vers. nicht würdig, Österreich nochmals einen Schritt entgegenzukommen ... Dagegen sprach Gagern Worte der Versöhnlichkeit und des Patriotismus, hindeutend auf die hohe Wichtigkeit einer baldigen und rückhaltlosen Verständigung mit Österreich. Von uns, die wir den Augsb.Hof vertraten, ward dem beigestimmt, jedoch dabei entschieden betont, daß, welcherlei Unterhandlungen man auch anknüpfen möge, dieselben das Verfassungswerk, die selbständige innere Konstituierung Deutschlands auf keine Weise stören oder verzögern dürften ...

Ein peinlicher Zwischenfall war es, als Grumbrecht vom Württbg.Hof (!) mit seiner handfesten Derbheit dem Minister Schmerling gerade ins Gesicht warf: Gagern dürfe nicht neben ihm im Ministerrate sitzen, dürfe nicht die Solidarität des Hasses und des Mißtrauens auf sich nehmen, womit das Ministerium Schmerling belastet sei ... Die Wahrheit hatte er freilich in dem, was er gegen Schmerling sagte, getroffen und viele, die sein Benehmen vom geselligen Standpunkt aus mißbilligten, gaben ihm vom politischen im stillen recht. Schmerling selbst schwieg und lächelte wie immer bei Angriffen auf seine ministerielle Tätigkeit.

Bassermann zog seinen Antrag zurück — Gagern entschied sich nicht — man kam, wie gewöhnlich bei diesen Vorbesprechungen zu keinem festen Resultat: Es sollte erst weiter geforscht werden, was

die Fraktionen der Majorität zu dem Vorschlag wegen der Unterhandlungen und zu Gagerns Eintritt ins Ministerium sagen möchten.

Die Neuner-Kommission der Zentren nahm die Sache nun in die Hand. Wir luden das Ministerium ein, uns seine Intentionen in betreff der einzuleitenden Unterhandlungen mit Österreich bestimmt und klar mitzuteilen. Herr v. Würth, Schmerlings Unterstaatssekretär und Vertrauter, erschien in unserer Mitte und machte Eröffnungen, die uns erkennen ließen, daß wenigstens auf seiten der beiden österreichischen Mitglieder noch etwas anderes beabsichtigt werde, als bloß über das Verhältnis Österreichs zu dem in sich bundesstaatlich geeinten Deutschland zu verhandeln, daß man an Unterhandlungen und Änderungen wesentlicher Verfassungsg Grundlagen zu gunsten Österreichs denke. Diese Absicht muß aber wohl im Ministerrate sehr schlaue verhüllt worden sein, denn andere Mitglieder des Ministeriums äußerten sich im Klub über die Pläne des Ministeriums in einem Sinn, der an solche Hinterhaltsgedanken nicht glauben ließ. Offenbar waren sie durch die diplomatische Feinheit des Herrn v. Schmerling getäuscht, und nur der geringeren Schlaueit des Herrn v. Würth hatten wir es zu danken, daß uns nicht dasselbe geschah. Um ganz sicher zu gehen, formulierten wir einen Antrag, worin wir genau ausdrückten, zu welcher Art von Verhandlungen wir allein unsere Zustimmung geben würden. Dieser Antrag sprach in seiner entschiedenen (?) Fassung aus, 'daß infolge des Programms von Kremsier und dafern (!) die österreichische Regierung bis zur zweiten Lesung der Verfassung eine unzweideutige und befriedigende Erklärung im entgegengesetzten Sinne abgäbe, man annehmen müsse, Österreich wolle in den deutschen Bundesstaat nicht eintreten, daß man jedoch die Zentralgewalt ermächtige, zur Anbahnung eines anderweitigen, den beiderseitigen Interessen und stammverwandtschaftlichen Sympathien entsprechenden Verhältnisses Unterhandlungen einzuleiten'.

Wir teilten diesen Antrag ... nun dem Ministerium mit, um diesem einen sicheren Maßstab zu geben, bei welcher Politik in der österreichischen Frage es auf die Unterstützung der Zentren zu rechnen habe.

An einem der nächsten Abende legte das Ministerium den befreundeten Fraktionen den Entwurf eines Antrags vor, den es in die Versammlung bringen und worin es sich die Ermächtigung zu Unterhandlungen mit Österreich erbitten wollte. Der Antrag war zweideutig, er schloß Unterhandlungen über die Verfassung selbst nicht aus, wenigstens konnte leicht ein Mißbrauch der Ermächtigung in diesem Sinne stattfinden. Aber so geschickt war die Fassung, daß die meisten Mitglieder des Ministeriums, daß selbst Gagern, den man bei den Beratungen darüber zugezogen, diese Zweideutigkeit nicht bemerkt hatte und alles Ernstes meinten: Der Antrag enthalte vollkommen dasselbe, wie der unsere. Als man sich aber durch die genaue Prüfung des ministeriellen Antrags

überzeugte, daß wirklich eine Zweideutigkeit vorhanden sei, da wandte sich auf einmal die ganze Verhandlung ausschließlich der Personenfrage zu. Die Verstimmung gegen Herrn v. Schmerling nahm in allen 3 Klubs überhand. Manches kam hinzu, was auch dessen frühere Verfahrungsweise in den Beziehungen zu Österreich in ein zweideutiges Licht stellte; man glaubte in der ganzen bisherigen Behandlung dieser Sache einen wohlüberlegten Plan zu erblicken; man sah die Unmöglichkeit ein, die Unterhandlungen mit Österreich einem Ministerium anzuvertrauen, welchem dieser Mann angehöre, der, wenn auch nicht unmittelbar mit der Leitung der Unterhandlungen betraut, dennoch, und vielleicht gerade umso gewisser, einen höchst gefährlichen Einfluß darauf ausüben möchte, wie ja schon die Geschichte dieses Antrags zeigte. Auf keinen Fall wollte man zugeben, daß Gagern mit seinem nur allzu vertrauenden offenen Gemüte in einem Ministerium mit einem so verschlagenen Diplomaten, wie Schmerling, sitze.

Der Landsberg hatte gleich vom Anfange dieser Verhandlungen an auf Schmerlings gänzlichen Rücktritt gedrungen; im Augsb.Hof und im Kasino war er noch gehalten worden durch Fürsprache seiner Kollegen, die mit aner kennenswerter Loyalität seine Sache nicht von der ihrigen trennen wollten und den Rücktritt des ganzen Kabinetts befürchten ließen, wenn man auf Schmerlings Entfernung bestehe. Sie machten seine Verdienste um die Erhaltung der Ordnung geltend, sie wiesen darauf hin, daß man ihn, den man so lange gegen die Angriffe der Linken unterstützt habe, auch jetzt nicht fallen lassen dürfe, um nicht dieser einen Triumph zu bereiten. Allein jetzt, nach solchen Entdeckungen, war jeder weitere Versuch, ihn zu halten, vergeblich. Der Augsb.Hof schloß sich mit großer Majorität dem Landsberg an, das Kasino, wenn auch zögernd, folgte; selbst ein Teil der Westendhall (!) vereinigte seine Stimmen mit denen der Zentren, um die Entfernung Schmerlings und den Eintritt Gagerns an die Spitze der Geschäfte herbeizuführen.

Am 15. Dezember erfolgte der Rücktritt der Herren Schmerling und Würth aus dem Ministerium.“⁷⁾

Das waren also nach Bied. Hergang und Ursache der Beseitigung Schmerlings aus dem Ministerium. Österreichische Abgeordnete schlugen Verhandlungen mit der österreichischen Regierung vor, um „klar zu wissen, was eigentlich ihre Regierung wolle und ob sie . . . noch fernerhin mit Fug an den Arbeiten einer deutschen Nat.Vers. teilnehmen könnten“.⁸⁾ Man beriet in den Klubs und in Privatversammlungen über diesen Vorschlag. Der Ministerpräsident Schmerling legte den Fraktionen einen Antrag vor, der die Verhandlungsbedingungen enthielt. Im letzten Moment soll eine Zweideutigkeit in dem Antrag entdeckt und aus diesem Grunde der „verschlagnene Diplomat“ gestürzt worden sein. — Die Untersuchung

wird zeigen, wie weit diese Darstellung einer kritischen Prüfung standzuhalten vermag.

Der Sturz Schmerlings ist ein typischer Fall, bei dem sich der ganze Vorgang in den Klubs und Privatversammlungen und nicht im Plenum abgespielt hat. Denn als Schmerling erfuhr, daß die 3 Zentralparteien ihm ihr Vertrauen entzogen hätten, trat er sofort zurück und ließ es auf kein förmliches Mißtrauensvotum des Plenums ankommen. Wir sind also hier ganz auf die erzählenden Quellen angewiesen. Die Verhandlungen sind nach dem Zeugnis eines Abgeordneten in den einzelnen Klubs „mit nachdrücklichstem Ernst und rastloser Tätigkeit“ geführt worden, denn jeder habe gefühlt, „daß das Parlament hier am Wendepunkt seiner Wirksamkeit stehe“.⁷⁾

1. Von wem ist die Anregung zu Verhandlungen mit der österreichischen Regierung ausgegangen?

Dieser Frage müssen wir deshalb nachgehen, weil Jürgens behauptet, Bied verstelle und färbe in diesem Punkt alles falsch und suche das Drängen nach einer Anknüpfung von Unterhandlungen mit Österreich als eine „österreichische Machination“ erscheinen zu lassen. Nach Jürgens ist der Vorschlag zu Unterhandlungen nicht zuerst von dem Österreicher Arneth im Augsb.Hof, sondern von dem Rheinpreußen Reichensperger im Kasino eingebracht worden. Erst dadurch sei Arneth veranlaßt worden, die Sache auch im Augsb.Hof zur Sprache zu bringen. Reichensperger habe damals noch in keiner Verbindung mit Schmerling gestanden.⁸⁾

Merkwürdigerweise bekennt sich nun aber der Österreicher Arneth in seinen Erinnerungen nicht zu Jürgens' Chronologie, sondern schreibt: „Wie mein Klubgenoß Biedermann in seinem Buche über die Paulskirche bezeugt, darf ich die Initiative des Gedankens für mich in Anspruch nehmen, daß von seiten des Reichsministeriums direkte Verhandlungen mit der österreichischen Regierung einzuleiten seien, um sie zu einer klaren und unzweideutigen Kundgebung über ihre Intentionen und über die äußerste Grenzlinie zu veranlassen, bis zu welcher sie gehen könne, um das Verbleiben der deutsch-österreichischen Länder in dem deutschen Bundesstaate möglich zu machen. Ich trat mit diesem Vorschlage in meinem Klub, dem Augsb.Hof, hervor . . .“ Seine Freunde Sommaruga und Würth hätten denselben Gedanken im Kasino angeregt

und schließlich sei auch im Schoße des Ministeriums die Sache zur Sprache gekommen, worauf der Finanzminister v. Beckerath einen kleineren Kreis von Abgeordneten bei sich versammelt habe, um die Stimmung über die obschwebende Frage kennen zu lernen.⁹⁾

Da die Protokolle der Klubversammlungen fehlen, ist es schwer, hier zu entscheiden, welche Darstellung die richtige ist. Doch dies eine dürfte sicher sein, daß von allen Abgeordneten die Österreicher das allergrößte Interesse an sofortigen Verhandlungen gehabt haben.

Diese Behauptung wird dadurch bestätigt, daß Schmerling — trotz der „Anfrage“ vom 27. Oktober!! — bereits am 10. November Kommissare zu Verhandlungen nach Österreich hatte senden wollen. In dem Entwurfe der Instruktion hieß es: „... Eine staatliche Trennung zwischen Deutschland und Österreich würde für beide Teile verderblich sein ... Die Notwendigkeit, daß man sich in Österreich vor allem die Stellung zu Deutschland klar mache, muß hingestellt und dahin gewirkt werden, den österreichischen Reichstag zu bewegen, daß er darüber einen bestimmten Beschluß fasse ... Wir wollen die Wahrheit, die volle Wahrheit erfahren, da nur auf sie gegründet für unser Vaterland Gedeihliches angestrebt werden kann.“¹⁰⁾ Aus diesen Worten läßt sich deutlich erkennen, wie sehr Schmerling eine unklare Antwort von seiten der österreichischen Regierung gefürchtet und ihr vorzubeugen gesucht hat. Die Sendung ist unterblieben, weil die beiden Unterhändler, Fürst Leiningen und Briegleb,^{*)} nur im Sinne von Gagerns Plan und bereits als „Gesandte“ und nicht als Kommissare — also wie mit einer fremden Macht — mit Österreich hatten verhandeln wollen.

Doch der Plan der Absendung von Kommissaren ist deshalb von Schmerling nicht aufgegeben worden. Noch am 29. November, als man in Frankfurt noch nichts von dem Kremsierer Programm wußte, hat er an die österreichische Regierung geschrieben, sie möge mit der Entscheidung in der deutschen Frage noch warten, bis die Zentralgewalt ihre Kommissare geschickt habe. Doch es war schon zu spät. Als dann der Wortlaut des Programms am 2. De-

^{*)} Beide, Leiningen und Briegleb, zählten zum Koburger Kreise, und Rapp schließt daraus, daß der Vorschlag eben von diesem Kreise ausgegangen ist, da Schmerling wohl kaum von sich aus gerade diese beiden Männer zu der Mission ausgewählt hätte. S. Adolf Rapp, Das österreich. Problem in den Plänen der Kaiserpartei von 1848, S. 59.

zember in Frankfurt bekannt wurde, legte Schmerling seinem Ministerium sofort ein Schreiben vor, in dem es hieß, die Feststellung des Verhältnisses Österreichs zu Deutschland dürfe nicht vertagt werden, man dürfe nicht dort und hier separat konstituieren, Deutschland habe ein heiliges Recht auf Österreich; der Weg der Verständigung sei ohne Zögern zu betreten; in dem Programm von Kremsier werde deutlich genug auf ein bloß völkerrechtliches Band hingewiesen und die zu lösende Frage vorweg entschieden, womit sich das Reichsministerium aber nicht beruhigen könne.¹¹⁾

Diese Beispiele zeigen, wieviel Schmerling daran gelegen war, daß Österreich die Frankfurter Versammlung nicht sich selbst überlasse. Aus diesem Grunde möchten wir eher Bied.s und Arneths Darstellung für die richtige halten, ohne aber diejenige Jürgens' als unmöglich ablehnen zu wollen. Denn ohne Zweifel sind auch viele Nichtösterreicher, wie Reichensperger, Jürgens und im Ministerium vor allem Mathy und Bassermann zu Verhandlungen gerne bereit gewesen. Doch am brennendsten war die Frage sicher für die Österreicher. Eine klare Entscheidung könnte erst auf Grund der Parteiprotokolle getroffen werden.

2. Ist der Antrag Schmerlings „zweideutig“ gewesen?

Viel zentraler als die Frage, wer zuerst den Vorschlag auf Verhandlungen gemacht hat, ist die, ob Bied. mit seiner Begründung des Ministersturzes recht hat. In seiner Darstellung liegt nämlich der ganze Nachdruck auf der sensationell anmutenden „Entdeckung“ der „Zweideutigkeit“ des Schmerlingschen Antrags; sie soll die Ursache für die Entfernung der Österreicher aus dem Ministerium gewesen sein. Recht merkwürdig ist es nun, daß Bied. es ganz unterläßt, den Schmerlingschen Antrag abzudrucken, so daß der Leser sich von dessen Zweideutigkeit nicht einmal selbst überzeugen kann.*)

*) Der Antrag lautete: „In Erwägung, daß nach der Natur der Verbindung Österreichs mit außerdeutschen Ländern und nach der vorliegenden Erklärung der deutsch-österreichischen Provinzen der Eintritt derselben in den deutschen Bundesstaat auf Grund der von der deutschen Nat.Vers. angenommenen Verfassungsbestimmungen nicht erwartet werden kann; in Erwägung, daß das österreichische Ministerium die Absicht feierlich ausgesprochen hat: es seien die Verfassungen Deutschlands und des österreichischen Kaiserstaates unabhängig voneinander zu begründen und erst nachdem beider Staatenkomplexe

Prüft man nämlich den Antrag daraufhin, welche Stelle wohl den Argwohn der Kleindeutschen erregt haben könnte, so gerät man in Verlegenheit, denn es läßt sich keine finden. Vergleicht man Schmerlings Antrag mit den Richtlinien, die die Neuner-Kommission dem Ministerium überreicht hat, so fällt der Vergleich sogar zugunsten Schmerlings aus. Denn die Richtlinien der Neuner-Kommission ließen der österreichischen Regierung noch die Möglichkeit offen, sich bis zur zweiten Lesung gegen einen Ausschluß aus dem deutschen Bundesstaat zu erklären, während der Schmerlingsche Antrag Österreich bereits als vom engeren Bund ausgeschlossen betrachtete. Der Sinn des ministeriellen Antrags entsprach völlig den Wünschen des Augsb.Hofs, wie sie Bied. in seinen „Erinnerungen“ selbst schildert. *)

Aus dem Schmerlingschen Antrag kann also keine Zweideutigkeit herausgelesen, sondern höchstens hineingelesen werden. Der Wortlaut desselben erlaubt nicht die Folgerung, daß Schmerling über den Antrag hinausgehend auch noch Verhandlungen über „Änderungen wesentlicher Verfassungsgrundlagen zugunsten Österreichs“ beabsichtigt hat. Arneth ist darum im Recht, wenn er in seinen Erinnerungen sagt: „Da man selbst nicht ganz ehrlich zu Werke ging und eigentlich Schmerling nur verdrängen wollte, um Gagern an seine Stelle zu setzen und

festen Gestalt begründet, die Bedingungen des Anschlusses zu verabreden; in Erwägung jedoch, daß zwar die Verfassung des deutschen Bundesstaats nicht aufgehoben werden darf, daß aber eine gänzlich getrennte Feststellung beider Verfassungen ohne Verständigung über die möglichen Grundlagen der künftigen Verbindung Österreichs mit Deutschland diesen Verband selbst und mit ihm die höchsten Interessen der ganzen Nation gefährden könnte; in Erwägung ferner, daß ein Anlaß zur Verständigung mit Österreich auch in der unabwiesbaren Notwendigkeit liegt, den Umfang jener Bundespflichten näher zu bestimmen, zu deren Erfüllung Österreich sich auch im gegenwärtigen Augenblicke bereit erklärt hat; in Erwägung, daß Beratungen mit der österreichischen Regierung in den erwähnten Beziehungen zweckmäßig nur durch die Zentralgewalt gepflogen werden können, das Gesetz vom 28. Juni 1848 aber diesen Fall nicht vorgesehen hat, — beantragt das Reichsministerium bei der Nat.Vers. die Ermächtigung für die provisorische Zentralgewalt, mit der österreichischen Regierung die Verhandlungen zum Zweck vorbereitender Verständigung über die möglichen Grundlagen der künftigen Verbindung Österreichs mit Deutschland einzuleiten.“ S. Haym, II, S. 127/128; Roth und Merck, a. a. O., II, S. 84 f

*) S. vorn S. 90/91.

durch ihn dem preußischen Erbkaisertum die Wege zu ebnen, so gab man sich, um hierfür einen Vorwand zu finden, den Anschein, überall Zweideutigkeit und Falschheit zu wittern. Man interpretierte davon eine Menge in den vom Ministerium beabsichtigten Antrag hinein und brüstete sich dann nicht wenig mit den in solcher Weise gemachten Entdeckungen“ (1).¹²⁾

3. Hat Schmerling als Reichsminister „intrigiert“?

Von seiner zweifelhaften „Entdeckung“ der „Zweideutigkeit“ des Antrags ausgehend, läßt Bied. auch noch Schmerlings „frühere Verfahrungsweise in den Beziehungen zu Österreich in einem zweideutigen Licht“ erscheinen und spricht sogar von einem „wohlüberlegten Plan“, den Schmerling von Anfang an in dieser Sache verfolgt habe. Worin jedoch dieser Plan bestanden haben soll, darüber schweigt sich Bied. aus. Wie ungereimt dieser Verdacht ist, geht schon aus der Tatsache hervor, daß die Beziehungen zwischen den österreichischen Abgeordneten und der österreichischen Regierung sehr schlecht gewesen sind. Hätte Schmerling damals auch nur den geringsten Einfluß auf das österreichische Ministerium ausüben können, die Antwort im Kremsierer Programm wäre bestimmt anders ausgefallen. Gerade das Gegenteil von Bied. behauptet dessen Parteigenosse (!) Wurm. Er sagt, die Widersprüche in Schmerlings Politik würden sich alle dadurch erklären, daß er überall kein System gehabt habe; man irre, wenn man ihm „eine berechnende, von fernher vorbereitete österreichische Politik“ unterlege.¹³⁾ Diese Auffassung kommt der Wahrheit bestimmt näher als die Bied.s.

Noch ein anderer unverdächtiger Zeuge mag hier zu Worte kommen, der Frankfurter Justizminister Robert Mohl: „Was aber die so oft aufgeworfene Hauptfrage betrifft, ob Schmerling schon im Ministerium und hinter dem Rücken seiner Amtsgenossen gegen das Zustandekommen des deutschen Verfassungswerkes im — gleichgültig jetzt, ob wahren oder nur vermeintlichen — Vorteile Österreichs Ränke geschmiedet habe, so besinne ich mich nicht, dies aus voller Überzeugung zu verneinen. In diese verderbliche Bahn wurde er erst durch seine Verdrängung aus dem Ministerium getrieben ... Der österreichische Bevollmächtigte, nicht der frühere Minister handelte so ... Die Annahme einer schon früheren Hinterlist ist ein Luxus von Verdacht ...

Fasse ich aber mein Urteil in einem Worte zusammen, so lautet es dahin, daß Schmerling als Reichsminister *weit überwiegend genützt*, entschieden mehr und bedeutendere Vorzüge als Fehler entwickelt hat.“¹⁴⁾

Sehr einleuchtend ist auch das Argument, das Jürgens gegen diese übertriebene Verdächtigung anführt. Er meint, wenn Schmerling damals auf Verhandlungen mit Österreich gedrängt habe, so sei das ganz entgegen den Wünschen der österreichischen Regierung gewesen, denn diese habe sich viel zu schwach gefühlt, um mit der Paulskirche als gleichwertiger Partner verhandeln zu können.¹⁵⁾

Im Zusammenhang mit der Besprechung von Schmerlings Persönlichkeit wird über diesen Punkt noch weiter gehandelt werden.

4. Welches war nun die eigentliche Ursache für Schmerlings Sturz?

Die Behauptung Bied.s, Schmerlings Antrag sei zweideutig gewesen, mußten wir als unrichtig ablehnen. Eine andere Frage ist es jedoch, ob die Vermutung an sich berechtigt ist, daß Schmerling über den Antrag hinausgehend auch noch Verhandlungen über „Änderungen wesentlicher Verfassungsgrundlagen zugunsten Österreichs“ beabsichtigt hat. Das muß unbedingt bejaht werden. Zwischen dem Wortlaut des Antrags und der wirklichen Überzeugung Schmerlings hat ohne Zweifel ein Widerspruch bestanden. Denn Schmerling ist mit dem beabsichtigten Ausschluß Österreichs aus dem engeren Bund nicht einverstanden gewesen. Dies kann schon daraus geschlossen werden, daß er nach dem Erscheinen des Programms von Kremsier sein Amt als Ministerpräsident nicht niederlegte. Auch hat Arneth die Anregung zu Verhandlungen nicht gegeben, damit man, wie Bied. meint, nur noch über den weiteren Bund verhandle, sondern „um das Verbleiben der deutsch-österreichischen Länder in dem deutschen Bundesstaat möglich zu machen“!!¹⁶⁾

Wenn Schmerling bei seinen Verhandlungen mit Gagern diesem so nahe kam, „daß man kaum noch wußte, wo ihre Ansichten auseinander gingen“,¹⁷⁾ so ist dies aus kluger Berechnung geschehen. Es wäre töricht von ihm gewesen, hätte er in dieser peinlichen Situation, wo alles darauf ankam, daß überhaupt Verhandlungen mit Österreich angeknüpft würden, noch lange um Bedingungen gefeilscht. Bied. bezeugt es ja selbst, wie energisch die

Schleswig-Holsteiner „gegen alle Unterhandlungen“ gesprochen haben:

„Beseler und Droysen waren gegen alle Unterhandlungen; die Versammlung möge ihren Gang zur Vollendung der Verfassung ruhig und selbständig fortgehen; das andere werde sich seinerzeit schon finden. Unterhandlungen könnten uns nur neue Verzögerungen und Verwicklungen bereiten und leicht wieder unklar machen, was jetzt klar sei. Man möge sich hüten, warnte Droysen, mit Österreichs vielerfahrener, schlauer Diplomatie den ungleichen Kampf zu beginnen. Dahlmann fand es außerdem der Nat.Vers. nicht würdig, nochmals Österreich einen Schritt entgegenzukommen, welches uns auf unsere Anfrage in den §§ 2 und 3 noch die direkte Antwort — denn das Programm von Kremsier sei nicht an uns gerichtet — schulde.“*)

Diese Worte machen deutlich, wie notwendig und taktisch richtig Schmerlings Nachgiebigkeit in diesem Fall gewesen ist.

Doch dieser Gegensatz zwischen den Schleswig-Holsteinern und Schmerling betreffs Verhandlungen war nicht die Ursache für Schmerlings Sturz, sondern nur der Anlaß!! Um die Ursache zu erkennen, darf man sich nur des Zieles erinnern, das die Schleswig-Holsteiner angestrebt haben: ein von Preußen geführtes Deutschland; dann versteht es sich von selbst, daß Schmerling früher oder später eben fallen mußte.

Aus Bied.s Erzählung könnte der falsche Schluß gezogen werden, als ob die Frage der Beseitigung der Österreicher aus dem Ministerium in der Versammlung bei Beckerath am 7. Dezember zum erstenmal erörtert worden wäre. In Wirklichkeit jedoch war die Verdrängung Schmerlings von den Schleswig-Holsteinern schon längst vorher ins Auge gefaßt und auch darüber verhandelt worden. Sie hatten es bisher nur noch nicht gewagt, ihr unpopuläres Vorhaben auszuführen. In Anbetracht der großdeutschen Stimmung der Versammlung hätten sie sich im Oktober damit begnügt, wenn Schmerling ein Mann als Außenminister zur Seite gesetzt worden wäre, der ihre Interessen vertreten hätte. Droysen war unmittelbar nach dem Beschluß der §§ nach Berlin geeilt und hatte dort auf die „Nennung einer der preußischen Regierung genehmen Persönlichkeit als Außenminister“ gedrängt.¹⁸⁾ Doch Berlin hat von Anfang an auf die geheimen Angebote von Frankfurter

*) Biedermann, S. 55 f. Als der Unterstaatssekretär Max v. Gagern in die Partei der Schleswig-Holsteiner (Casino) kam und dort den Entwurf eines Schreibens an die österreichische Regierung vorlegte, wurde er „beinahe hinausgeworfen“ Deutsche Rundschau, 56, S. 52; zit. b. Rapp; a. a. O., S. 65.

Ministersesseln sauer reagiert. Als dann Friedrich Wilhelm durch den Terror der Berliner Nationalversammlung in eine gewisse Zwangslage versetzt worden war, haben die Schleswig-Holsteiner gehofft, nun doch für ihre Pläne ein geneigteres Ohr zu finden. Bereits am 15. November (!) wurde darum in einer Zusammenkunft bei Gagern der Plan erwogen, Schmerling aus dem Ministerium zu entfernen, die Verfassung „Hals über Kopf“ innerhalb von 14 Tagen zu beenden und eventuell sofort den Kaiser auszurufen.¹⁹⁾ Der zu diesem Zwecke nach Berlin entsandte Reichskommissar Hergenhahn soll an G. Beseler geschrieben haben, wenn man in Berlin weiterkommen wolle, dann müßten die Österreicher aus dem Ministerium hinaus.²⁰⁾

Sogar Gagern ist in jenen kritischen Tagen nach Berlin geeilt: mit der Kaiserkrone in der Tasche, um mit dem Reichskanzlerpatente zurückkehren zu können, wie es in der Zeitung hieß.²¹⁾ „Am frühen Morgen des Tages, an dem der König mit Gagern sprach, fand er in den Losungen der Brüdergemeinde die Worte: 'Und der Versucher trat zu ihm'. Man weiß es, mit wie heißen Worten dann dieser Versucher in wiederholten Unterredungen den König, daß er die Kaiserkrone annehme, umworben hat, wie er ihm zugerufen hat: 'Und Fluch vor allem der Geduld', — wie ihn der König umarmt hat — hinterher aber doch mit einem Gemisch 'von Bewunderung und Abscheu' auf den Versucher zurückgeblickt hat ...“,²²⁾ so schildert Meinecke jene Begegnung. Gagern hat Berlin unverrichteter Dinge wieder verlassen müssen. Es ist dies nicht das erste Mal gewesen, daß Friedrich Wilhelm im geheimen die Kaiserkrone angeboten worden ist.²³⁾

Da nun alle Bemühungen der Schleswig-Holsteiner und Gagens, Friedrich Wilhelm für ihre Pläne zu gewinnen, erfolglos waren, sahen sich die Schleswig-Holsteiner dazu genötigt, in Frankfurt ohne die Unterstützung Preußens eine Entscheidung herbeizuführen. Das Programm von Kremsier schien die günstige Gelegenheit zur Ergreifung der Initiative zu bieten. Die Beratung der Oberhauptsfrage war außerdem schon ganz dicht herangerückt. Der preußische Gesandte in London, Bunsen, und auch Stockmar, der sich Ende November gerade in London aufhielt, schrieben an ihre Freunde in Frankfurt, die Gelegenheit der Kremsierer Erklärung müsse für den Kaiserplan wahrgenommen werden.²⁴⁾

Als die Nachricht von dem Programm am 2. Dezember in Frankfurt eintraf, war sich Droysen darüber klar, daß Schmerling

nicht mehr bleiben könne. Seine ganze Politik war nun darauf gerichtet, „die Unüberwindlichkeit des Gegensatzes von Wien und Frankfurt nachzuweisen und einen Bruch herbeizuführen“.²⁵⁾ In engster Zusammenarbeit mit G. Beseler wurde nun dieses Ziel verfolgt.²⁶⁾ Um zu zeigen, daß die Stunde der Entscheidung gekommen sei, sollte Gagern ins Ministerium eintreten. Darüber ist — nach einer Tagebuchnotiz Droysens — schon am 4. Dezember in einem engeren Kreis bei Gagern lebhaft debattiert worden.²⁷⁾ Der Stockmarsche Kreis bestärkte die Schleswig-Holsteiner in ihrem Vorhaben. Stockmar forderte Gagern am 3. Dezember auf, das Ministerium vom österreichischen Einfluß zu befreien und sich selbst an Schmerlings Stelle zu setzen.²⁸⁾ In einem Brief H. v. Arnims vom 6. Dezember hieß es ebenfalls, Schmerling müsse fallen, man könne ihm ja noch 8 bis 14 Tage Existenz geben.²⁹⁾

Bei der Zusammenkunft am 7. Dezember bei Beckerath ging es also im Grunde genommen überhaupt nicht mehr um die Frage, ob man und wer mit Österreich verhandeln sollte; sondern die Schleswig-Holsteiner wollten die Waffe, die ihnen die österreichische Regierung durch die unklare Erklärung in die Hand gegeben, sofort gegen das österreichische Übergewicht in der Zentralgewalt gebrauchen und Gagern an Schmerlings Stelle setzen. Sogar Bied. weiß etwas von einem „längst gehegten Wunsch, Gagern ins Ministerium eintreten zu sehen“.³⁰⁾ Laube erzählt, man habe sich gesagt, wenn Österreich nicht in den Bundesstaat eintrete, sei es verkehrt, österreichische Staatsmänner im Ministerium zu behalten, denn das hätte geheißen: „den Bock zum Gärtner setzen“. Gagern habe erwidert: „Überlegt es reiflich, ob es an der Zeit ist und ob ich der richtige Mann bin. An der Zeit ist es nach meiner Meinung, durchgreifend aufzutreten; entscheidet Ihr, ob es durch mich geschehen soll oder durch einen andern ...“³¹⁾

Am sichersten wird Bied. durch die Zeugnisse derer widerlegt, die in erster Linie für den Sturz Schmerlings verantwortlich waren. Kurz und überzeugend und ohne auch nur mit einem Wort jene angebliche Hinterhältigkeit Schmerlings zu erwähnen, schildert Max Duncker dessen Sturz: „... es mußte gewagt werden. Die Würfel mußten fallen ... es galt jetzt, die Oberhauptsfrage durchzusetzen ... Eingedenk der großen Verdienste, welche sich Schmerling ... erworben, konnten wir unmöglich dazu schreiten, den Chef des Ministeriums durch eine Abstimmung zu stürzen; so wurde ... beschlossen, Herrn v. Schmerling *privatim* (!!)

zugehen zu lassen, daß er nicht mehr auf die sichere Unterstützung des rechten Zentrums würde rechnen können“.³²⁾ Und in den Erinnerungen des Kronzeugen G. Beseler lesen wir: „... Solange Schmerling im Ministerium blieb, war Gagerns Eintritt ohne reale Bedeutung und konnte nur den Erfolg haben, ihn abzunutzen und in seinem Ansehen unheilbar zu schädigen. Zuletzt waren wir einverstanden, daß ... der Urheber (des Antrags) aus dem Ministerium entfernt werden m ü s s e, freilich auf die Gefahr, ihn zum Feinde zu machen.“³³⁾

5. Wie vollzog sich Schmerlings Sturz?

Bied.s Bericht ist zwar ausführlich, aber zu einseitig. Er erwähnt z. B. nicht, was sehr wesentlich ist, wie h a r t der Kampf im Augsb.Hof und im Kasino gewesen ist, bis man Schmerling endlich fallen ließ, sondern er schreibt nur: „... da wandte sich auf einmal die ganze Verhandlung ausschließlich der Personenfrage zu. Die Verstimmung gegen Herrn v. Schmerling nahm in allen 3 Klubs überhand ...“³⁴⁾ — Darum soll jetzt noch kurz auf diesen Punkt eingegangen werden.

Die Frage der Beseitigung Schmerlings wurde im g r ö ß e r e n Kreis zum ersten Mal am 7. Dezember in der Zusammenkunft bei Beckerath erörtert. Es waren ca. 40 — 50 Abgeordnete, „von der äußersten Rechten bis zum Württbg.Hof“!³⁵⁾ Wir dürfen als sicher annehmen, daß Grumbrecht vom Württbg.Hof, dieser „derbe, ungeschliffene Patron“,*³⁶⁾ von den Schleswig-Holsteinern nicht ohne Absicht zu dieser Versammlung eingeladen worden war. Laube bezeugt es, daß sich in den Angriff gegen Schmerling Freiheitsmotive gemischt haben, und Haym bekennt ganz offen: „Die Leichtigkeit, Schmerling zu entfernen, beruhte auf der Bereitwilligkeit der Linken, die Opposition gegen einen Mann zu unterstützen, den sie als ihren spezifischen Feind, als den bittersten Verächter ihrer eigenen Weisheit wie keinen zweiten haßte“.³⁶⁾

Aus der Tatsache, daß bei der Zusammenkunft vom 7. Dezember Bied. und Rießer noch für Verhandlungen mit Österreich gewesen sind, kann geschlossen werden, daß die Mehrheit der dort

*) A. v. Arneth, Aus meinem Leben, I, S. 250. Grumbrecht hat später den Kleindeutschen noch einmal das Banner gegen die Österreicher vorangetragen, indem er letzteren von der Tribüne herab die Ermordung Blums zur Last legte und dadurch die Linke gegen die Großdeutschen aufreizte.

beratenden Abgeordneten noch gar nicht im Bilde war, um was es den Schleswig-Holsteinern eigentlich ging. Sicher aber hat Bied. z. Zt. der Abfassung seiner Erinnerungen mehr von dem bewußten Vorgehen der Schleswig-Holsteiner gewußt, als er in seinem Buch zum Ausdruck bringt. Schrieb doch Rümelin vom Rücktritt Schmerlings bereits am 9. Dezember wie von einer abgemachten Sache.³⁷⁾

Der Angriff Grumbrechts gegen Schmerling hatte den Stein ins Rollen gebracht. Die Gegner der Österreicher suchten nach weiteren Gründen, um auch die 3 Zentren für ihren Plan zu gewinnen. Sie fanden solche Gründe in der angeblichen Zweideutigkeit des Schmerlingschen Antrags; dann wurden Gerüchte verbreitet von einem bevorstehenden Bündnis der Österreicher mit der Linken,³⁸⁾ von der Durchführung der Wahlen in Böhmen und Mähren, durch welche die Österreicher erhebliche Verstärkung erhalten würden, und von dem Verlangen des jungen Kaisers Franz Joseph nach der deutschen Kaiserkrone. Am maßlosesten hetzte der „Korrespondent vom Rhein“, Gervinus, gegen die „Halbbrüder aus Österreich“, die „mit wälschem Hochmut uns gutmütigen Deutschen jetzt die Hand reichen wollten“.³⁹⁾

Wie schließlich das Kasino, der Landsberg und der Augsb.Hof von den Schleswig-Holsteinern für ihren Plan vollends gewonnen worden sind, davon erzählen Wichmann (Landsberg), Laube (Augsb.Hof) und Haym (Kasino).

Als erster Klub entzog der Landsberg, dem Schmerlings sarkastische Reden verhaßt waren, dem Ministerpräsidenten das Vertrauen. „Georg Beseler bestimmte (!) einige Mitglieder, namentlich Schneer, ein förmliches Mißtrauensvotum zu extrahieren“. „Regierungsassessor Schneer aus Breslau, semitischer Herkunft, war ein ehrgeiziger Streber, der es auf Karriere abgesehen hatte und das Reichsministerium mit Anstellungsgesuchen behelligte, ehe noch einmal Ämter geschaffen waren ...“⁴⁰⁾ Schneer hatte Erfolg. Der Landsberg versagte Schmerling die Gefolgschaft, und damit war das Eis gebrochen.

Der Augsb.Hof folgte seinem Beispiel. Hier, „wo einige diesen Schritt für unpolitisch hielten“, „führte Wilhelm Beseler ... die Sturmflagge“.⁴¹⁾ Der „erste Angriff führte zu keinem Resultate ... Die Beseler mit norddeutschen Scharen wiederholten aber nun den Angriff mit allem Nachdruck und aller Nachhaltigkeit friesischer Naturen. Wilhelm Beseler, sonst wohl schweigsam, sprach jetzt

im Augsb.Hofe halbe Stunden lang unerschöpflich in großen und kleinen Gründen für ganze Maßregeln, für energische Schritte . . .“⁴²⁾

Im Kasino endlich, in dem Schmerling seine wesentlichste Stütze hatte, und wo darum der Kampf auch am härtesten war, hat G e o r g Beseler selbst das Mißtrauensvotum erzwungen, „in so parlamentarischer, in so feiner und sicherer Weise, wie es sich für diese delikate und schwierige Frage ziemte“.⁴³⁾ G. Beseler sagte etwa folgendes: „ . . . Herr v. Schmerling hat sich gewiß als ein wahrhaft deutscher Mann gezeigt (!) . . . und ich sage nicht zuviel, wenn ich ausspreche: er hat das Vaterland gerettet! Allein die Verhältnisse sind stärker als die Personen; die gegenwärtigen sind unerträglich mit der Person des Herrn v. Schmerling. Derselbe darf nach meiner Überzeugung nicht ferner unser Minister bleiben“.⁴⁴⁾ „Nach hartem (!) Kampf ward in früher Morgenstunde (!) — die Versammlung hatte sich schon gelichtet — der namentlich durch v. Beckerath, Bassermann und Mathy angefochtene Mißtrauensantrag mit 36 gegen 32 Stimmen angenommen.“⁴⁵⁾

Auch Georg Beseler erwähnte also in seiner Rede, mit der er seine Parteigenossen zu überzeugen suchte, mit keinem Wort die sensationelle Biedermannsche „Zweideutigkeit“. Ein Gegner der Beseitigung Schmerlings meinte, G. Beseler habe es trefflich verstanden, seine pompöse Lobrede in einem Leichensermon endigen zu lassen.⁴⁶⁾

6. Haben die Schleswig-Holsteiner politisch klug gehandelt?

Auffallend ist, daß die Kleindeutschen hintennach den Sturz Schmerlings fast ausnahmslos als einen politischen Fehler bezeichneten und ihre Mitwirkung an demselben bedauerten. So schrieb z. B. der Parteigenosse Bied.s, G. Rümelin, am 16. Dezember im Schwäbischen Merkur: „ . . . sein völliger Austritt aus dem Kabinett war nicht notwendig; wenigstens war es nicht recht, daß dazu dieselbe Mehrheit mithalf, für deren Unpopularität Schmerling nur eine Art von Blitzableiter war, die ihm nichts vorwerfen kann und n i c h t s vorzuwerfen weiß (!!), als daß seine Manier im Parlament etwas Mißfälliges hatte, die seine Energie, Gewandtheit und Ehrenhaftigkeit sonst immer anerkannte und noch anzuerkennen vorgibt. Und manche haben dazu mitgewirkt, denen man wohl zurufen dürfte: Das war kein Heldenstück, Oktavio! Die einen meinen, er müsse fort, weil, und die andern o b g l e i c h er ein Österreicher sei. Solange aber noch 100 Österreicher in der Versamm-

lung sitzen, sollte man nicht sagen; es dürfe keiner im Ministerium sein . . .“⁴⁷⁾

Auch der kleindeutsch gesinnte Wurm bezeichnet die Art, wie die Mehrheit Schmerling fallen ließ, als „sehr schnöde“; denn es sei doch dieselbe Mehrheit gewesen, von der Schmerling das Schicksal Auerswalds und Lichnowskys abgewendet habe; und er zitiert noch ein Wort, das eine Zeitung dem Exminister in bezug auf diese Verhandlung geliehen hat: „Perhaps it was right to dissemble your love: But why did you kick me downstairs?“⁴⁸⁾

Daß Schmerling von seinem Sturz überrascht und er von ihm als schnöde empfunden worden ist, bezeugt er selbst. Er äußerte später einmal, „daß, obgleich er im Jahre 1848 so manches sehr Überraschende erlebt habe, dies doch das Allerüberraschendste für ihn gewesen sei. Denn daß seine Kollegen, denen gegenüber er sich stets mit Offenheit benommen, sich hinter seinem Rücken dazu vereinigen könnten, ihren bisherigen Chef, welcher noch dazu das Opfer zu bringen bereit war, den von ihm geführten Vorsitz im Ministerrate einem anderen abzutreten, zur Räumung seines Platzes aufzufordern, während sie selbst ruhig auf den ihrigen zu bleiben gedachten, das hätte er ihnen nimmermehr zugetraut und deshalb sei er auch nicht von fern darauf gefaßt gewesen.“⁴⁹⁾

Doch war nun die Verdrängung Schmerlings ein politischer Fehler? Es kann nicht bestritten werden, daß durch diese Aktion erst die Scheidung der Versammlung in eine groß- und kleindeutsche Front bewirkt worden ist, die sich bald in großer Gehässigkeit gegenüberstanden. Es ist auch richtig, daß Schmerling erst nach seinem Sturz zum „offenen Feinde“ der Kleindeutschen geworden ist.⁵⁰⁾ Allein diese Scheidung der Geister wäre früher oder später doch gekommen! Denn bei der Behandlung der Oberhauptsfrage hätten die Schleswig-Holsteiner ihre kleindeutschen Absichten nicht länger verhüllen können.

Es kann ferner nicht bestritten werden, daß der g e s t ü r z t e Minister bei der österreichischen Regierung ein geneigteres Ohr gefunden hat als vorher. Doch die Noten, die die österreichische Regierung nach dem Sturze Schmerlings nach Frankfurt sandte, haben ja der kleindeutschen Sache nur neuen Auftrieb gegeben! Da die Schleswig-Holsteiner Gagerns ungeheure Autorität für die Erreichung ihrer Ziele nunmehr aktivieren wollten, ist es sicher klüger gewesen, daß sie Schmerling vorher gänzlich aus dem Ministerium entfernt haben; denn bei dessen überragender politischer Begabung,

seinen freundschaftlichen Beziehungen zu dem vertrauensseligen Gagern, sowie dem großen Ansehen, das er bei seinen Ministerkollegen genossen hat, wäre auch weiterhin die bestimmende Persönlichkeit im Ministerium Schmerling und nicht Gagern gewesen.

Werfen wir nochmals einen Blick auf Bied.s „Erinnerungen“, in denen der Sturz Schmerlings nur als eine Folge von dessen Hinterhältigkeit dargestellt wird, so erhellt, wie konstruiert diese Darstellung ist. Bied. weiß nur von den „Intrigen“ des Gegners zu berichten, so daß die Politik der Schleswig-Holsteiner eigentlich nur noch als eine Abwehrmaßnahme gegen die Verschlagenheit der Österreicher erscheint. Er stellt also die Sache gerade auf den Kopf und macht den Angegriffenen zum Angreifer. Wohl hat zwischen dem Antrag Schmerlings und dessen wirklicher Überzeugung ein Widerspruch bestanden. Indem aber Bied. diesen Widerspruch durch die angebliche Entdeckung einer „Zweideutigkeit“ aus dem Antrag selbst beweisen wollte, kleidete er die Wahrheit ins Gewand der Lüge und ließ Schmerling als einen raffinierteren und verschlageneren Diplomaten erscheinen als er in Wirklichkeit war.

Es mag sein, daß Schmerlings Unterstaatssekretär Würth durch seine Erklärungen sich ungewollt in einen gewissen Gegensatz zu Schmerlings Taktik gestellt hat. Doch wir bezweifeln, ob dies eine derartige Sensation gewesen ist, wie Bied. es haben will. Wir glauben eher, daß Schmerlings Ansicht ein offenes Geheimnis war. Wurm z. B. erzählt, im Kasino hätten Schmerling und Beckerath den Antrag ganz verschieden verteidigt,⁵¹⁾ demnach wären die „Hinterhaltgedanken“ von Schmerling selbst bereits im Kasino preisgegeben worden! Alle Folgerungen Bied.s beruhen nämlich auf der falschen Voraussetzung, daß nach dem Erscheinen des Programms von Kremsier der Ausschluß Österreichs eine ausgemachte Sache, eine Selbstverständlichkeit gewesen sei. In Wirklichkeit jedoch sind nicht nur die Österreicher sondern die Mehrheit der Abgeordneten damals noch gegen den Ausschluß gewesen. Bezeichnend ist, daß Bied. in den meisten Fällen durch Zeugnisse seiner eigenen Parteigenossen hat widerlegt werden können.

B) Schmerlings Persönlichkeit.

Als Ergänzung des eben Ausgeführten soll nun noch das Bild, das Bied. in seinen „Erinnerungen“ von Schmerlings Persönlichkeit

entwirft, kritisch betrachtet werden. Es wird sich dann zeigen, inwieweit Bied.s Anspruch, er habe dem Gegner „volle Gerechtigkeit“⁵²⁾ widerfahren lassen, berechtigt ist.

Anton Ritter v. Schmerling war eine vielumstrittene Persönlichkeit. „Von der Parteien Gunst und Haß entstellt, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte“.⁵³⁾ In den Darstellungen der Klein-deutschen erscheint er fast ausnahmslos als der „abgefeimte Diplomat“, als „der stets auf Umwegen der Intrige schleichende Advokat Österreichs“.⁵⁴⁾ Auch Bied. macht hierin keine Ausnahme. Nachdem er in seinen „Erinnerungen“ darauf hingewiesen hat, daß Schmerling während der Nat.Vers. nie ohne Amt gewesen ist, mit Ausnahme der letzten Wochen, fährt er fort:

„Schmerling ist eine durch und durch diplomatische Natur, ein würdiger Schüler und Nacheiferer jener traditionellen österreichischen Haus- und Hofpolitik, deren Meister, den Fürsten Metternich, er zwar im März vorigen Jahres, als Sprecher der österreichischen Stände, beseitigen half, aber nur, um dessen Werk in zeitgemäßer Umgestaltung oder Verkleidung wieder aufzunehmen und fortzusetzen. Man konnte keinen geschickteren zum Nachfolger des Grafen Colloredo wählen, als ihn, der damals bereits in der Stellung eines Vertrauensmannes beim Bundestage tätig war. Als Bundestags-Präsidial-Gesandter leitete Schmerling jenen Akt raffinierter Diplomatie, die feierliche Übertragung der Gewalt des Bundes auf den von der Nat.Vers. gewählten Reichsverweser, einen Akt, durch welchen die rechtliche Kontinuität zwischen dem alten Bundestage und der neu-geschaffenen Gewalt, somit auch der Anteil der Regierungen an der Vollmachtgebung für diese letztere, gewahrt werden sollte. Auf das Geschrei, welches die Linke über diese 'Anmaßung' des Bundestages erhob, antwortete Schmerling mit jenem halb höhnischen, halb leichtfertigen Tone, dessen er sich überhaupt gegen derartige Angriffe zu bedienen pflegte.

Als Minister war Schmerling Meister in der Beantwortung von Interpellationen und der Rechtfertigung ministerieller Akte, wenn man nämlich unter dieser Eigenschaft die Kunst versteht, die Frager und Angreifer mit nichtssagenden, aber schönklingenden Phrasen abzufertigen, auch wohl zu verblüffen. Der Unterschied zwischen seinen Antworten auf Interpellationen und denen seines Nachfolgers im Amte, Herrn v. Gagerns, ward sehr treffend von einem witzigen Kopfe so bezeichnet: 'Gagern sage in wenigen Worten viel, während Schmerling gewöhnlich mit viel Worten nichts gesagt habe'. Der tiefere Unterschied war der, daß es Gagern immer um die Sache, Schmerling immer um den S c h e i n zu tun war, den die Sache auf ihn und sein Ministerium werfen möchte, daß die 'Ehre und Wohlfahrt Deutschlands', Worte, die Schmerling fortwährend im Munde führte, für Gagern die Bedeutung einer wahren Herzens-

angelegenheit hatten, daß mit einem Worte, Gagern nicht bloß Minister des Reiches, sondern wirklich deutscher Reichsminister war, Schmerling dagegen auch als Reichsminister von Deutschland doch immer 'vor allem Österreicher' blieb, wie er selbst in öffentlicher Rede vor seinen Wahlmännern sich rühmte. Wie diese österreichische Sonderpolitik Schmerlings bei jener Veranlassung hervortrat, welche dessen Verdrängung aus dem Kabinett zur Folge hatte, habe ich schon geschildert; daß sie auch manchen früheren Schritt des Ministeriums Schmerling diktiert habe, wird vielleicht später einmal die geheime Geschichte dieses Ministeriums, wenn sie geschrieben wird, offenbaren.

In einer Richtung hat sich Schmerling unbestreitbare Verdienste um Deutschland erworben: durch die Festigkeit, womit er den anarchischen Bewegungen entgegentrat. Ihm besonders war es zu verdanken, daß am 18. September zu Frankfurt der Aufstand mit Ernst niedergekämpft, das Ansehen der Zentralgewalt und der Nat.Vers. aufrecht erhalten wurde. Schmerling ist überhaupt ein Mann von starkem Willen, von außerordentlicher Spannkraft des Geistes und Charakters, vor nichts zurückschauend, kühn, auch wohl keck in seinen Unternehmungen, um die Mittel der Ausführung nicht verlegen, gewandt, geschmeidig, einschmeichelnd und durch einen täuschenden Schein von Zutraulichkeit leicht verführend, unermüdlich geschäftig zur Durchsetzung seiner Pläne — ein Diplomat vom besten Stoffe bis auf die Leichtfertigkeit, womit er seine geheimsten Gedanken bisweilen unvorsichtig preisgibt...

Ich glaube, Herrn v. Schmerling nicht unrecht zu tun — im Gegenteil wird er sich es von seinem Standpunkte aus zur Ehre rechnen —, wenn ich ihn als einen der Hauptleiter dieser weitverzweigten und feingesponnenen Intrigue betrachte. In der Paulskirche war er es ganz unbestritten, und seine geheimnisvollen Reisen nach Stuttgart, Karlsruhe usw. lassen vermuten, daß er auch auf diplomatischem Wege das Ziel weiter verfolgte, dessen Erreichung auf parlamentarischem ihm nicht vollständig geglückt war ...⁽⁵⁵⁾

Das Charakterbild, das Bied. hier entwirft, soll nach 3 Gesichtspunkten geprüft werden: erstens in bezug auf die Stellung Schmerlings zur Freiheitsfrage, zweitens hinsichtlich dessen Stellung zur Einheitsfrage und drittens hinsichtlich seiner politischen Eigenschaften.

1. War Schmerling ein „würdiger Schüler“ Metternichs?

Mit dieser Formulierung bedient sich Bied. zur „Erledigung“ seines politischen Gegners eines der damals wohl billigsten und wirksamsten Schlagwörter. Das ist schon verdächtig. Denn diese Methode, sich mit dem politischen Gegner „auseinanderzusetzen“,

wird meist dort angewandt, wo beweiskräftige Gründe fehlen. Nein, Schmerling hatte sich nicht an dem Sturze Metternichs beteiligt und darauf gedrängt, daß dessen Rücktritt sofort offiziell kundgemacht würde, um nachher dessen Werk fortzusetzen, sondern Schmerling ist den freiheitlichen Bestrebungen der 1848er-Bewegung aufrichtig zugetan gewesen.

Als man in Österreich einen Mann suchte, „dessen Geist der freieren Richtung, welche der Revision der Bundesverfassung unabweisbar gegeben werden müsse, zugänglich . . . sei“, einen Mann, der die Richtung des Tages auch jetzt schon von seiten Österreichs in Frankfurt vertreten könne, da ist man auf Schmerling verfallen.⁵⁶⁾ Als Zeuge dieser „freieren Richtung“ ist er in den Rat der Siebzehn gesandt worden, und er hat dort in vortrefflicher Weise die Ohnmacht des Bundes, der nur Demagogen verfolgen und mißliebige Schriften verbieten könne, gebrandmarkt. Er hat darauf hingewiesen, daß, wenn nicht etwas Außerordentliches geschähe, „aus der ganzen schönen Erhebung Deutschlands“ (!) nichts werde als größere Erbärmlichkeit denn je zuvor; er sagte, auch wenn man die besten Talente und kräftigsten Charaktere in diese alten vergifteten Formen des Bundestags hineinbringe, so seien sie ruiniert, denn der Keim des Todes sei in sie gelegt.⁵⁷⁾ — Ist das etwa die Sprache Metternichs? — Droysen und Schmerling haben damals der Nat.Vers. vorausseilen und sofort ein provisorisches Exekutivorgan schaffen wollen, sind aber mit diesem Bestreben in vollen Gegensatz zu den damaligen Vertretern Österreichs und Preußens am Bundestage (Colloredo und Dönhoff) geraten. Droysen beklagt es, daß dem Bundestag der „kühne Vormann“ gefehlt habe, und er meint, Schmerling hätte sichtlich „die Leidenschaft der großen Geschäfte“ gehabt, „aber —“, mit diesem Gedankenstrich bricht sein Aufsatz plötzlich ab. Doch der unterdrückte Gedanke läßt sich leicht erraten: aber als Österreicher wäre Schmerling den Plänen der Schleswig-Holsteiner im Wege gestanden. Es ist aber auch sehr wohl möglich, daß Droysen dieses „Aber“ erst später bei der Veröffentlichung seiner Aufsätze hinzugefügt hat.⁵⁸⁾

Als dann Schmerling tatsächlich an Stelle des Bundestagspräsidenten Colloredo der kühne Vormann des Bundestags wurde, ist der Empfang durch die Bundesversammlung der „wärmste gewesen, der nur immer gedacht werden kann“: denn er hat als ein Mann gegolten, „welcher mitten in der Bewegung einen der

vordersten Plätze einnahm“!⁵⁹) Da ihm von Wien keine Instruktionen erteilt wurden, hat er sein Amt nach seiner Überzeugung und den Grundsätzen seines Lebens, nämlich „der konstitutionellen Monarchie“ (!) geführt.⁶⁰) Er suchte nicht, nachdem er selbst Präsident geworden war, den Bundestag künstlich am Leben zu erhalten, sondern löste ihn, ohne die Genehmigung der Regierungen abzuwarten, feierlich auf und übertrug seine Gewalt auf den von der Nat.Vers. gewählten Reichsverweser. Dieser Akt „raffinierter Diplomatie“, wie es Bied. nennt, hat nichts anderes bedeutet als die Erfüllung des Willens von Droysen und anderen Gemäßigten, die ebenfalls die „Kontinuität eines rechtlichen Zusammenhangs“ hatten retten wollen.⁶¹)

Gegen Bied. spricht auch die Tatsache, daß Schmerling hernach Reichsminister geworden ist. Denn damit die Zentralgewalt nicht sogleich in den Geruch der Reaktion und Ketzerei käme, waren von den Ämtern im Reichsministerium „alle ausgeschlossen, welche schon das Amt eines Ministers, Bundestagsgesandten, Gesandten überhaupt oder ein wichtiges Amt in irgend einem Staate bekleidet hatten“.⁶²) Der linksgerichtete Österreicher Schuselka erzählt einmal, er habe sich gewundert, wie höchst freisinnig sich Schmerling über das Verhältnis Deutschlands zur Französischen Republik ausgesprochen habe. *) Wenn Bied. ihm die freiheitliche Gesinnung abspricht, dann müßte er Gagern gegenüber dasselbe tun. Denn als letzterer an Stelle Schmerlings Ministerpräsident wurde, stellte die Linke in ihrem Bericht fest, daß der Regierungswechsel „leider kein Wechsel des Systems“ gewesen sei.⁶³) Gerechter als Bied. urteilt der kleindeutsche Mitarbeiter der „Gegenwart“: „Schmerling, wie sehr auch Österreicher, hatte sich doch immer als der Mann des Parlaments gedacht, für das er einzustehen hatte . . .“⁶⁴) Und Wichmann meint, kein Vorwurf sei ungerechter als der, Schmerling sei ein Schüler und Nacheiferer Metternichs gewesen, denn seine Abstimmungen in den Fragen der Verfassung und der Grundrechte würden das „direkte Gegenteil“ beweisen.⁶⁵)

Freilich, sein Abstand von den Radikalen, die aus Unverstand und Haß nur stürzen und wegräumen wollten, ist stets recht be-

*) Schmerling sagte damals, die Freiheit sei zuerst in Frankreich ans Tageslicht getreten und habe auch in Deutschland Segnungen hervorgebracht und heilbringend gewirkt; die französisch-republikanische Gesinnung müsse volle Anerkennung verdienen und die Französische Republik mit einem Gesandten beschickt werden. S. Schuselka, a. a. O., II, S. 238 f.

trächtlich gewesen. Selbst von Gagern hat er sich manchmal distanziert. So z. B. anlässlich des Kölner Dombaufestes, wo Gagern dem König von Preußen den Demokraten und Militärflüchtling Raveaux zur Begrüßung hatte entgegenschießen wollen, während Schmerling und der Erzherzog für die Sendung des Fürsten Lichnowsky waren, der dann auch gesandt wurde.⁶⁶⁾ — Solche Züge waren und sind nun einmal den Liberalen nicht sympathisch und den Radikalen verhaßt. Auch Veit Valentin hat es sich nicht versagen können, Schmerling als den „Metternich des Liberalismus“ zu bezeichnen.⁶⁷⁾

Als Schmerling nach Österreich zurückkehrte, ist ihm dort die „unendlich schwierige Aufgabe zugefallen“, „den österreichischen Staat aus dem Absolutismus in konstitutionelle Formen zu überführen“. Über diesen späteren Schmerling schreibt Lemmermayer: „Wie er Gegner war der Revolution und des demokratischen Terrorismus, so war er nicht weniger ein Gegner des Absolutismus und der bildungsfeindlichen Reaktion . . . er war Josephiner mit niemals wankender Überzeugung . . . kurz gesagt: sein politisches Programm war ein konservativ gemäßigter Liberalismus“. „Man hat ihm verschiedene Ehrennamen beigelegt, man hat ihn den 'letzten Ritter', den 'Vater des Parlaments', den 'Vater der Verfassung', den 'Lord Oberrichter des Reiches' genannt.“⁶⁸⁾

2. Hat Schmerling als Reichsminister „österreichische Sonderpolitik“ getrieben?

Schon schwieriger zu beurteilen ist die Stellung Schmerlings zur deutschen Einheitsfrage. Daß für ihn, den Angehörigen der österreichischen Großmacht, deren Herrscher jahrhundertlang die deutsche Kaiserkrone getragen hatten und die von einer deutschen Führungsschicht regiert und verwaltet wurde, der Begriff „deutsch“ einen andern Inhalt hatte als z. B. für den Angehörigen eines deutschen Mittel- oder Kleinstaates und auch wieder einen andern als für einen Preußen, dürfte nicht verwundern. Das Charakteristische in seinem politischen Denken war die durch die österreichische Tradition bedingte Verquickung des deutschen mit dem österreichischen Moment. Schmerling war der Überzeugung, daß die staatsrechtliche Verbindung der österreichischen Monarchie mit Deutschland für die Erhaltung ihres deutschen Charakters und damit ihres Bestandes überhaupt die Grundvoraussetzung sei. Darum hat er auch seine vornehmste Aufgabe darin gesehen, die Lösung der staats-

rechtlichen Verbindung zwischen Deutschland und Österreich unter allen Umständen zu verhindern. Er sagte in der Nat.Vers.: „Ich wünsche mehr als irgend jemand in diesem Hause, daß Deutschland kräftig und einig sich formen möge. Ich glaube allerdings, und das bekenne ich offen, es wäre für Deutschland eine bei weitem leichtere Aufgabe, . . . wenn Österreich nicht ein Bestandteil Deutschlands wäre, . . . aber . . . Sie müssen die Macht der Verhältnisse und der Tatsachen anerkennen“.⁶⁹⁾

Indem Schmerling den weiteren Bund als ein zu schwaches Band für die Erhaltung der österreichischen Monarchie erachtete, geriet er notgedrungen in einen Gegensatz zu Gagern und noch mehr zu den Schleswig-Holsteinern. Zwischen seinem deutsch-österreichischen politischen Denken und dem spezifisch deutschen der Schleswig-Holsteiner schien es keine Versöhnung zu geben. Das war das tragische Moment in dem Kampf der Kleindeutschen gegen die Österreicher.

Doch hat nun Schmerling infolge seiner Einstellung während seiner Ministertätigkeit die deutschen Interessen zugunsten Österreichs geflissentlich vernachlässigt?

Wie zweifelhaft die Berechtigung dieser Anschuldigung ist, geht schon aus der Tatsache hervor, daß Schmerling bei der österreichischen Regierung nicht persona grata war. „Schmerling ist u l t r a d e u t s c h (!) und soviel ich weiß, viel zu sehr der Mann des Erzherzogs Johann, um der unsrige sein zu können“, schrieb Schwarzenberg am 3. November 1848 an seinen Schwager Windischgrätz.⁷⁰⁾ Wie wenig er während seiner Frankfurter Ministerzeit tatsächlich als österreichischer Partikularist gehandelt hat, geht eindeutig aus seinem Verhalten bei der Debatte über den Mainzer Vorfall (am Anfang des Parlaments) und bei der Waffenstillstandsfrage von Malmö (im September) hervor. Als nämlich in der Paulskirche darüber verhandelt wurde, ob das Vorgehen der preußischen Besatzungstruppe in Mainz gegen jene Elemente, die den preußischen König in den Kot gezogen, berechtigt war, und die Linke Österreich gegen Preußen ausspielen wollte, wies Schmerling ruhig, kalt und scharf die Lobeserhebungen der Linken auf die österreichischen Truppen zurück. Er sagte: er hoffe, daß die österreichischen Soldaten, wenn man ihren Monarchen auf diese Weise beschmutzt hätte, genau so gehandelt hätten wie die Preußen. — Auch bei der Waffenstillstandsfrage hat er die vorherrschende preußenfeindliche Stimmung nicht für österreichische Sonderzwecke

ausgenützt. „Er war damals noch unbefangener deutscher Reichsminister. Als partikularistisch gesinnter Österreicher hätte es ihm nahe gelegen, den Bruch mit Preußen eintreten zu lassen. So faßte er es nicht auf, sondern als praktischer Minister des Innern . . . kam er darauf zurück, daß alles gefährdet sei, wenn man den Waffenstillstand verwerfe . . . Immer wieder fragte er damals im Minister-rate, womit man denn den Krieg weiterführen wolle, wenn sich Preußen, wie unzweifelhaft geschehen würde, zurückzöge?“⁷¹⁾ So schreibt Bied.s Parteigenosse Heinrich Laube.

Wenn Bied. sagt, Schmerling sei auch als deutscher Reichsminister „vor allem Österreicher“ geblieben, wie er sich selbst gerühmt habe, so wäre dagegen einzuwenden, daß Bied. nicht hinzufügt, w a n n und unter welchen näheren Umständen dies Wort gefallen ist. Schmerling hat nämlich diese Äußerung erst n a c h seiner Vertreibung aus der Regierung getan, und zwar vor seinen Wählern in Wien, die ihn während seiner Abwesenheit in den Kremsierer Reichstag gewählt hatten und die er sofort um Urlaub nach Frankfurt bitten mußte. Er sagte damals: „Als mich der Reichsverweser in sein Ministerium berief, beseelte mich das erhebende Gefühl, ein D e u t s c h e r zu sein, doch vergaß ich keinen Augenblick hierüber, daß ich vor allem Österreicher sei . . . Ich hielt es . . . für meine Pflicht, nach Wien zu eilen, um die hier gegen die künftige Gestaltung der Dinge in Frankfurt rege gewordenen Vorurteile zu bekämpfen . . .“⁷²⁾

Auch nach Schmerlings Sturz sind die Beziehungen zwischen Frankfurt und Wien nicht viel besser geworden, denn Schwarzenberg blieb den Frankfurter Bestrebungen gegenüber gleich ablehnend. Die „unverhüllte Mißachtung der parlamentarischen Gewalt“, die aus den österreichischen Noten sprach, mußte dazu führen, daß viele, die bisher noch schwankend gewesen waren, sich der preußischen Partei in die Arme warfen.⁷³⁾ Schmerling hat geglaubt, der deutsche Bundesstaat sei auch bei einer Beteiligung Deutsch-Österreichs möglich. Er wäre damit einverstanden gewesen, daß Österreich sich mit Preußen und einigen Vertretern der Mittelstaaten in einem mehrköpfigen Direktorium in die Regierung geteilt hätten. Doch er hat für diesen Gedanken weder eine Mehrheit in der Paulskirche noch die Zustimmung seiner Regierung gefunden. Er sah sich zwischen zwei extreme Auffassungen gestellt, zwischen denen keine Brücke, kein Kompromiß möglich schien: auf der einen Seite war die österreichische Regierung, die energisch

an der Zentralisation der Monarchie arbeitete, um sie in die neue Zeit hinüberretten zu können; auf der andern Seite standen die auf das preußische Erbkaisertum hinsteuernenden Schleswig-Holsteiner. Es war wahrhaftig kein beneidenswertes Amt, k. k. österreichischer Bevollmächtigter bei der Zentralgewalt zu sein, welches Amt Schmerling nach seinem Sturz bekleidete. Ohne Unterstützung seiner Regierung kämpfte er gleichsam auf verlorenem Posten gegen den Ausschluß Österreichs.

Lehrreich ist, wie der große Gegenspieler Schmerlings, G. Beseler, der ihm (nach Jürgens) in dem Talent zur „politischen Intrige“ nicht nachgestanden haben soll,⁷⁴⁾ über den Exminister urteilt: „Unter den Reichsministern war v. Schmerling der bedeutendste, klug, kalt, welterfahren, Österreicher vom Scheitel bis zur Sohle, aber den deutschen Dingen sympathisch (!) zugewandt und nicht ohne Leichtsinn der Hoffnung lebend, einen Ausgleich der widerstrebenden Interessen auch in der Reichsverfassung herbeiführen zu können“!⁷⁵⁾ — Das ist die zutreffendste Beurteilung von Schmerlings Stellung zur deutschen Einheitsfrage.

3. War Schmerling eine „durch und durch diplomatische Natur“?

Wenn ein Diplomat die Fähigkeit besitzen sollte, mittels der Sprache seine geheimsten Gedanken zu verbergen, wenn er es verstehen sollte, auch entgegen seinen stärksten Gefühlen stets seine Worte so zu wählen, daß sie nicht verletzen, — dann war Schmerling ein schlechter Diplomat. Er war viel zu impulsiv, um in seinen Äußerungen immer die nötige Vorsicht walten lassen zu können. Als z. B. nach dem durch sein Verdienst niedergeworfenen Septemberaufstand der Linksradikale Simon von Trier eine begeisterte Rede auf die verhafteten Rädelsführer hielt, sind Schmerling auf seiner Ministerbank die unvorsichtigen Worte entschlüpft: „Diese Canaille muß auch noch beseitigt werden!“ Von dem Präsidenten Gagern deshalb zur Rechenschaft gezogen, leugnete er es rundweg ab, diese Äußerung getan zu haben. Abends in seinem Freundeskreis gab er jedoch zu, daß er „vielleicht etwas zu laut gedacht“ habe.⁷⁶⁾

Ganz undiplomatisch war auch sein Verhalten bei der Debatte über die standrechtliche Erschießung Robert Blums, durch die das Parlament gegen die österreichische Regierung sehr erbittert worden war. Als Schmerling nämlich in dieser Sache interpelliert

wurde, gab er die aufreizende Antwort: „Das Blut fällt auf die Partei, die ihn mit dem Minoritätsgutachten nach Wien geschickt hat. Wer sich in die Gefahr begibt, geht darin zugrunde“. ⁷⁷⁾ Kein Wunder, wenn sich die Demokraten in Frankfurt zuflüsterten, „daß Schmerlings Hals vortrefflich zum Geköpftwerden gemacht sei“. ⁷⁸⁾ Auch die Rechte, insbesondere den Freiherrn v. Vincke, hat er einmal in Harnisch gebracht, als er von der Tribüne herab behauptete, es gäbe keine deutsche Geschichte, sondern nur eine österreichische. ⁷⁹⁾

Durch die sarkastische Art, wie er die Interpellationen der Linken zu beantworten pflegte, hatte er schon nach den ersten Sitzungen „alle Popularität“ bei ihr verloren. ⁸⁰⁾ Hätte Schmerling schon von Anfang an ein Bündnis mit der Linken im Auge gehabt, wie Bied. vermutet, ⁸¹⁾ dann wäre diese Behandlung der Linken die törichteste gewesen, die man sich denken kann. Die Ursache für solche Widersprüche in den Darstellungen der Kleindeutschen ist die übertriebene Verdächtigung, mit der Schmerlings Politik später betrachtet worden ist.

Es muß zugegeben werden, daß Schmerling als Ministerpräsident des öfteren „mit viel Worten nichts“, bzw. daß er auf gewisse Interpellationen überhaupt nichts gesagt hat. Doch nicht selten hat er dies im Auftrage seines Ministerrates getan. So z. B. anlässlich der zweimaligen Interpellation der Linken, die österreichische Regierung aufzufordern, die Lombardei an Sardinien abzutreten. Schmerling hat damals geantwortet: „Es gereicht mir zur großen Freude, der Hohen Nat.Vers. mitteilen zu können, daß das Reichsministerium in dieser wichtigen Angelegenheit ganz so handeln wird, wie es der Würde und Ehre unseres großen Vaterlandes entspricht“. ⁸²⁾ Diese Antwort ist mit großem Applaus und Bravo entgegengenommen worden, und erst später soll man bemerkt haben, daß damit eigentlich nichts gesagt sei. Ein andermal, als Jahn interpellierte, ob die Minister von der Wiener Reise Blums Kenntnis hätten und ob für dessen Person die nötige Sicherheit getroffen worden sei, sagte er einfach: „Das Hohe Haus wird mir erlauben, auf die Interpellation des Herrn Jahn gar nichts zu antworten“. ⁸³⁾

Allein, was hätte er denn auf die vielen Interpellationen, die oft „in persönlichen Angriffen und nur allzu häufig in einfachen Ungezogenheiten“ bestanden haben, antworten sollen? ⁸⁴⁾ Wichmann zählt die in „agressivem und feindseligem Tone“ vorgebrachten

Interpellationen auf, mit denen die Minister „förmlich überschüttet“ wurden, noch ehe sie ihre Pulte eingerichtet und die nötigen Papierschere zur Hand hatten.⁸⁵⁾ Ein anderer Abgeordneter schreibt, interpellieren habe in der Paulskirche geheißen: „die Minister necken und auf blanke Kosten der deutschen Nation die Zeit verderben“.⁸⁶⁾ Da Bied. so großen Wert darauf legt, daß seine Partei, der Augsb.Hof, zu den Regierungsparteien gezählt würde, und da er an anderer Stelle selbst einräumt, daß die Linke das Ministerium durch „beständige Interpellationen gepeinigt“⁸⁷⁾ habe, wirkt die Kritik, die er an Schmerling in diesem Punkt übt, etwas paradox.

Die Tatsache, daß Schmerling die zudringlichen Frager nicht „mit strafendem Ernst“ (wie Gagern), sondern „mit vernichtendem Hohn“⁸⁸⁾ zurechtwies, hat übrigens nicht auf alle Abgeordneten gleich abstoßend gewirkt. Wichmann z. B. ist der Auffassung, Schmerling habe in der Beantwortung von Interpellationen eine Gewandtheit und Meisterschaft gezeigt, wie sie nur im englischen Parlament wiederzufinden sei.⁸⁹⁾ Noch überraschender ist das Urteil Wesendoncks, der zur äußersten Linken, dem Donnersberg, zählte. Er meint, Schmerling sei ein grundgescheiter Kopf und als Minister und Parlamentsredner unbezahlbar gewesen; niemand habe das Wort mehr in der Gewalt gehabt, niemand sei schmiegsamer gewesen als er, er habe wie geleckt gesprochen; auch der ihm zu Gebote stehende Hohn sei ein Kunstwerk gewesen.⁹⁰⁾

Man mag zu der Art, wie Schmerling die Interpellationen beantwortete, eine positive oder negative Einstellung haben, das eine dürfte sicher sein: auf eine „Diplomatennatur“ kann von dieser Eigenschaft aus nicht geschlossen werden.

Schmerling war auch im Kern seines Wesens kein Diplomat. Sein Biograph Arneth meint: er sei nichts weniger gewesen als ein Diplomat, wer ihn für einen solchen ausgäbe, zeige damit nur, daß er von dem eigentlichen Wesen eines Diplomaten gar keine Ahnung habe. Schmerling selbst hat sich auch nie für einen solchen gehalten. Als er nach seinem Sturz Bevollmächtigter seiner Regierung bei der Zentralgewalt in Frankfurt wurde, schrieb er in einem Brief: „Zu einem Diplomaten tauge ich nicht, und doch soll es jetzt sein. Ich muß klug sein und verschlossen, jedes Wort noch mehr erwägen, als wie ich Minister war und werde beobachtet, als lebte noch Sedlnitzky“.⁹¹⁾ Und in einem anderen Briefe heißt es: „Die Leute sagen, ich sei zu einem Diplomaten geboren, und ich finde, daß mich nichts unzufriedener macht, als einen solchen vorstellen zu

müssen“.⁹²⁾ Er konnte nicht einschwenken „wie ein Unteroffizier“ wie es Schwarzenberg von seinen Botschaftern verlangte; er war kein gefügiger Vollstrecker eines fremden Willens, sondern er besaß „in allem und jedem eine aus seinen eigenen Impulsen hervorgegangene, unerschütterlich feststehende Meinung“, die er mit der ihm eigenen Energie auch bei anderen durchzusetzen verstand. Eben wegen dieser Eigenschaft ist er in Frankfurt so rasch emporgestiegen.⁹³⁾

Als die österreichische Regierung auf seine Ratschläge nicht hörte und, ohne ihn vorher benachrichtigt zu haben, am 4. März 1849 eine zentralistische Verfassung für die österreichische Monarchie verkündigte, legte er sein Amt als Bevollmächtigter sofort nieder. In dem Schreiben an seine Regierung begründete er seinen Rücktritt mit folgenden Worten: „Meine künftige Wirksamkeit als österreichischer Bevollmächtigter würde mir Pflichten auferlegen, welche mit meinen Ansichten nicht übereinstimmen (!); ich vermöchte sie nicht so zu erfüllen, wie dies der Staat von dem fordern kann, der ein Amt übernimmt“.⁹⁴⁾ In demselben Schreiben teilte er mit, daß er jede ihm etwa zugedachte Beförderung oder Berufung zu einem höheren Dienstposten abzulehnen entschlossen sei. Und in dem Brief an eine Privatperson heißt es, wer so viel geleistet habe wie er, könne fordern, daß man ihn nicht wie einen gewöhnlichen Diplomaten behandle und fortfahre, Schritte zu tun, von denen er abgeraten habe. „Nimmermehr gebe ich mich dazu her, gegen meine Überzeugung zu wirken (!). Übrigens war man hier ohnehin schon mißtrauisch, daß ich die zweideutige Politik des österreichischen Ministeriums in der deutschen Frage unterstütze, und das mußte eklatant widerlegt werden. Meinen Ruf und meine Ehre opfere ich keinem auch noch so glänzenden Posten.“⁹⁵⁾ — Ohne ein Wort der Anerkennung ließ ihn seine Regierung abtreten.

Nein, Schmerling war keine „durch und durch diplomatische Natur“, er war kein Mann zum Verhandeln, sondern er fühlte sich erst dort in seinem Element, wo es galt zu handeln und „Mut, Entschiedenheit und Ernst zu zeigen“.⁹⁶⁾ Er war im Kern seines Wesens eine Soldatennatur, und er hat es immer bedauert, daß er nicht die militärische Laufbahn ergriffen hat.

Als Schmerling im September die große Gefahr erkannte, die der Versammlung von seiten der Aufrührer drohte, war er sofort entschlossen, ohne Kompromiß den Aufruhr niederzuschlagen. Mit

den Worten: „Erwägen Sie, meine Herren, entweder hängen die Aufständischen uns oder wir hängen sie, wählen Sie nun“,⁹⁷⁾ trat er den Schwankenden im Ministerrat entgegen und verlangte, daß ihm und dem Kriegsminister v. Peucker die Vollmacht zur Ausübung der vollen Gewalt übertragen würde. Dann rief er aus Mainz und Darmstadt das Militär herbei und ließ vor dem radikalen Hanau die Geleise aufreißen, um den Zuzug für die Aufständischen zu unterbinden. Alle Zumutungen der radikalen Abgeordneten (Blum, Vogt, Giskra u. a.), die Truppen wieder zurückzuziehen, wies er zurück. Als er von der Ermordung Lichnowskys und Auerswalds erfuhr, war er sich klar, daß jetzt gehandelt werden müsse. Ohne Schutz begab er sich zur Hauptwache und gab dem Offizier die Weisung, die Aufständischen zur sofortigen Räumung der Barrikaden aufzufordern, und wenn diesem Befehl nicht Folge geleistet würde, sie zu stürmen. Da die Barrikaden nicht geräumt wurden, gab er den Befehl zum Angriff. Nach vier Stunden war Frankfurt vollständig in den Händen des Militärs. Ohne die Genehmigung des Reichsverwesers zu haben, verhängte er noch in der Nacht über Frankfurt den Belagerungszustand.⁹⁸⁾

Schmerling war über diese militärische Leistung selbst sehr befriedigt, und es schmeichelte ihm, daß ihm damals sogar hervorragende Generale, wie Radetzky und Windischgrätz, lebhaft Anerkennung gezollt haben. Er wurde in jenen Tagen von allen Seiten als der Retter des Vaterlandes gepriesen. Großherzog Leopold von Baden verlieh ihm den Hausorden der Treue, worüber er sehr erfreut war, denn er hatte das Bewußtsein, diese Auszeichnung verdient zu haben.⁹⁹⁾

Diese starke Begabung für militärische und auch politische Dinge, die „außerordentliche Spannkraft seines Geistes“ überhaupt,¹⁰⁰⁾ sein unbeugsamer Wille, sein Mut und seine Furchtlosigkeit, seine Menschenverachtung,^{*)} sein vernichtender Hohn, die geringe Achtung vor der Wahrheit,¹⁰¹⁾ diese Eigenschaften sind wohl der Grund dafür gewesen, daß seine Gegner ihn gefürchtet und gehaßt haben und daß er in der Charakteristik so manches Kleindeutschen fast mephistophelische Züge trägt. Bied. hat ja mit seinem Lob nicht geizt, aber trotzdem ist das Charakterbild, das

*) S. Robert Mohl, Lebenserinnerungen, II, S. 81. Wurm macht Schmerling den Vorwurf, die Nat. Vers. „als eine Gesellschaft von Studenten“ betrachtet und behandelt zu haben. C. F. Wurm, Die Diplomatie . . ., S. 14.

er von Schmerling entwirft, stark verzeichnet. Die Tendenz, ihn als abgefeimten Diplomaten und Schüler Metternichs erscheinen zu lassen, ist zu offensichtlich. Er scheint es selbst empfunden zu haben, daß Schmerling in den Rahmen einer Diplomatenatur nicht recht hineinpassen will, denn sonst hätte er nicht den etwas absurden Satz geschrieben: Schmerling sei ein Diplomat vom besten Stoffe, b i s a u f (!) die Leichtfertigkeit, womit er seine geheimsten Gedanken bisweilen preisgäbe. Bied. ist eben zu sehr Parteimann gewesen, und außerdem sind zu jenem Zeitpunkt, als er sein Buch schrieb, die Wunden in den Gemütern noch zu wenig vernarbt gewesen, als daß er Schmerling „volle Gerechtigkeit“ hätte widerfahren lassen können.

Sechstes Kapitel.

Der erbitterte Endkampf um die definitive Lösung der österreichischen und der Oberhauptsfrage.

Nachdem es die Nat.Vers. während der ersten 8 Monate ängstlich vermieden hatte, in der österreichischen und der Oberhauptsfrage eine klare und endgültige Entscheidung zu treffen, war hierin durch den am 15. Dezember 1848 erfolgten Sturz Schmerlings endlich eine Wendung eingetreten. Der Vorstoß gegen den österreichischen Einfluß in der Zentralgewalt hatte unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß die Schleswig-Holsteiner nun einen andern Kurs mit der Versammlung zu steuern gedachten. Doch sie hielten sich trotzdem auch weiterhin im Hintergrund; denn sie rechneten damit, Gagerns Autorität für ihre Pläne benützen zu können. Weil sie es der österreichischen Regierung hatten überlassen wollen, zu erklären, daß Österreich am engeren Bund nicht teilnehmen könne, waren sie einst im Oktober noch gegen Gagerns Plan gewesen. Nachdem nun die österreichische Regierung — wenn auch nicht eindeutig — im Gagernschen Sinn geantwortet hatte, hielten sie es nicht mehr für völlig aussichtslos, daß sich in der Paulskirche für Gagerns Plan eine Majorität gewinnen ließe. Obwohl laut Gesetz vom 28. Juni 1848 die Zentralgewalt von der Verfassungsarbeit ausgeschlossen war, wollten sie nun auch die Regierung unter ihrem neuen Ministerpräsidenten Gagern in den Dienst ihrer Verfassungspläne stellen.

Als Gagern jedoch am 18. Dezember 1848 in Form seines Ministerprogramms den Plan vom engeren und weiteren Bund der Versammlung zur Beschlußfassung vorlegte, zeigte es sich, daß die Mehrheit der Versammlung in dem Programm nur das Trennende, nur die Teilung Deutschlands erblickte. Gagern betrachtete nämlich Österreich bereits als vom engeren Bund ausgeschlossen; die künftige Verbindung zwischen Österreich und Deutschland wollte er durch eine Unionsakte regeln, und schon von jetzt an sollte mit Österreich nur noch auf gesandtschaftlichem Wege verkehrt werden. „Aber wie erschranken (die Abgeordneten), als er ihnen den

schützenden Nebel der Zukunft schonungslos hinwegriß, als er die Oberhauptsfrage . . . resolut in die Hand nahm und blankhin sagte: er sei und bleibe für ein einheitliches, ja, wenn man es denn jetzt schon wissen wolle, für ein erbliches Oberhaupt . . . Er setzte hinzu . . ., daß er es für einen inneren Widerspruch halte, die Monarchie in den Zweigen und die Republik im Gipfel haben zu wollen.“¹⁾ — Jedermann wußte, daß damit der preußische Erbkaiser gemeint war.

Gagern hatte also den Schleier ohne Bedenken gelüftet und sich so frei und offen über sein politisches Ziel ausgesprochen, daß es selbst Bunsen und Stockmar, die ihn beraten hatten, zu schroff erschienen ist. Es hätte auch wenig gefehlt und der neue Ministerpräsident wäre wegen dieser Offenheit sofort gestürzt worden. Wieder, wie einst bei seinem „kühnen Griff“, hatte er es nur seiner persönlichen Beliebtheit zu verdanken, daß ihm eine Niederlage erspart geblieben ist.

Eine natürliche Folge von Schmerlings Sturz und der Verkündigung des im wesentlichen als kleindeutsch empfundenen Gagernschen Programms war die Spaltung der bisherigen gemäßigten Majorität in ein großdeutsches und ein kleindeutsches Lager. Noch am 18. Dezember 1848 schlossen sich diejenigen, die mit Schmerlings Sturz nicht einverstanden waren, in einer besonderen Partei, dem Pariser Hof, zusammen. Die seit den ersten Tagen des Parlaments unsichtbar vorhandene Kluft zwischen den Anhängern Preußens und Österreichs, zwischen den Kleindeutschen und den mehr großdeutsch Fühlenden, war nun für jedermann zum Erschrecken deutlich sichtbar. „Die kriegerische Tracht der Revolution . . . war (zwar) verschwunden, der Frack war wieder hervorgesucht, . . . und doch war der gefährlichste Krieg, der eigentlich deutsche, schlimmer heraufbeschworen als jemals. Leute gingen sich grollend aus dem Wege, die in so wilder Zeit über ein halbes Jahr lang Hand in Hand miteinander gegangen waren.“²⁾ Ja es währte nicht lange und zwischen den neuen Fronten begann ein Kampf von nie geahnter Heftigkeit, Bissigkeit und Gehässigkeit.

A) Schmerlings Reise und die österreichische Note vom 28. Dezember 1848.

Schmerling griff den Fehdehandschuh, den ihm die Schleswig-Holsteiner hingeworfen hatten, auf. Er war nicht der Mann, der freiwillig und kampflös das Feld räumte. Unmittelbar nach seinem

Sturz reiste er nach Wien und Olmütz. Als Bevollmächtigter der österreichischen Regierung bei der Zentralgewalt kehrte er wieder in die Paulskirche zurück, und außerdem sandte Schwarzenberg sofort nach Schmerlings Ankunft in Wien eine Note nach Frankfurt, die den Schleswig-Holsteinern recht unangenehm war. Über diese Ereignisse erzählt Bied. folgendes:

„Als nach dem Erscheinen des Gagernschen Programms die österreichische Partei gegen dasselbe tobte und wütete, versicherte Schmerling mit seiner gewöhnlichen scheinbaren Treuerzigkeit: er begreife nicht, was seine Landsleute so sehr aufbringe, und er biete alles auf, um sie zu beruhigen und zu verständigen. Aber noch am selben Tage reiste er im Auftrage seiner Landsleute nach Olmütz ab, und die Vorstellungen, welche er dem dortigen Ministerrate über die Lage der Dinge in Frankfurt gemacht haben mag, müßten wohl sehr eindringlicher Art gewesen sein, denn es erfolgte sofort ein Rückschlag in der Politik des Olmützer Kabinetts gegen Deutschland; die offene Sprache, die es im Programm von Kremsier geführt, ward verleugnet und jene zweideutige Stellung zur deutschen Verfassungsangelegenheit eingenommen, welche man seitdem mit allen nur möglichen Intrigen durchzuführen bemüht gewesen ist. Ich glaube Herrn v. Schmerling nicht unrecht zu tun . . ., wenn ich ihn als einen der Hauptleiter dieser weitverzweigten und feingespinnenen Intrige betrachte.“³⁾

An anderer Stelle schreibt er: „Unmittelbar nach der Vorlegung des Gagernschen Programms war Herr v. Schmerling nach Olmütz gereist und hatte von da das Patent als österreichischer Bevollmächtigter bei der Zentralgewalt nebst einer Note der österreichischen Regierung mitgebracht, worin die Auffassung des Programms von Kremsier: 'Österreich wolle in den deutschen Bundesstaat nicht eintreten', als eine irrige bezeichnet, die 'Regelung der deutschen Verhältnisse' der 'weiteren Vereinbarung' vorbehalten und in fast drohender Wendung erklärt ward: 'Österreich werde in dem neu zu bildenden deutschen Staatskörper seine Stelle zu behaupten wissen'.“⁴⁾

Einer ähnlichen Auffassung begegnen wir in den andern kleindeutschen Quellen. So erzählt Laube, Schmerling habe sich für die Vertreibung aus dem Ministerium persönlich gerächt — an der deutschen Zukunft.⁵⁾ Und Haym berichtet, er sei über menschliche Schwächen nicht so erhaben gewesen, daß ihm die Empfindlichkeit über den eigenen Machtverlust und über den Undank der Nat.Vers. nicht „zum Sporn für seine österreichische Intrige“ geworden wäre.⁶⁾

Der großdeutsche Abgeordnete Jürgens dagegen meint, in der Note habe „in Wahrheit kein Grund zur Überraschung liegen“ können, die Gagernsche Partei habe durch dieselbe nur noch be-

stimmter erfahren, „daß sie sich völlig im Irrtum befunden“; der „logische Zusammenhang“ zwischen dem Programm von Kremsier und der Note vom 28. Dezember 1848 habe „durchaus nicht“ gefehlt. Ob Schmerling die Note veranlaßt hat, darüber ist sich Jürgens nicht ganz klar.⁷⁾ Arneth jedoch behauptet, die Note sei noch ohne Einwirkung Schmerlings zustande gekommen.⁸⁾

1. War Schmerling der Urheber der Note vom 28. Dezember 1848?

Nach Schmerlings eigenen Aussagen vor dem Frankfurter Ministerrat am 5. Januar 1849 war die Note schon vor seiner Ankunft in Wien abgefaßt worden. Er sagte dort, es sei ihm wohl gelungen, in 2 Sitzungen mit dem österreichischen Ministerrat „dessen Ansicht in den deutschen Angelegenheiten zu modifizieren“, aber diese Modifikation könne in jener Depesche vom 28. Dezember noch nicht festgestellt werden.⁹⁾ Das war ohne Zweifel von Schmerling eine diplomatische Lüge, mit der er sich vor der Wut der klein-deutschen Gegner schützen wollte. Denn nachdem sein Vorgänger, der Bevollmächtigte Herr v. Menßhengen, behauptet hatte, daß Gagern das Programm von Kremsier richtig ausgelegt habe, war es etwas mißlich, sich rund heraus als Urheber einer Note zu bekennen, die gerade das Gegenteil behauptete.¹⁰⁾

Daß Schmerling tatsächlich der Urheber der Note gewesen ist, geht schon aus einem Briefe hervor, mit dem er sich in Wien anmeldet hat: „Ich muß die hiesigen Fragen mit den österreichischen Ministern persönlich behandeln, wir kommen sonst hier nicht zu Ende. Von dem Ergebnisse meiner Verhandlung wird es wohl abhängen, ob wir noch lange hier bleiben...“(!)¹¹⁾ Auch der Erzherzog hat seine Reise sehr gebilligt, denn er sei ja am meisten dazu geeignet, die österreichische Regierung über die Frankfurter Zustände aufzuklären und der deutschen Politik Österreichs die nötige Richtung zu geben!! In einer Denkschrift Würths, die er mit nach Österreich genommen hatte, waren die Mittel aufgezählt, durch die der Primat Österreichs in Deutschland behauptet werden könne.¹²⁾

Das schließt natürlich nicht aus, daß die österreichische Regierung bereits durch die Nachricht von Schmerlings Sturz zu der Überzeugung gekommen war, daß sie es bei der dilatorischen Erklärung am 27. November 1848 nicht bewenden lassen könne. Nach Arneth ist Schmerling schon bei seiner Hinreise in Leipzig einem österreichischen Kurier begegnet, der den Auftrag hatte, ihn davon

in Kenntnis zu setzen, daß die österreichische Regierung ihn gerne zum Nachfolger Menßhengens ernennen möchte.¹³⁾ Demnach hätte die österreichische Regierung schon vor der Ankunft Schmerlings in Wien ihren Bevollmächtigten Menßhengen, von dem ihr die Gagernsche Idee suggeriert worden war, desavouiert. Und der „Rückschlag in der Politik des Olmützer Kabinetts“ hätte somit schon vor Schmerlings Ankunft in Wien eingesetzt.

Den Anstoß zur Abfassung der Note vom 28. Dezember hat jedoch sicher erst Schmerling durch seine persönlichen Verhandlungen mit dem österreichischen Ministerium gegeben. Am Tage vor der Absendung der Note — Schmerling hat die Note nicht persönlich nach Frankfurt gebracht, wie Bied. meint! —, am 27. Dezember, hat er nämlich auf Grund einer Einladung Schwarzenbergs an einer dreistündigen Ministerratssitzung teilgenommen. Trotz aller unerfreulichen Unklarheit, die er bei den österreichischen Ministern über die einzuschlagende deutsche Politik vorgefunden hat, sollen sich doch sämtliche Teilnehmer der Sitzung schließlich darüber einig geworden sein, daß man durchaus nicht zugeben dürfe, daß Österreich ausgeschlossen werde und sich Deutschland unter der Oberleitung Preußens konstituiere!! Schmerling hatte für föderalistische Gestaltung Österreichs gesprochen, da dann Deutsch-Österreich leichter in den zukünftigen deutschen Bundesstaat eingefügt werden könne.¹⁴⁾ Man geht also nicht fehl, wenn man die Note vom 28. Dezember als Schmerlings Verdienst, als die Frucht seiner Reise nach Olmütz bezeichnet.¹⁵⁾ Bied. hätte somit in diesem Punkt recht.

2. War die österreichische Note „zweideutig“?

Erinnern wir uns, daß die österreichische Regierung in dem Programm von Kremsier nicht eindeutig ausgesprochen hatte, daß sie am deutschen Bundesstaat nicht teilnehmen wolle, sondern statt dessen auf die Erfüllung ihrer „Bundespflichten“ hingewiesen hat, welche Worte nach Bied. „besonderen Skrupel“ erregt haben; erinnern wir uns ferner, daß Bied. selbst zugestanden hat, daß es „bei aller anscheinenden Klarheit . . . immer noch mancherlei aufzuklären“ gegeben habe, daß vor allem von der „ungleich wichtigeren Konsequenz“: der Abberufung der österreichischen Abgeordneten, in dem Programm überhaupt nicht die Rede gewesen sei,¹⁶⁾ — so erscheint es etwas widerspruchsvoll, wenn er jetzt die Sprache des

Programms als „offen“ und die der Note vom 28. Dezember als „zweideutig“ bezeichnet. Gerade das Umgekehrte ist richtig: während man aus der „Phrase“ von Kremsier nicht klug hatte werden können, sprach die Note vom 28. Dezember nun klar und eindeutig aus, daß Österreich am neuen deutschen Bundesstaat teilnehmen wolle. Wurm bemerkt sehr treffend, die Hauptsache an der neuen Erklärung sei gewesen, „daß allerwärts wohl begriffen werde: Österreich will und wird eintreten“!¹⁷⁾

Vom Standpunkt Schwarzenbergs, der die Frankfurter „Bande von Demokraten“ „zu allen Teufeln“¹⁸⁾ wünschte und sie am liebsten zu Paaren getrieben hätte, war die Note ohne Zweifel ein „Entgegenkommen“.¹⁹⁾ Entschieden zu weit in der Verteidigung der österreichischen Regierung geht jedoch Jürgens, wenn er schreibt, das österreichische Kabinett habe seine Gesetze in möglichste Übereinstimmung mit Frankfurt zu bringen gesucht, man hätte seine Intentionen nur „mit weniger Mißtrauen und mehr Unbefangenheit“ würdigen müssen.²⁰⁾

Doch trotz aller Klarheit der Note stand Schmerling auch nach seiner Reise dem Frankfurter Verfassungswerk eigentlich ratlos gegenüber. Davon geben seine Äußerungen, die er am 5. Januar 1849 vor dem Frankfurter Ministerrat getan hat, ein beredtes Zeugnis. Er sagte dort: vielleicht werde Österreich einmal erklären, daß ihm der Eintritt in den deutschen Bundesstaat unmöglich sei; doch eine solche Erklärung könne erst nach Beendigung des Verfassungswerkes abgegeben werden. In diesem Fall müsse man eben dann die Verfassung nochmals ohne Österreich beraten (!!). Solange aber die Unmöglichkeit einer Teilnahme Österreichs nicht nachgewiesen sei, halte es an seinem heiligen Rechte fest und werde an dem Zustandekommen einer Verfassung in einer Weise mitwirken, welche seine Teilnahme am fertigen Werk ermögliche. In bezug auf Österreich sei es dem Verfassungswerk wohl am förderlichsten, wenn man es bis auf die Oberhauptsfrage vollende; dann möge man Österreich ca. 6 Monate (!!) Zeit lassen, damit es sich über die Annahme oder Ablehnung entscheiden könne.²¹⁾ — Weder die österreichische Regierung noch ihre Abgeordneten waren sich also darüber im klaren, in welchem Verhältnis Österreich in Zukunft zu Deutschland stehen würde.

3. War Schmerlings Reise eine intrigante Handlung?

Sicher haben bei der Reise persönliche Motive mitgespielt. Es wurde schon erwähnt, daß er seinen Sturz „als unverdient und tief verletzend“ empfunden hat²²⁾, und zwar vor allem deshalb, weil er darin eine Konzession an die Linke gesehen hat. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß gerade seine Verdrängung ihn zum entschlossenen Gegner der Kleindeutschen gemacht hat. Er schrieb damals in einem Brief, gerade weil die Erbkaiserlichen ihn verdrängen wollten, bleibe er in Frankfurt, denn er lasse sich „niemals zu etwas zwingen“!²³⁾

Allein persönliches Sich-verletzt-fühlen ist nicht die Haupttriebfeder zu seiner Reise gewesen, sondern Schmerling hat es (im Interesse des Fortbestehens der österreichischen Monarchie) für seine vaterländische Pflicht gehalten, den Ausschluß Österreichs zu verhindern. Der Zweck seiner Reise war: die Vorurteile der österreichischen Regierung gegen Frankfurt zu beseitigen und ihr klar zu machen, was auf dem Spiele stehe. Da seit der Verkündigung von Gagerns Programm die Zweckmäßigkeit einer weiteren Mitberatung der Österreicher stark in Zweifel gezogen wurde, war Schmerlings Reise der natürlichste und naheliegendste Gegenzug gegen die Politik der Schleswig-Holsteiner. Es war sein gutes Recht, sich gegen das Hinauskomplimentieren und -paragraphieren Österreichs zu wehren. Sagten und schrieben doch die Kleindeutschen selbst immer wieder: sie hätten kein Recht, Österreich auszuschließen.*) Noch im letzten Stadium des Parlaments, meint Bied., habe die Möglichkeit bestanden, die Idee des Bundesstaats aufzugeben und zur loseren Form des Staatenbundes zurückzukehren, „in welcher dann auch Österreich, trotz seiner Gesamtverfassung (vom 4. März 1849), allenfalls einen Platz gefunden hätte“.²⁴⁾ Darum ist es auch nicht gerechtfertigt, in diesem Fall von einer „feingesponnenen Intrige“ zu reden. Eine andere Frage ist es jedoch, ob die Lösung, die die Großdeutschen später angestrebt haben, vom deutschen Standpunkt aus gutzuheißen war und ob es nicht besser gewesen wäre, wenn sich die österreichischen Abgeordneten von Anfang an mit einem Unionsverhältnis begnügt hätten.

B) Der Kampf um H. v. Gagerns Regierungsprogramm.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß Gagerns Programm „mit lautem Unwillen aufgenommen“ worden ist; „fast bei jedem

*) S. vorn S. 109 f.

Satz ging eine neue Bewegung durch das Haus“. „Ich trage darauf an“, rief Venedey, „daß dieser Antrag direkt von uns, augenblicklich und ohne Verhandlung verworfen werde“.²⁵⁾ Man kam schließlich überein, das Programm einem besonderen Ausschuß zur Behandlung und Berichterstattung zu überweisen. In den aus 15 Abgeordneten bestehenden Ausschuß kamen nur 4 Kleindeutsche, wodurch deutlich zum Ausdruck kommt, wie stark die Gegnerschaft des Ausschlusses Deutsch-Österreichs gewesen ist. Fast 4 Wochen beriet diese Kommission, bis es endlich am 13. Januar 1849 zur Abstimmung über das Gagernsche Programm kam. Über die tiefgreifenden Ereignisse, die sich in diesen Wochen in der Versammlung abgespielt haben, erzählt Bied. folgendes:

„Der erzwungene Rücktritt Schmerlings und Würths aus dem Ministerium und das Gagernsche Programm vom 18. Dezember gaben das Signal zu einer ganz neuen Gestaltung der Parteien. Die Österreicher . . . scharten sich um die gemeinsame Fahne ihres Österreichertums, welche Schmerling ihnen vorantrug . . . Sie versammelten sich wieder regelmäßig untereinander, unter Schmerlings Vorsitz, im Hotel Schröder und traten aus den Klubs, denen sie bisher angehört hatten, aus oder kehrten sich doch nicht mehr an das, was dort beschlossen ward.

Neben sie stellten sich als Bundesgenossen eine Anzahl von Partikularisten, namentlich aus Bayern und Hannover, ferner Ultramontane und solche, denen . . . die Einigung sämtlicher Stämme über alles ging . . .

Alle diese Elemente zogen sich gleichfalls aus ihren bisherigen Parteistellungen heraus und bildeten eine neue Partei im Pariser Hof, unter der Leitung der Herren Edel, Reichensperger, Jürgens, Welcker . . .

Diese beiden Parteien, das Hotel Schröder und der Pariser Hof, traten in ihrer Opposition gegen das Gagernsche Programm mit der Linken zusammen, welche ebenfalls um jeden Preis Deutsch-Österreich bei Deutschland erhalten wollte. Ihre positiven Ansichten über das Verhältnis Österreichs zu Deutschland gingen freilich weit auseinander . . .

Eine Partei gemeinschaft bestand also zwischen der Linken und der österreichisch-partikularistischen Partei nicht, wenn man nämlich unter Partei nicht bloß die Gemeinsamkeit des Opponierens, sondern die gemeinsame Verfolgung positiver Zwecke versteht. Es war nichts anderes als eine Koalition, welche sich zwischen diesen, ihren positiven Zwecken nach so gänzlich verschiedenen Richtungen lediglich auf dem Boden des gleichen Widerwillens gegen das Gagernsche Programm und in der Absicht, dessen Verwerfung zu bewirken, bildete. Das zeigte sich ganz deutlich sowohl bei den Verhandlungen über dieses Pro-

gramm, als namentlich in dem Bericht und Antrag der Ausschlußmehrheit, welche in ihrer Zusammensetzung jene Koalition repräsentierte ...

So blickte überall das U n n a t ü r l i c h e einer Verbindung hindurch, die zwar wohl in dem, was sie nicht wollte, nirgends aber in dem, was sie wollte, innerlich einig war ...

Dieser Koalition gegenüber, also auf seiten des Gagernschen Programms, standen alle die, welche ... die Hoffnung zuschanden machen wollten, daß der starke Bundesstaat ... durch ein Surrogat, ähnlich dem alten Bunde, ersetzt werde ...

Die 3 Zentralparteien, Kasino, Landsberg und Augsburger Hof, soweit nicht ihre Mitglieder zum Hotel Schröder oder zum Pariser Hof übergetreten waren, standen e i n m ü t i g in dieser Ansicht zusammen. Das Café Milani war geteilt ... Ebenso gespalten waren der Württbg.Hof und Westendhall ...

So wogte und schwankte alles durcheinander ... Während die innerlich so ungleichartigen Elemente der Koalition äußerlich in einem, besonders von österreichischer Seite lebhaft unterhaltenen Wechselverkehr standen, fehlte es den durch innere Übereinstimmung verbundenen Anhängern Gagerns zur Zeit noch an einem festen äußeren Zusammenhang als Partei ...

Über die Modifikation des Programms, die Gagern nach dem Erscheinen der österreichischen Note vom 28. Dezember vornehmen mußte, schreibt Bied.:

„Gagern seinerseits beharrte, auch dieser Note gegenüber, im w e s e n t l i c h e n auf dem Standpunkte seines Programms. Zwar erklärte er sich gern bereit, seine Ansicht zurückzunehmen, sobald Österreich wirklich unter den für notwendig erkannten Voraussetzungen in den Bundesstaat eintreten wolle, stellte jedoch die Wahrscheinlichkeit eines solchen Schrittes nach wie vor in Zweifel. Das Prinzip der Vereinbarung wies er entschieden zurück und warf der arglistigen österreichischen Diplomatie das offene Manneswort ins Gesicht: 'Die Hoffnung, ... den starken Bundesstaat ... in der Geburt zu ersticken und durch ein Surrogat zu ersetzen, das dem alten Bundestage mehr oder weniger ähnelt, diese Hoffnung wird zuschanden werden'.“²⁶⁾

Auch alle andern kleindeutschen Quellen wissen von einer „Koalition“ oder doch wenigstens dem „Instinkt einer Koalition“²⁷⁾ zu berichten.

Die Großdeutschen und die Berichterstatter der Linken indessen behaupten wieder einmal das Gegenteil. Jürgens schreibt, es habe „gar keiner Verabredung oder Transaktion“ bedurft, sondern die Opposition der Großdeutschen und der Linken gegen Gagerns Programm habe sich „ganz von selbst“ ergeben und sei „natürlich und notwendig“ gewesen.²⁸⁾

Der Bericht der 47 Mitglieder der Westendhall vom Januar 1849 schließt mit den Worten: „... Es bleibt uns nur noch übrig, die in letzter Zeit von der Oberpostamtszeitung und der Deutschen Zeitung ausgesprochene Verdächtigung einer Koalition der Linken mit den sogenannten schwarz-gelben Österreichern der Rechten zurückzuweisen. Wenn letztere ihr Interesse und die richtige Einsicht in die Verhältnisse veranlaßte, mit uns zu stimmen, wenn ihre Abstimmung unserer Partei zustatten kam, so mag und kann es uns nur recht sein, n i e m a l s aber haben wir eine V e r b i n d u n g mit ihnen eingegangen, n i e m a l s haben wir uns über g e m e i n s a m e T a k t i k v e r s t ä n d i g t, niemals kann uns diese zufällige Begegnung in der äußeren Erscheinung der Abstimmung in unseren politischen Ansichten beirren oder bestimmen.“⁽²⁹⁾

Noch entschiedener verwahrt sich der Berichterstatter der im Deutschen Hof versammelten Linken in seinem 4. Bericht gegen den Vorwurf der „Koalition“: „... Nun noch ein Wort über die gehässigen Anklagen und bodenlosen Verleumdungen, welche seit einiger Zeit auf die Linke der Nat.Vers. geschleudert werden. Man wirft ihr ein unnatürliches Bündnis mit österreichischen, bayrischen und andern Sondernbündlern und Ultramontanen vor. Mit ruhigem Gewissen lächelt sie über solchen Unverstand, namentlich im Munde der preußischen Rechten und ihrer Bundesgenossen, welche 9 Monate lang mit den genannten Parteien die vertrauteste Freundschaft pflogen und jetzt auf sie schmähen.“⁽³⁰⁾

Ehe wir die Frage der „Koalition“ untersuchen, soll zuerst eine andere, nicht minder wichtige, beantwortet werden:

1. War die Modifikation des Gagernschen Programms von Bedeutung?

Bied. meint, Gagern habe auch gegenüber der kategorischen österreichischen Erklärung vom 28. Dezember im wesentlichen auf seinem Standpunkte beharrt. Das mag zutreffen. Aber doch war die Änderung, die Gagern vornehmen mußte, für die Österreicher von größter Bedeutung, denn die Türe zum deutschen Bundesstaat, die er in der ursprünglichen Fassung seines Programms bereits geschlossen hatte (für Österreich), war nun wieder geöffnet. Das Mitberatungsrecht der Österreicher konnte also nicht mehr in Zweifel gezogen werden. Und das dünkt uns n i c h t u n w e s e n t l i c h ! Eine Annahme des Programms in der ursprünglichen

Fassung hätte nämlich von den Kleindeutschen jederzeit als eine gefährliche Waffe gegen die Österreicher benützt werden können. Durch die Modifikation aber war dem Regierungsprogramm, wie Haym richtig bemerkt, „die Spitze abgebrochen“ (!³¹) Ob Gagern an die Teilnahme Österreichs am engeren Bund glaubte oder nicht, das war zunächst nicht so wesentlich. Die Hauptsache war, daß wenigstens die Möglichkeit der Teilnahme nochmals ausdrücklich anerkannt worden ist.

2. Ist gegen Gagerns Regierungsprogramm zwischen den Österreichern und der Linken eine „Koalition“ geschlossen worden?

Daß in Wirklichkeit gegen Gagerns Programm keine „Koalition“ im eigentlichen Sinne existiert hat, kann bei aufmerksamem Lesen bereits daraus geschlossen werden, wie Bied. den Begriff „Koalition“ definiert. Denn die „Gemeinsamkeit des Opponierens“ und das Fehlen gemeinsamer „positiver Zwecke“ macht doch noch keine „Koalition“ aus! Das Wesentliche einer „Koalition“ besteht vielmehr darin, daß die beiden Parteien, die ursprünglich in Gegensatz zueinander gestanden, auf Grund einer V e r a b r e d u n g oder eines P a k t e s zur Erreichung eines bestimmten Zwecks v o r ü b e r g e h e n d g e m e i n s a m vorgehen. Weder Bied. noch die andern erbkaiserialichen Quellen wissen jedoch etwas von einem festen Abkommen oder von einem Vertrag, der zwischen den Großdeutschen und der Linken geschlossen worden wäre.

Interessant ist, wie sich der Parteigenosse Bied.s, Wurm, mit dem Widerspruch abfindet, von einer „Koalition“ zu reden, ohne daß eine solche vorhanden war. Er gibt zunächst eine „Richtigstellung“ des Ausdrucks „Koalition“, indem er sagt, die Linke habe keine Grundsätze zum Opfer gebracht, sondern die Österreicher seien ihr nachgegangen. Nachdem er auf diese Weise den Sinn des Ausdrucks „richtiggestellt“ hat, glaubt er sich dazu berechtigt, sich „auch ferner“ des „gangbaren Ausdrucks“ (!) bedienen zu dürfen.³²)

Andere kleindeutsche Historiographen helfen sich damit über die Schwierigkeit hinweg, daß sie den Begriff „Koalition“ in Anführungszeichen setzen³³) oder von einer „halb noch unbewußten Koalition“³⁴) bzw. dem „Instinkt (!) einer Koalition“³⁵) reden, was natürlich ein Widerspruch in sich ist.

Aus den eigenen Zeugnissen der Kleindeutschen geht also einwandfrei hervor, daß im D e z e m b e r 1848 zwischen den

Österreichern und der Linken noch keine Koalition im eigentlichen Sinne bestanden hat, sondern nur eine „gemeinsame Opposition“.

3. War nun die gemeinsame Opposition der Österreicher und der Linken gegen Gagerns Programm „unnatürlich“?

Lassen wir zuerst die Linke zu Wort kommen, ohne aber in den Fehler zu verfallen, ihre papierenen und wirklichkeitsfremden Pläne allzu ernst zu nehmen. Denn der großdeutsche Gedanke hat in der Politik der Linken, wie Kretschmann nachwies, stets nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Ihr Zusammengehen mit den Großdeutschen ist eine natürliche Folge ihres demokratischen Programms gewesen und darf nicht aus nationalen Motiven erklärt werden. Arnold Ruge z. B. hat die Partei für das wahre Vaterland erklärt! Die Partei und die Verwirklichung ihrer demokratischen Ideale haben der Linken stets näher gelegen als ihr Vaterland!³⁶⁾

In dem Bericht der Westendhall vom Januar 1849 heißt es: eine Abtrennung Österreichs stehe im Widerspruch zu ihrem Mandat; es gehe um den deutschen Nationalstolz, das deutsche Nationalbewußtsein. Die nächste Folge der Durchführung des Gagernschen Programms müßte der Ausschluß der österreichischen Abgeordneten sein; doch sie hätten noch keine Antwort auf die Frage bekommen, wie denn deren gewaltsame Entfernung erfolgen sollte. Die Vereinigung des nichtösterreichischen Deutschlands unter den König von Preußen beruhe auf einer Täuschung, denn Friedrich Wilhelm nähme die Kaiserkrone nicht an und die übrigen deutschen Fürsten und Staaten, besonders Bayern, würden sich nicht fügen. Sie seien gegen Gagerns Union, weil Österreich und Deutschland als g e s o n d e r t e Staaten sich bald auseinanderentwickeln und in Mißtrauen und Eifersucht sich gegenseitig abstoßen würden. Ein Offenstehenlassen der Türe für Deutsch-Österreich hielten sie praktisch für ein Unding. Österreich müsse ein Föderativsystem erhalten, dann könne an der Personalunion festgehalten werden. Deutschland und Österreich würden in Zukunft durch das Mittelglied Deutsch-Österreichs innig verbunden sein, beide Staaten müßten sich gegenseitig ihr Gebiet garantieren und im Ausland eine gemeinschaftliche Vertretung haben. Gemeinschaftliches Heer und Flotte ließen jeder Gefahr in Ost und West trotzen etc, etc.³⁷⁾

Entschieden phrasenhafter ist der 4. Bericht des Deutschen Hofes. Er nennt die Abtrennung Deutsch-Österreichs ein „beispielloses Nationalverbrechen“. Die Mitglieder des Deutschen Hofes seien entschlossene Feinde sowohl der Errichtung eines preußisch-deutschen Kaisertums „als auch der auf Kosten Deutschlands erstrebten volksfeindlichen Zusammenballung der verschiedensten Länder zu einem kaiserlich-österreichischen Einheitsstaat“. Die Unmöglichkeit der Abtrennung Deutsch-Österreichs begründen sie damit, daß die Mehrheit der Bevölkerung deutsch sei und daß Deutschland Österreich zu einer gebührenden Weltstellung brauche und umgekehrt. „Wir bieten alles auf“, heißt es wörtlich, „um 12 Millionen Deutsch-Österreicher dem großen Ganzen zu erhalten; wir sind unserer Pflicht und Würde als Vertreter des deutschen Volkes eingedenk und werden nie und nimmermehr in eine Ablösung unserer österreichischen Brüder willigen. Und daraus will man der Linken ein Verbrechen machen! Man entblödet sich nicht, der Linken den ebenso lächerlichen als böswilligen Vorwurf anzuhängen, sie sei eine Feindin der Einheit! Allerdings weist sie entschieden die kaiserlich-preußisch-deutsche Einheit zurück, weil sie Deutschlands Freiheit bewahren und die Österreicher nicht aus dem einigen Deutschland hinausstoßen will . . .“³⁸⁾

Obwohl diese beiden Berichte nicht so ernst genommen werden dürfen, sind sie doch ein Beweis dafür, daß die Linke in ihrer Opposition gegen Gagerns Programm „ganz von selbst“ und ohne daß es dazu einer Vereinbarung oder Transaktion mit den Österreichern bedurft hätte, mit den Großdeutschen hat zusammentreffen müssen.³⁹⁾ Selbst Haym, so „heftig und giftig er gegen die Parteigegner“⁴⁰⁾ spricht, gesteht einmal, daß selbst nach Welckers Antrag vom 12. März 1849 noch keine Koalition existiert habe, ja daß überhaupt keine zustande gekommen sei. Das Zusammentreffen habe „durch die Natur der Sache“ erfolgen müssen.⁴¹⁾

4. Was war die Ursache für das „Koalitions“-Gerede?

Fragt man, was die Kleindeutschen veranlaßt hat, von einer „Koalition“ zu reden, so können dafür 4 Gründe angeführt werden.

a) An erster Stelle nennen wir die Tatsache, daß bei den Österreichern und der Linken vom 18. Dezember an ohne Zweifel eine Neigung zu gemeinsamem Vorgehen vorhanden war. Der

Pariser Hof z. B. ist bis kurz vor Beginn der Verhandlungen über Gagerns Programm gewillt gewesen, mit der Linken zusammenzugehen und das Ministerium Gagern zu stürzen. Welcker und andere sagten, die Abstimmung sei gleichbedeutend mit einem Votum für den preußischen Erbkaizer und damit für Österreichs Ausschluß; darum müsse jetzt schon dem Kaiserplan ein Ende gemacht werden; es sei nicht recht, daß Gagern diese Frage zur Kabinettsfrage gemacht habe und auf solche Weise selbst seine persönlichen Freundschaften und die ehrenwerte Scheu vor seiner Person für den preußischen Erbkaizer auszubuten gedenke. — Nur weil die Österreicher entschieden und standhaft — „am allerentschiedensten Schmerling“*) — von einem Bündnis mit der Linken abgeraten haben, ist keines zustande gekommen. Als am 13. Januar über das Programm abgestimmt wurde, waren unter den 261 Ja-Stimmen (gegen 224) auch 17 vom Pariser Hof, wofür letzterer von den Kleindeutschen so „plump“ gelobt und gestreichelt wurde, daß Jürgens Verwahrung dagegen einlegte und an Gagern die Mahnung richtete, alles aufzubieten, um Österreich bei Deutschland zu erhalten.⁴²⁾

Wahrscheinlich ist diese ursprüngliche Absicht des Pariser Hofes den Kleindeutschen zugetragen und von ihnen mit entsprechenden Übertreibungen weitergegeben worden.

b) Der zweite Grund für das „Koalitions“-Gerede war die Furcht und die Parteilidenschaft der Kleindeutschen, die bereits da eine Koalition sahen, wo noch keine vorhanden war. Obwohl manche Kleindeutsche die Spaltung der gemäßigten Majorität der Versammlung vorausgesehen haben, sind sie doch erschrocken, als sie plötzlich einstige Freunde gegen sie stimmen sahen. Gleich am 18. Dezember, also unmittelbar nach Schmerlings Sturz, erlebten sie bei der Präsidentenwahl die erste Überraschung dieser Art; denn auch die gemäßigten Österreicher gaben ihre Stimmen dem Kandidaten der Linken (Kirchgeßner), so daß 3 Skrutinien nötig waren, bis der Kandidat der Kleindeutschen

*) Der Schluß einer Schmerlingschen Depesche an Schwarzenberg vom 4. Januar lautet: „... Ebenso kann eine Allianz mit der Linken im allgemeinen oder mit der ultramontanen Partei nie in dem wohlverstandenen Interesse Österreichs sein, daher ich, ... wie ich überzeugt bin, übereinstimmend mit den Ansichten der kaiserlichen Regierung, ein solches Bündnis nie, auch vorübergehend (!) nicht, einzugehen gesonnen bin ...“ S. Jürgens, II, 1, S. 276.

(Simson) endlich ein paar Stimmen mehr erhielt als Kirchgeßner. „Mit schwerem Herzen“, erzählt Arneth, habe er mit der Linken für Kirchgeßner aus Würzburg gestimmt, obwohl er sich vollkommen klar darüber gewesen sei, daß dessen Befähigung, das Präsidium zu führen, bei weitem nicht an diejenige Simsons herangereicht habe.*)

Da derartige Abstimmungen nach außen den Eindruck einer Verabredung machten, haben sie natürlicherweise zu dementsprechenden Vermutungen Anlaß gegeben. Haym meint, die Wirkungen der Opposition seien so fühlbar gewesen, „daß die Parteileidenschaft wohl entschuldigt ist, die schon damals eine Koalition sah, wo doch förmliche Verträge und gegenseitige Zugeständnisse nur erst sehr vereinzelt und von einzelnen zu einzelnen vorgekommen sein mögen . . .“⁴³⁾ Diese Einräumung macht sogar der Kleindeutsche Haym, der sonst mit den Schwächen der Großdeutschen am schärfsten ins Gericht geht. Jürgens kann das Koalitionsgerede der Kleindeutschen nur damit entschuldigen, daß diese „zuerst in ihrer Überraschung und ohne in der Hitze die Sache sonderlich zu prüfen, wirklich glaubten, daß eine 'Koalition' bestehe, später ihrer Furcht mehr als den Tatsachen glaubten, nicht unrecht haben wollten und sich mehr und mehr hineinredeten“.⁴⁴⁾

Die Sucht der Erbkaiserlichen, überall eine Koalition zu wittern, ist einmal von der Reichstagszeitung, dem Organ der Linken, treffend parodiert worden: „Vogt (Deutscher Hof) sprach mit Radowitz (Café Milani). Das deutete auf Sturm. Sie sprachen sogar lange zusammen. Koalition. Sehr lange und gelegentlich. Verschwörung. Vogt lachte einmal und Radowitz lächelte. Teuflich! Teuflich!“⁴⁵⁾

c) Doch es war nicht allein Furcht, weshalb die Erbkaiserlichen schon im Dezember 1848 von einer Koalition redeten, sondern viele taten dies trotz besseren Wissens aus kluger Berechnung und handelten nach dem Grundsatz: *calumniare audacter semper aliquid haeret*. Auf diese Weise konnte man „Argwohn und Gehässigkeit“ gegen die Großdeutschen und ihre Bestrebungen erregen und sie in Mißkredit bringen.⁴⁶⁾ „Am verbissensten in ihrer Feindseligkeit und am wenigsten wählerisch in

*) Da H. v. Gagern Ministerpräsident wurde, mußte für ihn ein neuer Präsident für die Versammlung gewählt werden. Arneth, *Aus meinem Leben*, I, S. 252.

ihrer Art, sie zum Ausdruck zu bringen, war eine Anzahl! norddeutscher Gelehrter u. a. Männer, welche, ohne selbst Gelehrte zu sein, doch Hand in Hand mit ihnen gingen . . . Am ärgsten aber trieb es die Deutsche Zeitung und in ihr der Hauptmitarbeiter derselben, Johann Gottfried Gervinus.“ Am meisten Selbstbeherrschung sollen die norddeutschen Edelleute und Gutsbesitzer an den Tag gelegt haben, wodurch sie gezeigt hätten, daß sie von Jugend an eine gute Erziehung genossen.⁴⁷⁾ So urteilt der österreichische Abgeordnete und Historiker Arneth.

Das Hauptziel des Hasses waren natürlich die Österreicher, „weil sie sich nicht entschließen konnten, sich selbst aus Deutschland hinauszudekretieren und die Hand nicht bieten wollten zur Anknüpfung eines bloß völkerrechtlichen Verhältnisses zwischen Österreich und Deutschland“.⁴⁸⁾ Den heftigsten Angriffen unter ihnen war Schmerling ausgesetzt. Es wurde wieder die Geschichte von dem Brief eines Österreichers an Schmerling aufgefrischt, in welchem genau die Mittel verzeichnet gewesen sein sollen, „die man anwenden müsse, um Preußen in der öffentlichen Meinung Deutschlands zu ruinieren“, und der ferner den Plan einer Koalition mit der Linken enthalten haben soll, ganz in der Weise, wie solcher später von den Österreichern ausgeführt worden sei u. a. m.⁴⁹⁾ Tatsache ist — die Depesche Schmerlings vom 4. Januar 1849 bezeugt dies*) —, daß Schmerling nicht gesonnen war, eine Koalition mit der Linken einzugehen, und daß er nie bestrebt war, Preußen in Mißkredit zu bringen. Nur einmal hat sich sein ehemaliger Unterstaatssekretär Würth eine „empörende Indiskretion“, wie Bied. sagt,⁵⁰⁾ zuschulden kommen lassen, als er nämlich unter Berufung auf die Akten des Reichsministeriums von der Tribüne herab erklärte, daß Preußen in der Ignorierung der Zentralgewalt Österreich in nichts nachgestanden habe, und es darum nicht gerechtfertigt sei, an Österreich einen andern Maßstab anzulegen und auf Preußen zu bauen.⁵¹⁾ Diese Indiskretion ist wohl auch der Grund, weshalb Bied. Würth mit den Worten: „ein untergeordnetes Talent ohne höhere politische Befähigung, aber für die Pläne der Schmerling'schen Staatskunst brauchbar“, charakterisiert.⁵²⁾ Er tut damit Würth sicher unrecht, denn dieser war „gewiß einer von denen aus Österreich, die es am redlichsten mit dem deutschen Reich und mit der deutschen Freiheit meinten“, wie der Mitarbeiter

*) S. vorn S. 138, Fußnote.

der „Gegenwart“ feststellt.⁵³⁾ Arneth meint, seine Ansicht sei nur darin von der seines Freundes Würth etwas abgewichen, daß letzterer „wohl noch deutscher gesinnt“ als er, auf die österreichischen Staatsmänner und insbesondere auf Schwarzenberg recht übel zu sprechen gewesen sei.⁵⁴⁾

In Wirklichkeit hat nämlich Würth nur eine Wahrheit ausgesprochen. Er hat damit die schwächste Stelle der kleindeutschen Politik berührt: die U n g e w i ß h e i t, ob Preußen auf das Angebot der Kaiserkrone eingehen werde, und eben darum waren Bied. und seine Freunde so sehr gegen ihn aufgebracht.

Das Gerede von der „Koalition“ war nicht das einzige Gerücht, das die Erbkaiserlichen über die Großdeutschen verbreiteten. Die gleiche Absicht verfolgten sie mit der Veröffentlichung folgender Nachricht: Österreich schicke täglich neue Abgeordnete, so daß man sich nicht zu wundern bräuchte, wenn nach Neujahr die noch fehlenden 60 Abgeordneten aus Böhmen und Mähren auch in Frankfurt eintreffen würden.⁵⁵⁾ Tatsächlich sind jedoch, wie Schüßler nachgewiesen hat,*) am Ende des Parlaments noch genau soviel Österreicher in der Paulskirche gewesen wie am Anfang, nämlich ca. 110 — 120. Die Zahl 120 ist von den österreichischen Abgeordneten nie überschritten worden.

Sehr viel wurde auch mit der Verdächtigung des „Ultramontanismus“ operiert. War einem der Antrag eines Katholiken nicht genehm, so schalt man ihn „ultramontan“. Radowitz z. B. war solange „ultramontan“, bis er sich zu den Kleindeutschen bekehrte,

*) „Die Zahl der österreichischen Abgeordneten in Frankfurt überstieg niemals 120 . . . So viel stimmten für die Wahl des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser am 28. Juni und im Oktober bei der ersten Lesung der Reichsverfassung . . . Als im März 1849 die Entscheidung über Groß- und Kleindeutschland herannahte, verbreiteten die Kleindeutschen die Legende von den scharenweise nach Frankfurt strömenden Österreichern, selbst aus slawischen Bezirken. Diese Lüge wurde geglaubt, obwohl sich jedermann aus den Abstimmungslisten zur Kaiserwahl überzeugen konnte, daß die Österreicher ihre alte Zahl vom Sommer 1848 nicht überschritten hatten.“ S. Schüßler, a. a. O., S. 17 f. Vgl. die Abstimmungen vom 28. Juni 1848: Sten.Berichte, S. 617 ff., vom 27. Okt. 1848: Sten.Ber., S. 2919 ff., vom 16. Dez. 1848: Sten.Ber., S. 4217 ff. u. vom 28. März 1849: Sten.Ber., S. 6084 ff.

Das „Verzeichnis der Abgeordneten“ vom 11. August 1848 führt 114 Österreicher auf. Davon sind während des Drucks 8 aus- und 3 eingetreten, so daß es am 11. August 1848 tatsächlich nur 109 Österreicher waren. Das Verzeichnis von Anfang Februar 1849 enthält die Namen von 110 österreich. Abgeordneten.

dann war er nur noch „katholisch-gläubig“.⁵⁶⁾ Von den Ultramontanen wurde wie von einem „finsternen Geheimbund“ gesprochen. Was vielleicht einzelne Ultramontane gesündigt hätten, meint Jürgens, habe man alle entgelten lassen.⁵⁷⁾ Auch Bied. wechselt aus Überschätzung der ultramontanen Umtriebe den katholisch-kirchlichen Klub, der sich bei der Behandlung von rein konfessionellen Fragen vorübergehend gebildet und wieder aufgelöst hatte, mit dem politischen Klub im Steinernen Haus, der anfänglich die äußerste Rechte repräsentiert hat.⁵⁸⁾ Damit soll in keiner Weise die Macht, die der Ultramontanismus dargestellt und der Einfluß, den er ausgeübt hat, verkleinert werden; denn die Ultramontanen sind ohne Zweifel die entschiedensten Gegner des preußisch-protestantischen Kaisertums gewesen. Nur ein einziger Katholik, Max v. Gagern, hat für den preußischen Erbkaiser gestimmt. Sehr oft jedoch ist der Vorwurf der „Romhörigkeit“ auch nicht berechtigt gewesen, sondern nur als Mittel zum Zwecke benützt worden.

d) Als letzter Grund für die übertriebenen Verdächtigungen der Großdeutschen wäre endlich die Tatsache zu nennen, daß die Kleindeutschen selbst die Linke „karessiert“⁵⁹⁾ haben. Um dies zu entschuldigen und zugleich einen Vorwand zu weiteren Annäherungen mit der Linken zu haben, sprachen und schrieben sie über Gebühr viel von der angeblichen „Koalition“. Haym berichtet, aus „höheren Rücksichten“ hätten die Kleindeutschen einst mit dem vielgehaßten Schmerling gebrochen und dadurch eine weitere Annäherung derer vom Württbg.Hof ermöglicht; Schmerlings Entlassung habe ganz natürlich einen freundlicheren Verkehr mit jener weiter abgelegenen Partei — die aber noch nicht zur eigentlichen Linken zählte — herbeigeführt.⁶⁰⁾ Als in erster Lesung über die Erbllichkeit verhandelt wurde, durfte sogar (am 20. Januar) ein Mitglied des Württbg.Hofs, der bereits erwähnte Grumbrecht,*) eine Versammlung der Kleindeutschen präsidieren. Jürgens gibt zu diesem Ereignis folgenden Kommentar: „Die Kaiserlichen machten also sehr offen „Propaganda“ und „Koalition“ mit der Linken . . . Sie karessierten die Linke so auffällig, daß sie ihre Versammlung durch ein Mitglied derselben präsidieren ließen.“⁶¹⁾ Tatsächlich sind es auch die Erbkaiserlichen gewesen (und nicht die Großdeutschen), die sich gegen Ende des Parlaments in einen regelrechten Pakt mit der Linken eingelassen haben.

*) S. vorn S. 95, S. 107 und Anmerkung.

5. Waren die Kleindeutschen nur von „einem einzigen, großen, einfachen Gedanken“ beseelt?⁶²)

Es soll nicht in Abrede gestellt werden, daß die Kleindeutschen „einmütig“ in der Ansicht zusammengestanden sind, daß ein starker Bundesstaat entstehen müsse. Es muß andererseits auch zugegeben werden, daß die Großdeutschen damals noch kein positives Ziel gehabt haben, sondern sich nur darin einig gewesen sind, daß Deutsch-Österreich um jeden Preis bei Deutschland erhalten werden müsse.

Doch forscht man nach, wie sich die Kleindeutschen ihren starken Bundesstaat vorstellten, wie sie die österreichische und die Oberhauptsfrage zu lösen gedachten, so stößt man auch bei ihnen auf die verschiedensten Ansichten.

Da waren zunächst die spezifisch Kleindeutschen: Droysen, Georg und Wilhelm Beseler, Duncker u. a., die eine rein kleindeutsche Lösung anstrebten und die in dem weiteren Bund nur eine Gefährdung des engeren erblickten. Dann wäre die entschieden zahlreichere Gruppe derer zu nennen, die, wie Gagern, den engeren und den weiteren Bund wollten. Komplizierter als Gagerns Plan war das System, das sich Radowitz für die Verkoppelung Deutschlands mit der österreichischen Monarchie ausgedacht hatte. Er hoffte, durch ein besonderes „Scharniersystem“ die Gegensätze zwischen den beiden Großmächten neutralisieren zu können. Deutsch-Österreich sollte sowohl mit Österreich als auch mit Deutschland durch ein „Scharnier“ verbunden und die auf diese Weise verkoppelte Dreieinheit wieder durch ein starkes Band zusammengehalten werden. Waitz endlich hoffte noch immer, daß Deutsch-Österreich ganz in den deutschen Bundesstaat eingeschlossen werden könnte. Er wird wohl wenige Gleichgesinnte unter den Anhängern Gagerns gefunden haben.

Was die Großmacht Preußen betrifft, so wollten die einen Preußen auflösen, andere wieder nicht. Als Oberhaupt wünschten die einen einen Wahlkaiser, die andern einen Erbkaiser. Im Verfassungsausschuß konnte für keine der beiden Formen eine Majorität erzielt werden. Bezeichnenderweise wurde in das Programm des Weidenbuschvereins, zu welcher Partei sich die Kleindeutschen im Februar 1849 zusammenschlossen, der „Erbkaiser“ als Programmpunkt gar nicht aufgenommen! Die rein kleindeutsche Lösung mit dem preußischen Erbkaiser konnte also selbst im Februar noch nicht proklamiert werden, denn dies hätte viele davon abge-

schreckt, in den Weidenbusch einzutreten. Die Versicherungen Mathys (kld.) u. a., daß Österreich nicht ausgeschlossen werde, wurden von den entschieden Kleindeutschen nicht zurückgewiesen, da sie zur Beruhigung jener Gemüter dienten, die sich für einen Bundesstaat ohne Österreich noch nicht erwärmen konnten. Im Gegenteil, wer auf volle Klarheit drängte, wurde der „Ketzeri“ beschuldigt.⁶³⁾ Bis zuletzt haben Mitglieder des Weidenbuschs beteuert, man wolle Österreich nicht ausschließen. Auch Rümelin schrieb noch am 7. Januar 1849, das alte Verhältnis zu Österreich bestünde zu Recht und sei unauflöslich.⁶⁴⁾

Die Schleswig-Holsteiner konnten es freilich nicht verhindern, daß auch antiösterreichische Stimmen laut wurden. So schrieb der „Korrespondent vom Rhein“, man solle „freudig und ohne Krokodilstränen“ zu vergießen, die Trennung von Österreich vollziehen.⁶⁵⁾ Und in der Zentrenkorrespondenz war am 8. Januar zu lesen, es gäbe nur noch die Alternative: entweder ein Bundesstaat ohne Österreich oder gar keinen, entweder einen fest geschlossenen und kräftig regierten deutschen Staat oder Rückkehr zu einer verbesserten Auflage des alten Bundestags.⁶⁶⁾

Zusammenfassend wäre festzustellen, daß die größere Einheitlichkeit der Kleindeutschen weniger in einem einheitlichen und klaren Wollen begründet gewesen ist, wie Bied. meint, als in der überragenden Führung ihrer Partei durch die Schleswig-Holsteiner. Das stärkste Band der Kleindeutschen war jedoch ohne Zweifel Heinrich v. Gagern. Die tiefe Verehrung, die er überall genoß, überbrückte die meisten Gegensätze. Seine Person war in weitem Maße identisch mit dem Schicksal der Versammlung überhaupt.

Der kritischen Betrachtung seiner Persönlichkeit sollen die folgenden Seiten dienen.

C) H. v. Gagens Persönlichkeit.

Bei Gagens Persönlichkeit liegen die Verhältnisse ähnlich wie bei der Schmerlings: auch sein Charakterbild ist schwankend. Der grd. gesinnte Jürgens z. B. spricht Gagern die politische Größe fast ganz ab. Alles was er in die Hand genommen habe, sei ihm, trotz seiner trefflichen Meinung, mißglückt. Seine patriotische Gesinnung und sein edler Charakter, sein Pathos und seine mutige Selbstverleugnung hätten nicht ausgereicht, um eine aufgeregte Nation zu lenken; ein Mann mit solchen Eigenschaften, ohne die entsprechen-

den Vorzüge des Geistes und Willens, habe viel eher das Zeug in sich, einen Staat in Zerrüttung zu stürzen als bessere Ordnung zu gründen. Seine Stellung zwischen Legalität und Illegalität hätte nur zu gefährlichen Konzessionen und zur Scheinherrschaft über die Revolution geführt. Schon sein „kühner Griff“ sei eine politische Fehlgeburt gewesen. Die Ideen von Kaiser und Reich seien bei ihm nicht zur Klarheit gekommen, wahrscheinlich hätten ihm die eigentlich schöpferischen Ideen überhaupt gefehlt. Auch die Grundvoraussetzung für einen Staatsmann sei bei ihm nicht vorhanden gewesen: die richtige Erkenntnis und Würdigung der Verhältnisse und der zu Gebote stehenden Mittel und Kräfte. Er habe sich außerdem viel zu sehr von seinen Freunden leiten lassen, sei zu wenig selbstmächtiger Führer gewesen.⁶⁷⁾

Hören wir noch die Urteile von zwei Österreichern. Schmerling bezeichnete Gagern als einen redlichen Mann mit lebendigem Gefühl, der aber wenig staatsmännischen Takt besessen habe.⁶⁸⁾ Und Weber meint, der Verstand habe bei Gagerns Rede stets nur Handlangerdienste geleistet, Sinn und Würze der Rede sei das Herz des Mannes gewesen.⁶⁹⁾

Daß die Linke der Paulskirche Gagern mit ungleich schärferen Wendungen verurteilte, ihn einen „tölpelhaften Staatsmann“ etc. nannte, braucht nicht weiter wunder zu nehmen. Wie kraß ihre Fehltritte fast ausnahmslos gewesen sind, kann daraus geschlossen werden, daß sie Schmerling, der wahrscheinlich der mutigste Mann der ganzen Versammlung war, einmal als das „Sinnbild der Feigheit“ bezeichnet hat.⁷⁰⁾

Im Gegensatz zu der Charakterisierung der Großdeutschen sind die Charakteristiken der Kleindeutschen wahre Dithyramben auf Gagern. Bied. jedoch zählt nicht zu denen, die uneingeschränkt loben und bewundern, sondern er weist auch auf Mängel hin. Aus seiner ausführlichen Charakteristik sollen folgende Sätze herausgegriffen werden:

„Gagern war kein so vollkommener Leiter der Versammlung (wie Simson), aber er war mehr, er war ihr Beherrscher; er stand im vollsten Sinn des Wortes über der Versammlung . . . Gagerns Macht lag in seiner gebietenden Persönlichkeit, in dem Vollgewicht sittlicher und geistiger Größe, in dem sichern Bewußtsein von seiner Kraft, womit er der Versammlung gegenübertrat, und nicht zum geringsten Teile auch in seiner imponierenden Äußerlichkeit, in dem mächtigen Zucken seiner Jupiterbrauen, dem vernichtenden Blick seines Auges, dem gewaltigen Ton seiner Stimme . . . Der Zauber

unnahbarer und fast übermenschlicher Hoheit, der einst Gagerns Haupt umschwebte, und jene großen Momente, wo er sein zürnen-des Quos ego! in die empörten Wogen der Versammlung hinab-donnerte und diese bezwungen sich ihm zu Füßen legten, kehrten unter keinem seiner Nachfolger wieder ...

... Gagern sprach minder zierlich, vielleicht selbst minder geistreich (als Simson), aber was er sagte, war immer groß, bedeutend, der Wurf eines gewaltigen Gedankens und mehr noch eines gewaltigen Charakters.

... Gagern war überhaupt ... überall, wo er sich zeigte, der wahre Abgott des Volkes, dessen lauten und stürmischen Huldigungen seine Bescheidenheit sich nur widerstrebend überließ und immer so bald als möglich entzog. Er stand damals in der vollen Blüte seiner Kraft und seines Ruhmes. Der Repräsentant und gleichsam die Verkörperung einer Idee (der Einheit Deutschlands) ... und das Symbol der Volkssouveränität.

... Die über jeden Verdacht erhabene Reinheit und Uneigennützigkeit seiner Absichten, die bewährte Festigkeit seines Charakters, die Innigkeit seiner Begeisterung ... — das war es, was ihm jene zauberhafte Macht über die Gemüter, was ihm jenen Nimbus des Einzigens, des Unvergleichlichen verlieh ...

... Gestehen wir es nur, wir Deutschen sind in der Politik darin noch etwas Poeten, daß wir auch hier immer einen persönlichen Mittelpunkt haben müssen, in den wir unser Interesse für die Sache hineinlegen, und daß auf diese Weise ein gewisser Kultus der Person entsteht, der freilich auf politischem Gebiet noch weniger unbedenklich ist als auf künstlerischem. Ich sage nicht, daß ein solcher Kultus wirklich mit Gagern getrieben worden sei, ... allein nahe daran war es, daß ... Parteigenossen dieses großen Mannes das bekannte 'Er hat's gesagt!' auf ihn anwandten und bei politischen Zweifelsfällen nicht mehr fragten: 'Was ist das Rechte?' sondern: 'Was sagt Gagern dazu? Was wird er tun?'

Nicht uneingeschränkt lautet Bied.s Lob auf den Politiker Gagern:

„... Als Staatsmann und Redner war Gagern zwar hervorragend, doch keineswegs ohne Mängel. Große, einfache, naturgemäße Grundverhältnisse staatlicher und internationaler Bildungen mit sicherer Hand zu erfassen und in kühnen Umrissen hinzustellen, das verstand er meisterhaft. Aber wenn es an die praktische Ausführung ... kam, dann schien ihm bisweilen der sichere praktische Blick, die geschäftliche Gewandtheit, die diplomatische Berechnung der Verhältnisse und der Menschen, selbst die ausdauernde Energie des Handelns zu versagen. Es bedurfte dann wohl der äußeren Anregung und des unterstützenden Rates seiner Freunde, um die großen, instinktartigen Eingebungen seiner Seele zu klaren Gedanken und praktischen Entschlüssen zu gestalten ...“

Über Gagerns Einstellung zur österreichischen Frage lesen wir:

„Bei der österreichischen Frage bewährte sich Gagerns politischer Instinkt und seine kühne, großartige Auffassung der Verhältnisse . . . Zwei Gedanken beherrschten Gagern ganz: der einer starken Einheit Deutschlands unter der Form eines preußischen Erbkaisertums, und der einer innigen Verbrüderung des so geeinten Deutschlands mit der Gesamtmonarchie Österreich. Man hat ihm seine Parteilichkeit für das preußische Erbkaisertum zum Vorwurf gemacht . . . Für Gagern war das preußische Kaisertum nicht Zweck, sondern nur Mittel, und zwar in seinen Augen das einzige Mittel, um den Zweck, die starke Einheit Deutschlands, zu erreichen.

Unser Verhältnis zu Österreich faßte er in durchaus großartiger Weise auf. Österreich, so wollte er, sollte als mächtiger Einheitsstaat, vom deutschen Elemente beherrscht und mit Deutschland in innigem Wechselverkehr, deutsche Kultur nach dem Osten tragen und dem russischen Einfluß dort die Spitze bieten . . .

In einem litt jene Auffassung an einer bedenklichen Unklarheit . . . Gagern schien ein Verhältnis zwischen Österreich und dem deutschen Bundesstaate als möglich zu denken, welches eine gemeinsame Regierung über beiden und eine gemeinsame Vertretung beider nicht ausschloesse. Diese Unklarheit ist auch in das Radowitzsche Projekt . . . übergegangen. Wo bleibt aber da die Selbständigkeit des Bundesstaats, wo dessen parlamentarische Regierung?“

Den Vorwurf, daß Gagern vor Abschluß des Verfassungswerkes die Stimmung in Berlin nicht genauer sondiert und der Versammlung die Demütigung einer Ablehnung ihres Anerbietens nicht erspart habe, sucht Bied. mit folgenden Worten zu entschuldigen:

„Gagern hat hier allerdings gezeigt, daß er ein Staatsmann im Sinne der alten Kabinettspolitik nicht ist, daß er nicht mit den . . . erbärmlichen Hofintrigen zu messen versteht, sondern bei seinen politischen Berechnungen die Einsicht und das Wollen des Rechten, Guten, und geschichtlich Notwendigen, die er selbst überall zugrunde legt, auch bei andern voraussetzt. Das ist . . . freilich unstaatsmännisch und führt zu Enttäuschungen der Art, wie sie Gagern und seine Partei haben erleben müssen. Allein vor dem ewigen Richterstuhl der Geschichte wird dieser Mangel an Staatsklugheit . . . weit weniger zur Unehre gereichen als jenen andern, die sich kitzeln, ihn überlistet zu haben . . .“⁷¹⁾

Schon im Zusammenhang mit der Besprechung von Gagerns „kühnem Griff“ und den bekannten §§ 2 und 3 ist zu seinen politischen Fähigkeiten und seinem Programm Stellung genommen worden, so daß es sich hier nur noch um eine Zusammenfassung handeln kann. Haben wir bei dem Charakterbild, das Bied. von Schmerling entwarf, starke Korrekturen vornehmen müssen,

so genügt es in diesem Fall, die Schwächen Gagerns noch etwas stärker hervorzuheben als es Bied. tut, um ein objektives Bild zu erhalten.

1. War Gagern ein großer Politiker?

Gagern hat ohne Zweifel als Charakter zu den hervorragendsten Erscheinungen der Nat.Vers. gezählt. Sein hoher sittlicher Ernst, „die erhabene Reinheit und Uneigennützigkeit seiner Ansichten“, „die Innigkeit seiner Begeisterung“, „sein starkes, ganz auf ein hohes Ziel gerichtetes Wollen“⁷²⁾ sind derart tief und echt gewesen, daß sich selbst die Linke Gagerns Einfluß nicht immer hat entziehen können. Durch seine sittlichen Qualitäten hat er die Versammlung in einem Maße zu beherrschen vermocht, wie es selten einem Präsidenten eines Parlaments beschieden gewesen ist. Wenn Jürgens⁷³⁾ das Gegenteil behauptet, so ist das eben falsch; denn der „kühne Griff“ und die Abstimmung⁷⁴⁾ über das Regierungsprogramm beweisen, wie groß und stark die Autorität und die Beliebtheit Gagerns gewesen sind.

Nicht so überzeugt sind wir von seiner angeblich „keulenschlagenden Beredsamkeit“, die nach Bied. besonders den Norddeutschen imponiert haben soll,⁷⁴⁾ sondern wir glauben hier Sybel⁷⁵⁾ zustimmen zu müssen, der sagt, zum großen Redner hätte Gagern die Vielseitigkeit der Mittel: Gewandtheit der Dialektik, Witz und Ironie gefehlt, sein Instrument habe nur eine Saite, ein fast unwiderstehliches, dröhnendes Pathos gehabt.*) Der größte Politiker der Neuzeit, Fürst Bismarck, hat Gagern eine „Phrasengießbatterie“ genannt. In seinen „Gedanken und Erinnerungen“ erzählt er von einer Begegnung mit ihm: „... Er hat mir eine Rede gehalten, als ob ich eine Volksversammlung wäre ...“ „Er war eben mehr zum parlamentarischen Redner und Präsidenten, als zum politischen Geschäftsmann veranlagt und hatte sich in das Bewußtsein eines Jupiter tonans hineingelebt ...“⁷⁶⁾

Damit ist bereits die Antwort auf die Frage nach Gagerns politischen Fähigkeiten gegeben: seine Stärke hat nicht auf dem Gebiet der praktischen Politik gelegen, sondern er ist mehr Redner und Versammlungsleiter gewesen. Weder sein „kühner Griff“ noch die Verkündung seines Regierungsprogramms können als politisch kluge Handlungen bezeichnet werden. Der österreichi-

*) Beda Weber meint, Gagerns Rede sei langsam geflossen, fast rauh, aber klar und bestimmt. S. Weber, a. a. O., S. 324.

sche Historiker Springer nennt es einen „unverantwortlichen Fehler“, daß Gagern es nicht der österreichischen Regierung überlassen hat, die Last ihrer Politik selbst zu tragen. Nichts wäre leichter gewesen, meint er, als das Gehässige von Sondergelüsten und undeutschem Wesen auf die österreichischen Minister zu wälzen, und indem man von ihnen ein positives Programm verlangt hätte, sie zum Bruche mit Frankfurt und der öffentlichen Meinung von ganz Deutschland zu zwingen. „Gerade von seinem Standpunkte . . . mußte er den Schein wahren, als ob es nur von dem freien Willen der österreichischen Regierung abhinge, sich an dem deutschen Verfassungswerke zu beteiligen . . . Es wäre dann die Sache des österreichischen Ministeriums gewesen, . . . zu erklären, daß es sich keiner Zentralgewalt, keinem Parlamente unterordnen könne und eine Ausnahmestellung für sich in Anspruch nehmen müsse. Dieser undankbaren Aufgabe überhob es Gagern durch sein freimütiges, aber beispieillos unkluges Ministerprogramm. Indem er selbst . . . dasjenige aussprach, was die österreichische Regierung zu bekennen gerechten Anstoß nahm, belud er sich und seine Partei mit dem Hasse, welchen eigentlich die österreichischen Minister verdienten . . . und gab dem Gegner Muße, Waffen zu sammeln . . .“⁷⁷⁾

Auch Binding ist derselben Ansicht wie Springer.⁷⁸⁾ Die Behauptung dürfte wohl nicht übertrieben sein, daß Gagern eben der politische Instinkt gefehlt hat. Er hat einmal selbst ganz offenmütig von sich bekannt: „Welche Zeiten, welche Armut, daß ein so mittelmäßiger Kopf wie ich zu solcher Rolle kommt!“⁷⁹⁾ Und er pflegte zu sagen: „Auf meinen Verstand bilde ich mir wenig ein, aber auf meinen Charakter — ja!“⁸⁰⁾

Ein wunder Punkt war auch das Verhältnis Gagerns zu dem Stockmarschen Kreis und dem der Schleswig-Holsteiner. Es handelte sich nämlich in diesem Fall nicht nur um eine „äußere Anregung und den unterstützenden Rat seiner Freunde“, sondern um eine weitgehende Abhängigkeit! Man könnte es „fast ruchlos“ nennen, schreibt Jürgens, wie Gagern von seinen Freunden benützt worden sei.⁸¹⁾

2. Ist Gagerns Plan die „politisch höchstehende Ideenschöpfung der Paulskirche“⁸²⁾ gewesen?

Bied. hat recht, wenn er sagt, Gagern habe das Verhältnis zu Österreich in „durchaus großartiger Weise“ aufgefaßt. Sein Plan

war, wie bereits erwähnt wurde (s. vorn S. 74), der idealste Lösungsvorschlag. Und es wäre für Österreich kein Nachteil gewesen, wenn es auf seine Vorherrschaft in Deutschland verzichtet und sich mit einem Bündnis begnügt hätte. Allein, wenn es sich bei einem Volk darum handelt, einen Anspruch preiszugeben, so ist doch in einem solchen Fall die Furcht vor dem Prestigeverlust meist stärker als alle Vernunftgründe.

Die Österreicher wollten nicht freiwillig auf ihren Primat in Deutschland verzichten. Gagerns idealer Lösungsvorschlag wäre demnach auch nur mit Gewalt zu verwirklichen gewesen. Diese Tatsache ist von den Schleswig-Holsteinern viel klarer erkannt worden als von Gagern. Sein politisches Denken hatte 4 bedenkliche Schwächen:

a) Gagern hatte den Widerstand, den die österreichischen Abgeordneten und ihre Regierung dem Ausschluß Österreichs entgegengesetzt haben, unterschätzt. Er hat an die Möglichkeit einer „friedlichen Auseinandersetzung“ mit Österreich geglaubt. (Sein Vater und Bruder hingegen waren fest davon überzeugt, daß sich Österreich nicht anders als mit den Waffen in der Hand aus Deutschland werde hinausdrängen lassen.)⁸³⁾

b) Gagern ist sich außerdem über das mit Österreich abzuschließende Unionsverhältnis keineswegs klar gewesen. Dieser Vorwurf, den der Abgeordnete Wydenbrugk gegen ihn erhoben hat, war nach Haym „ohne Zweifel“ „am begründetsten“.⁸⁴⁾ Auch Bied. weist ausdrücklich auf diese „bedenkliche Unklarheit“ hin: „Gagern schien ein Verhältnis zwischen Österreich und dem deutschen Bundesstaate als möglich zu denken, welches eine gemeinsame Regierung über beiden und eine gemeinsame Vertretung beider nicht ausschloß“.⁸⁵⁾ Die „Grenzboten“ vom 10. November 1848 nannten die Idee, daß Deutschland ein Staat, Österreich ein Staat und beide zusammen wieder ein Staat sein sollten, abenteuerlich.⁸⁶⁾ Klarer war sicher Mühlfelds Antrag auf völlige Trennung und nur völkerrechtliches Bündnis.

c) Ein weiterer schwacher Punkt in Gagerns politischem Denken war seine Einstellung zur preußischen Großmacht. Dem süddeutschen Katholiken und Angehörigen eines Kleinstaates fehlte das richtige Verständnis für die Tradition Preußens, dessen Hauptstadt er 1848 zum erstenmal besucht hat. Er hat nicht begreifen

können, warum sich Friedrich Wilhelm weigerte, seinen Staat in Provinzen aufzulösen und seine Machtstellung als preußischer König mit der eines deutschen Scheinkaisers zu vertauschen. Auch Droysen, Dahlmann u. a. hatten nicht die klare Erkenntnis, welch ungeheures Risiko und Opfer es für Friedrich Wilhelm damals bedeutet hätte, auf Preußens Eigenstaatlichkeit zu verzichten.

d) Doch Gagern hat nicht nur bei Preußen sondern auch bei den Mittelstaaten die Macht der Tradition unterschätzt. Er sprach von Verständigung mit den Regierungen, verwarf aber gleichzeitig die Vereinbarung mit ihnen und wollte die Verfassung souverän zustande bringen. Er und seine Freunde haben nicht bzw. erst zu spät erkannt, daß die Fürsten schon längst ehe die Nat. Vers. ihr Werk beendet hatte, wieder Herren der Situation waren und frei über die Annahme oder Ablehnung der Verfassung entscheiden konnten.

D) Die Oberhauptsfrage in der ersten Lesung.

Die Heftigkeit, mit der bereits um Gagerns Programm gekämpft worden ist, läßt darauf schließen, mit welcher Intensität wohl der Kampf um die endgültige Lösung der österreichischen und der Oberhauptsfrage geführt werden würde. Da von nun an bei jeder Abstimmung, in der die Großdeutschen ebenso stimmten wie die Linke, die Kleindeutschen den Vorwurf der „Koalition“ erhoben, muß auf diese Frage, wenigstens in den wichtigeren Fällen, jeweils kurz eingegangen werden.

Unmittelbar nach der Abstimmung über Gagerns Programm befaßte sich die Paulskirche mit der Oberhauptsfrage, mit deren Vorbereitung der Verfassungsausschuß bereits zur Zeit von Schmerlings Sturz (!) begonnen hatte. Die Abgeordneten wußten wohl, daß mit der Abstimmung über diese heikle Frage zugleich auch die Entscheidung über das Schicksal Deutsch-Österreichs fallen würde. Es ist also in gewissem Sinne eine Tautologie, wenn von einer österreichischen und einer Oberhauptsfrage gesprochen wird.

Schon dem Verfassungsausschuß war es unmöglich gewesen, für einen Vorschlag eine Majorität zusammenzubringen. Von seinen 30 Mitgliedern hatten 9—10 einen Erbkaiser, 13 einen Wahlkaiser und 8 ein Direktorium gewollt. Briegleb, der zum

Stockmarschen Kreis zählte, soll am eifrigsten für den Erbkaizer gesprochen haben.⁸⁷⁾

Bei der Abstimmung im Plenum am 19. Januar 1849 fielen alle Anträge auf Direktorium, Präsidenten, Turnus etc. durch, auch der „Erbkaizer“ (mit 211 gegen 263 Stimmen); nur das „einheitliche fürstliche Oberhaupt“ und der Kaisertitel wurden mit 258 gegen 211 bzw. 214 gegen 205 Stimmen angenommen. Die einheitliche Spitze in der Form des Kaisertums war also gesichert! Dieses Ergebnis war für die Schleswig-Holsteiner ohne Zweifel ein großer Teilerfolg. Doch die Hauptentscheidung war damit immer noch nicht gefallen, nämlich: wer in Zukunft das Amt des deutschen Kaisers bekleiden sollte. Über diese Frage lesen wir bei Bied. folgende Sätze:

„Schon um Weihnachten hatte Herr Buß, der bekannte Ultramontane, auf eigene Hand eine Reise . . . (nach Olmütz) gemacht. Sein und seiner Gesinnungsgenossen ganzes Streben ging dahin, die deutsche Kaiserwürde dem jungen Kaiser von Österreich zuzuwenden. 'Man zeigte sich (in Olmütz) zu allem bereit, wofern Österreich an die Spitze gestellt würde', schreibt ein Mitglied der österreichischen Partei, Wuttke, in einem Bericht an seine Wähler.“

An einer andern Stelle heißt es:

„Das preußische Erbkaistertum hatte keinen erbitterteren Gegner als M. Mohl — ihm schwebte ein österreichisches Kaisertum über ganz Deutschland vor.“⁸⁸⁾

Jürgens behauptet, diese Angabe Bied.s sei „eine plumpe Unwahrheit, für die kein Schatten eines Belegs beizubringen und die nur erfunden“ sei, um die preußische Kaisermacherei zu beschönigen.⁸⁹⁾

Wer hat nun recht, Bied. oder Jürgens?

1. Ging der Österreicher „ganzes Streben“ dahin, dem jungen Kaiser Franz Joseph die deutsche Kaiserkrone zuzuwenden?

Schon der Siebzehner-Entwurf hatte bekanntlich für die Spitze des Reichs einen Kaiser vorgesehen. Schmerling, der damalige Vertrauensmann für Österreich, soll bei der Abstimmung an einen habsburgischen Kaiser, Dahlmann dagegen an einen Hohenzöllern gedacht haben.⁹⁰⁾ Als dann Gagern seinen „kühnen Griff“ tat, haben nachweislich viele Österreicher und auch Nichtösterreicher gehofft, man werde nun wieder zum historischen Kaisertum

zurückkehren (vgl. vorn S. 39 f.). Auch nach den großen Enttäuschungen, die die Österreicher im Verlaufe des Parlaments (Schmerlings Sturz!) erleben mußten, hat es unter den Großdeutschen noch manche Anhänger des alten deutschen Kaisertums gegeben. Selbst der linksgerichtete Abgeordnete Schuselka hatte einmal (am 9. Juni 1848) in Wien erklärt, Österreich müsse als Großstaat weiterbestehen, eine *n e u e* preußisch-deutsche Kaiserwürde sei unzweckmäßig und schädlich; falls der Kaiserplan durchginge, könne die Krone nur Österreich gehören.⁹¹⁾ Daß den monarchisch gesinnten Österreichern ihr österreichisches Kaisertum näher lag als ein preußischer „Gegen-Kaiser“ versteht sich von selbst.

Was nun die Denkschrift betrifft, mit der Buß Ende Dezember nach Österreich reiste, so war wohl in deren ursprünglicher Fassung für die Spitze des neuen Reichs der habsburgische Kaiser vorgesehen. Doch eben dieser Punkt ist von dem Erzherzog, dem die Schrift vorher vorgelegt wurde, wieder abgeändert und dafür ein Direktorium mit österreichischem Vorsitz eingesetzt worden.⁹²⁾ Dagegen hat die Denkschrift Würths, der einige Wochen später nach Wien reiste, die Gewinnung der deutschen Kaiserkrone als verlockend und notwendig hingestellt.⁹³⁾

Auch unter den Nichtösterreichern hat es einige eifrige Vorkämpfer für das historische Kaisertum gegeben. Zu den eifrigsten zählte Moritz Mohl von Stuttgart. Am 13. Februar hat sich der Sachse Hallbauer eingehend mit ihm über den österreichischen Erbkaiser besprochen.⁹⁴⁾

Es entspricht also der Wahrheit, daß in der Paulskirche Anhänger der Wiederaufrichtung des alten habsburgischen Kaisertums gesessen sind und daß auch für diese Idee gewirkt worden ist. Doch um der vollen Klarheit willen hätte Bied. auch hinzufügen müssen, wie völlig aussichtslos alle diese Bemühungen, dem jungen Kaiser Franz Joseph die deutsche Kaiserkrone zuzuwenden, gewesen sind, und wie klein das Häuflein dieser „Gesinnungsgenossen“ des Herrn Buß gewesen ist.

Als nämlich Buß und sein Begleiter Bally nach Frankfurt zurückkehrten, fanden sie bei ihren Parteigenossen nur sehr wenig Resonanz für ihre Pläne. Vom Pariser Hof z. B. wurden sie nicht zur Berichterstattung über ihre Reise eingeladen. „Schmerling hielt die Oberhauptsfrage augenblicklich für unlösbar und mit der Mehrzahl die Idee vom österreichischen Kaisertum für un-

praktisch.“⁹⁵) Der Österreicher Arneth erzählt in seinen Erinnerungen, er hätte kein Opfer und keine Anstrengung gescheut, dem Kaiser von Österreich die deutsche Krone auf sein jugendliches Haupt zu setzen, wenn für diesen Plan auch Aussicht auf Erfolg vorhanden gewesen wäre.⁹⁶)

Dazu noch 2 kleindeutsche Zeugnisse. Rümelin berichtete im „Schwäbischen Merkur“, für die Idee des österreichischen Kaisertums habe nicht einmal eine kleine Partei existiert, sondern nur vereinzelte und verlorene Stimmen hätten hartnäckig an dem hoffnungslosen Plan festgehalten.⁹⁷) Und Wurm schreibt, die Aufrichtung eines habsburgischen Kaisertums sei so wenig in Betracht gekommen, als die Frage, wie man es angreifen wolle, die Macht Preußens einem österreichischen Prinzen zur Verfügung zu stellen. „Wir bitten ausdrücklich zu bemerken“, heißt es wörtlich, „daß wir weit entfernt sind, Österreich die Absicht unterzulegen, es habe die Krone für sich gewollt. Wir bleiben dabei . . . : wenn Österreich auf seinem Wege die deutsche Kaiserkrone fand, wir sind nicht gewiß, daß es sie aufgenommen hätte; wir sind eher geneigt, es zu bezweifeln. Aber Preußen — Preußen sollte sie nicht haben.“⁹⁸) Damit kennzeichnet Wurm sehr treffend die Einstellung der Österreicher und ihrer Regierung.

Als die Großdeutschen am 11. Februar 1849 ihre Gesinnungsgenossen im Hotel Schröder zusammenriefen, drängten nur noch „Moritz Mohl von Stuttgart und Wedekind aus Hannover auf Herstellung des österreichischen Kaisertums, wurden aber sogleich durch Jürgens aus Braunschweig bekämpft, der die Schwierigkeiten hervorhob, welche Preußen diesem Plan entgegensetzen würde. Allgemein fand man für ungeeignet, auf ihn einzugehen.“⁹⁹) Im Hotel Schröder und im großdeutschen Verfassungsausschuß ist nach Jürgens „nie wieder die Rede davon“ gewesen. Auch sei nie, wie die Gegner behauptet hätten, in dieser Sache mit der Linken paktiert worden.¹⁰⁰)

Jene Strophe in dem „Schlaflied für den kleinen Kaiser“: „Die Schwarzen und die Gälen, / die wollen mein Kindlein stehlen“,¹⁰¹) darf also nicht wörtlich genommen werden; denn die Schwarzen haben in ihrer überwiegenden Mehrheit nach Schmerlings Sturz nicht mehr auf die Wiederherstellung des historischen Kaisertums gehofft. Da der Primat Österreichs in Deutschland fast allgemein als Anachronismus empfunden wurde, hüteten sich nachdenkliche Großdeutsche überhaupt, die schroffe Alternative: preußi-

scher oder österreichischer Erbkaiser zu stellen. Auch in den damaligen Flugschriften wurde die Entscheidung in der Oberhauptfrage selten zugunsten Österreichs getroffen.¹⁰²⁾ Die Oberhauptform, die die große Mehrheit der Großdeutschen angestrebt hat, war vielmehr das *Direktorium*, bestehend aus drei, fünf oder neun Fürsten mit zwischen Preußen und Österreich wechselndem Vorsitz.

2. Haben die Großdeutschen vor der Abstimmung eine Verabredung mit der Linken getroffen?

Dieser Vorwurf ist nach Jürgens von den Kleindeutschen damals erhoben worden.¹⁰³⁾ Bied. erwähnt nichts davon, aber er gebraucht in seiner Darstellung für die nun folgende Zeit sehr häufig den Ausdruck „Koalition“.

Tatsächlich war damals etwas geschehen, das für Außenstehende wie eine Koalition ausgesehen hat. Wuttke (grd.) hatte nämlich die Gegner des Erbkaisertums im Braunfels zusammengerufen, um sie für das Votum für ein Kaisertum auf 6 Jahre zu überreden. Und er hat in der Tat nicht weniger als 196 Stimmen (!) für diesen Antrag gewinnen können.¹⁰⁴⁾

Staatspolitisch betrachtet war der „Kaiser auf 6 Jahre“ natürlich ein Monstrum. Die rein negative Tendenz: die Erblichkeit u. a. U. zu Fall zu bringen, ist hier deutlich erkennbar. Die Krone hätte eben für Friedrich Wilhelm nichts Verlockendes und Erstrebenswerthes darstellen sollen. Das Werben für den „Kaiser auf Zeit“ war also nicht dadurch bedingt, daß Wuttke von der Güte dieser Regierungsform überzeugt gewesen wäre, sondern er hat dies lediglich aus taktischen Erwägungen getan.

Ob es in der Versammlung im Braunfels zu Transaktionen zwischen den Großdeutschen und der Linken gekommen ist, kann nicht unbedingt verneint werden; denn es fehlen die Zeugnisse. Doch, wenn die Großdeutschen damals der Linken feste Versprechungen gemacht hätten, so wäre das sicher nachher bekannt geworden, und die Kleindeutschen hätten bestimmt nicht darauf verzichtet, diese Verfehlung der Großdeutschen als wirksames Agitationsmittel zu benutzen. Da Jürgens von der Zusammenkunft im Braunfels angeblich überhaupt nichts gewußt hat, ist es wahrscheinlich, daß es sich in diesem Fall weniger um eine allgemein großdeutsche Angelegenheit als um eine persönliche *Aktion* Wuttkes gehandelt hat.¹⁰⁵⁾

Am 3. Februar 1849 beendigte die Versammlung die erste Lesung der Verfassung. Das Erreichte trug stark fragmentarischen Charakter und enthielt außerdem manche Widersprüche. Doch die Kleindeutschen konnten mit dem Ergebnis zufrieden sein. Die Ausichten der Großdeutschen dagegen hatten sich entsprechend verschlechtert; denn so wie die Verhältnisse lagen, war ein österreichischer Kaiser nicht mehr durchzusetzen. Wenn der preußische Freiherr v. Vincke trotzdem den Großdeutschen von der Tribüne herab zurief, er würde es weit lieber sehen, daß das Haus Österreich erblich an die Spitze Deutschlands käme und Preußen sich ihm unterordne, als daß ihre Trias oder Direktorium „und aller andere Kohl“ eintreten sollte, so ist das nur rhetorisch zu werten.¹⁰⁶⁾

Seit die Kleindeutschen ihr „einheitliches fürstliches Oberhaupt“ durchgesetzt hatten, trat in der Einstellung der Großdeutschen zum Verfassungswerk eine gewisse Änderung ein. Es ist „leidig wahr“, schreibt Jürgens, „daß von jetzt an nur zu viele lieber gar keinen Beschluß zustandekommen als von ihrer Meinung lassen wollten“; doch auch die Kaiserlichen hätten keine Ausnahme gemacht, ja sie seien darin am weitesten gegangen.¹⁰⁷⁾

E) Die Präsidentenwahl vom 5. Februar 1849.

Zwei Tage nach Beendigung der ersten Lesung der Verfassung war wiederum Präsidentenwahl. Bei Bied. finden wir darüber folgende Notiz:

„Später, als die Linke durch ihre Vereinigung mit den Großdeutschen über eine Stimmenmehrheit gebot, hätte Heinrich Simon reüssieren können, allein er war zu stolz, um seine Erhebung (zum Präsidenten) einer Koalition zu verdanken, die er vom Anfange an bekämpft hatte.“¹⁰⁸⁾

Bied. spricht hier von der „Vereinigung“ und „Koalition“ der Großdeutschen mit der Linken wie von einer vollzogenen Tatsache.

Nähere Auskunft über die damalige Wahl gibt ein Brief H. Simons. Er schreibt dort: „... In der Tat könnte ich die erste Ehrenstellung Deutschlands bei einigermaßen geringerer Gewissenhaftigkeit erhalten. Es wurde uns aus der Linken seitens des gesamten Hotel Schröder (die Österreicher der Versammlung) und vom Pariser Hof (den Separatisten) durch Deputationen angeboten, mich zum ersten Präsidenten zu wählen, wenn wir dafür ihren v. Mühlfeld zum dritten Präsidenten wählten. Das wurde jedoch von mir aufs entschiedenste und so dann auch von der Linken zurückgewiesen ...“¹⁰⁹⁾

Im Gegensatz zu dieser Briefstelle steht eine Erklärung Jürgens', die er nach der Wahl in der Oberpostamtszeitung, dem ministeriellen Organ, veröffentlichte: „Der Pariser Hof hat nie auch nur in der entferntesten Verbindung mit den Fraktionen der Linken . . . gestanden, nie eine Verabredung irgend einer Art mit ihnen getroffen, hat sie niemals beschickt und ist niemals von ihnen beschickt worden“, der Pariser Hof habe vielmehr für den Vorschlag der Milani-Partei (Simson — G. Beseler — Edel) gestimmt, alles andere sei Verdrehung der Tatsachen.¹¹⁰⁾

1. Ist H. Simon vom Hotel Schröder und vom Pariser Hof das Präsidentenamt angetragen worden?

Obwohl diese Frage auf Grund der Quellen nicht endgültig beantwortet werden kann, soll doch wenigstens ein Versuch unternommen werden, den zwischen den Quellen H. Simon und Jürgens bestehenden Widerspruch zu erklären.

Da der Nachfolger Gagerns auf dem Präsidentenstuhl, Edouard Simson, ein entschiedener Freund Preußens war, ist es begreiflich, wenn die Großdeutschen diesen nicht mehr zum Präsidenten haben wollten; da ferner seit dem Sturz Schmerlings die Österreicher von allen wichtigeren Ämtern so gut wie ausgeschlossen waren, ist es sehr wahrscheinlich, daß das Hotel Schröder dem linksorientierten Heinrich Simon *) die erste Präsidentenstelle unter der Bedingung angeboten hat, daß der Österreicher v. Mühlfeld wenigstens die dritte Präsidentenstelle erhielte. Sehr fraglich ist es jedoch, ob auch der Pariser Hof Heinrich Simon offiziell durch eine Deputation beschickt hat; denn wäre dies tatsächlich der Fall gewesen, dann hätte es Jürgens wohl kaum in der Zeitung so entschieden in Abrede stellen können. Der Widerspruch zwischen den Quellen Jürgens und H. Simon kann vielleicht so erklärt werden, daß einige Mitglieder des Pariser Hofes Heinrich Simon nur *privatim* — also ohne Auftrag ihrer Partei — sondiert haben. Oder aber sind an der Deputation des Hotels Schröder solche Abgeordnete mitbeteiligt gewesen, die zu-

*) Sowohl Edouard Simson als auch Heinrich Simon waren jüdischer Abstammung. H. Simon zählte zur Westendhalle.

gleich auch Mitglieder des Pariser Hofes gewesen sind,*) und Heinrich Simon hätte daraus eben den falschen Schluß gezogen, die Deputation wäre auch im Auftrage des Pariser Hofes gekommen. Doch das ist nur eine Vermutung, die Frage kann, wie gesagt, nicht endgültig beantwortet werden.

2. Aus welchen Motiven hat Heinrich Simon die Kandidatur abgelehnt?

Die Kandidatur H. Simons für das Präsidentenamt, an das, nebenbei bemerkt, ein monatliches Gehalt von 2 000 Gulden geknüpft war, wäre sehr wahrscheinlich von Erfolg gewesen. Umso fragwürdiger will es uns scheinen, daß H. Simon nur aus „Stolz“, wie Bied. behauptet, das Amt ausgeschlagen haben soll. Dieses Motiv mag mitgespielt haben, denn H. Simon schreibt in dem erwähnten Brief, er sei aufs entschiedenste gegen jede Koalition politisch sich gegenüberstehender Parteien, welche nur in einer einzigen Richtung zusammengingen; eine derartige Verbindung gäbe nur unrichtige Resultate und fördere nicht.¹¹¹⁾

Doch viel wesentlicher sind sicher zwei andere Motive gewesen, die ebenfalls in dem Brief genannt werden. Da war zunächst ein „geschäftlicher Grund“, der H. Simon das Amt des Präsidenten als „unersprießlich“ erscheinen ließ, nämlich die Unsicherheit, wie lange die Majorität, die ihn wählen wollte, auch nach der Wahl ihn noch unterstützen würde. Er meint, ein Präsident müsse „über die Dauer momentaner Verhältnisse hinaus und abgesehen von den augenblicklichen Parteistellungen“ auf die vollständige Unterstützung einer Majorität rechnen können.¹¹²⁾ Diese Stelle ist geradezu ein Beweisgrund dafür, wie schlecht es mit der angeblichen „Koalition“ bestellt gewesen sein muß.

Noch wichtiger ist für H. Simon vielleicht der andere, der „ganz besondere Grund“, wie er ihn nennt, gewesen. Er fürchtete nämlich, er möchte sich durch die Annahme der Wahl in Preußen

*) Etliche österreich. Abgeordnete sind gleichzeitig Mitglied im Hotel Schröder und im Pariser Hof gewesen, was durchaus keine Inkonsequenz war; denn beide Parteien verfolgten großdeutsche Politik und unterschieden sich im wesentlichen nur durch ihre landsmannschaftliche Zusammensetzung.

vollends ganz unmöglich machen. Durch seine Schrift „Annehmen oder Ablehnen“, in der er Friedrich Wilhelm beschworen hatte, nicht Steine statt Brot zu geben, sondern auf des Volkes Stimme (= Gottes Stimme!!) zu hören, hatte er seiner Stellung in Preußen sehr geschadet. Er war wegen Majestätsbeleidigung angeklagt und steckbrieflich verfolgt worden; infolge des Ausbruchs der Revolution jedoch hatte das Verfahren gegen ihn eingestellt werden müssen. In dem Brief schreibt er: „Gerade weil ich deutsch gesinnt, habe ich auf Preußen losgeschlagen in meinen Reden, so oft es undeutsch handelte. In Preußen hat man das mißverstanden und hält mich nicht für deutsch, sondern für spezifisch antipreußisch, und schon jetzt ist meine Stellung dadurch dort äußerst schwierig. Auch die Österreicher scheinen in demselben Mißverstehen befangen und anzunehmen, ich hätte einen besonderen Preußenhaß ...“¹¹³)

Zusammenfassend können wir feststellen, daß auch anläßlich der Präsidentenwahl vom 5. Februar 1849 kein Pakt zwischen der Linken und den Großdeutschen geschlossen worden ist, sondern daß es sich nur um den Versuch eines gemeinsamen Vorgehens gehandelt hat. Sogar die Deutsche Zeitung (Organ der Kld.) schrieb nach der Wiederwahl Eduard Simsons, der ein äußerst gewandter und fähiger Präsident war, es habe wohl eine Opposition gegen Simson bestanden, aber es sei keine künstliche Verabredung getroffen oder eine Koalition zur Herstellung einer künstlichen Majorität geschlossen worden. Dann folgt noch ein Lob auf die Linke, mit dem unmißverständlich um ihre Bundesgenossenschaft geworben wird: man habe der Linken, heißt es, immerfort negierende Haltung und Mangel an patriotischer Gesinnung vorgeworfen; wenn sie jedoch auch ferner die Bundesgenossenschaft der Ultramontanen, Partikularisten und der Schüler Metternichs zurückweise und sich auf die Seite der Kleindeutschen schlage, so werde man gerne bereit sein, jenen Vorwurf zurückzunehmen.¹¹⁴)

F) Der Kampf um das Wahlgesetz und den Beginn der 2. Lesung.

Nachdem die erste Lesung der Verfassung am 3. Februar 1849 vollendet war, drängten die Kleindeutschen auf sofortigen Beginn der zweiten Lesung. Sie wollten also nicht erst die Erklärungen

der Regierungen abwarten, sondern hofften, ihren „Erbkaiser“ in einem raschen Anlauf vollends durchsetzen und die Verfassung ohne Verzögerung endgültig beschließen zu können. Auf diese Weise, d. h. indem sie die Regierungen vor eine vollendete Tatsache zu stellen gedachten, glaubten sie deren Zustimmung am sichersten zu sein.

In fieberhafter Eile wurden darum vom Verfassungsausschuß, in dem ja die Kleindeutschen tonangebend waren, die §§ nochmals durchberaten. Gagern und die andern Parteihäupter beabsichtigten spätestens am 19. Februar mit der zweiten Lesung zu beginnen. Am 22. Februar war der Verfassungsausschuß mit der Revision bereits zu Ende.¹¹⁵⁾ Da wurde den Kleindeutschen ein Strich durch die Rechnung gemacht. Die Linke setzte nämlich durch, daß zwischen der ersten und zweiten Lesung das Wahlgesetz, an dem ihr sehr viel lag, beraten wurde. Die Debatten darüber dauerten vom 15. Februar bis 2. März. Das Gesetz fiel sehr radikal aus; die Linke war mit dem Ergebnis zufrieden. Mit der zweiten Lesung aber konnte erst am 11. März begonnen werden.

Diese Verzögerung der zweiten Lesung und vor allem das radikale Wahlgesetz gaben den Kleindeutschen wieder Anlaß zu Klagen über die Großdeutschen. „Die Österreicher, die ganze grd. Partei, glaubte an ihre Niederlage bei der zweiten Lesung und trachtete nur darnach, unser Werk möglichst unannehmbar zu machen: so stimmten bisher sehr konservative*) Mitglieder mit der Linken“, schreibt Max Duncker.¹¹⁶⁾ In einer andern Quelle heißt es: „Die Linke, in Verbindung mit den Schwarzgelben und den Ultramontanen stimmte stets für Verschleppung der zweiten Lesung, und bei den . . . öffentlichen Abstimmungen machte sich diese unnatürliche Koalition in der unangenehmsten Weise geltend.“¹¹⁷⁾ Der Abgeordnete Ambrosch klagt am 22. Februar in einem Brief, die Österreicher würden der Linken helfen, das Wahlgesetz so sehr wie möglich zu verderben, und die Linke den Österreichern, die zweite Lesung der Verfassung so lange als tunlich zu verschleppen.¹¹⁸⁾ Auch Laube ist empört über die „berüchtigte lügenhafte und unmoralische Koalition“, deren Zerstörungsabsicht beim Wahlgesetz „schreiend offenbar“ geworden sei.¹¹⁹⁾ Und Haym

*) Gemeint sind damit die Gemäßigten-Liberalen.

meint, die Unterstützung, die die Österreicher der Linken beim Wahlgesetz geleistet, sei das Handgeld gewesen, für das die Linke sich für das „Direktorium“ der Großdeutschen habe werben lassen.¹²⁰⁾

Doch hören wir noch, was Bied. darüber berichtet:

„Entscheidender noch für die Linke war die Frage des Wahlgesetzes. Das Recht oder wenigstens die Macht der Volksvertretung zur faktischen Alleinherrschaft, würde, so dachte die Linke, sich schon finden, wenn nur durch das allgemeine Stimmrecht und nötigenfalls noch durch den „Druck von außen“ diese Volksvertretung zum unbedingten Werkzeug ihrer demokratischen Prinzipien gemacht wäre. Das allgemeine Wahlrecht war daher der *Kaufpreis*, um welchen die Linke, wie L. Simon ganz offen auf der Tribüne erklärte, ihre Bundesgenossenschaft verhandelte. Ohne eine solche künstliche Allianz vermochte sie dasselbe nicht durchzusetzen, wenn schon der Württbg.Hof und ein Teil des Landsberg (!) darin mit ihr ging. Denn alle übrigen Fraktionen waren darüber einig, daß irgend welche Beschränkung des allgemeinen Wahlrechts notwendig sei. . . . Über das Maß und die Art dieser Beschränkung waren freilich die Meinungen auf der Rechten sehr verschieden . . . Welche Mannigfaltigkeit der Ansichten und der Vorschläge kam da zum Vorschein! Und zwar zweigten sich diese nicht gerade nach den Klubs ab — es gab im Kasino solche, die sich der leichtesten, und wiederum im Augsbg.Hofe solche, die sich der stärksten Beschränkung zuneigten.“¹²¹⁾

„In einem Punkte trafen die Interessen beider Parteien (der Grd. und der Linken) zusammen, in der *Verzögerung* des eigentlichen Verfassungswerkes. Die Linke rechnete auf die Schwächung der konservativen Majorität durch den fortgesetzten Abgang von Mitgliedern aus deren Reihen, der in der Tat täglich zunahm, sowie durch den *Zufluß* solcher auf ihrer Seite, namentlich auch infolge der neuen Wahlen in Österreich, die jetzt ebenso sehr von der Regierung betrieben wurden,*) wie man sie früher trotz aller Mahnungen von Frankfurt aus vernachlässigt hatte. Noch unmittelbarer kam dieser letztere Umstand natürlich der grd. Partei zugute, die außerdem aber auch einen besonderen Grund ihrer *Zögerungspolitik* hatte. Am 25. Februar war nämlich von ihr eine Deputation, bestehend aus den Herren Heckscher, v. Hermann und Sommaruga, nach Olmütz gesandt worden, um das dortige Ministerium aus seiner Gleichgültigkeit gegen die

*) Bied. hat also auch diese damalige Zeitungsente in seine „Erinnerungen“ aufgenommen. Da er sein Buch notabene erst nach Beendigung des Parlaments verfaßt hat, kann dies nicht etwa mit der Furcht vor den erwarteten neueintretenden Österreichern entschuldigt werden.

Nat.Vers. herauszureißen und über seine Absichten sich zu verge-
wissern'. Bis zu ihrer Rückkehr mußte man die Nat.Vers. von
Beschlüssen abzuhalten suchen.“⁽¹²²⁾)

Nun zur Kritik.

1. Haben die Großdeutschen den Beginn der zweiten Lesung verzögert?

Der grd. gesinnte Jürgens gibt unumwunden zu, daß die Groß-
deutschen nach der ersten Lesung eine Atempause für dringend
nötig gehalten haben; Welcker sei mit einigen andern vom Ver-
fassungsausschuß weggeblieben, um ihn dadurch beschlußunfähig
zu machen.⁽¹²³⁾ Die Großdeutschen haben also bewußt verhindern
wollen, daß schon am 19. Februar mit der zweiten Lesung begonnen
würde. Reichensperger forderte mit Rücksicht auf Österreich sogar
eine dritte Lesung.⁽¹²⁴⁾)

Die Gründe für diese obstruktive, d. h. beschlußhemmende
Haltung der Großdeutschen sind sehr naheliegend. Sie brauchten
erstens Zeit zur Vorbereitung auf den bevorstehenden Kampf, der
in der zweiten Lesung noch hartnäckiger geführt werden würde;
um geschlossen vorgehen und eine erfolgreiche Politik betreiben zu
können, bedurften sie vor allem eines parteimäßigen Zusammen-
schlusses aller grd. Gesinnten. Dann aber hofften sie zweitens, daß
die Regierungen sich gegen die Verfassung erklären bzw. daß die
österreichische Regierung ihnen positive Änderungsvorschläge
machen würde.

2. Doch haben die Großdeutschen zu diesem Zwecke eine Koalition mit der Linken geschlossen?

Die Versuchung, sich die Bundesgenossenschaft der Linken
durch Konzessionen zu erkaufen, ist ohne Zweifel sehr groß ge-
wesen. Auf einer Versammlung der Großdeutschen am 14. Fe-
bruar in der Mainlust, wozu alle Abgeordnete eingeladen
waren, die „das Verbleiben der deutsch-österreichischen Lande in
einem wahren und kräftigen, das gesamte Deutschland umfassen-
den Bundesstaate anstrebten“, hat Vogt (Deutscher Hof) den
Großdeutschen die Koalition angeboten. „In einer Beziehung, er-
klärte Vogt, sei er käuflich: für jeden Zoll Volksfreiheiten verhandle
er einen Zoll vom Oberhaupte.“ „Man sichere uns ein freies Wahl-

gesetz, und ich willige in den Kauf“, soll er gesagt haben. Doch Bied. muß selbst zugeben, daß die Versammlung wieder auseinandergegangen sei, ohne sich gegenseitig durch Versprechungen gebunden zu haben.¹²⁵⁾ Jürgens bemerkt dazu, daß, falls die Großdeutschen eine Koalition mit der Linken beabsichtigt hätten, es ganz unsinnig gewesen wäre, dies in einer öffentlichen Versammlung zu tun.¹²⁶⁾

Das gleiche Angebot machte nämlich Vogt am 17. Februar im Weidenbusch, als sich dort die kld. Partei konstituierte. Ja, er soll vom Weidenbuschverein sogar in den Ausschuß vorgeschlagen worden sein, was er jedoch abgelehnt habe.¹²⁷⁾ Bied. erzählt natürlich nur von dem Vorfall in der Mainlustversammlung. Tatsache ist, daß es weder in der Mainlust noch im Weidenbusch zu einem Bündnis zwischen den Großdeutschen bzw. den Kleindeutschen und der Linken gekommen ist.

Obwohl Bied. zugibt, daß die Österreicher in der Mainlust keine Koalition geschlossen haben, behauptet er trotzdem, das allgemeine Wahlrecht sei von L. Simon (linksradikal) an die Großdeutschen verhandelt worden; nur durch diese künstliche Allianz hätte die Linke das Gesetz durchgebracht. Dazu wäre zu sagen, daß es unter den Großdeutschen viele Anhänger des allgemeinen Wahlrechts gegeben hat. Der Abgeordnete Wuttke z. B. hat im Württbg.Hof intensiv für das allgemeine Wahlrecht geworben, und es ist ihm sogar gelungen, dieses als Klubbeschuß durchzusetzen!¹²⁸⁾ Auch etliche zur äußersten Rechten zählende Großdeutsche haben für das allgemeine Wahlrecht gestimmt. Doch eine Koalition ist zu diesem Zweck nicht geschlossen worden.

Zum Beweis dieser Behauptung braucht man sich nicht einmal auf die Versicherungen der Großdeutschen zu berufen, sondern es genügt wiederum ein aufmerksames Lesen der kld. Quellen, um zu erkennen, daß damals keine Koalition existiert hat. So berichtet Rümelin am 21. Februar an den „Schwäbischen Merkur“ in Stuttgart, durch das Stimmen der Österreicher gegen jede Beschränkung des Wahlrechts sei wirklich der „Verdacht“ nahegelegt worden, als ob jener Pakt: „um jeden Zoll Oberhaupt eine Konzession an die Demokratie“ wenigstens von der einen Seite „vorläufig“ erfüllt worden sei.¹²⁹⁾ Vager hätte Rümelin die

Neuigkeit von dem Pakt wohl kaum formulieren können. Sehr unbestimmt drückt sich auch Haym über die „Koalition“ aus: „Hatten wir nicht schon immer von einer Koalition . . . gesprochen? Wie nun: wenn man uns endlich doch nicht unrecht behalten ließe, wenn man . . . handelseinig würde . . .?“⁽¹³⁰⁾ Und an einer andern Stelle schreibt er, das Schicksal der Verfassung ruhe auf jener schwankenden Koalition, von der man nicht sagen könne, daß sie schon abgeschlossen sei, deren Abschluß aber täglich erwartet (!) werde.⁽¹³¹⁾

Auch in Bied.s Darstellung fehlt die Hauptsache, nämlich, wann denn die Koalition abgeschlossen worden sein soll. Er spricht nur von dem Kaufpreis und dem Angebot der Bundesgenossenschaft durch L. Simon, um dann gleich fortzufahren: „ohne eine solche künstliche Allianz . . .“

In Wirklichkeit hat es sich auch in diesem Fall nur um den Versuch einer Koalition gehandelt, wie uns Jürgens bezeugt: „Ein Teil der Großdeutschen hatte von Anbeginn dieser Streitigkeiten geglaubt, daß der voreilige Übergang zur zweiten Lesung nur durch Voranstellung des Wahlgesetzes verhindert werden könne, und daß demnach der Linken nachgegeben werden müsse. Hierzu waren die aus Fraktionen der Linken Herübergekommenen umso geneigter, weil sie prinzipiell das allgemeine Stimmrecht billigten. Aus ihnen bemühten sich, jedoch lediglich auf eigene Hand, einzelne, eine Abrede mit der Linken dahin zu treffen, daß diese das Direktorialprinzip annähme und dagegen die Priorität der Wahlgesetzberatung erhielte. Die Linke war geneigt, allein man konnte über Besprechungen nicht hinauskommen; die grd. Partei war nicht derart organisiert, daß in ihrem Namen so leicht hätte paktiert werden können; man durfte auf eine allgemeine Zustimmung im Hotel Schröder nicht zählen. Als die Sache hier zur Sprache kam, waren die Meinungen sehr geteilt . . . Der Versuch scheiterte gänzlich, und umso mehr, da in dieser grd. Vereinigung Parteibeschlüsse nicht stattfanden, und da die Fraktion im Pariser Hofe noch entschiedener abgeneigt war. Von diesen Vorgängen war unsichere Kunde in das Lager der Erbkaiserlichen gedrungen.“⁽¹³²⁾

3. Wer trägt die Verantwortung für das radikale Wahlgesetz?

Es haben, wie schon erwähnt wurde, viele Großdeutsche für das allgemeine Wahlrecht gestimmt. Doch es wäre nicht gerecht, wollte man sie nun allein für das radikale Gesetz verantwortlich machen.

Nicht weniger schuld an dem allgemeinen Wahlrecht tragen nämlich die Kleindeutschen selbst; denn, absolut genommen, haben sogar mehr Kleindeutsche (ca. 100) als Großdeutsche mit der Linken gestimmt.¹³³⁾ Haym berichtet, in ihren eigenen Reihen seien „hartnäckige und unbekehrbare Verteidiger des vote universel“ gesessen.¹³⁴⁾ Auch Bied. verschweigt es nicht, daß selbst im Kasino einige für leichteste Beschränkung des Wahlrechts gewesen sind. Am meisten soll der Landsberg gesündigt haben.¹³⁵⁾

Doch es hat damals auch noch andere Faktoren gegeben, die zu diesem Sieg der Linken mitgeholfen haben. An erster Stelle ist die Tatsache zu nennen, daß ja die Versammlung selbst, „kraft allgemeinen Stimmrechts entstanden“ ist, und es schon aus diesem Grunde sehr schwer war, den eigenen „Ursprung zu verleugnen“.¹³⁶⁾ „Die erste und größte (Schwierigkeit), die sich der Herstellung eines einschränkenden Wahlgesetzes entgegenstellte, lag darin, daß dies die Abschaffung des einmal bestehenden unbeschränkten gewesen wäre, und daß diese Abschaffung von einer Versammlung ausgehen sollte, die selbst aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen war. Mancher ... konnte sich des Gefühls nicht erwehren, daß solch' ein Votum ... eine Impietät gegen ein Gesetz sei, welchem er selbst doch das Recht verdanke, dagegen protestieren zu können. Wie man es immer betrachten mochte, es ging dabei nicht ab ohne einen logischen oder gar moralischen Bruch ...“*) So rechtfertigt Haym das Stimmen der Kleindeutschen für das allgemeine Wahlrecht.

*) Haym, II, S. 290.

Die Deutsche Zeitung (kld. Organ) schrieb damals, die „wissenschaftliche Frage“ müsse vor denen des Lebens verschwinden, das Wort „allgemeines Wahlrecht“ sei einmal ausgesprochen worden und könne ohne Gefahr nicht mehr zurückgenommen werden. Die Gefahr der Gewährung sei geringer als die der Verweigerung. S. Jürgens, II, 2, S. 77.

Und als später die Kleindeutschen eben das allgemeine Wahlrecht zum Gegenstand eines regelrechten Paktes mit der Linken machten, schrieb die-

Außerdem hatte auch der preußische König seinem Volk in der preußischen Verfassung vom 5. Dezember 1848 das allgemeine Wahlrecht zugestanden. Und die Paulskirche konnte doch nicht hinter dem als reaktionär verschrienen Preußen zurückstehen.¹³⁷⁾

Sehr nachteilig hat sich auch die überaus große Anzahl der Beschränkungsvorschläge ausgewirkt, denn sie machten eine Einigung von vornherein fast unmöglich. Die Fülle der Vorschläge war wohl eine unmittelbare Folge aus den beiden zuerst genannten Tatsachen. Das allgemeine Stimmrecht hatte bereits seine magische Wirkung auf die Gemüter ausgeübt, so daß alle Vernunftgründe nichts mehr nützten.

Zu dem Sieg der Linken hat endlich die Spaltung der gemäßigten Majorität in ein grd. und kld. Lager sehr viel beigetragen; denn die Linke war seitdem das Zünglein an der Waage. Die Großdeutschen zählten etwa 130 Mitglieder, die Linke ebensoviel und die Kleindeutschen 220 bis 230.¹³⁸⁾ Somit konnten sowohl die Kleindeutschen als auch die Großdeutschen nur durch Unterstützung (bzw. Stimmenthaltung) der Linken einen Mehrheitsbeschluß zustande bringen, wobei die Großdeutschen allerdings entschieden mehr auf die Linke angewiesen waren als die Kleindeutschen. Die Folge war, daß es niemand mit der Linken verderben wollte und diese schließlich aus dem Gegensatz der beiden Lager als der lachende Dritte den größten Nutzen ziehen konnte.

G) Der „Antiverfassungsausschuß“ der Großdeutschen oder das „Komplott gegen Gagern“.¹³⁹⁾

Da die Großdeutschen die Teilnahmslosigkeit, mit der die österreichische Regierung dem Frankfurter Verfassungswerk gegenüberstand, wohl gekannt haben, ergriffen sie selbst die Initiative und wählten zum Zwecke der Ausarbeitung von Verbesserungsvorschlägen zur Verfassung aus erster Lesung einen besonderen Ausschuß. Die Kleindeutschen waren über diesen „Antiverfassungsausschuß“, wie sie ihn nannten, sehr aufgebracht und sprachen von

selbe Zeitung: die Erbmonarchie mit dem absoluten Veto auf der einen Seite, das freieste Wahlrecht als breite demokratische Grundlage auf der andern, so stünde die Partie gleich und das Gleichgewicht der konservativen und der demokratischen Elemente sei hergestellt! S. Jürgens, II, 2, S. 657. Vgl. auch hinten S. 190 ff. und S. 198.

einem „förmlichen Komplott gegen Gagern“.¹¹⁰) Besonders heftig wurden ihre Angriffe, als dieser Ausschuß Fühlungnahme mit der Linken und der österreichischen Regierung suchte. Er habe nur Löcher in die Verfassung geschnitten, die der Linken sehr erwünscht gewesen seien, meint Laube.¹¹¹)

Bied. weiß darüber folgendes zu berichten:

Die Großdeutschen „erkannten die Notwendigkeit an, daß endlich einmal positive Vorschläge über das Verhältnis Österreichs zu Deutschland gemacht würden. Ein Ausschuß ward niedergesetzt, bestehend aus den Herren Ahrens, Edel, Giskra, v. Hermann, Heckscher, Reichensperger, Sommaruga, Welcker, Würth, Wydenbrug, Wuttke. Man nannte ihn den 'großdeutschen' Verfassungsausschuß — im Gegensatz zu jenem, der, wie man spottweise sagte, eine Verfassung nur für 'Kleindeutschland' (ohne Österreich) gemacht habe.

Die Verfassung, welche dieser Ausschuß entwarf, stellte eine Reichsregierung von 7 Mitgliedern auf — Vertretern der einzelnen Staaten, resp. Staatengruppen —, an ihrer Spitze eine Reichsstatthalterschaft, abwechselnd bekleidet von Österreich und Preußen. Reichsrat und Zivilliste fielen weg. Das absolute Veto, selbst bei Verfassungsänderungen, ward in ein suspensives verwandelt.

... Welcker betonte besonders die Punkte, welche als Lockspeise für die Linke dienen konnten, den Wegfall des Reichsrats und der Zivilliste, das suspensive Veto.

... Der großdeutsche Entwurf ward den drei Klubs der Linken gedruckt mitgeteilt, von diesen durch eine eigens dazu niedergesetzte Kommission geprüft und amendiert. Die Vorschläge dieser Kommission waren im ganzen den Großdeutschen günstig; die 'Siebenprinzenregierung' (wie es Rießer) oder der 'Direktorial-extrakt' (wie es L. Simon nannte) wurde genehmigt (?); die, seinerzeit von der Linken so heftig verfochtenen §§ 2 und 3 wurden preisgegeben gegen die nichtssagende Phrase des großdeutschen Entwurfs; auch in dem Abschnitt von der Reichsgewalt ließ man manches der Ausnahmestellung Österreichs nach.

Doch hütete sich die Linke wohl, sich fest zu binden. 'Zu einem förmlichen Vertrage kam es nicht', klagte Wuttke. Die Verbindung blieb vielmehr eine lose und unsichere ... Doch bestand zwischen beiden Teilen ein fortgesetztes Einvernehmen; ... Natürlich war und blieb das Bündnis auf gegenseitiges Mißtrauen begründet — jeder Teil suchte den andern zu überlisten, so viel als möglich für sich zu erreichen und so wenig als möglich dagegen zu gewähren ... Die Linke ... wollte den Kaufpreis erst vollständig in der Tasche haben, bevor das Zahlungleisten an sie käme; dann, wie Vogt andeutete, konnte sie ja noch immer tun, was ihr gut dünkte. Die Großdeutschen freilich dachten ebenso.“¹¹²)

Bied. gibt also selbst zu, daß es zu keinem förmlichen Vertrag mit der Linken gekommen ist. Dafür wirft er aber den Großdeutschen an einer anderen Stelle vor, sie hätten sich „fortwährend zum Helfershelfer und Mitschuldigen aller der einheits- und freiheitsfeindlichen Bestrebungen (gemacht), durch welche das österreichische Kabinett, getreu der von Metternich überkommenen Politik, die nationale Wiedergeburt Deutschlands zu hindern“ gesucht habe.¹⁴³⁾ „Bereitwillig“ sei die grd. Partei auf die „Intentionen der österreichischen Regierung“ eingegangen, die auf die gänzliche Beseitigung der gesetzgebenden Volksvertretung abgezielt hätten.¹⁴⁴⁾ Baron v. Sommaruga vor allem soll sich „eifrigst bemüht“ haben, „die Jungösterreicher . . . in den Schoß der alleinseligmachenden k. k. Gouvernentalpolitik zurückzuführen“, was ihm auch „so ziemlich“ gelungen sei.¹⁴⁵⁾

Am meisten wurde der österreichische Bevollmächtigte v. Schmerling verdächtigt, für die Pläne seiner Regierung intrigiert und konspiriert zu haben. Von ihm und damit von der österreichischen Regierung sollen die österreichischen Abgeordneten die Parole empfangen haben. Ihm habe man den Zwiespalt zweier sonst so befreundeten großen Nationen zuzuschreiben. Mit Hilfe der Regierungen habe er die Verfassung dem deutschen Volke oktroyieren wollen. Er sei sogar werbend für eine österreichische Note eingetreten, die versteckt nichts anderes als die Rückkehr zum alten Bundestag gefordert hätte. Die Deputationen, die er nach Österreich gesandt habe, seien auf Kosten des österreichischen Staatsschatzes gereist. Solche und ähnliche Anklagen wurden von den Kleindeutschen erhoben.¹⁴⁶⁾

Noch häufiger ist den Großdeutschen vorgehalten worden, sie hätten überhaupt keine positiven Vorschläge. Auch Bied. schreibt: „Nicht ein hohes, begeisterndes Ziel des Schaffens und Aufbauens trieb sie an, nein! nur kalte, häßliche Lust am Zerstören, am Hemmen, am Verwirren fremder Zwecke, nachdem man eingesehen, daß man seine eigenen nicht erreichen könne“.¹⁴⁷⁾ Die Stellung der Österreicher in der Paulskirche nennt er „unnatürlich, innerlich unwahr und dem deutschen Einigungswerke verderblich“.¹⁴⁸⁾

Im folgenden sollen die drei Fragen untersucht werden: erstens, wie weit die Annäherung zwischen dem grd. Verfassungsausschuß

und der Linken gegangen ist, zweitens, ob die Großdeutschen im Dienste des österreichischen Ministeriums gestanden sind und drittens, ob sie in der Paulskirche nur destruktiv gewirkt haben.

1. Hat der großdeutsche Verfassungsausschuß ein „Bündnis“ mit der Linken geschlossen?

Immer wieder stoßen wir bei Bied. auf die gleiche unklare und mißverständliche Ausdrucksweise. Nachdem er eben erst anerkannt hat, daß es zu keinem „förmlichen Vertrag“ gekommen ist, spricht er doch unmittelbar darauf von einem „Bündnis“, das „natürlich . . auf gegenseitiges Mißtrauen“ gegründet gewesen sei. Dies gibt uns Anlaß, der Entstehung des grd. Verfassungsausschusses nachzuforschen.

Bied. stellt den Fall so dar, als ob die Verfassungsvorschläge der Großdeutschen von diesen nur zum Zwecke von Transaktionen mit der Linken verfaßt worden wären. In Wirklichkeit aber sind die Änderungsvorschläge zu 53 Paragraphen der Verfassung nicht nur den drei Klubs der Linken mitgeteilt worden, sondern die Großdeutschen haben sie auf den Bänken aller Abgeordneten ausgeworfen, und am 25. Februar sind sie sogar als Beilage zur Frankfurter Zeitung erschienen.¹⁴⁹⁾ Sie waren also ein offenes Geheimnis! Und was die mit der Linken gepflogenen Verhandlungen betrifft, so ist der grd. Ausschuß nach Jürgens nur ein einziges Mal etwa eine Stunde lang mit Mitgliedern der Linken (Simon, Vogt, Eisenstuck) zusammengesessen. Auch kld. Abgeordnete, „wie namentlich Rießer, waren dazu eingeladen und erschienen; der fertige großdeutsche Entwurf wurde in dieser Zusammenkunft übergeben, und man verabredete lediglich, die Linke solle auch ihrerseits ein Projekt vorlegen und man wolle dann später die Differenzpunkte ins Auge fassen. Allein, man hat sich darüber nicht geeinigt, nicht einmal weiter verhandelt. Die erwarteten Gegenanträge der Linken kamen nicht zum Vorschein. Sie wurden nicht vorgelegt oder gar nicht festgestellt, wie es scheint, weil der Antrag Welckers vom 12. März, an welchem Tage noch darüber beraten wurde, die Sache ins Stocken brachte.“¹⁵⁰⁾

Allerdings, daß die Änderungsvorschläge der Großdeutschen sehr starke Konzessionen an die Linke enthalten haben, kann nicht bestritten werden. Der grd. Entwurf genehmigte nicht nur

das allgemeine Wahlrecht und das suspensive Veto, selbst bei Verfassungsänderungen, sondern es fehlten in ihm auch die Institution des Reichsrats und die Zivilliste.

Doch trotz dieser Lockspeise ist keine feste Bindung zwischen den Großdeutschen und der Linken zustande gekommen; denn jeder der „kontrahierenden Teile“ habe, nach Haym, den andern „prellen“ wollen.¹⁵¹⁾ Erst später, als die Großdeutschen gemeinsam mit den Kleindeutschen gegen den Antrag der Linken, der sofortige zweite Lesung des Wahlgesetzes forderte, stimmten, erkannten die Kleindeutschen auch in ihrer Presse an, daß die „unnatürliche Allianz“ einen „tödlichen Stoß“ erlitten habe.¹⁵²⁾ Tatsächlich hat es sich auch diesmal nur um den „Tod einer ungeborenen Koalition“ gehandelt, wie die Linke damals ironisch in ihrer Presse berichtete.¹⁵³⁾

2. Waren die österreichischen Abgeordneten die „Helfershelfer“ des österreichischen Kabinetts?

Dieser Vorwurf ist wohl am wenigsten berechtigt. Wohl sind einige grd. Deputationen nach Österreich gereist, aber nicht, weil sie etwa von der österreichischen Regierung zur Entgegennahme von Instruktionen eingeladen worden wären, sondern weil sie infolge des „fortgesetzten hartnäckigen Schweigens“ der österreichischen Regierung sehr beunruhigt waren.¹⁵⁴⁾ Die österreichischen Minister behaupteten nämlich, sie seien eben noch mit der Ausarbeitung der österreichischen Verfassung beschäftigt und könnten vor deren Beendigung keine bindende Erklärung abgeben. „Schmerling hatte alle Mühe, die Ungeduld der Anhänger Österreichs zu beschwichtigen; er selbst aber war mehr beunruhigt als ein anderer, und in wiederholten Berichten an Schwarzenberg beschwerte er sich, daß er ohne Winke und Weisungen gelassen werde. Er ward nicht müde, die daraus erwachsende Gefahr auszumalen; ein Schreiben nach dem andern legt Schwarzenberg dringend ans Herz, sich den Wünschen der Nation nicht entgegenzustellen. Die Regierungen, zumal Süddeutschlands, seien gerne bereit, sich Österreich anzuschließen; verhalte man sich aber gegen das Verfassungswerk kühl, so werde sich Deutschland genötigt sehen, sich ohne Österreich zu konstituieren.“¹⁵⁵⁾

Bied. gibt zwar auch zu, daß Heckschers und Hermanns Olmützer Mission „verunglückt“ bzw. „mißlungen“ ist.¹⁵⁶⁾ Er erwähnt auch, daß nach der Rückkehr Würths einzelne Großdeutsche der Meinung waren: „man dürfe die Bildung des Bundesstaats, den die österreichische Regierung lediglich verneine, ohne doch zu sagen, was sie eigentlich wolle, nicht länger stören; es sei Ehrensache für die österreichischen Abgeordneten, auszutreten“.¹⁵⁷⁾ Aber trotzdem bezeichnet er die Großdeutschen als die „Helfeshelfer“ der österreichischen Regierung!

Tatsache ist, daß Würth in Olmütz eine große Enttäuschung erlebt hat. Die österreichischen Minister sind voll Widerwillen gegen das Frankfurter Parlament und völlig abgeneigt gewesen, sich so weit mit Frankfurt einzulassen, wie Würth gewünscht hat. Mit tiefer Verstimmung haben die Österreicher in Frankfurt Würths trostlosen Bericht angehört, den er damit schloß, daß er seinen Landsleuten den Rat gab, die Paulskirche zu verlassen, denn ihre Regierung tue nichts für die deutsche Einheit und somit würden sie doch nur ein Hemmschuh für das Verfassungswerk sein.¹⁵⁸⁾ Er und sein Freund Arneth sind dann auch tatsächlich nach der Verkündigung der österreichischen Gesamtverfassung aus der Paulskirche ausgetreten. Doch wenn die andern Österreicher noch länger in Frankfurt ausgeharrt haben, so ist dies nicht aus Gehorsam gegen ihre Regierung geschehen, sondern weil sie den Kleindeutschen nicht freiwillig das Feld räumen und weil sie verhindern wollten, daß Österreich aus Deutschland ausgeschlossen werde.

Wenn Bied. behauptet, die Großdeutschen seien bereitwillig auf die Intentionen der österreichischen Regierung, die gesetzgebende Volksvertretung gänzlich zu beseitigen, eingegangen, so widerspricht dem der Antrag der Großdeutschen, den Bied. sogar an einer Stelle im Wortlaut zitiert! In diesem Antrag wird nämlich von der österreichischen Regierung ausdrücklich die Anerkennung eines deutsch-österreichischen Gesamtparlaments, bestehend aus Staaten- und Volkshaus, gefordert. Das Volkshaus hätte Österreich nur mit Vertretern aus den bisher zum Deutschen Bunde gehörigen Provinzen beschicken dürfen.¹⁵⁹⁾ Auch die Schreiben, die Schmerling an seine Regierung gerichtet hat, widerlegen Bied.s Behauptung. Reaktionäre Gesinnung in dem Sinn, wie sie Bied. hier den Großdeutschen unterschiebt, hat es weder bei den

Groß- noch bei den Kleindeutschen gegeben; vielmehr haben alle Abgeordnete gewünscht, daß das deutsche Volk seine eigene Vertretung erhalte.

Auch Schmerling ist nicht dienstwilliges Werkzeug der österreichischen Regierung gewesen. Der oft ausgesprochene Verdacht, er habe ein doppeltes Spiel getrieben, indem er in die Pläne seiner Regierung eingeweiht gewesen wäre, ist nicht berechtigt. Schmerling hat zwar von den geheimen Verhandlungen zwischen Friedrich Wilhelm und der österreichischen Regierung gewußt, aber über die letzten Ziele Schwarzenbergs ist er so wenig informiert gewesen wie einst Erzherzog Johann über den geplanten Thronwechsel in Österreich. *) Arneth weist darauf hin, wie schwierig die Aufgabe Schmerlings gewesen ist, die Intentionen einer Regierung zur Geltung zu bringen, die nur gewußt hat, was sie nicht wollte. Recht vieles von dem, wozu sich Schwarzenberg nach langem Drängen endlich herbeiließ, habe Schmerling als annehmbar hinstellen müssen, obwohl er es ohne Zweifel als ganz unzulänglich anerkannt habe. **) Als die österreichische Regierung, alle seine Ratschläge und Mahnungen ignorierend, am 4. März 1849 eine Gesamtverfassung für Österreich verkündigte, legte er tief verletzt sofort sein Amt als Bevollmächtigter nieder. Dadurch kam klar zum Ausdruck, daß er mit diesem Schritt seiner Regierung nicht das mindeste zu tun hatte.

Von allen kld. Historiographen wird der Parteigenosse Bied.s, W u r m, den Großdeutschen noch am ehesten gerecht. Er schreibt, die Großdeutschen, wie sie wenig Vertrauen zu dem österreichischen Kabinett gehabt hätten, so seien sie auch nicht in dessen Vertrauen

*) S. Friedjung, a. a. O., I, S. 185 und S. 194.

Robert Mohl, der beim Eintreffen der Nachricht von der Thronbesteigung Franz Josephs gerade beim Reichsverweser anwesend war, erzählt, der Erzherzog sei „wie vom Donner gerührt“ gewesen, daß solche Dinge in der kaiserlichen Familie geschehen würden, ohne daß er etwas davon gewußt habe oder um seine Ansicht befragt worden sei.

S. Robert v. Mohl, Lebenserinnerungen, II, S. 110.

**) Arneth, Schmerling, S. 284; Arneth, Aus meinem Leben, I, S. 261. Arneth selbst hat in der Presse über die Depeschen des österr. Ministeriums mit so geringem Respekt gesprochen, daß sein Vater darüber erschrocken ist.

S. Arneth, Aus meinem Leben, I, S. 257.

gestanden. Die Oberpostamtszeitung hätte nach seiner Ansicht besser getan, wenn sie ihre Konjektur, die Deputation sei auf Kosten des österreichischen Staatsschatzes gereist, zurückgehalten hätte. Man mißverstehe die selbstgewählte Mission jener Männer (Schmerling, Buß, Würth, Heckscher, Hermann u. a.), wenn man sie nur als solche darstelle, welche das Geschäft des Olmützer Kabinetts zu treiben beabsichtigt habe. Die Reisen seien vielmehr nur deshalb unternommen worden, um zwischen Olmütz und Frankfurt zu vermitteln und Vorschläge aufzustellen, die in Frankfurt eine Majorität und in Olmütz die Zustimmung der Regierung hätten finden können.¹⁶⁰⁾

3. Hatten die Großdeutschen auch positive Vorschläge oder haben sie nur destruktiv gewirkt?

Aus den Quellen und den Abstimmungslisten geht klar hervor, daß die Großdeutschen alles versucht haben, den „Erbkaiser“ zu verhindern. Das ist auch nicht verwunderlich; denn ein preußischer Erbkaiser hätte de facto den Ausschluß Österreichs bedeutet. Sie haben sogar, wie wir noch sehen werden, bei gewissen §§ in der Absicht mit der Linken gestimmt, für Friedrich Wilhelm die Verfassung unannehmbar zu machen.

Doch die Großdeutschen haben nicht nur verneint sondern sind auch eifrig bemüht gewesen, den Anträgen der Kleindeutschen eigene positive Vorschläge entgegenzustellen. Schmerling hat in seinen Berichten Schwarzenberg immer wieder ans Herz gelegt, mit positiven Vorschlägen nicht zu säumen, da sonst die Wahl Friedrich Wilhelms nicht mehr zu verhindern sei. „Ich bitte Eure Durchlaucht“, schrieb er am 24. Januar, „an dem Worte 'Bundesstaat' keinen Anstoß zu nehmen. Das Wort ist nicht, was entscheidet, es läßt sich der damit verbundene Begriff enger oder weiter bilden; und eine Zentralmacht, in der Österreich die erste und wichtigste Stelle einnimmt, gestützt auf Kammern, . . . wird unserem Kaiserstaate nie gefährlich sein.“¹⁶¹⁾ Und in der Denkschrift Würths hieß es, daß die österreichische Regierung, wenn sie die Führung in Deutschland nicht verlieren wolle, sich zwei Forderungen nicht verschließen dürfe: erstens der Schöpfung einer Zentralgewalt mit der obersten Leitung des Kriegswesens, der äußeren und der Handelspolitik und zweitens der Zustimmung zu einem direkt gewählten

Volkshause neben einem Staatenhause; denn das sei das Bedürfnis der Nation.¹⁶²⁾

Als jedoch alle Mahnungen Schmerlings wirkungslos waren, ergriffen die Großdeutschen in Frankfurt selbst die Initiative. Der Entwurf, den ihr „Antiverfassungsausschuß“ unter Versäumung der Sitzungen in rastloser Tätigkeit ausarbeitete, enthielt klar und eindeutig ihre Forderungen. Die Vorschläge waren frei von der Phantastik der Würthschen Denkschrift, und Schmerling hielt sie für durchführbar. Auch die österreichische Regierung schien geneigt zu sein, auf die Vorschläge einzugehen, wenigstens gab sie am 27. Februar Schmerling die Weisung, sich mit den Bevollmächtigten der andern Staaten ins Benehmen zu setzen. Schmerling kam der Aufforderung sofort nach und beriet mit den Bevollmächtigten der vier Königshöfe über die Zusammensetzung des Direktoriums. Er ging dabei sogar in zwei wesentlichen Punkten zuungunsten Österreichs von seinen Instruktionen ab: hinsichtlich des Wechsels im Vorsitz und in bezug auf die Befugnisse der Reichsregierung.¹⁶³⁾ Er schrieb an Schwarzenberg, Österreich müsse seinen Stolz beugen und Preußen abwechselnd den Vorsitz im Bunde überlassen.¹⁶⁴⁾ Ja, er reiste sogar persönlich an die süddeutschen Höfe, um für den Entwurf zu werben. Selbst Preußen schien zustimmen zu wollen. Da machte die eigene Regierung durch die Verkündigung ihrer Verfassung vom 4. März alle seine Pläne plötzlich zunichte.

Diese Bemühungen Schmerlings beweisen, daß die Großdeutschen ursprünglich nicht die Absicht gehabt haben, das Werk der Paulskirche zum Scheitern zu bringen, sondern sie haben es sich sehr angelegen sein lassen, daß die Versammlung etwas zustande brächte. Rein destruktiv und verneinend wurde ihre Haltung erst in der letzten Phase des Parlaments.

Eine andere Frage ist es, ob die Vorschläge der Großdeutschen wirklich als positiv gewertet werden können. — Die Beurteilung schwankt, je nachdem man sie unter dem Gesichtspunkt des politisch *Notwendigen* oder des politisch *Möglichen* betrachtet.

Vom Standpunkt des politisch *Notwendigen* waren die Ziele der Kleindeutschen ohne Zweifel positiver als die der Großdeutschen; denn was letztere angestrebt haben, war zum großen Teil anachronistisch: es widersprach den politischen Verhältnissen,

wie sie in den letzten Jahrhunderten geworden waren. Die Großdeutschen wurden erstens der Tatsache nicht gerecht, daß sich Österreich aus Deutschland hinausentwickelt hatte und darum zur Führung Deutschlands nicht mehr geeignet war; zweitens wollten sie nicht wahr haben, daß an Österreichs Stelle die junge, fast rein deutsche Großmacht Preußen nun zur Führung berufen war; und drittens verschlossen sie sich der Einsicht, daß ein einiges und kräftiges Reich nur einen Schwerpunkt haben konnte. Ihr siebenköpfiges Direktorium wäre eben letzten Endes doch nur eine „Abbeviatur des Bundestags“ gewesen, wie sich Droysen einmal ausdrückte.¹⁶⁵⁾ Der Einwand der Kleindeutschen, man würde damit im besten Falle nur einen organisierten Kampf der Rivalität zwischen Preußen und Österreich bekommen, war nicht unbegründet.

Anders lautet dagegen das Urteil vom Standpunkt des politisch Möglichen. Joh. Gust. Droysen (kld.) schrieb einmal in einem Brief: „Ich habe immer geahndet, wie unendlich groß der Unterschied zwischen dem bloß Wohlgemeinten und dem Staatsmännischen ist; und mit Schrecken sehe ich, daß es freilich einfacher und bequemer ist, ein Prinzip und dessen Konsequenzen zu vertreten, als geltend zu machen; daß in der Politik, der Wissenschaft des Möglichen, das Beste verderblich ist und nur das Gute, ja das Leidliche seinen Wert hat“(!¹⁶⁶⁾). Schon Anfang August 1848 hatte er die Lage des Parlaments für „nahezu heillos“ gehalten und hatte darüber „schier verzweifeln“ wollen: „Die Kulmination ist versäumt, die Idee des Reiches wird nicht mehr zu retten sein, wir werden Gott danken müssen, wenn wir es zu einem Bundesstaat, ja zu einem Staatenbund mit einer nationalen Vertretung statt der früheren diplomatischen bringen . . .“.¹⁶⁷⁾

Dieses kld. Zeugnis bestätigt, von welch zweifelhafter Art die Hoffnungen der Kleindeutschen von Anfang an gewesen sind und wie vom Standpunkt des politisch Möglichen die Großdeutschen viel eher Aussicht auf Verwirklichung ihrer Ziele gehabt haben. Vielleicht war dies ein Grund dafür, daß die Schleswig-Holsteiner, sobald man den Grundgedanken ihres Verfassungsentwurfs antastete, zum lebhaftesten Widerstand entflammt wurden und daß sie sich umso starrer auf ihr „aut Caesar aut nihil“¹⁶⁸⁾ — oder wie Adalbert Wahl es formulierte: „Kleindeutschland oder kein Deutschland“ — versteift haben.

Der österreichische Historiker Zwiédineck-Südenhorst meint, die österreichischen Abgeordneten hätten das Frankfurter Parlament mißbraucht. Er wirft ihnen vor, den weiteren Bund verhindert zu haben und macht sie sogar für die blutige Auseinandersetzung von 1866 verantwortlich.¹⁶⁹⁾ Dieses harte Urteil zeugt auf alle Fälle von keinem großen Einfühlungsvermögen in die Lage, in der sich die Österreicher damals befunden haben. War es vielmehr nicht sehr natürlich, wenn die österreichischen Abgeordneten, als sie ihren Kaiserstaat wieder erstarken sahen, nicht freiwillig auf die jahrhundertealte Vormachtstellung in Deutschland verzichten wollten? Nur wer der Überzeugung ist, das politische Geschehen müsse sich unbedingt nach den Gesetzen menschlicher Vernunft und Logik vollziehen, wird die Politik der österreichischen Abgeordneten für verdammenswert erklären.

Außerdem hat ja die letzte Entscheidung gar nicht bei den Abgeordneten in Frankfurt gelegen, sondern bei der österreichischen Regierung. Und Schwarzenberg hätte nie ohne Not auf den Primat in Deutschland verzichtet, auch wenn sich die Großdeutschen mit einem weiteren Bund begnügt hätten. Ferner sind die Vorschläge hinsichtlich des weiteren Bundes viel zu vage und allgemein gewesen, als daß sich die Großdeutschen für sie hätten begeistern können; man hat ihnen keinen offiziellen und konkreten Vorschlag vorgelegt, sondern nur Hoffnungen gemacht, die sich überdies oft stark widersprochen haben. *)

So wie die politische Situation Anfang 1849 war, konnte auf eine Verwirklichung des weiteren oder engeren Bundes durch das Parlament nicht mehr gehofft werden. Auf dem Wege der Gewalt aber ließ sich zunächst auch nur der engere Bund erreichen; der weitere dagegen konnte nicht erzwungen werden. Bündnisse sind nur auf Grund freier Vereinbarungen möglich. Das war der Weg der „grausamen Welt der Tatsachen“.¹⁷⁰⁾

H) Der Welckersche Antrag vom 12. März 1848.

Nachdem es am 27. Februar den Anschein gehabt hatte, als ob die österreichische Regierung auf die Vorschläge Schmerlings eingehen wollte, wurden alle Hoffnungen der Großdeutschen durch die

*) S. besonders Rapp, a. a. O., S. 98 ff.

Oktroyierung der österreichischen Gesamtverfassung vom 4. März 1849 wieder zunichte gemacht; denn die neue Verfassung war derart zentralistisch, daß eine Beteiligung Deutsch-Österreichs am deutschen Bundesstaat als unmöglich erscheinen mußte. Das Verhältnis zu Deutschland ist überdies in dem österreichischen Staatsgesetz überhaupt nicht erwähnt worden.

Die Folge war, daß Welcker aus Baden, ein fanatischer Gegner des Ausschlusses von Deutsch-Österreich, über Nacht zu den Erbkaiserlichen übertrat und seinen sensationellen Antrag stellte. „Welckers nähere politische Freunde, die Herren vom Pariser Hofe, waren nicht wenig erstaunt über (die) Sinnesänderung ihres Führers, von der sie auch nicht die entfernteste Ahnung hatten, da Welcker noch am Abend vorher im Klub die grd. Ideen mit derselben Lebhaftigkeit, wie immer, verfochten hatte. Die Erleuchtung war ihm über Nacht gekommen, und der Talisman, der dies Wunder bewirkt hatte, war nichts anderes als — die österreichische Verfassung vom 4. März, welche, so erklärte Welcker selbst, seinen felsenfesten Glauben an die Möglichkeit einer Einverleibung Österreichs in den deutschen Bundesstaat erschüttert und ihm die handgreifliche Überzeugung des Gegenteils beigebracht hatte.“¹⁷¹⁾

Bied. berichtet hierüber folgendes:

„Der Weidenbuschverein hatte erst kurze Zeit bestanden, da schlug, wie ein Blitz aus heiterem Himmel, in die überraschte Nat.Vers. der Welckersche Antrag ein. Welcker, bisher einer der eifrigsten Vorkämpfer und Führer der grd. Partei, sagte sich mit einem Male von dieser Partei los und erklärte sich für sofortige Übertragung der erblichen Kaiserwürde an den König von Preußen und für Annahme der Verfassung, wie sie vom Ausschusse zur zweiten Lesung vorbereitet sei, in einer einzigen Gesamtabstimmung . . . Die Linke . . . wünschte wenigstens die gleichzeitige Annahme des Wahlgesetzes in der unveränderten freisinnigen Fassung der ersten Lesung, damit auch dem demokratischen Elemente des Volkes, nicht dem monarchischen allein, sein Recht zuteil werde . . . Dem Verlangen der mehr links stehenden Mitglieder des Weidenbuschvereins geschah Genüge, indem der Verfassungsausschuß selbst die Aufnahme des Wahlgesetzes in den Welckerschen Antrag vorschlug. Als Konzession gegen die Linke außerhalb unseres Vereins, in der Absicht, damit ihre Stimmen für den Welckerschen Antrag zu gewinnen, konnte dies nicht erscheinen, da feststand, daß diese selbst dann noch nicht für den Antrag stimmen würde . . .

Wie dennoch der Welckersche Antrag (am 21. März mit 283 gegen 252 Stimmen) fiel, ist bekannt. Nicht so bekannt dürfte vielleicht sein, daß dieses folgenschwere Resultat zum größten Teile daher kam, daß der Weidenbuschverein die Forderung Heinrich Simons und seiner Freunde, das absolute Veto aus der Verfassung und die öffentliche Abstimmung aus dem Wahlgesetze hinwegzulassen, wogegen diese Herren für das Erbkaisertum stimmen wollten, rundweg abschlug ...¹⁷²⁾

Über die Wirkung, die dieses Verfahren der österreichischen Regierung auf ihre Abgeordneten in Frankfurt ausgeübt hat, erzählt Bied., Arneth und Würth hätten „ehrenhafte Worte für den sofortigen Austritt“ gesprochen, doch sie seien überstimmt worden; beide wären dann aber trotzdem ausgetreten. Ihr Austritt sei wohl mehr auf die Rechnung Arneths als die Würths zu schreiben. Die Zurückbleibenden hätten es zwar nicht gewagt, die neuen Vorschläge des österreichischen Kabinetts zu den ihrigen zu machen, sondern die Großdeutschen hätten einen Antrag gestellt, der sich direkt gegen die Verfassung vom 4. März gerichtet habe. „Entweder also“, schreibt er wörtlich, „lag hier die schnödeste Verleugnung aller bisher bekannten Grundsätze, die schmachlichste Gesinnungslosigkeit vor, oder der Antrag war nur darauf berechnet, abermals Zeit zu gewinnen und die Vollendung der Verfassung hinauszuschieben. Letzteres mochte wohl der eigentliche Zweck gewesen sein, denn der Antrag wurde, als diese Absicht mißglückte, vor der Abstimmung zurückgezogen.“ So hätte sich die österreichische Partei fortwährend zum Helfeshelfer und Mitschuldigen des österreichischen Kabinetts gemacht.¹⁷³⁾

1. Warum ist Welckers Antrag durchgefallen?

Bied. vertritt die Ansicht, der Antrag sei gefallen, weil der Weidenbusch H. Simons Forderung „rundweg“ abgeschlagen habe. Er behauptet außerdem, die Nachgiebigkeit des Weidenbuschs bezüglich des Wahlgesetzes habe nicht als Konzession gegen die Linke außerhalb seiner Partei erscheinen können. Diese Darstellung ist etwas unklar und mißverständlich; denn es wird dadurch der Anschein erweckt, als ob die Niederlage der Kleindeutschen am 21. März eine Folge ihrer Prinzipientreue gewesen wäre.

Daß dies nicht zutreffend ist, wird klar, sobald wir fragen, **w a r u m** denn der Weidenbusch H. Simons Forderung „**r u n d -**

wäg“ abgeschlagen hat. Dafür können drei Gründe angeführt werden: erstens, weil die Kleindeutschen geglaubt haben — wie Bied. an anderer Stelle selbst erzählt —, „daß eine weitgreifende Spaltung im Lager der Großdeutschen ausgebrochen sei und Welckers Übertritt das Signal zu einer ganzen Reihe ähnlicher Schritte geben werde“;¹⁷⁴⁾ zweitens, weil sie gehofft haben, schon allein durch die Konzession bezüglich des Wahlgesetzes eine hinlängliche Stimmenzahl von der Linken gewinnen zu können; und drittens, weil sie befürchten mußten, durch weitere Konzessionen wieder Stimmen aus ihrer eigenen Mitte zu verlieren.¹⁷⁵⁾ H. Simon hatte nämlich verlangt, daß sich 150 Mitglieder des Weidenbuschs durch Unterschrift verpflichteten, für das allgemeine Wahlrecht und das suspensive Veto stimmen zu wollen. Das aber hätte sich die Weidenbuschpartei nicht leisten können, denn sie war „mit unsäglichlicher Mühe um ihr Programm vereinigt“, und „man rüttelte an diesem und an ihrem Bestande, wenn man noch mehr 'Opfer' forderte“.¹⁷⁶⁾ Obwohl Gabriel Rießer vor der Abstimmung noch eine große Rede hielt, es soll die bedeutendste gewesen sein, die je gehalten worden ist, hat doch kein einziger Großdeutscher dazu bewogen werden können, Welckers Beispiel zu folgen. Nicht Prinzipientreue ist also an der Niederlage der Kleindeutschen schuld gewesen, sondern vor allem ihr zu großer Optimismus und ihre falsche Spekulation.

Unzutreffend ist auch die Behauptung Rümelins, Welckers Antrag sei gefallen, weil Schmerling vor der Abstimmung „noch eine große Anzahl Österreicher auf den Platz geschafft“ habe.¹⁷⁷⁾ Denn tatsächlich haben nur 102 Österreicher gegen Welckers Antrag gestimmt, und das Anwachsen der Gesamtzahl der Abgeordneten von 460 auf 520 rührte daher, daß alle Parteien ihre abwesenden Genossen durch Eilbriefe zurückgerufen haben.*)

*) Laube, III, S. 385; Jürgens, II, 2, S. 189; Haym, II, S. 309; Jürgens, II, 1, S. 128. Als Schmerling Weihnachten 1848 in Wien weilte, kündigte die österreich. Regierung die Durchführung der rückständigen Wahlen für die Frankfurter Versammlung an; sie wurden jedoch nicht durchgeführt.

2. Welches war die Wirkung der Oktroyierung der österreichischen Verfassung auf die Österreicher in der Paulskirche?

Die Art, wie Bied. den Antrag beurteilt, den die Österreicher nach der Verkündigung der österreichischen Verfassung in der Paulskirche einbringen wollten, beweist, daß er der überaus peinlichen Situation, in der diese sich nun befanden, nicht gerecht werden konnte.

Arneth z. B. hat es geschienen, als ob seine Regierung „die letzten Sympathien für Österreich in Deutschland mit Stumpf und Stiel ausrotten“ wolle.¹⁷⁸⁾ Die zentralistische österreichische Verfassung hat auf die Großdeutschen wie ein „Peitschenhieb“ gewirkt;¹⁷⁹⁾ denn ihr ganzes bisheriges Wirken für den Einschluß Deutsch-Österreichs in den deutschen Bundesstaat war nur unter der Voraussetzung möglich gewesen, daß sich Österreich als *Föderativstaat* neugestalten werde. Und nun forderte ihre Regierung sogar die Aufnahme Gesamt-Österreichs in den deutschen Bundesstaat! Am meisten kompromittiert und verletzt fühlte sich natürlich Schmerling, da er bisher allen gegenüber in ganz anderem Sinn über die Absichten seiner Regierung gesprochen hatte. Er reichte darum auch sofort sein Rücktrittsgesuch als Bevollmächtigter ein.

Wenn nun zur äußersten Rechten zählende Österreicher jenen Antrag unterzeichneten, der insofern gegen die Verfassung vom 4. März anging, als er die Gültigkeit der Grundrechte auch für Deutsch-Österreich forderte, so war dies nicht aus „schmählichster Gesinnungslosigkeit“ erfolgt, sondern es war die natürliche Reaktion auf das rücksichtslose Vorgehen der österreichischen Regierung. 40 linksorientierte Österreicher haben in ihrem Unwillen sogar für den von der Linken gestellten Antrag auf Ungültigkeitserklärung des österreichischen Verfassungsedikts gestimmt. Die Ursache für Bied.s falsche Deduktionen ist darin zu sehen, daß er den Gegensatz zwischen der österreichischen Regierung und ihren Abgeordneten in Frankfurt ignoriert und stets so spricht, wie wenn sie mit ihrer Regierung in größtem Einvernehmen gestanden wären.

Damit wurde aber erst die *eine* Wirkung der Oktroyierung vom 4. März berührt.

Haben wir bisher die Vorwürfe der „Koalition“, „Intrige“, Negierung, Zerstörung etc., die die kld. Quellen gegen die Österreicher erheben, in den meisten Fällen als unbegründet zurückweisen können, so ist dies für die Zeit nach der Ablehnung von Welckers Antrag nicht mehr in dem Maße möglich wie bisher. Doch wenn die Großdeutschen in der letzten Phase des Parlaments stark destruktiv gewirkt haben, so berechtigt das noch nicht dazu, auch ihren früheren Handlungen destruktive Tendenzen zu unterschieben. Da die meisten kld. Historiographen sich eben diesen „Luxus von Verdacht“⁽¹⁸⁰⁾ zuschulden kommen ließen, waren wir genötigt, bei der Untersuchung streng chronologisch vorzugehen und genauestens zu prüfen, inwieweit die erhobenen Vorwürfe berechtigt sind. Nur auf diese Weise war es möglich, die Widersprüche zwischen den grd. und kld. Quellen zu lösen bzw. zu erklären.

Für die Zeit nach der Oktroyierung vom 4. März leugnen die grd. Quellen die negative Haltung der grd. Partei durchaus nicht ab. So schreibt Jürgens, statt einmütig zu bauen, sei man sich von nun an erbitterter als je gegenübergestanden, eifrig bemüht, den Plan des Gegners zu vereiteln; einzelne Großdeutsche hätten, von allerlei schädlichen Hinterhaltsgedanken sich treiben lassend, darnach getrachtet, den Entwurf der Erbkaiserlichen nicht nur zu beseitigen, sondern auch unausführbar zu machen.⁽¹⁸¹⁾ Und Wichmann erzählt, von jetzt an sei es bei den Österreichern Taktik geworden, „ihren Gegnern in die Suppe zu spucken“, um sie den Essenden, namentlich dem Hauptgaste in Berlin, zu verderben.⁽¹⁸²⁾

Mit großer Offenheit nennt Arneth*) die Motive, die seine Landsleute zum weiteren Ausharren in der Paulskirche veranlaßt haben mochten. Er schreibt, die linksorientierten Österreicher seien geblieben, um auch fernerhin nach Herzenslust das Zustandekommen jedes verfassungsmäßigen Zustands in Deutschland zu bekämpfen; die auf der Rechten und im Zentrum sitzenden Österreicher hätten wenigstens das preußische Erbkaisertum verhindern wollen, gleichgültig, ob dann für Deutschland auch noch etwas halbwegs Befriedigendes erreicht werden könne; und endlich hätten

*) Er und Würth sind als die einzigen Österreicher wegen der Oktroyierung ausgetreten, und zwar ist die Initiative dazu von Würth und nicht von Arneth ausgegangen, wie Bißd. vermutet.

sehr viele, vor allem zur Linken zählende Österreicher, den nicht unbeträchtlichen Diätenbezug nicht freiwillig gegen eventuelle polizeiliche Verfolgung in Österreich oder ein subsistenzloses Dasein als Emigrant eintauschen wollen.¹⁵³⁾ An anderer Stelle bekennt er, daß etliche österreichische Partikularisten den heimlichen Vorsatz gehabt hätten, die Einigung lieber völlig zu vereiteln, „als durch die Nichtbeteiligung Österreichs Preußen an die Spitze Deutschlands kommen zu lassen“.¹⁵⁴⁾

In der Tat haben sich auch die grd. Abgeordneten vor der Abstimmung über Welckers Antrag auf eine feste Verabredung mit der Linken eingelassen. Merkwürdigerweise geht aber Bied. auf diesen Fall, wo der Begriff Koalition zum ersten Mal berechtigt ist, gar nicht ein. Der Hergang war folgender: Sowohl die Großdeutschen als auch die Linke hatten gegen Welckers Antrag je einen eigenen Gegenantrag gestellt. Um nun einem der beiden Anträge bestimmt eine Majorität zu sichern, war eine Deputation der Großdeutschen (Wuttke, Hermann, Reichensperger) mit der im Deutschen Hofe versammelten Linken in Verhandlung getreten. Nach mehrstündiger Debatte hatte sich die Linke bereit erklärt, ihren eigenen Eisenstuckschen Antrag, der verkürzte zweite Lesung forderte, fallen zu lassen und dafür den grd. Heckscherschen Antrag zu unterstützen. Dieser kam nämlich den Wünschen der Linken sehr weit entgegen: er genehmigte das allgemeine Wahlrecht und dehnte das suspensive Veto auch auf die Verfassungsänderung aus. Der Antrag hatte also „alle Anzeichen eines taktischen Kompromisses“.¹⁵⁵⁾ Als Gegenleistung hätte die Linke dem siebenköpfigen Direktorium zustimmen müssen.

Doch selbst diese einzige Koalition zwischen den Großdeutschen und der Linken hat im entscheidenden Moment versagt. Als nämlich der kld. Welckersche Antrag durchfiel, griffen die Erbkaiserlichen den Antrag der Linken (Eisenstucks) auf; und da dieser zum Unglück noch vor dem grd. Heckscherschen zur Abstimmung gelangte, gerieten einige Abgeordnete der Linken in Verwirrung und stimmten gegen alle Verabredung für den Eisenstuckschen Antrag.¹⁵⁶⁾

Wäre es unter solchen Umständen nicht klüger und ehrenvoller gewesen, die Österreicher hätten, wie Arneth und Würth, ihren Austritt erklärt oder wenigstens Stimmenthaltung geübt?

Wenn die Österreicher auch ferner noch abstimmten, so konnten sie sich mit vollem Recht auf ihr Mandat berufen, das ihnen die Mehrzahl der Erbkaiserlichen auch nicht streitig machte. Der kld. Mathy z. B. schrieb in der Oberpostamtszeitung: „Die Österreicher haben das Recht in der Paulskirche zu sitzen und die Verfassung bis zu Ende mitzuberaten, man darf ihr Recht nicht bestreiten, so tadelnswert man ihr Verhalten finden mag.“⁽¹⁸⁷⁾ Auch hatte ihre Regierung sie ausdrücklich zum Ausharren aufgefordert, und außerdem bestand für sie, selbst wenn der „Erbkaiser“ durchging, wenigstens theoretisch immer noch die Möglichkeit, für einen weiteren Bund zu wirken.

J) Die Abstimmung über Reichsrat, Zivilliste und absolutes Veto.

Am meisten Anstoß hat das Verhalten der Großdeutschen bei der Abstimmung über diese drei Gegenstände der Verfassung erregt. In allen drei Punkten sind nämlich die Erbkaiserlichen unterlegen. Letztere sagten, die Großdeutschen hätten absichtlich gewisse Steine des Anstoßes in die Verfassung hineingebracht.

„Oder wie anders soll man es erklären“, schreibt Bied., „wenn die grd. Partei den Reichsrat auch da noch verwarf, als bereits das erbliche Oberhaupt angenommen war und es nun, zur Versöhnung des Partikularismus, der Aufnahme eines solchen Institutes zu bedürfen schien, wenn sie ferner die Linke in der Durchsetzung des aufschiebenden Veto selbst bei Verfassungsänderungen unterstützte, sie, die fast im selben Augenblicke noch in die Intentionen der österreichischen Regierung . . . so bereitwillig eingegangen war?“⁽¹⁸⁸⁾

„Die größere Stimmenzahl, welche gleichwohl das Suspensivveto erlangte, sowie dessen Annahme selbst bei Verfassungsänderungen ist lediglich auf Rechnung der grd. Partei zu schreiben, von welcher über ein halbes Hundert, die das erste Mal für das absolute Veto gestimmt hatten, diesmal auch hierin auf die Seite ihrer neuen Alliierten, der Linken, traten. Für das absolute Veto bei Verfassungsänderungen hat der Weidenbuschverein wie ein Mann gestimmt.“⁽¹⁸⁹⁾

Auch in den andern kld. Quellen ist eine grenzenlose Erbitterung gegen die Großdeutschen festzustellen. Niemand hätte gehaut, erzählt Laube, daß zur äußersten Rechten zählende Männer aus Österreich, Bayern, ja aus Hannover einen so „unsaubern Streich“ hätten im Schilde führen können; ihre Handlungsweise sei ein „ewiger Schandfleck in unserer Geschichte“; er könne nicht

beschreiben, „welch' peinlichen Eindruck der Unsittlichkeit“ es gemacht habe.¹⁹⁰⁾ Und Haym nennt es die „unerhörteste politische Schamlosigkeit“ und „politischen Vandalismus“, was die Österreicher an „gesinnungsloser Untreue“ sich da geleistet hätten.¹⁹¹⁾

Sind Reichsrat, Zivilliste und absolutes Veto durch die Schuld der Großdeutschen durchgefallen?

Aus den Abstimmungslisten geht hervor, daß die Großdeutschen ohne Zweifel an dieser Radikalisierung der Verfassung **e n t s c h e i d e n d** mitgewirkt haben. Und sicher haben viele nur aus Erbitterung gegen die Kleindeutschen und in der Absicht, ihnen die Verfassung zu verderben, mit der Linken gestimmt. Jürgens schreibt, es sei unter den Großdeutschen Abrede getroffen worden, „zwar keineswegs einmütig, doch aber von einer nicht unbeträchtlichen Anzahl“, „**durchaus alles zu verwerfen**“.¹⁹²⁾ Doch eine Koalition mit der Linken ist zu diesem Zweck nicht geschlossen worden, sondern die Großdeutschen haben aus freien Stücken so gestimmt. *)

Obwohl wir also ihre Schuld an der Verschlechterung der Verfassung bejahen müssen, so soll doch auch einiges zur Erklärung ihres Handelns angeführt werden. Wir wollen damit keine Mohrenwäsche halten, sondern es soll nur den Motiven nachgeforscht werden, welche die Großdeutschen zu ihrem Handeln bewogen haben mochten.

a) Zunächst wäre darauf hinzuweisen, daß die Haltung der Großdeutschen bei den erwähnten Abstimmungen eigentlich gar nicht hat überraschen können; denn sie haben sich ja nur an ihre

*) Zu dem Vorwurf, die Österreicher hätten eine Koalition geschlossen, schreibt Arneht (Aus meinem Leben, I, S. 260 f.): „... Daß sie in Wirklichkeit nicht existierte, war den Wortführern der Erbkaiserlichen in der Nat.Vers. und insbesondere in der Presse wohl bekannt ... Aber es paßte ihnen zu gut, das Wort 'Koalition' in die Welt hinausrufen ... zu können, als daß sie sich ein so wirksames Agitationsmittel hätten entgehen lassen. Der Wahrheit entsprach nichts anderes, als daß drei voneinander ganz verschiedene Gruppen der Paulskirche aus gleichfalls verschiedenen Beweggründen, aber in strenger Konsequenz ihrer sonstigen Haltung naturgemäß dazu getrieben wurden, sich in der Bekämpfung des preußischen Erbkaisertums zusammenzufinden ... Niemand entsagte also seinen Grundsätzen ... und alles Geschrei ... war eitel Geflunker und zumeist bewußte Verleumdung ...“

Verbesserungsvorschläge gehalten, die allen Abgeordneten längst bekannt gewesen sind. Im Rahmen des grd. Entwurfs konnte das Fehlen des Reichsrats und der Zivilliste durchaus nicht als ein Mangel empfunden werden; durch das siebenköpfige Direktorium und das Staatenhaus (neben dem Volkshaus) waren die partikularen Interessen zur Genüge vertreten; und eine Zivilliste war bei sieben Direktoren überflüssig.

Dagegen kann allerdings eingewendet werden, daß ja bei der Abstimmung über den Reichsrat und die Zivilliste der „Erbkaiser“ bereits beschlossen war und somit die Verweigerung der Zivilliste durch die grd. Monarchisten ein grober Verstoß gegen die monarchischen Prinzipien gewesen ist. Dieser Vorwurf ist berechtigt. Die Großdeutschen haben eben den „Erbkaiser“ verhindern wollen.*) Darum haben sie auch für das suspensive Veto bei Verfassungsänderungen gestimmt. Ob sie dabei die Hoffnung gehabt haben, ein neuer Reichstag könnte das Erbkaisertum wieder abschaffen, ist zweifelhaft.

b) Doch man darf die Großdeutschen nicht allein für die demokratischen §§ verantwortlich machen. Dafür spricht die Tatsache,

*) Die Opposition der Großdeutschen gegen den 'Erbkaiser' war übrigens durchaus nicht aussichtslos gewesen. Nur mit Hilfe von 4 österreichischen Stimmen (!) haben die Kleindeutschen ihr Erbkaisertum durchsetzen können. Die Großdeutschen hatten wohl gewußt, daß das Votum für den preußischen Erbkaiser für viele Kleindeutsche, besonders für die Süddeutschen unter ihnen, einen Akt der Selbstverleugung, ein „Sturzbad kalten Wassers“ (Rümelin) bedeutet hat. Nach Wuttke (grd.) wäre das Direktorium bestimmt durchgegangen, wenn nicht 8 Mitglieder der Linken wider Erwarten sich der Wahl enthalten hätten. Vogt (Deutscher Hof) hatte noch am Vorabend der Abstimmung (am 26. März) den Großdeutschen mitgeteilt, „daß die Linke in ihrer Gesamtheit, mit Ausnahme derjenigen, die das Kaufgeschäft mit den Kaisermachern geschlossen hätten“, am andern Tag für das Direktorium stimmen würde; und er hatte mit einem Sieg der grd. Opposition von 4 bis 5 Stimmen gerechnet. (Siehe Wuttke, a. a. O., S. 78 f.).

Die Wahl Friedrich Wilhelms zum deutschen Kaiser wurde auch nicht „in würdiger Haltung“ vollzogen, wie Laube (III, S. 396) meint, sondern sie war „von viel unlauterer Ironie“ begleitet. (S. Wichmann, a. a. O., S. 383.) So gab z. B. der schwäbische Fürst von Waldburg, als man seinen Namen aufrief, unter dem stürmischen Beifall der Linken die Antwort, er sei kein Kurfürst; und Dr. Sepp erwiderte: „Ich wähle keinen Gegenkaiser!“ (Wichmann, a. a. O.). Selbst der Kleindeutsche Droysen nannte die Wahl „traurig“, und er erwartete nicht viel von ihr. (S. Gilbert, a. a. O., S. 119, Anmerkung.)

daß, wie Bied. einmal schreibt, die Kleindeutschen selbst das absolute Veto in seiner praktischen Bedeutung nicht hoch angeschlagen haben; um diese „Mystik des alten Legitimitätsprinzips“ nicht zu begünstigen, hätte sogar ein Teil des rechten Zentrums gegen dasselbe gestimmt!¹⁹³⁾ Auch war in der Weidenbuschversammlung vom 17. Februar von den Kleindeutschen selbst beschlossen worden, „auf den Reichsrat kein Gewicht zu legen“.¹⁹⁴⁾ Nicht einmal unter den Kleindeutschen ist also in diesen Punkten Einigkeit vorhanden gewesen.

c) Nicht ohne Einfluß auf die Haltung der Großdeutschen waren ferner die eifrigen Versuche der Kleindeutschen, sich mit der Linken zu koalieren. Die grd. Korrespondenz hat schon vor den entscheidungsvollen Abstimmungen von einem Pakt der Kleindeutschen und dessen Inhalt mit Bestimmtheit zu berichten gewußt. Daraufhin haben, wie bereits erwähnt wurde, viele Großdeutsche beschlossen, „durchaus alles zu verwerfen“.¹⁹⁵⁾

d) Sehr wesentlich für die Einstellung der Großdeutschen zum Verfassungswerk war endlich auch das Verhalten, das die Kleindeutschen den Österreichern gegenüber an den Tag gelegt haben. Arneth erzählt, jeder anständig Denkende habe die Maßlosigkeit der Angriffe gegen Österreich und seine Abgeordneten als verwerflich betrachten müssen; er sage nicht zu viel, wenn er behaupte, die Waffen, deren sich die Erbkaiserlichen bedient hätten, seien wissentliche Verdrehung der Tatsachen, Unwahrheiten und Verleumdung gewesen. Gervinus vor allem habe die Österreicher durch arge Schmähungen am übelsten begeistert.¹⁹⁶⁾ Schmerling berichtete einmal an Schwarzenberg, die Heftigkeit der Presse gegen Österreich übersteige alles Maß; gegen ihn, den man den Verräter an der deutschen Sache nenne, herrsche eine solche Erbitterung, daß seine Freunde um seine persönliche Sicherheit besorgt seien; man sei im Parlament und an Versammlungsorten Schmähungen, selbst Mißhandlungen ausgesetzt, und es gehöre für die Österreicher eine große Selbstverleugnung dazu, hier auszuharren.¹⁹⁷⁾

Daß man die Österreicher „mit einem nicht verhehlten Hasse“ angesehen hat und die Stimmung nach dem 3. März „von Tage zu Tage ingrimmiger“ geworden ist, bezeugt Heinrich Laube.¹⁹⁸⁾ Selbst Bied. klagt einmal, daß die Erbkaiserlichen in ihrer Erbitter-

rung sogar in der Paulskirche sich zu offenen Ausbrüchen haben hinreißen lassen.¹⁹⁹⁾

Manchmal wurde auch die konfessionelle Saite angeschlagen. So sagte z. B. Georg Beseler einmal: „Und wenn die Welt voll Teufel wäre, wir bringen unser Werk doch zustande“, was jedoch der Österreicher Beda Weber sehr schlagfertig mit folgenden Worten parierte: „Dem Herrn Professor von Greifswald ist es ernst gewesen mit der Sache, und deshalb hat er ein Kirchenlied angestimmt . . . Diese Welt voll Teufel . . . sind aber nur diejenigen Männer, welche nicht preußisch werden wollen . . . und diese . . . sind jetzt vielleicht in kleinerer Minderheit, sie werden aber einst, ich hoffe es zu Gott, in der Majorität sein . . . und dann können, dann werden wir singen: Und wenn die Welt voll Professoren wäre, ein einiges, großes, ein ganzes Deutschland muß es sein.“²⁰⁰⁾ Solche Momente, wo der konfessionelle Grund der großen Parteilung der Versammlung zum Vorschein kam, sind jedoch nicht die Regel gewesen, sondern der konfessionelle Gegensatz hat mehr unter der Decke mitgewirkt.²⁰¹⁾

Ein wesentlicher Grund für die Verschärfung des Gegensatzes gegen Ende des Parlaments ist ohne Zweifel auch dessen überaus lange Dauer gewesen. Infolge der vielen aufreibenden Sitzungen und privaten Verhandlungen wurde die Gesundheit der meisten Abgeordneten allmählich derart angegriffen, daß die Versammlung sich zuweilen in einem „Zustand völliger Ermattung“ befunden hat.²⁰²⁾ Vogt hatte darum nicht unrecht, wenn er die Erbkaiserlichen davor warnte, die Krone aus dem Sumpfe einer todmüden Versammlung zu ziehen, denn sie glänze nicht.²⁰³⁾

K) Die Koalition der Kleindeutschen mit der Linken.

Man kann es nur als Ironie des Schicksals bezeichnen, daß die Kleindeutschen, um die Erblichkeit zu sichern, unmittelbar vor dem Abschluß der Verfassung sich doch noch auf einen regelrechten Pakt mit der Linken einlassen mußten. Was sie monatelang als verwerflich bekämpft und als wirksamstes Agitationsmittel gegen die Großdeutschen ausgespielt hatten, das taten sie also zu guter Letzt selbst. 114 Mitglieder des Weidenbuschs verpflichteten sich nämlich (am 26. III.) der Simonschen Partei durch ihre Unterschrift (als Äquivalent für die Unterstützung in der Erblichkeitsfrage) für

das allgemeine Wahlrecht und das suspensive Veto stimmen zu wollen. Und 86 Mitglieder des Weidenbuschs, darunter Heinrich v. Gagern, Robert Mohl, Mathy, Welcker und B i e d e r m a n n (!), unterzeichneten eine von H. Simon vorgelegte Erklärung, daß die Verfassung, wie sie die Nat.Vers. beschließen werde, e n d g ü l t i g sei und daß die Unterzeichneten „für irgend wesentliche Abänderungen derselben oder irgend erheblichere weitere Zugeständnisse, von welcher Seite dieselben etwa auch verlangt werden sollten, nicht stimmen werden“.²⁰⁴)

Die Kleindeutschen siegten zwar in der Paulskirche: ihre „Erblichkeit“ ging mit Hilfe von 4 österreichischen Stimmen durch; doch Friedrich Wilhelm lehnte die angebotene Krone ab. Bei dem Versuch, der Verfassung trotzdem Anerkennung zu verschaffen, gerieten die Erbkaiserlichen schließlich immer mehr in das Schlepptau der Linken.

Die Gründe, die Bied., der ja selbst den Pakt mitunterzeichnet hat, für die Rechtfertigung desselben anführt, sind wenig überzeugend. Er schreibt, als die Entscheidung über den Angelpunkt der Verfassung: die Erblichkeitsfrage, zum zweiten Mal herangerückt sei, habe man sich überzeugen müssen, daß eine Majorität für die Erblichkeit n u r durch den Hinzutritt der Partei H. Simon „vielleicht“ zu erreichen sei. Dann fährt er fort:

„... aber diese Partei machte ihre Abstimmung für die Erblichkeit von der Voraussetzung a b h ä n g i g, daß die Vetofrage ebenso wie in der ersten Lesung gelöst, d. h. das suspensive Veto bei der Gesetzgebung auch jetzt beibehalten, daß ferner das Wahlgesetz gleichfalls nach den Resultaten der ersten Lesung endgültig beschlossen werde. Diese Voraussetzung trat dann v o n s e l b s t ein, wenn der Weidenbuschverein seine Mitglieder nicht durch einen Parteibeschuß z w a n g, für das absolute Veto und gegen das Wahlgesetz zu stimmen. Denn, wie schon gesagt, ein großer Teil derer, welche jetzt der Weidenbuschpartei angehörten, hatte bei der ersten Lesung sowohl für das suspensive Veto, als auch für das unbeschränkteste Wahlrecht und die geheime Wahl gestimmt. Gab man diesen Mitgliedern frei, ebenso zu stimmen, wie damals, d. h. nach ihrer eigentlichen Überzeugung, so gingen ohne Zweifel beide Punkte wieder ganz so durch, wie bei der ersten Lesung.“

Man habe also, so argumentiert er weiter, vom Weidenbusch „b l o ß“ verlangt, die beiden Fragen nicht zu Parteifragen zu machen, sondern jedes Mitglied nach seiner Überzeugung stimmen

zu lassen. Diesem Verlangen sich zu widersetzen, habe der Verein auch gar nicht die Macht gehabt. Wenn jedoch H. Simon im Frankfurter Journal (Nr. 78) von Unterhandlungen, „in welche sich der Weidenbusch mit ihm eingelassen habe“, spreche, so sei dies ungenau, denn es sei nur „zwischen H. Simon und denjenigen einzelnen Mitgliedern des Weidenbuschvereins“ verhandelt worden, „welche sich bereit zeigten, Herrn Simon die Erklärung zu geben, daß sie für suspensives Veto und allgemeines Wahlrecht stimmen würden“. Niemand sei „von Vereins wegen Zwang angetan oder auch nur zuredet worden, eine solche Erklärung abzugeben“.²⁰⁵⁾

Die Tatsache, daß nach dem Sieg der Erblichkeit nun aber doch nicht nur diejenigen, die sich H. Simon schriftlich verpflichtet hatten, für das allgemeine Wahlrecht stimmten, sondern fast der ganze Weidenbusch, sucht Bied. damit zu entschuldigen, daß er erklärt, das sei „kein Zugeständnis“ an die Linke gewesen, sondern „vielmehr ein Akt der Versöhnung, ein Freudenopfer“ (!) nach dem gewonnenen Siege, oder auch, wenn man wolle, ein „Sühnopfer“, um diejenigen, die noch Antipathien gegen den preußischen Erbkaiser gehegt hätten, auszusöhnen.²⁰⁶⁾

Auch bei dem Beschluß vom 11. April: „an der endgültig beschlossenen Verfassung festzuhalten“, haben nicht nur die 86 mitgewirkt, die durch ihre Unterschrift dazu verpflichtet waren, „sondern die ganze bisherige Majorität mit sehr wenigen Ausnahmen“. Diese Inkonsequenz sucht Bied. dadurch zu entkräften, daß er behauptet, jedes Rütteln an der Verfassung habe das ganze mühsame Werk wieder in Frage gestellt. Wenn man auch nur in einem Punkt den Anforderungen der Regierungen nachgegeben haben würde, wären sogleich die Großdeutschen gekommen und hätten völlige Revision der Verfassung gefordert. „Nur durch strenges Halten an dem Grundsatz der endgültigen Feststellung der Verfassung“ sei es möglich gewesen, zu verhindern, „daß die ganze, mehr denn zehnmonatliche Arbeit der Nat.Vers. eine Sisyphusarbeit“ geworden wäre.²⁰⁷⁾

Zum Schluß bricht Bied. noch mit folgenden Sätzen eine Lanze für H. Simon:

„Auch von seiner Seite war es kein „Handel“ mit Überzeugungen, etwa in der Art, wie bei jener Koalition der Linken mit

den Großdeutschen, wo jene ihre einheitlichen Tendenzen gegen die konservativen Grundsätze dieser verkaufte. H. Simon und seine Freunde wollten aus inneren Gründen, aus wirklicher Überzeugung für das Erbkaisertum stimmen, allein sie wußten diese Abstimmung nicht mit ihren demokratischen Prinzipien zu vereinigen und suchten daher für diese eine Versöhnung, eine Befriedigung. Sie machten deshalb auch nicht das Stimmen für ihre Grundsätze zur Bedingung, zum Kaufpreis ihrer Bundesgenossenschaft, sondern sie erklärten nur das Durchgehen dieser Grundsätze für die Voraussetzung, unter der allein sie ihrem Gewissen nach für die Erblichkeit stimmen könnten. Wären daher Suspensivveto und Wahlgesetz durchgegangen, und hätte auch die ganze Kaiserpartei dagegen gestimmt, so würden Simon und Genossen dennoch für den Erbkaiser gestimmt haben. Dieser Unterschied ist sehr wohl zu berücksichtigen.“²⁰⁸)

Die Ausführungen Bied.s über die letzten Wochen der Nat.-Vers., wo die Kleindeutschen ihr „kaiserloses Erbkaisertum“²⁰⁹) gegen die Regierungen verteidigten und ihnen mit Barrikaden drohten, sind fast ausschließlich polemischer Natur. Er gibt keine Schilderung jener Ereignisse, sondern beschränkt sich darauf, dem Leser die Richtigkeit und Statthaftigkeit der Grundsätze des Nürnberger Hofs (dessen Gründung er zuletzt noch betrieben hatte) darzulegen. Sehr eingehend erzählt er, was die Kleindeutschen haben tun wollen bzw. hätten tun sollen, um der Verfassung, trotz der Ablehnung Friedrich Wilhelms, Anerkennung zu verschaffen. Bied. hat an die Möglichkeit einer „anständigen“ Revolution, einer „friedlichen Agitation“ für die Verfassung geglaubt. Er spricht von einer „großartigen“ Bewegung im Volk und macht die Regierungen für das Mißlingen verantwortlich. Er rügt das Vorgehen Preußens gegen die neue Erhebung in Sachsen, die er als „würdig und gehalten“ bezeichnet, gibt dann aber doch zu, daß die preußische Intervention in dem Moment, wo sie stattfand, notwendig war etc. etc.²¹⁰) Bied. hat sich also gegen Schluß des Parlaments wieder mehr der linken Seite genähert, von der er auch hergekommen war.

Kann Biedermanns Rechtfertigungsversuch der Koalition der Kleindeutschen (mit der Linken) überzeugen?

Jürgens behauptet, die Rechtfertigung des Handels um den Erbkaiser und das Wahlgesetz erscheine in den kld. Quellen als ein

„allerwiderwärtigstes Gewebe von Unwahrheit und Sophisterei“.²¹¹) Der Vorwurf der Sophisterei ist in bezug auf Bied.s Darstellung nicht unbegründet; denn die Eskamotage, die Bied. mit dem Simonschen Handel vornimmt, wirkt in der Tat fast erheiternd. Er konstruiert nämlich zu diesem Zwecke einen Unterschied zwischen den beiden Begriffen „Bedingung“ und „Voraussetzung“ und sagt dann: H. Simon habe das Stimmen des Weidenbuschs für das allgemeine Wahlrecht und das suspensive Veto nicht zur *B e d i n g u n g* der Bundesgenossenschaft gemacht, sondern das Durchgehen der beiden §§ sei nur die *V o r a u s s e t z u n g* für seine Unterstützung in der Erblichkeitsfrage gewesen. Er meint, auch wenn die ganze Kaiserpartei gegen Suspensivveto und allgemeines Wahlrecht gestimmt hätte, so würden H. Simon und Genossen dennoch für den Erbkaiser gestimmt haben — *vorausgesetzt, daß Suspensivveto und allgemeines Wahlrecht durchgegangen wären!!* Bied. argumentiert hier also mit dem imaginären Fall, daß die strittigen §§ auch *ohne* Unterstützung des Weidenbuschs durchgegangen wären, und auf diese in Wirklichkeit *nicht vorhandene* Möglichkeit sich stützend, weist er dann nach, daß *kein* „Handel an Überzeugungen, etwa in der Art, wie bei jener Koalition der Linken mit den Großdeutschen“²¹²) stattgefunden habe! Solches Argumentieren mit imaginären Prämissen, d. h. mit Voraussetzungen, die nur in der Einbildung existieren, ist nichts anderes als *S o p h i s m u s*.

Denn tatsächlich waren die beiden §§ *nur dann* durchzubringen, wenn Mitglieder des Weidenbusches für sie stimmten, wie andererseits die Erblichkeit nur dadurch zu erreichen war, daß Simon und Genossen sie unterstützten. H. Simon aber hat nur unter der Bedingung — oder Voraussetzung, das ist in diesem Fall gleichgültig! — für die Erblichkeit gestimmt, daß 114 Mitglieder des Weidenbuschs sich verpflichteten, für die demokratischen §§ stimmen zu wollen. Allgemeines Wahlrecht und Suspensivveto einerseits und Erblichkeit andererseits sind also die Gegenstände des Simonschen Tauschhandels gewesen.

H. Simon hat auch nicht aus „inneren Gründen“, aus „wirklicher Überzeugung“ für den Erbkaiser gestimmt, sondern er hat diese Konzession nur gemacht, damit die erwähnten §§ gesichert

würden. Ohne auf das Ansehen des Weidenbuschs auch nur die mindeste Rücksicht zu nehmen, rechtfertigte er sich am 31. März 1849 öffentlich für sein Stimmen für die Erbklichkeit mit folgenden Worten: „Sollte die Entscheidung (über den Erbkaizer) dem deutschen Volke widerstreben, so hat dies nunmehr die Mittel, sich auf verfassungsmäßigem Wege auch die Spitze seiner Verfassung nach seinem Willen zu gestalten; es hat durch sein freiestes Wahlrecht die Macht, seinen wahren Willen auszusprechen und kein absolutes Veto hindert den ernsten, andauernden Willen, zur Geltung zu kommen.“²¹³⁾ Durch diese Zeitungsnotiz wurde den Erbkaizerlichen deutlich die Kehrseite ihres Handels mit der Linken zum Bewußtsein gebracht.

An der Stelle, wo Bied. H. Simon charakterisiert, gibt er selbst zu, daß für Simon die Zustimmung zur Erbklichkeit ein Opfer seiner streng demokratischen Grundsätze bedeutet habe und daß es seinem „stolzen und starren Sinn“ „keine geringe Überwindung“ gekostet habe, für Friedrich Wilhelm zu stimmen.²¹⁴⁾ In dem Zusammenhang jedoch, wo Bied. die Politik der Kleindeutschen zu rechtfertigen sucht, konnte er dies natürlich nicht zugeben, da er sonst seine eigene Beweisführung entkräftet hätte.

Wenn Bied. behauptet, suspensives Veto und allgemeines Wahlrecht wären von selbst durchgegangen, sobald der Weidenbusch keine Parteifrage daraus gemacht hätte, so mag das zutreffen. Er übersieht aber dabei, daß er dann auch kein Recht mehr hat, dem Gegner, der sich die gleiche Freiheit herausnimmt, deshalb Vorwürfe zu machen. Überhaupt haben die Erbkaizerlichen, indem sie am Schluß des Parlaments die Verfassung samt ihren Mängeln ausdrücklich als endgültig sanktionierten, dadurch eigentlich das Recht auf Kritik verwirkt.

Etwas freier als Bied. sind die andern kld. Historiographen in ihrer Beurteilung des Simonschen Handels. Während Bied. die Politik der Kleindeutschen in jedem einzelnen Punkt unbedingt rechtfertigen zu müssen glaubt, gibt Haym diesmal wenigstens zu, daß bereits durch die Hereinbeziehung des allgemeinen Wahlrechts in den Welckerschen Antrag „die Politik der Transaktionen unverfügbar“ dem Verfassungswerk eingepfropft worden sei.²¹⁵⁾ Den Versuch Gabriel Rießers, „des advokatisch geschulten Geistes, des guten, warmen Herzens und nicht zu starken politischen

Kopfes“,²¹⁸⁾ der die Hereinbeziehung des Wahlgesetzes damals sehr lebhaft verteidigt und zwischen einer unmoralischen und moralischen Koalition unterschieden hatte, nennt er *sophistisch*.²¹⁷⁾ An anderer Stelle jedoch macht er wieder die Einschränkung, das absolute Veto und das beschränkte Wahlrecht seien zwei verlorene Posten für sie gewesen; sie hätten nur den Ruhm der Konsequenz retten können, dafür aber die Erbllichkeit verloren, und Konsequenz wäre in diesem Fall Eigensinn gewesen.²¹⁸⁾

Noch entschiedener als Haym verurteilt Laube jenes erste Angebot H. Simons an die Kleindeutschen: H. Simon „stürzte . . . eiligst herbei von Berlin, . . . um sich wichtig zu machen, um zu feilschen und zu schachern bei solcher Gelegenheit, welche er wie einen Ausverkauf ansah . . . Mit Ekel wird die Geschichte des ersten deutschen Parlaments hinweisen auf solches Schacherwesen in großartig mahnender Stunde des Vaterlandes. Er hatte die Dreistigkeit, mit 10 Stimmen hinter sich, der Weidenbuschpartei . . . Transaktionen anzubieten.“²¹⁹⁾ Auch Droysen mißbilligte die Konzessionen, die der Weidenbusch H. Simon gemacht hat, aufs schärfste. Er schrieb damals: „Gagern hatte die Tollheit, sich zu unterzeichnen.“²²⁰⁾

Zuletzt noch zwei Urteile von Männern der entschiedenen Linken. Vogt sagte, die Linke habe in der unseligen Kaiserwahl ihre Ehre verpfändet,²²¹⁾ und Fröbel meinte, H. Simon habe die gute Ware des Wahlgesetzes gegen die schlechte Münze des Erbkaisers eingetauscht.²²²⁾

L) Schicksal oder Schuld? Würdigung und Kritik der Politik und des Werkes der Paulskirchenversammlung.

Die Achtundvierziger-Bewegung, die so stolze Hoffnungen erweckt hatte, endete mit einem kläglichen Fiasko. Bei dem Versuch, der Verfassung trotz der Ablehnung durch Friedrich Wilhelm Anerkennung zu verschaffen, geriet die Versammlung immer mehr unter den Einfluß der Linken. Die Folge war, daß der größte Teil der Gemäßigten geschlossen aus der Versammlung austrat. Die Zurückbleibenden, fast ausschließlich Mitglieder der Linken und der äußersten Linken, verlegten, um vor den preußischen Bajonetten sicher zu sein, die Versammlung nach Stuttgart. Doch auch

dort waren die Tage dieses sogenannten Rumpfparlaments gezählt. Der württembergische Minister Römer ließ das Sitzungslokal mit Militär besetzen und machte allen Konventsgelüsten ein rasches Ende. Mit Genugtuung nahm Metternich in seinem Exil „die grausame Ironie der Geschichte auf, daß die Sitze und Pulte der Paulskirche in öffentlicher Versteigerung feilgeboten, die Rednerbühne von der katholischen Gemeinde zu Burgel am Main gekauft, in eine Kanzel umgewandelt und durch eine Jesuitenmission eingeweiht wurde“.²²³⁾

Wer war nun schuld am Scheitern des Verfassungswerkes?

Max Duncker (kld.) schrieb im Oktober 1849: „Die Verantwortung für die getäuschten Hoffnungen der Nation haben wir längst jenen beiden unseligen Parteien (der Großdeutschen und der Linken) zugewiesen, welche zum Verderben und zum Untergange des Vaterlandes verschworen zu sein scheinen“, „jener (aus der Paulskirche) . . . wohlbekannten Koalition der äußersten Rechten und der äußersten Linken, der Koalition des Partikularismus, der Reaktion, der dynastischen Interessen einerseits und der Demokratie andererseits“.²²⁴⁾

Noch häufiger wird von den Kleindeutschen Friedrich Wilhelm für das Mißlingen des Werkes verantwortlich gemacht. In der Deutschen Zeitung hieß es, nun sei alles schlimmer als zuvor, „und das alles, weil ein Fürst zugleich an der Tafel der Romantik und der Wirklichkeit speisen, zugleich mit dem goldenen Kaiserhort liebäugeln und ihn doch verschmähen, den Anspruch auf die Herrlichkeit über Deutschland aus dem Spruch der Nat.Vers. erlangen und doch aus eigener gesalbter Fürstlichkeit ergreifen wollte . . . Man wußte doch vom Wahlgesetz, vom suspensiven Veto . . . Man ließ um sich werben . . ., man ließ die Kaiserdeputation kommen, gleich dem Freier, der die Braut zur Kirche holt, um dann Nein! zu sagen, um von den Fürsten zu erlangen, was man von der Nation verschmäht . . .“²²⁵⁾ Auch Bied. vertritt in einer späteren Schrift die Ansicht, daß das Werk an dem „romantischen Nebel“ Friedrich Wilhelms gescheitert sei. Er meint, Friedrich Wilhelm hätte die Verfassung trotz ihrer Mängel „unter Dach und Fach“ bringen müssen, man hätte sie ja später noch ausbessern können.²²⁶⁾ In seinen „Erinnerungen“ beklagt er sich bitter über den Undank und

die Verkenennung der patriotischen Absichten, die die Kleindeutschen von seiten der Fürsten hätten erfahren müssen.²²⁷⁾

Die gegenteilige Ansicht vertreten die großdeutschen Quellen. So schreibt Jürgens, daß, wieviel auch die Linke verschuldet habe, doch in erster Linie die Erbkaiserpartei am Scheitern des Werkes schuld gewesen sei: „teils durch falsche Zwecke, welche sie zu erreichen trachtete, teils durch Anwendung unrichtiger Mittel“. Ihr Verfassungsplan sei einerseits verkehrt, andererseits mit den zur Verfügung stehenden Mitteln und Kräften unausführbar gewesen.²²⁸⁾ Und Wichmann behauptet: „Wenn die Schuld für das g ä n z l i c h e Mißlingen des Verfassungswerkes einzelnen Persönlichkeiten zugemessen werden darf, dann sind es in erster Linie D a h l m a n n und die G e b r ü d e r B e s e l e r.“²²⁹⁾

1. Wer war nun am Scheitern des Verfassungswerkes schuld?

Die Antwort lautet: weder die grd. noch die kld. Partei kann allein für das Mißlingen verantwortlich gemacht werden, sondern es haben sowohl alle Parteien der Paulskirche als auch die Regierungen ihren Teil dazu beigetragen.

Der Hauptfehler, den die Paulskirche noch vor der Parteilung in Großdeutsche und Kleindeutsche begangen hat, war die V e r s ä u m u n g d e s g ü n s t i g e n M o m e n t s, wo die Regierungen noch „auf dem Bauche“ lagen, wie sich Friedrich Wilhelm einmal ausdrückte. Anstatt die Zeit, da die Fürsten noch zu Konzessionen bereit gewesen wären, auszunützen, vertrödelte die Versammlung die kostbarsten Monate mit der Beratung der Grundrechte. Sehr hemmend wirkte vor allem der in der Paulskirche vorherrschende juristische Geist. Alle Mahnungen Friedrich Theodor Vischers, Jakob Grimms, David Hansemanns*) u. a., die

*) Hansemann schrieb damals: „... Deshalb, patriotische Männer der deutschen Nat.Vers., Eure erste, Eure dringlichste Pflicht gegen das Vaterland ist, Deutschlands Verfassung schnell zu machen und in Wirksamkeit zu setzen. Jeder Monat, ja jeder Tag Verzögerung erhöht die Gefahr, so daß jede Verfassung, die nicht alsbald in tätiges Leben treten kann, aus diesem Grunde allein — und entspräche sie auch sonst den schönsten Idealen — jetzt nicht taugt“. D. Hansemann, Die deutsche Verfassungsfrage, S. 6.

J. Grimm sagte in der Paulskirche, wir Deutschen seien allzusehr geneigt, an dem Geringfügigen und Kleinen zu hängen und das Große uns darüber entschlüpfen zu lassen; man könnte den Satz: „Lang bedacht, schlecht getan, ist der deutsche Schlendrian“, auf uns anwenden.

Verfassung rasch zu beschließen und dem Provisorium ein Ende zu machen, nützte nichts. Mit „lasterhafter“ Gründlichkeit wurden Gesetze beraten und an den Grundrechten gefeilt.²³⁰⁾ Man fragte nicht, ob die Regierungen die Gesetze auch annehmen würden oder wie man sie im Notfall zur Annahme zwingen könnte, sondern „man verließ sich auf die Zukunft, die man nicht kannte, und auf Persönlichkeiten, die man hätte kennen sollen . . . Und als die spät eingelegte Saat reifen sollte, war der Winter über Deutschland gekommen“.²³¹⁾

Doch — so kann mit Recht gefragt werden — was hätte denn die Paulskirche beschließen und feststellen sollen, solange über die Hauptfragen bei der Mehrheit noch Unklarheit und Uneinigkeit herrschte, solange man noch gar nicht wußte, was möglich und wünschenswert sei?²³²⁾ Infolge der überraschenden Einschaltung des stockreaktionären Österreichs in die deutsche Bewegung war eben die Lösung der Oberhauptsfrage im einheitlichen Sinn sehr erschwert; denn das historische österreichische Kaisertum wurde als Anachronismus empfunden, der preußische Erbkaizer aber war für Österreich eine Zumutung. Durch diese Tatsache erfährt der Vorwurf der Zeitvertrödelung wieder eine Einschränkung.

Noch ein zweites Versäumnis hat sich die Nat.Vers. zuschulden kommen lassen. Sie unterließ es nämlich, sich eines realen Machtfaktors zu vergewissern und war somit völlig vom guten Willen der Regierungen abhängig. Die Zentralgewalt wäre nicht in der Lage gewesen, gegen den Willen der Einzelregierungen auch nur einen Schutzmann aufzubieten. Eine englische Zeitung nannte die Nat.Vers. einmal ironisch einen „Schatten“ und den Reichsverweser den „Schatten eines Schattens“.²³³⁾ Der Handelsminister Duckwitz erzählt in seinen Erinnerungen, um die Wirklichkeit des tatsächlich Bestehenden und um die Ausführbarkeit der Beschlüsse habe man sich in der Paulskirche sehr wenig gekümmert, denn man habe gedacht, der Wille des Volkes resp. der Nat.Vers. sei allmächtig.²³⁴⁾ In dieser Hinsicht hatten manche Mitglieder der Linken mehr politischen Instinkt. Vogt z. B. sagte einmal, es sei Köhlerglaube zu meinen, physische Gewalt auf eine Verfassung übertragen zu können, ohne daß man selbst solche besitze; das letzte Wort bei der deutschen Verfassungsfrage werde derjenige haben, der im Besitze der Macht sei.²³⁵⁾ Das Ende der Versammlung hat ihm recht gegeben.

Einen weiteren groben Fehler machte dann die Nat.Vers. im September 1848, als Preußen auf eigene Faust mit Dänemark den Waffenstillstand von Malmö schloß. Durch die verkehrte Politik Dahlmanns vor allem wurde nämlich eine derartige Verwirrung in Frankfurt hervorgerufen, daß die Linke es wagen konnte, den Pöbel zur Sprengung des Parlaments aufzuwiegeln. Die Niederwerfung des Aufstandes durch Schmerling rettete wohl noch einmal das Parlament, allein die Folgen waren trotzdem von so schwerwiegender Natur, daß eigentlich schon damals das Schicksal der Versammlung besiegelt war.

Denn erstens konnte das Parlament von da an nicht mehr mit der Unterstützung der Massen rechnen, weil sie deren Sympathien dadurch verloren hatte.

Zweitens war durch die vorbildliche Niederwerfung des Frankfurter Aufstandes den Regierungen ein starker Anreiz gegeben worden, mit den Aufständischen in ihren eigenen Ländern ebenso zu verfahren. Von nun an begann die Gegenrevolution rasche Fortschritte zu machen. Bereits Ende Oktober wurde das revolutionäre Wien durch Windischgrätz und Jellachich im Sturm genommen. Und in Preußen erfolgte die Auflösung der Nat.Vers. und die Oktroyierung der preußischen Verfassung vom 5. Dezember 1848. Preußen hatte damit seine Revolution besiegt und war wieder der stärkste deutsche Staat. Droysen unterzog deshalb seine Pläne einer völligen Revision. Es war ihm nun klar, daß man nicht mehr auf die Auflösung Preußens hoffen durfte, und er erkannte jetzt auch, daß die ganze Verfassungsfrage letzten Endes eine Machtfrage sei: „Mit allen unseren Grundrechten und Verfassungsformen ist es nichts, wenn wir nicht verstehen, unser 'Reich' zu einer Macht zu erheben. Ja, so sehr kommt es auf Macht und nur auf Macht an, daß selbst die Freiheit wertlos ist ohne sie.“⁽²³⁶⁾ Seine Erkenntnis kam leider zu spät, und außerdem fehlte sie bei den andern.

Eine dritte Folge des Septemberaufstandes war, daß die Linke jetzt partikularistisch wurde. Sie ordnete sich in ganz Deutschland solidarisch gegen die gemäßigte Majorität in Frankfurt. Die Linke der Paulskirche spekulierte folgendermaßen: „Es wird uns von der Paulskirche die Freiheit nicht in dem Maße gewährt, in welchem wir sie wollen ... In den Kammern zu Dresden und zu Berlin

haben unsere Leute die Mehrheit oder sind nahe daran, sie zu erlangen. Von dort ist also mehr Freiheit zu erhalten als von Frankfurt. Damit die dort errungene Freiheit nun volle Gültigkeit erlangt, müssen wir Frankfurt stürzen . . . Darum sei von nun an die Partikularsouveränität unsere Losung“.²³⁷⁾ Die schwerste Schuld der Radikalen aber war, daß sie die Aufstände organisierten.

Sehr nachteilig hatte sich auch das Buhlen sowohl der Großdeutschen als auch der Kleindeutschen um die Gunst der Linken auf die Verfassung ausgewirkt: denn diese wurde dadurch entschieden zu demokratisch. Bied. meint, der Entwurf sei in freiheitlicher Hinsicht so weit gegangen, „daß selbst den Verteidigern der allerbreitesten demokratischen Grundlage kaum viel zu wünschen übrig“ geblieben sei.²³⁸⁾ Die größere Schuld haben in diesem Fall höchstwahrscheinlich die Großdeutschen gehabt.

Und nun zur Kritik der speziellen Fehler und Schwächen der Kleindeutschen. An erster Stelle wäre hier der Hang zum Doktrinarismus zu erwähnen. Dem Überfluß an Wissen und Talent entsprach nämlich ein Mangel an politischem Instinkt.*) Von vielen Abgeordneten ist die Aufgabe der Nat.Vers. zu akademisch behandelt worden; nicht wenige haben die Geschichte nur als Stätte der Verwirklichung richtiger Gedanken betrachtet. Dies gilt nicht nur für Gagern sondern in gewissem Sinn auch für den geistigen Vater der Verfassung: Dahlmann. Selbst Bied. räumt einmal ein, Dahlmann habe durch sein Verhalten bei der Waffenstillstandsfrage bewiesen, daß er zum praktischen Staatsmann nicht getaugt habe.²³⁹⁾ An anderer Stelle schreibt er, die Professoren seien von der inneren Güte der Verfassung so durchdrungen gewesen, daß sie geglaubt hätten, der Appell an die geschichtliche Notwendigkeit oder an den guten Willen und die Vernunft der leitenden Mächte genüge, um die Verfassung durchzusetzen.²⁴⁰⁾ Und G. Beseler sagte sogar im Verfassungsausschuß, es verschlage nichts, wenn die Verfassung für die Gegenwart nicht durchführbar sei, es komme vor allem darauf an, daß

*) Unter den 586 gewählten Abgeordneten der Nat.Vers. befanden sich nicht weniger als 104 Gelehrte, ferner 95 Advokaten, 100 richterliche Beamte, 124 Verwaltungsbeamte, 15 Kaufleute, 34 Gutsbesitzer, 13 Industrielle, 12 Literaten, 10 Militärs, 15 Ärzte, 18 Geistliche etc. S. Klüpfel, Geschichte der deutschen Einheitsbestrebungen, I, S. 46.

die Versammlung ein tüchtiges, abgerundetes Werk schaffe, auch wenn es nur für die Zukunft sein sollte.²⁴¹⁾ Auch Justizminister Robert Mohl bekennt einmal ganz offen, daß er nicht über den Illusionen und Leidenschaften des Tages und seines Kreises gestanden sei; er habe täglich mehr und mehr einsehen müssen, daß er Theoretiker und Doktrinär, aber nicht maßgebender Staatsmann sei.²⁴²⁾

Selbstverständlich ist der Doktrinarismus eines Dahlmann oder eines Mohl grundsätzlich zu unterscheiden von demjenigen der rohen Doktrinäre der Linken. Bei manchem Erbkaiserlichen war es weniger Mangel an politischen Fähigkeiten, was ihn in doktrinären Gedankengängen gefangen hielt, als die Frankfurter „Luft“, die wenig Gelegenheit zur Korrektur doktrinärer Vorstellungen geboten hat.²⁴³⁾

Weil die Erbkaiserlichen nicht davon ausgegangen sind, was unter dem Möglichen das Beste sei, sondern weil sie, wie Jürgens einmal sagt, das „An-sich-Beste“ gewollt haben,²⁴⁴⁾ darum ist auch ihr Entwurf für die damaligen Verhältnisse entschieden zu zentralistisch ausgefallen. Wie stark die zentralistische Tendenz bei gewissen Erbkaiserlichen gewesen ist, kann aus einer Bemerkung M. Dunckers geschlossen werden: „... Darum durften wir uns nicht scheuen, die Einzelstaaten in gewissem Sinne durch das Reich zu mediatisieren, ... wir durften nicht anstehen, die deutschen Fürsten wieder zu dem zu machen, was sie waren, zu Vasallen eines Oberherrn, von dessen Raube sie einst zum größten Schaden der deutschen Nation ihre Sondersouveränität gegründet hatten“.²⁴⁵⁾ Die Verfassung war vor allem auf die Auflösung Preußens zugeschnitten; Friedrich Wilhelm hätte in Frankfurt residieren müssen. Für Österreich war die Beteiligung am deutschen Bundesstaat praktisch eine Unmöglichkeit. Wohl zählte nach § 1 des Abschnittes „Vom Reich“ Deutsch-Österreich zum deutschen Bundesterritorium, doch der „preußische Erbkaiser“ und etliche zentralistischen §§ schlossen es de facto wieder aus. Von einer wirklichen Lösung der österreichischen Frage durch die Nat.Vers. konnte also keine Rede sein.

Wie dieser den Regierungen durchaus nicht sympathischen Verfassung hätte Anerkennung verschafft werden können, darum haben sich die Erbkaiserlichen viel zu wenig gekümmert. Die Warnungen der Regierungen sind von ihnen nicht ernst ge-

nommen worden. Bedenkliche Stellen in den Noten haben sie einfach beschönigt oder ihnen überhaupt keine Beachtung geschenkt. In Hayms Bericht findet sich ein typisches Beispiel für diese Interpretationskunst der Kleindeutschen. Als nämlich die preußische Regierung in ihrer Note vom 23. Januar unmißverständlich zu erkennen gab, daß der König und höchst dessen Regierung nicht der Ansicht seien, daß die Aufrichtung einer neuen Kaiserwürde zur Erlangung einer wirklichen und umfassenden deutschen Einigung notwendig erscheine, interpretierte Haym diese Stelle der Note folgendermaßen: „... wir sahen darin jenes jungfräuliche Sträuben, reizender für den unverdrossenen Werber als die Hingebung, deren solcher Vorbote es ist“.²⁴⁶)

In Wirklichkeit haben die Erbkaiserlichen nie im Zweifel darüber sein können, wie Friedrich Wilhelm über ihre Pläne gedacht hat. In einem seiner Briefe an den Erzherzog Johann z. B. hieß es: „... In der Paulskirche wird eine Fraktion gefährlich, die, um Preußen an die Spitze zu bringen, keine Iniquität scheut — in der Absicht, das mächtige Österreich aus dem zukünftigen Reich hinauszumaßregeln. Um Gottes willen, teuerster Erzherzog, halten Sie fest und leiden Sie das nicht ... Es wäre ein gräßliches Unglück ... Oh! Österreich muß Karls des Großen Krone erblich haben und Preußen erblich das Schwert von Deutschland. Das ist mein felsenfestes Bekenntnis ...“²⁴⁷) Der preußische König hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß er nach der Frankfurter Krone (der „Wurstbrezel“, „von Meister Bäcker und Metzger“ kommend*) kein Verlangen trage. General Radowitz, der mit Friedrich

*) Leopold von Gerlach, Aufzeichnungen, zit. b. Frahm, S. 228. Am 13. Dez. 1848 schrieb Friedrich Wilhelm an Bunsen: „... Die Krone, die die Ottonen, die Hohenstaufen, die Habsburger getragen, kann natürlich ein Hohenzoller tragen, sie ehrt ihn überschwänglich mit 1000jährigem Glanze. Die aber, die Sie — leider meinen, verunehrt überschwänglich mit ihrem Ludergeruch der Revolution von 1848, der albernstem, dümmsten, schlechtesten, — wenn auch, Gott Lob, nicht bösesten dieses Jahrhunderts. Einen solchen imaginären Reif, aus Dreck und Letten gebacken, soll ein legitimer König von Gottes Gnaden und nun gar der König von Preußen sich geben lassen, der den Segen hat, wenn auch nicht die älteste, doch die edelste Krone, die niemand gestohlen worden ist, zu tragen? ... Ich sage es Ihnen rund heraus: Soll die tausendjährige Krone deutscher Nation, die 42 Jahre geruht hat, wieder einmal vergeben werden, so bin ich es und meinesgleichen, die sie vergeben werden. Und wehe dem, der sich anmaßt, was

Wilhelm befreundet war, hat ausdrücklich davor gewarnt, den König vor die „verderblichste und peinlichste Alternative“ zu stellen, indem man, auf eine zweifelhafte Majorität in der Paulskirche sich stützend, seinen Namen in das deutsche Volk hinausgäbe. „Das würde ich Verwegenheit von seiten der Paulskirche nennen“, sagte er damals öffentlich, und er setzte sogar hinzu: „um kein anderes Wort zu gebrauchen“.²⁴⁸) G. Beseler gibt zu, daß es ein „W a g s t ü c k“ gewesen sei, Friedrich Wilhelm die Krone anzubieten; denn man habe seine strengen Legitimitätsanschauungen und den hohen Staatssinn der Hohenzollern gekannt.²⁴⁹)

Der Optimismus der Erbkaiserlichen konnte sich nur auf den in der Tat u n b e r e c h e n b a r e n Sinn des Königs stützen. Graf Brandenburg hat recht, wenn er einmal von Friedrich Wilhelm sagte: des Herrn Kopf sei anders organisiert als der eines andern Menschen.²⁵⁰) Rümelin meint, der König habe bei der Ablehnung der Krone unter dem Scheine der Verweigerung vor Begierde ge- glüht (*recusantis specie ardentissime flagrabat*).²⁵¹) Das mag zutreffen, aber es ändert nichts an der Tatsache, daß Preußen und sein König für die Paulskirche nur Unsicherheitsfaktoren gewesen sind.

Wenn Bied. behauptet: „An der freien Zustimmung der Fürsten war nicht zu zweifeln, wenn nur der erwählte Kaiser die ihm dargebotene Krone samt der Verfassung rasch und entschlossen annähme“,²⁵²) so entspricht das nicht der Wirklichkeit. Denn Bayern hatte sich sogar zwecks Aufrechterhaltung der Verträge von 1815 an England gewandt.²⁵³) König Maximilian soll nach der Kaiserwahl zu einem deutschen Diplomaten gesagt haben: „Ich werde nie darein willigen, erblicher Präfekt zu werden. Wenn der König von Preußen annimmt, bleibt mir nichts übrig, als mich an die Spitze meiner Truppen zu stellen“.²⁵⁴) Nach dem 4. Februar 1849 hat, wie Wurm (kld.) ganz richtig bemerkt, niemand mehr an den guten Willen Österreichs und nach dem 16. Februar niemand mehr an den festen Willen Preußens glauben können. Nur mit der Unterstützung der Staaten, „wo 32 auf ein Pfund gingen“, habe die Paulskirche noch rechnen können.²⁵⁵)

ihm nicht zukommt!“ S. Ranke, Briefwechsel Friedrich Wilhelms IV. mit Bunsen, zit. Vorkampf, S. 376 f.

Die politische Spekulation der Kleindeutschen war demnach äußerst gewagt. Selbst Bied. schreibt einmal: Die Politik des Kasinos (Partei der Schleswig-Holsteiner) „war die richtige und kunstgerechte Lösung eines schwierigen Rechenexempels, aber freilich nur mit eingebildeten Größen“; sie sei „mangelhaft und verfehlt“ gewesen, weil die Hoffnung auf „das vernünftige Entgegenkommen der Regierungen“ getäuscht habe.²⁵⁶⁾ Der Grund für diese scharfe Kritik, die Bied. hier an der Kasinopolitik übt, ist darin zu sehen, daß das Kasino den Bestrebungen des Nürnberger Hofs seine Unterstützung versagt hat. Diese Partei hat nämlich ernstlich mit dem Gedanken gespielt, durch eine „zweite Revolution“ die Regierungen zur Annahme der Verfassung zu zwingen und nötigenfalls das „persönliche Hindernis“ zu beseitigen.²⁵⁷⁾ Bied. will damit indirekt die Politik des Nürnberger Hofs verteidigen. In Wirklichkeit ist der politische Kalkül von Bied. und Genossen ebenfalls verfehlt gewesen. Denn mit welchem Publikum hätten sie denn ihre „anständige“ Revolution durchführen wollen? Das Bürgertum befand sich nämlich infolge der vielen widersprechendsten Nachrichten und Vermutungen der Zeitungen und der langen Dauer des Parlaments in einem Zustand der Gleichgültigkeit und hätte für eine neue Revolution nicht mehr gewonnen werden können; man sehnte sich vielmehr wieder nach geordneten Zuständen. Nicht einmal die Leitartikel des ministeriellen Organs, der Oberpostamtszeitung, wiesen eine klare, einheitliche politische Linie auf, sondern es kamen in ihnen meist nur sich widersprechende Privatansichten zum Ausdruck. Kein einziges Mal ist ein erörternder Artikel vom Ministerium beschlossen worden, „nur einige ganz kurze Berichtigungen von Tatsachen waren amtlichen und gemeinschaftlichen Ursprungs“.²⁵⁸⁾ Daraus kann geschlossen werden, daß eine neue Revolution doch nur der Linken zugute gekommen wäre.

Noch auf eine letzte schwache Stelle in der Politik der Kleindeutschen muß hingewiesen werden, nämlich auf die Unterschätzung der Außenpolitik. Dahlmann schrieb z. B. in einem Aufsatz in der Deutschen Zeitung vom 4. Februar 1849: „Am geringsten schlagen wir die Schwierigkeiten an, welche der deutschen Einheit von den auswärtigen Mächten entgegengestellt werden.

Die Noten von Frankreich, Rußland, ja, wie man wissen will, auch von England können uns höchst gleichgültig sein. Wir halten es nicht einmal der Mühe wert, nachzuforschen, ob diese drohenden Noten wirklich vorhanden sind . . . Von Frankreich und Rußland haben wir nichts zu fürchten, wenn wir unsern Führer gefunden haben, und können von ihren Heeren sagen wie die Spartaner, als man ihnen meldete, die Feinde wären nah: So sind auch wir den Feinden nah! . . . Wir nehmen jene Noten als ein erfreuliches Zeichen, daß Deutschland nicht mehr verachtet, sondern bereits gefürchtet wird“.²⁵⁹) Tatsache ist, daß Frankreich damals diplomatische Agenten nach Deutschland gesandt hat, die gegen die Zentralgewalt arbeiten mußten. Frankreich hatte wohl Interesse an der Vergrößerung des Gegensatzes zwischen Österreich und Preußen, niemals aber an der Entstehung eines einigen deutschen Reiches. Der französische General Cavaignac sagte damals, wenn die Einigung Deutschlands zustande komme, dann sei das Kriegsbündnis mit Rußland da. Auch Rußland war ein Gegner der deutschen Freiheits- und Einheitsideen. England sympathisierte wohl mit den liberalen Verfassungswünschen der Nat.Vers., doch die englische Staatsraison war gegen staatliche Veränderungen in Mitteleuropa.²⁶⁰)

Zusammenfassend stellen wir fest, daß die größere Verantwortung für die Erfolglosigkeit des Parlaments ohne Zweifel bei den Kleindeutschen gelegen hat; denn sie haben ja im wesentlichen die Politik in der Paulskirche bestimmt und ihr Entwurf ist es gewesen, den Friedrich Wilhelm abgelehnt hat. Doch trotz der Fehler, die die einzelne Partei oder das Parlament als Ganzes begangen hat, darf bei der Beantwortung der Frage nach der Ursache des Scheiterns nicht nur von Schuld gesprochen werden; so mancher Fehler ist dem Parlament einfach durch die Verhältnisse aufgedrängt worden. Die Hauptursache des Scheiterns ist vielmehr in der Schwierigkeit der Aufgabe an sich zu sehen. Die Paulskirche hat nicht nur freiheitliche Fragen zu lösen gehabt, sondern das zentrale Problem ist für sie das der Einigung Deutschlands gewesen. Sie hatte eigentlich keinen realen Staatskörper als Grundlage, dessen Verfassung nur neu zu gestalten gewesen wäre, sondern der Staat, dessen Grundgesetz sie beriet, hätte erst neu geschaffen werden müssen. Ihre Aufgabe

war also weniger eine Verfassungs- als eine Machtfrage. Darin unterschied sich die erste deutsche Nat.Vers. grundsätzlich z. B. von denjenigen Frankreichs. Die Verquickung von Freiheits- und Einheitsfrage aber hat ihre Aufgabe erst recht kompliziert gemacht. Zieht man in Betracht, daß alle größeren deutschen Staaten (Österreich, Preußen, die 4 Königreiche) gegen das Werk der Paulskirche waren und daß vor allem der kühne Mann der Tat gefehlt hat,*) so versteht man, wie Droysen einmal schreiben konnte: „Diese unselige Spitze! Man denkt sich ganz dumm an dem Dinge...“⁽²⁶¹⁾ Die Aufgabe der Einigung Deutschlands hat 1848 tatsächlich der Rektifikation des Kreises geglichen. Adalbert Wahl gibt auf die Frage nach der Ursache des Scheiterns des Verfassungswerkes die treffende Antwort, es habe dabei mehr Schicksal als Schuld mitgewirkt.

2. Hat die erste deutsche National-Versammlung keine Verdienste aufzuweisen?

Die Nat.Vers. ist wohl erfolglos gewesen, aber nicht verdienstlos! Ein großes Verdienst wird ihr nicht bestritten werden können: „Sie hat den Gedanken der nationalen Einigung aus der Region nebelhafter Träumereien und zerfahrenere Meinungen herausgeholt, für denselben eine politische Gestalt und Formulierung gefunden und unter unsäglichen Schwierigkeiten durch die Lösung des Rätsels, wie und wie allein die Sache gemacht werden könne, das Ziel und Programm für die weitere Entwicklung gestellt.“⁽²⁶²⁾ Sie hat den Samen einer großen Zukunft ausgeworfen; und es ist keine Schande, seinen Zeitgenossen voraus zu sein.⁽²⁶³⁾ In ernstem Geisteskampf**) ist damals der deutsche

*) Die Entziehung des Gesandtschaftsrechts ist von den Fürsten bereits als Mediatisierung empfunden worden. Friedrich Wilhelm sagte im April 1849 zu dem Abgeordneten v. Beckerath: „Wenn Sie Ihre beredten Worte an Friedrich den Großen hätten richten können, der wäre Ihr Mann gewesen; ich bin kein großer Regent“. S. Sybel, Reichsgründung, I, S. 313.

**) Daß die Nat.Vers. nicht dem Vergnügen nachgegangen ist, anstatt ihre Pflicht zu tun, bezeugt R. Mohl (II, S. 117): „... Und in der Tat, wenn dieser Kongreß nicht ging, so war das Tanzen nicht schuld daran ... Die unendliche Mehrzahl der Abgeordneten lebte ohne alle geselligen Beziehungen zu den Einwohnern Frankfurts ein Studentenleben ...“

Staatsgedanke von vielen Schlacken befreit und wenigstens auf dem Papier das Reich gegründet worden,²⁶⁴⁾ das — wenn auch in ganz anderer Form — erst 23 Jahre später durch die persönliche Tat Bismarcks Wirklichkeit werden sollte. 1848 war eine notwendige Entwicklungsstufe auf dem Wege zu Bismarcks Reich. Laubes prophetisches Wort, daß wohl die Mutter (das Parlament) sterben, aber das Kind (die vom Parlament gefundene Lösung des Rätsels) nicht untergehen, sondern aufwachsen werde, ist also in Erfüllung gegangen,²⁶⁵⁾ wenn auch keineswegs in jeder Hinsicht.

Es soll damit nicht einer Überschätzung der Bedeutung des „Vorkampfes“ um die deutsche Einigung das Wort geredet werden, denn das hieße das Werk Bismarcks verkleinern. Wie gewaltig des großen Kanzlers Leistung gewesen ist, erhellt daraus, daß es ihm erst durch zwei Kriege und nur auf Grund großartiger europäischer Politik gelungen ist, das von den Kleindeutschen einst erstrebte Reich zu gründen. Wir wollen uns aber auch vor dem andern Extrem hüten, dem viele nach dem mißlungenen Versuch des geistigen Deutschlands, sich das politische Leben zu erobern, gehuldigt haben: der Überschätzung der Macht der Tatsachen und der Rechtfertigung des Erfolges um seiner selbst willen.²⁶⁶⁾

Freilich bleibt Königgrätz auch dann noch erschütternd, wenn man seine Notwendigkeit begreift.²⁶⁷⁾ Doch so wie die Dinge im 19. Jahrhundert lagen, war nur e i n Weg zur deutschen Einigung möglich: der kleindeutsche. Die harte Wirklichkeit ist gegen die idealere Lösung gewesen, bei der sich Kultur- und Staatsnation gedeckt hätten. Der Österreicher Camillo Wagner sagte gegen Ende des Parlaments: „Lassen Sie aber eine Lücke für uns (im Bau der Verfassung), daß wir immer hereinkönnen. — Wir werden kommen, leider vielleicht nicht mehr alle. Wir Deutschen kommen. Wie und wann, wer kann es sagen? Wir kommen aber!“²⁶⁸⁾ Als die österreichische Monarchie nach dem Weltkrieg zusammenbrach, hatte es den Anschein, als ob Wagners Wort sich erfüllen wollte. Doch man hatte sich getäuscht. Seitdem war die österreichische Frage immer mehr zu einem europäischen Problem geworden, bis es der Regierung des Dritten Reiches überraschend gelang, Deutsch-Österreich heimzuholen zum Reich.

S c h l u ß.

Gesamturteil über Biedermanns „Erinnerungen“.

Aus der Untersuchung dürfte eindeutig hervorgegangen sein, daß Bied.s „Erinnerungen“ nicht *sine ira et studio* geschrieben sind. Sein Buch stellt keine leidenschaftslose und unparteiische Rückschau dar, sondern es hat eher den Charakter eines Partei-Rechenschaftsberichtes als den von Erinnerungen. Die Tendenz, die Politik derjenigen Partei, der Bied. jeweils angehört hat, als unbedingt richtig erscheinen zu lassen, läßt sich durch das ganze Buch hindurch verfolgen. Am deutlichsten tritt es dort in Erscheinung, wo Bied. die Politik des Nürnberger Hofs, den er zuletzt noch gegründet hat, zu rechtfertigen versucht. Denn während er für die Zeit seiner Zugehörigkeit zum Weidenbusch dessen Politik unbedingt verteidigt, konnte er es sich doch nicht versagen, von dem Augenblick an, wo die Majorität des Weidenbuschs die Politik des Nürnberger Hofs nicht mehr mitmachte, auch an dem Weidenbusch Kritik zu üben.

Doch viel wesentlicher ist, wie Bied. die Politik der Großdeutschen beurteilt. Während er nämlich die Fehler der Kleindeutschen durch sophistische Wendungen zu verteidigen oder zu bagatellisieren versucht, erscheint in seiner Darstellung die Politik der Großdeutschen als eine einzige Kette von „Intrigen“, „Koalitionen“ und „Hinterhältigkeiten“. Die Folge davon ist, daß der Schwerpunkt der Darstellung oft auf Nebensächliches zu liegen kommt und das Bild schief und verzerrt wird. Dies gilt ganz besonders auch für die zahlreichen Charakteristiken, auf die in der Untersuchung im einzelnen nicht eingegangen werden konnte. Wer sich, wenn auch erst im letzten Augenblick, zu dem preußischen Erbkaiser bekannt hat, wird von Bied. milder zensiert als die sogenannten „schwarzgalligen und schwarzichtigen“ Hypochondristen à la Jürgens, deren Politik nach seiner Ansicht nicht aus dem Kopfe, sondern aus dem Unterleib gekommen sei.²⁰⁹) Wenn dagegen ein Abgeordneter „so

allmählich bis zum vollständigen Einverständnis mit der Erbkaiseridee“ gekommen ist,²⁷⁰⁾ dann zögert Bied. nicht, dessen Rolle in der Paulskirche als „höchst ehrenwert“ zu bezeichnen. Am schlechtesten kommen natürlich die Österreicher weg, diese „kompakte Masse“, die „teils durch Beamtenunterwürfigkeit und Gewohnheit des Gehorchens, teils durch natürliche Unfreiheit und Unfähigkeit des eigenen Urteils“ fast wie ein „mechanisch bewegter Körper“ blindlings die von ihren Führern herausgegebene Losung befolgt hätten.²⁷¹⁾ Wo hingegen die Kleindeutschen dem Führerprinzip gehuldigt haben, da spricht Bied. von einem „wohldisziplinierten Korps, welches in enggeschlossenen Reihen seinen Führern“ gefolgt sei.²⁷²⁾ So kann man überall das doppelte Maß, mit dem Bied. mißt, feststellen. Daß er in den meisten Fällen durch Zeugnisse seiner eigenen Parteigenossen hat widerlegt werden können, war für unsere Beweisführung besonders wertvoll. Was Jürgens (grd.) von den erbkaiserlichen Quellen im allgemeinen sagt, gilt auch für Bied.s „Erinnerungen“: manches ist darin „sehr wahr und vollkommen treffend“, anderes „halbein halbander“, vieles aber „unwahr und unzutreffend“.²⁷³⁾ Die „Erinnerungen“ zählen nicht zu den zuverlässigen Quellen, wertvoller sind die Darstellungen von Jürgens, Wurm und Laube.

Die Gründe dafür, daß Bied.s Buch in so vielen Fällen hat berichtigt oder ergänzt werden müssen, sind wohl darin zu sehen, erstens, daß Bied. selbst viel zu sehr aktiv am Kampf teilgenommen hat, zweitens, daß er über das „eigentlich Ursächliche“ vielfach selbst nicht unterrichtet gewesen²⁷⁴⁾ ist, und endlich drittens, daß der zeitliche Abstand von dem Kampf in der Paulskirche viel zu kurz gewesen ist, um eine einigermaßen objektive Schilderung geben zu können.

Belege und Verweise.

Zur Einleitung.

- 1) Vgl. Biographisches Jahrbuch, VI, 1901, S. 413 f.
- 2) Alfred Ritter v. Arneth, Aus meinem Leben, I, 1819—1849, Stuttgart 1893, S. 217.
- 3) Vgl. Immanuel Kurt Bahmann, Die sächsischen Abgeordneten der Nationalversammlung zu Frankfurt 1848—1849, Leipziger Dissertation 1921 (Maschinenschrift), S. 81 f.
- 4) Karl Biedermann, Mein Leben und ein Stück Zeitgeschichte, Breslau, 1886, I, S. 388.
- 5) Karl Biedermann, Erinnerungen aus der Paulskirche, Leipzig 1849, S. VI.
- 6) Veit Valentin, Geschichte der deutschen Revolution von 1848—1849, Berlin 1930 (1931), II, S. 598.
- 7) Biedermann, Erinnerungen, S. III—VI.
- 8) Karl Jürgens, Zur Geschichte des deutschen Verfassungswerkes 1848 bis 1849, Braunschweig 1850, Hannover 1857, I, S. VII.
- 9) Ebenda I, S. 459.
- 10) Ebenda II, 2, S. 66.
- 11) Ebenda I, S. IX.
- 12) W. Wichmann, Denkwürdigkeiten aus der Paulskirche, Hannover 1888, S. VII.
- 13) Biedermann, Erinnerungen, S. 170.
- 14) Jürgens, a. a. O., I, S. VI.
- 15) Heinrich Ritter v. Srbik, Die deutsche Einheitsfrage in der Frankfurter Nationalversammlung, (Historische Blätter, 1. Jahr 1921—1922, 3. Heft), S. 353.
- 16) Valentin, a. a. O., II, S. 601.

Zum ersten Kapitel.

- 1) Karl Biedermann, Geschichte des deutschen Einheitsgedankens, 1894, (Zeitschrift für deutsche Kulturgeschichte, 3), S. 31.
- 2) Adolf Rapp, Großdeutsch — Kleindeutsch, Stimmen aus der Zeit von 1815—1914, München 1922, (Deutscher Staatsgedanke, 3. Reihe 1), S. XVII f.
- 3) Paul Kluckhohn, Persönlichkeit und Gemeinschaft, Studien zur Staatsauffassung der deutschen Romantik, Halle 1925, (Deutsche Vierteljahrsschrift für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte, Buchreihe 5), S. 29 u. 104.
- 4) Friedrich Meinecke, Weltbürgertum und Nationalstaat, 4. Auflage, München und Berlin 1917, I, S. 162 f. u. II, S. 332 f.

- 5) Ebenda I, S. 211.
- 6) Ebenda II, S. 342.
- 7) Rapp, a. a. O., Nr. 15, S. 26.
- 8) Ebenda S. XVIII.
- 9) Carl Friedrich Graf Vitzthum v. Eckstädt, Berlin und Wien in den Jahren 1845—1852, Politische Privatbriefe, Stuttgart 1886, S. 11 u. 23.
- 10) Rapp, a. a. O., S. XIX.
- 11) Paul Hassel, Joseph Maria v. Radowitz, I, 1797—1848, Berlin 1905, S. 452.
- 12) Heinrich v. Gagern, Das Leben des Generals Friedrich v. Gagern, II, Leipzig u. Heidelberg 1858, S. 687.
- 13) Veit Valentin, Fürst Karl Leinigen und das deutsche Einheitsproblem, Stuttgart u. Berlin 1910, S. 29.
- 14) Vitzthum, a. a. O., S. 75 (Brief vom 29. II. 1848 aus Wien) und S. 91 f. (Brief vom 21. IV. 1848 aus Wien).
- 15) Meinecke, a. a. O., II, S. 356.
- 16) Hassel, a. a. O., S. 499.
- 17) Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, I, S. 382.
- 18) Valentin, Leinigen, S. 31.
- 19) Ebenda S. 49.
- 20) Ebenda S. 50.
- 21) Hassel, a. a. O., S. 493.
- 22) Wilhelm Schüssler, Die nationale Politik der österreichischen Abgeordneten im Frankfurter Parlament, Dissertation, Berlin und Leipzig 1913, S. 8.
- 23) Franz Schuselka, Deutsche Fahrten, II, Während der Revolution, Wien 1849, S. 160.
- 24) Heinrich Laube, Das erste deutsche Parlament, Leipzig 1849, I, S. 181.
- 25) Felix Gilbert, Johann Gustav Droysen und die Preußisch-Deutsche Frage, München und Berlin 1931, (Historische Zeitschrift, Beiheft 20), S. 80.
- 26) Hassel, a. a. O., S. 516; Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, I, S. 426.
- 27) Gagern, a. a. O., II, S. 711.
- 28) Valentin, a. a. O., I, S. 463; Deutsche Zeitung 1848, Nr. 86—89.
- 29) Gagern, a. a. O., II, S. 720 f. und 733.
- 30) Hassel, a. a. O., S. 551; Valentin, a. a. O., I, S. 395.
- 31) Karl Ludwig Graf v. Ficquelmont, Deutschland, Österreich und Preußen, Wien 1851, S. 27.
- 32) Vitzthum, a. a. O., S. 86; Anton Springer, Geschichte Österreichs seit dem Wiener Frieden 1809, II, Die österreichische Revolution, Leipzig 1865, S. 252 u. 254.
- 33) Springer, a. a. O., II, S. 253.
- 34) Erich Brandenburg, Die deutsche Revolution 1848, (Wissenschaft und Bildung, 74, 1912), S. 51.
- 35) Springer, a. a. O., II, S. 253.
- 36) Ebenda S. 254.
- 37) Ebenda S. 252.

- 38) Ebenda S. 260 und 255; Arneth, Aus meinem Leben, I, S. 199; Laube, a. a. O., I, S. 160.
- 39) Vitzthum, a. a. O., S. 88.
- 40) Vgl. Georg Beseler, Erstrebtes und Erlebtes, 1809—1859, Berlin 1884, S. 59.
- 41) Vgl. Gilbert, a. a. O., S. 86 f.
- 42) Gagern, a. a. O., II, S. 737 f.
- 43) Valentin, a. a. O., I, S. 558.
- 44) Ebenda S. 520; Michael Doeberl, Bayern und Deutschland, München, Berlin, Oldenburg 1922, S. 35; P. Roth und M. Merck, Quellensammlung zum deutschen öffentlichen Recht seit 1848, Erlangen 1850—1852, I, S. 385.
- 45) Friedrich Meinecke, Radowitz und die deutsche Revolution, Berlin 1913, S. 87 und 91; Anton Springer, Friedrich Christoph Dahlmann, Leipzig 1870/72, II, S. 249.
- 46) Meinecke, a. a. O., S. 92.
- 47) Ebenda S. 85.
- 48) Johann Gustav Droysen, Beiträge zur neuesten deutschen Geschichte, Vier Aufsätze, Braunschweig 1849, S. 54.
- 49) Arnold Duckwitz, Denkwürdigkeiten aus meinem öffentlichen Leben von 1841—1866, Bremen 1877, S. 216 und 75.
- 50) Gilbert, a. a. O., S. 82.
- 51) Roth und Merck, a. a. O., I, S. 193; Karl Binding, Der Versuch der Reichsgründung durch die Paulskirche in den Jahren 1848 und 1849, Leipzig 1892, S. 14.
- 52) Heinrich Laube, Erinnerungen 1841—1881, (Gesammelte Werke, Hrsg. v. H. H. Houben, Bd. 41, Leipzig 1909), S. 100.
- 53) Springer, a. a. O., II, S. 258.
- 54) Ebenda S. 258; vgl. auch Binding, a. a. O., S. 17 und Anmerkung; ferner Roth und Merck, a. a. O., I, S. 316 und 317.
- 55) Springer, a. a. O., II, S. 259.

Zum zweiten Kapitel.

- 1) Gustav Rümelin, Aus der Paulskirche, Berichte an den Schwäbischen Merkur aus den Jahren 1848 u. 1849, Hrsg. v. H. R. Schäfer, Stuttgart 1892, S. VI. (So urteilte der österreichische Bundestags-Präsident Graf Colloredo über die Frankfurter Nationalversammlung.)
- 2) David Hansemann, Das preußische und das deutsche Verfassungswerk, 2. Auflage, Berlin 1850, S. 127.
- 3) Beda Weber, Charakterbilder, Frankfurt/Main 1853, S. 324.
- 4) Arneth, Aus meinem Leben, I, S. 208.
- 5) Hansemann, a. a. O., S. 127.
- 6) Heinrich v. Sybel, Die Begründung des Deutschen Reichs durch Wilhelm I., München und Leipzig 1889, I, S. 181.
- 7) Adolf Rapp, Das österreichische Problem in den Plänen der Kaiserpartei von 1848, Tübingen 1919, (Studien zur Geschichte der nationalen Bewegung in Deutschland, 1. Heft), S. 16 f.

- 8) Schuselka, a. a. O., II, S. 223.
- 9) Schüssler, a. a. O., S. 9; vgl. auch Wichmann, a. a. O., S. 265.
- 10) Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, II, S. 86; Sybel, a. a. O., I, S. 188.
- 11) Valentin, a. a. O., II, S. 185 ff. (Graf Bernstorffs Bericht aus Wien vom 27. Oktober 1848 und Bericht des preußischen Oberstleutnants Fischer aus Frankfurt vom 12. Okt. 1848); Sybel, a. a. O., I, S. 262 f.
- 12) Max Duncker, Zur Geschichte der deutschen Reichsversammlung in Frankfurt, Berlin 1849, S. 69 und 11.
- 13) Weber, a. a. O., S. 357.
- 14) Schuselka, a. a. O., II, S. 198 und 224.
- 15) Jürgens, a. a. O., I, S. 144.
- 16) Hugo Wesendonck, Vom ersten deutschen Parlament, (Die Gegenwart, 54, 1898), S. 54 ff. und S. 72 ff.
- 17) Biedermann, Erinnerungen, S. 77 f.
- 18) Jürgens, a. a. O., I, S. 145, Anmerkung.
- 19) Meinecke, Radowitz, S. 123 f.; Valentin, a. a. O., II, S. 36 f.
- 20) Otto Fürst v. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Stuttgart, Berlin 1920, I, S. 17.
- 21) Laube, Das erste deutsche Parlament, I, S. 325 f.
- 22) Jürgens, a. a. O., I, S. 141; Valentin, a. a. O., II, S. 35.
- 23) Rudolf Haym, Die deutsche Nationalversammlung. Drei Berichte aus der Partei des rechten Zentrums, Berlin 1848—50, I, S. 23.
- 24) Robert v. Mohl, Lebenserinnerungen 1799—1875, Stuttgart und Leipzig 1902, II, S. 100; Karl Klüpfel, Geschichte der deutschen Einheitsbestrebungen bis zu ihrer Erfüllung, 1848—1871, Berlin 1872, I, S. 57; auch Schmerling berichtete am 26. Juni 1848 in diesem Sinne nach Wien, s. Hans v. Zwiédineck-Südenhorst, Deutsche Geschichte von der Auflösung des alten bis zur Errichtung des neuen Kaiserreiches, (1806—1871), Stuttgart und Berlin 1903 und 1905, (Bibliothek Deutscher Geschichte, 13, II u. III) II, S. 435.
- 25) Gilbert, a. a. O., S. 144.
- 26) Andrea Frahm, Paulskirche und Volkssouveränität, (Historische Zeitschrift, 130, 3. Folge, Bd. 34, 1924), S. 237.
- 27) Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen konstituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt a. M., Hrsg. v. F. Wigard, Frankfurt a. M. 1848—1849, I, S. 17.
- 28) Duncker, a. a. O., S. 10.
- 29) Weber, a. a. O., S. 355.
- 30) Jürgens, a. a. O., I, S. 144.
- 31) Meinecke, Weltbürgertum, S. 378.
- 32) Frahm, a. a. O., S. 247.
- 33) Jürgens, a. a. O., I, S. 143.
- 34) Laube, a. a. O., I, S. 289; Jürgens, a. a. O., I, S. 205; Carl August Schimmer, Das Leben und Wirken des Erzherzogs Johann von Österreich nach Originalquellen und Urkunden, Mainz 1849, S. 96.

- 35) Klüpfel, a. a. O., I, S. 56.
36) Allgemeine Zeitung vom 15. April 1848, zit. b. Schüssler, a. a. O., S. 8;
s. auch Schuselka, a. a. O., II, S. 87, 92, 100 f.
37) Schuselka, a. a. O., II, S. 136.
38) Laube, a. a. O., III, S. 19 und 64; Weber, a. a. O., S. 332.
39) Schuselka, a. a. O., II, S. 159.
40) Mevissen, Brief vom 25. Juni 1848, zit. b. Rapp, a. a. O., S. 19.
41) Alfred Ritter v. Arneth, Anton Ritter v. Schmerling, Prag, Wien, Leipzig
1895, S. 176.
42) Valentin, a. a. O., II, S. 30.
43) Wichmann, a. a. O., S. 265.
44) Klüpfel, a. a. O., I, S. 55.
45) Frahm, a. a. O., S. 248 ff.
46) Weber, a. a. O., S. 357.
47) Frahm, a. a. O., S. 248 ff.
48) Heinrich Friedjung, Österreich von 1848 bis 1860, Bd. 1: Die Jahre der
Revolution und der Reform 1848—1851, 2. Auflage, Stuttgart und Berlin 1908,
S. 120.
49) Rudolf Haym, Das Leben Max Dunckers, Berlin 1891, S. 88 f., zit. b.
Rapp, a. a. O., S. 21.
50) Johann Gustav Droysen, Briefwechsel, hrsg. v. Rudolf Hübner, Stutt-
gart, Berlin, Leipzig 1929, (Deutsche Geschichtsquellen des 19. Jahrhunderts,
25, 26), I, S. 459, zit. b. Gilbert, a. a. O., S. 94 f.; vgl. auch Droysens Artikel
in der Oberpostamtszeitung Nr. 214, wo es hieß, Preußen könne sich ruhig der
straff zentralisierten Reichsgewalt unterordnen, denn man habe ja die Absicht,
es in Deutschland voranzustellen. Zit. b. Gilbert, a. a. O., S. 100.
51) Frahm, a. a. O., S. 249.
52) Sybel, a. a. O., I, S. 180.
53) Haym, Die deutsche Nationalversammlung, I, S. 26.
54) Klüpfel, a. a. O., I, S. 55.
55) Haym, a. a. O., I, S. 32.
56) Karl Klüpfel, Die deutschen Einheitsbestrebungen in ihrem geschicht-
lichen Zusammenhang, Leipzig 1853, S. 479.
57) Duncker, a. a. O., S. 98.
58) Biedermann, Erinnerungen, S. 301 f.
59) Jürgens, a. a. O., I, S. 154.
60) Rümelin, a. a. O., S. 21.
61) Duncker, a. a. O., S. 98.
62) Beseler, a. a. O., S. 61; Jürgens, a. a. O., I, S. 152 und 150.
63) Jürgens, a. a. O., I, S. 155.
64) Schuselka, a. a. O., II, S. 227.
65) Veit Valentin, Die erste deutsche Nationalversammlung, Eine ge-
schichtliche Studie über die Frankfurter Paulskirche, München und Berlin 1919,
S. 19.
66) Binding, a. a. O., S. 17; Roth und Merck, a. a. O., I, S. 553 f.
67) Sybel, a. a. O., I, S. 189 f.

68) Sybel, a. a. O., I, S. 199; Zwiedineck-Südenhorst, a. a. O., II, S. 456; Anna Caspary, Ludolf Camphausens Leben, Stuttgart und Berlin 1902, S. 235; Erich Brandenburg, Untersuchungen und Aktenstücke zur Geschichte der Reichsgründung, Leipzig 1916, S. 110 ff.; Rudolf Hübner, Aktenstücke und Aufzeichnungen zur Geschichte der Frankfurter Nationalversammlung aus dem Nachlaß von J. G. Droysen, S. 820; Josef Hansen, Gustav Mevissen, Ein rheinisches Lebensbild 1815—1899, Berlin 1906, II, S. 401 ff.; Briefwechsel zwischen Camphausen u. Friedrich Wilhelm IV., ed. v. E. Brandenburg, S. 247 ff.; Gilbert, a. a. O., S. 95 f.

69) Caspary, a. a. O., S. 235.

70) Valentin, Leiningen, S. 113 ff.

71) Ebenda S. 123.

72) Jürgens, a. a. O., I, S. 162.

73) Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, II, S. 85.

74) Mohl, a. a. O., II, S. 73.

Zum dritten Kapitel.

1) Haym, a. a. O., S. 58.

2) Sten. Ber. S. 2717; Ludwig Bergsträsser, (Kleine Texte für Vorlesungen und Übungen, 114), S. 5 f.

3) Biedermann, Erinnerungen, S. 48 f.; vgl. auch Rümelin, a. a. O., S. 112.

4) Jürgens, a. a. O., I, S. 257.

5) Ebenda I, S. 255 und 294.

6) Heinrich Künssberg, Das deutsche Verfassungswerk im Jahre 1848, Frankfurt a. M. 1849, S. 51, zit. b. Jürgens, I, S. 250 f.

7) Böhmer, zit. b. Jürgens, I, S. 251.

8) Biedermann, Erinnerungen, S. 56 f.

9) Laube, a. a. O., II, S. 32 f.

10) Beseler, a. a. O., S. 71 f.

11) Biedermann, Erinnerungen, S. 241.

12) Haym, a. a. O., II, S. 59; vgl. auch Sybel, a. a. O., I, S. 246.

13) Gilbert, a. a. O., S. 103.

14) Jürgens, a. a. O., I, S. 280 f.; Droysen, Verhandlungen . . . , S. 312 ff.; Springer, Dahlmann, II, S. 380; Beseler, a. a. O., S. 72.

15) Biedermann, Erinnerungen, S. 269.

16) Jürgens, a. a. O., I, S. 290 f. und 256.

17) Haym, a. a. O., II, S. 63; Jürgens, a. a. O., I, S. 281.

18) Jürgens, a. a. O., I, S. 257; Haym, a. a. O., II, S. 67; Rapp, a. a. O., S. 44 und 52.

19) Gilbert, a. a. O., S. 140/141, Anmerkung und S. 141 f.

20) Jürgens, a. a. O., I, S. 292.

21) Meinecke, Radowitz, S. 189.

22) Droysen, Verhandlungen, S. 180, zit. b. Gilbert, a. a. O., S. 104, Anm.

23) Haym, a. a. O., II, S. 60.

24) Droysen, zit. b. Gilbert, a. a. O., S. 105.

- 25) Duncker, a. a. O., S. 71; Rümelin, a. a. O., S. 113.
- 26) Klüpfel, Geschichte der deutschen Einheitsbestrebungen, I, S. 76.
- 27) Sten. Ber., S. 3 738, zit. b. Hans L. Schreiber, Die erste deutsche Nationalversammlung und das Nationalitätsproblem, Dissertation, Frankfurt a. M. 1920, (Maschinenschrift), S. 26.
- 28) Allgem. Zeitung v. 4. Nov. 1848.
- 29) Jürgens, a. a. O., I, S. 290; Giskra, zit. b. Laube, a. a. O., S. 65; Sten. Ber., S. 2 795 und 2 781.
- 30) Sten. Ber., S. 667.
- 31) Rümelin, a. a. O., S. 112.
- 32) Sten. Ber., S. 2858; Rapp, a. a. O., S. 44 f.
- 33) Laube, a. a. O., III, S. 50 f.
- 34) Sten. Ber., S. 2866, Rede v. 24. Okt. 1848, zit. b. Rapp, a. a. O., S. 44.
- 35) Biedermann, Erinnerungen, S. 79.
- 36) Rapp, a. a. O., S. 51.
- 37) Jürgens, a. a. O., I, S. 204.
- 38) Karl Ludwig Graf v. Ficquelmont, Aufklärungen über die Zeit vom 20. März bis zum 4. Mai 1848, Leipzig 1850, S. 61.
- 39) Springer, Geschichte Österreichs, II, S. 479.
- 40) Laube, a. a. O., III, S. 220 und 44 ff. und 86; Haym, a. a. O., II, S. 61; Jürgens, a. a. O., I, S. 257 und 196.
- 41) Haym, a. a. O., II, S. 76, S. 61 f. und S. 74.
- 42) Meinecke, Radowitz, S. 115.
- 43) Zwiedineck-Südenhorst, a. a. O., II, S. 474 f.
- 44) Ebenda.
- 45) Haym, a. a. O., II, S. 76; s. besonders auch Biedermann, Erinnerungen, S. 304.
- 46) Sten. Ber., S. 4236, zit. b. Schüssler, a. a. O., S. 47.
- 47) G. Beseler schrieb am 22. Okt. 1848 seiner Frau: „Gagern hat nicht übel Lust, einmal wieder einen kühnen Griff zu machen; aber ich suche ihn für jetzt davon zurückzuhalten“. Deutsche Revue, 1912, III, S. 112; vgl. Rapp, a. a. O., S. 52.
- 48) Laube, a. a. O., III, S. 85.
- 49) Srbik, a. a. O., S. 370 ff.
- 50) Jürgens, a. a. O., I, S. 294; Gilbert, a. a. O., S. 105.
- 51) Haym, a. a. O., II, S. 76.
- 52) Jürgens, a. a. O., I, S. 286.
- 53) Laube, a. a. O., III, S. 47 ff.
- 54) Rümelin, a. a. O., S. 102 ff.; Haym, a. a. O., II, S. 69.
- 55) Laube, a. a. O., III, S. 47 ff.
- 56) Ebenda S. 85.
- 57) Arneth, Aus meinem Leben, I, S. 215.
- 58) Biedermann, Erinnerungen, S. 241.
- 59) Valentin, Leiningen, S. 101.
- 60) Ebenda S. 102 ff.

- 61) Laube, a. a. O., II, S. 138.
- 62) Valentin, Leinigen, S. 117.
- 63) Biedermann, Erinnerungen, S. 38 f.
- 64) Haym, a. a. O., I, S. 155 ff.
- 65) Biedermann, Erinnerungen, S. 320 f.
- 66) Ebenda S. 322.
- 67) Laube, a. a. O., III, S. 18 ff.
- 68) Biedermann, Erinnerungen, S. 80.
- 69) Laube, a. a. O., III, S. 31.

Zum vierten Kapitel.

- 1) Haym, a. a. O., II, S. 77.
- 2) Alexander Graf v. Hübner, Ein Jahr meines Lebens, 1848—1849, Leipzig 1891, S. 288 ff.
- 3) Ebenda S. 291 ff.
- 4) Bruno Bauer, Der Untergang des Frankfurter Parlaments, Geschichte der deutschen konstituierenden Nationalversammlung, Berlin 1849, S. 110.
- 5) Biedermann, Erinnerungen, S. 49.
- 6) Duncker, a. a. O., S. 71.
- 7) Haym, a. a. O., II, S. 113 und 115.
- 8) Arneth, a. a. O., I, S. 244.
- 9) Wichmann, Denkwürdigkeiten, S. 301; vgl. auch Jürgens, II, I, S. 145: „... Jede Voraussetzung schwankender und haltloser Ansichten im österreichischen Kabinetts wird schon durch den präzisen Ton ... des Kremsierer Programms ... ausgeschlossen ...“
- 10) Jürgens, a. a. O., I, S. 380 f. und 378.
- 11) Biedermann, Erinnerungen, S. 50 ff.
- 12) Bauer, a. a. O., S. 111.
- 13) Adolf Rapp, Großdeutsch — Kleindeutsch, Nr. 58, S. 74 f.; Schüssler, a. a. O., S. 64; Zwiedineck-Südenhorst, a. a. O., II, S. 475.
- 14) Adolf Rapp, Das österreichische Problem in den Plänen der Kaiserpartei von 1848, S. 58 ff.
- 15) C. F. Wurm, Die Diplomatie, das Parlament und der deutsche Bundesstaat, I, Dezember 1848 — März 1849, Braunschweig 1849, S. 27.
- 16) Vitzthum, a. a. O., S. 202 und 205.
- 17) Friedjung, a. a. O., I, S. 169.
- 18) Ebenda.
- 19) Hübner, a. a. O., S. 247.
- 20) Rapp, a. a. O., S. 63; Friedjung, a. a. O., S. 170; Bauer, a. a. O., S. 110 f.
- 21) Hübner, a. a. O., S. 262.
- 22) Springer, a. a. O., II, S. 670.
- 23) Wurm, a. a. O., S. 1 und 10.
- 24) Biedermann, Erinnerungen, S. 52 ff.
- 25) Rümelin, a. a. O., S. 134 (Bericht vom 9. Dez. 1848).

Zum fünften Kapitel.

- 1) Jürgens, a. a. O., I, S. 510.
- 2) Wichmann, a. a. O., S. 302.
- 3) Haym, a. a. O., II, S. 115 ff.
- 4) Rapp, a. a. O., S. 75.
- 5) Biedermann, Erinnerungen, S. 54 ff.
- 6) Ebenda.
- 7) Die Gegenwart, Eine encyklopädische Darstellung der neuesten Zeitgeschichte für alle Stände: Die deutsche Nationalversammlung, 1852, Bd. IX, S. 179.
- 8) Jürgens, a. a. O., I, S. 446 f.
- 9) Arneth, Aus meinem Leben, I, S. 249.
- 10) Jürgens, a. a. O., I, S. 387 ff. und Anmerkung; Valentin, Leiningen, S. 142—147 und Anhang Stück 32 und 33.
- 11) Jürgens, a. a. O., I, S. 392.
- 12) Arneth, a. a. O., I, S. 251.
- 13) Wurm, a. a. O., S. 13.
- 14) Mohl, a. a. O., II, S. 82.
- 15) Jürgens, a. a. O., I, S. 450.
- 16) Arneth, a. a. O., I, S. 249.
- 17) Jürgens, a. a. O., I, S. 397.
- 18) Droysen, Briefwechsel, I, S. 468, S. 472 und S. 474; Gilbert, a. a. O., S. 106.
- 19) Gilbert, a. a. O., S. 109 und 117; Droysen, Briefwechsel, I, S. 477 f. und S. 482; Ludwig Bergsträsser, Das Frankfurter Parlament in Briefen und Tagebüchern: Ambrosch, Rümelin, Hallbauer, Blum, Frankfurt a. M. 1929, S. 52.
- 20) Jürgens, a. a. O., I, S. 470; Arneth, Schmerling, S. 251.
- 21) Allgem. Zeitung, Beilage vom 6. Dez. 1848, zit. b. Rapp, a. a. O., S. 61.
- 22) Meinecke, Weltbürgertum und Nationalstaat, S. 404 f.
- 23) Ebenda S. 406 f.
- 24) Jürgens, a. a. O., I, S. 384.
- 25) Gilbert, a. a. O., S. 117.
- 26) Rudolf Hübner, Aktenstücke und Aufzeichnungen zur Geschichte der Frankfurter Nationalversammlung aus dem Nachlaß von J. G. Groyen, Berlin und Leipzig 1924, (Deutsche Geschichtsquellen des 19. Jahrhunderts, 14), S. 836 ff.
- 27) Ebenda S. 835; Gilbert, a. a. O., S. 110 und Anmerkung.
- 28) Christ. Friedr. v. Stockmar, Denkwürdigkeiten, Zusammengestellt von Ernst Freiherr v. Stockmar, Braunschweig 1872, S. 550, zit. b. Rapp, a. a. O., S. 66.
- 29) Deutsche Rundschau, 56, S. 52, zit. b. Rapp, a. a. O., S. 65.
- 30) Biedermann, Erinnerungen, S. 55.
- 31) Laube, a. a. O., III, S. 181 f.
- 32) Duncker, a. a. O., S. 72 f.
- 33) Beseler, a. a. O., S. 79.

- 34) Biedermann, Erinnerungen, S. 60.
- 35) Ebenda S. 54.
- 36) Laube, a. a. O., III, S. 182; Haym, a. a. O., II, S. 193 f., zit. b. Jürgens, II, 1, S. 9.
- 37) Jürgens, a. a. O., I, S. 444; Rümelin, a. a. O., S. 135.
- 38) Rapp, a. a. O., S. 71.
- 39) Deutsche Zeitung v. 14. und 15. Dezember 1848, zit. b. Rapp, a. a. O., S. 76.
- 40) Wichmann, a. a. O., S. 306 und Anmerkung.
- 41) Laube, a. a. O., III, S. 32.
- 42) Ebenda S. 182 ff.
- 43) Haym, a. a. O., II, S. 128 f.
- 44) Ebenda S. 129.
- 45) Beseler, a. a. O., S. 79.
- 46) Jürgens, a. a. O., I, S. 467.
- 47) Rümelin, a. a. O., S. 140.
- 48) Wurm, a. a. O., S. 8.
- 49) Arneth, Schmerling, S. 263.
- 50) Die Gegenwart, a. a. O., IX, S. 180; vgl. auch Laube, a. a. O., III, S. 185 ff.
- 51) Wurm, a. a. O., S. 6.
- 52) Biedermann, Erinnerungen, S. VI.
- 53) Vgl. Wichmann, a. a. O., S. 96.
- 54) Ebenda.
- 55) Biedermann, Erinnerungen, S. 215 ff.
- 56) Arneth, Schmerling, S. 95.
- 57) Droysen, Aufsätze, S. 37 f.
- 58) Ebenda S. 25.
- 59) Arneth, Schmerling, S. 131.
- 60) Ebenda S. 117 f.
- 61) Droysen, Aufsätze, S. 23.
- 62) Duckwitz, a. a. O., S. 81.
- 63) Vierter Bericht der im deutschen Hofe versammelten Mitglieder der Linken, (Broschüren aus den Jahren 1848 ff.).
- 64) Die Gegenwart, a. a. O., IX, S. 180.
- 65) Wichmann, a. a. O., S. 98.
- 66) Arneth, Schmerling, S. 175 ff.
- 67) Valentin, Leiningen, S. 103.
- 68) Fritz Lemmermayer, Aus Schmerlings Leben, (Deutsche Revue, 22, 1897, 3), S. 196 und 206.
- 69) Sten. Ber., S. 4583; vgl. besonders auch Schüssler, a. a. O., S. 40 ff.
- 70) Joseph Alexander Freiherr v. Helfert, Geschichte der österreichischen Revolution im Zusammenhang mit der mitteleuropäischen Bewegung der Jahre 1848/49, Freiburg i. B. und Wien 1909, III, Anhang S. 26; vgl. auch Friedjung, a. a. O., S. 170 f.

- 71) Laube, a. a. O., II, S. 209; Arneth, Schmerling, S. 187.
- 72) Arneth, Schmerling, S. 285.
- 73) Die Gegenwart, a. a. O., IX, S. 190.
- 74) Rapp, a. a. O., S. 67.
- 75) Beseler, a. a. O., S. 61.
- 76) Duckwitz, a. a. O., S. 89/90, Anmerkung.
- 77) Weber, a. a. O., S. 487; Arneth, Schmerling, S. 234.
- 78) Weber, a. a. O., S. 441.
- 79) Valentin, Die erste deutsche Nationalversammlung, S. 52; Laube, a. a. O., III, S. 209.
- 80) Schuselka, a. a. O., II, S. 230.
- 81) Vgl. Biedermann, Erinnerungen, S. 79.
- 82) Duckwitz, a. a. O., S. 84.
- 83) Weber, a. a. O., S. 481 f.
- 84) Mohl, a. a. O., II, S. 91.
- 85) Wichmann, a. a. O., S. 100 ff.; vgl. auch Haym, a. a. O., II, S. 134.
- 86) Weber, a. a. O., S. 375; ähnlich urteilt Duckwitz, a. a. O., S. 83 und 101.
- 87) Biedermann, Erinnerungen, S. 37.
- 88) Mohl, a. a. O., II, S. 82.
- 89) Wichmann, a. a. O., S. 100.
- 90) Die Gegenwart, a. a. O., Bd. 54, S. 54 ff. und S. 72 ff.
- 91) Arneth, Schmerling, S. 277 f.
- 92) Ebenda.
- 93) Ebenda und S. 318.
- 94) Ebenda S. 315 f.
- 95) Ebenda S. 316 und 319.
- 96) Ebenda S. 213.
- 97) Duckwitz, a. a. O., S. 89.
- 98) Arneth, Schmerling, S. 196 ff.; Duckwitz, a. a. O., S. 285.
- 99) Arneth, Schmerling, S. 211 und 332 f.
- 100) Biedermann, Erinnerungen, S. 217 f.
- 101) Mohl, a. a. O., II, S. 82.

Zum sechsten Kapitel.

- 1) Laube, a. a. O., III, S. 222.
- 2) Ebenda S. 187 f.
- 3) Biedermann, Erinnerungen, S. 218 f.
- 4) Ebenda S. 66.
- 5) Laube, a. a. O., III, S. 209.
- 6) Haym, a. a. O., II, S. 198.
- 7) Jürgens, a. a. O., II, 1, S. 127; II, 1, S. 145 und S. 146.
- 8) Arneth, Schmerling, S. 290.
- 9) Jürgens, a. a. O., II, 1, S. 134.
- 10) Wurm, a. a. O., S. 27.
- 11) Arneth, Schmerling, S. 272.

- 12) Friedjung, a. a. O., I, S. 170.
- 13) Arneth, Schmerling, S. 272 f.; Wurm, a. a. O., S. 26.
- 14) Arneth, a. a. O., S. 282 f.; Jürgens, a. a. O., II, 1, S. 128.
- 15) Wurm, a. a. O., S. 27; vgl. auch Valentin, Die deutsche Revolution, II, S. 310 f.
- 16) Biedermann, Erinnerungen, S. 50 ff.; vgl. vorn S. 86 f.
- 17) Wurm, a. a. O., S. 29.
- 18) Wurm, a. a. O., S. 39; Friedjung, a. a. O., I, S. 185.
- 19) Jürgens, a. a. O., II, 1, S. 146.
- 20) Ebenda S. 136 und 145.
- 21) Ebenda S. 132 und 135.
- 22) Ebenda S. 117.
- 23) Arneth, Schmerling, S. 267 und 194.
- 24) Biedermann, Erinnerungen, S. 98.
- 25) Haym, a. a. O., II, S. 196.
- 26) Biedermann, Erinnerungen, S. 62 ff. und 66.
- 27) Laube, a. a. O., III, S. 210.
- 28) Jürgens, a. a. O., II, 1, S. 6.
- 29) Bericht über die österreichische Frage vom Verein Westendhall, Nr. 5, S. 15 f.
- 30) Vierter Bericht der im Deutschen Hofe versammelten Mitglieder der Linken, S. 6 ff.
- 31) Haym, a. a. O., II, S. 201.
- 32) Wurm, a. a. O., S. 20.
- 33) Siehe Haym, a. a. O., II, S. 194.
- 34) Die Gegenwart, a. a. O., IX, S. 181.
- 35) Laube, a. a. O., III, S. 210.
- 36) Paul Kretschmann, Der großdeutsche Gedanke auf der Linken der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, Dissertation, (Maschinenschrift), Berlin 1924, S. 33 und 74 f.
- 37) Bericht über die österreichische Frage vom Verein Westendhall, Nr. 5.
- 38) Vierter Bericht der im Deutschen Hofe versammelten Mitglieder der Linken, S. 6 ff.
- 39) Jürgens, a. a. O., II, 1, S. 6.
- 40) Ebenda S. 14.
- 41) Haym, a. a. O., II, S. 303 und 315; Jürgens, a. a. O., II, 1, S. 14.
- 42) Jürgens, a. a. O., II, 1, S. 271 ff.; ebenda S. 24 und 279.
- 43) Haym, a. a. O., II, S. 194.
- 44) Jürgens, a. a. O., II, 1, S. 35.
- 45) Wurm, a. a. O., S. 22.
- 46) Jürgens, a. a. O., II, 1, S. 35.
- 47) Arneth, Aus meinem Leben, I, S. 253.
- 48) Ebenda S. 255.
- 49) Biedermann, Erinnerungen, S. 79.
- 50) Ebenda S. 220.
- 51) Bauer, a. a. O., S. 133 ff.; Sten. Ber., S. 4611.

- 52) Biedermann, Erinnerungen, S. 219.
- 53) Die Gegenwart, a. a. O., IX, S. 184.
- 54) Arneth, Aus meinem Leben, I, S. 262.
- 55) Rümelin, a. a. O., S. 144; Biedermann, Erinnerungen, S. 111.
- 56) Jürgens, a. a. O., II, 1, S. 46, Anmerkung.
- 57) Ebenda S. 44 ff.
- 58) Biedermann, Erinnerungen, S. 143 f.; Jürgens, a. a. O., II, 1, S. 48 f.;
Wichmann, a. a. O., S. 308.
- 59) Jürgens, a. a. O., II, 1, S. 419.
- 60) Haym, a. a. O., II, S. 137 f.
- 61) Jürgens, a. a. O., II, 1, S. 419.
- 62) Biedermann, Erinnerungen, S. 96.
- 63) Duckwitz, a. a. O., S. 100.
- 64) Rümelin, a. a. O., S. 148.
- 65) Jürgens, a. a. O., II, 1, S. 280.
- 66) Ebenda S. 202.
- 67) Jürgens, a. a. O., I, S. 223 f.
- 68) Ebenda II, 2, S. 221 ff.
- 69) Weber, a. a. O., S. 324.
- 70) Claussen in: Das Frankfurter Parlament in Briefen und Tagebüchern,
hrsg. v. L. Bergsträsser, S. 212; Blum, ebenda S. 401.
- 71) Biedermann, Erinnerungen, S. 278 ff.
- 72) Ebenda S. 296.
- 73) Jürgens, a. a. O., I, S. 223 f.
- 74) Biedermann, Erinnerungen, S. 299.
- 75) Sybel, a. a. O., I, S. 172.
- 76) Bismarck, a. a. O., I, S. 77.
- 77) Springer, a. a. O., II, S. 673.
- 78) Binding, a. a. O., S. 37.
- 79) Gagern, a. a. O., II, S. 668.
- 80) Biedermann, Erinnerungen, S. 295.
- 81) Jürgens, a. a. O., II, 1, S. 282.
- 82) Srbik, a. a. O., S. 364.
- 83) Haym, a. a. O., II, S. 174 f.; Friedjung, a. a. O., I, S. 169.
- 84) Haym, a. a. O., II, S. 207.
- 85) Biedermann, Erinnerungen, S. 305.
- 86) Rapp, a. a. O., S. 48.
- 87) Jürgens, a. a. O., II, 1, S. 339 und 324.
- 88) Biedermann, Erinnerungen, S. 82 und 200.
- 89) Jürgens, a. a. O., II, 2, S. 34, Anmerkung.
- 90) Wurm, a. a. O., S. 13.
- 91) Schuselka, a. a. O., II, S. 179.
- 92) Jürgens, a. a. O., II, 2, S. 614.
- 93) Friedjung, a. a. O., I, S. 186 ff.; Jürgens, a. a. O., II, 2, S. 616 ff.
- 94) Bergsträsser, a. a. O., S. 257.

- 95) Jürgens, a. a. O., II, 2, S. 32.
- 96) Arneht, Aus meinem Leben, I, S. 248.
- 97) Rümelin, a. a. O., S. 163.
- 98) Wurm, a. a. O., S. 13 und 29.
- 99) Heinrich Wuttke, Der Stand der deutschen Verfassungsfrage, Denkschrift an Herrn Löwe, Leipzig 1850, S. 83.
- 100) Jürgens, a. a. O., II, 2, S. 54 und Anmerkung.
- 101) Wurm, a. a. O., S. 31.
- 102) Richard Haufe, Der deutsche Nationalstaat in den Flugschriften von 1848 bis 1849, Leipzig 1915, S. 151 f.
- 103) Jürgens, a. a. O., II, 2, S. 54 und Anmerkung.
- 104) Wuttke, a. a. O., S. 82.
- 105) Jürgens, a. a. O., II, 1, S. 415 f. und S. 415, Anmerkung.
- 106) Jürgens, a. a. O., II, 1, S. 393 f.
- 107) Ebenda S. 382.
- 108) Biedermann, Erinnerungen, S. 384.
- 109) Johann Jacoby, Heinrich Simon, Ein Gedenkbuch für das deutsche Volk, 2. Auflage, Berlin 1865, II, S. 84 f.
- 110) Jürgens, a. a. O., II, 1, S. 452.
- 111) Jacoby, a. a. O., II, S. 84 f.
- 112) Ebenda.
- 113) Ebenda.
- 114) Zit. b. Jürgens, a. a. O., II, 1, S. 451 f.
- 115) Jürgens, a. a. O., II, 2, S. 23 f.
- 116) Duncker, a. a. O., S. 79.
- 117) Bergsträsser, a. a. O., S. 263.
- 118) Ebenda S. 83.
- 119) Laube, a. a. O., III, S. 287.
- 120) Haym, a. a. O., II, S. 294.
- 121) Biedermann, Erinnerungen, S. 29.
- 122) Ebenda S. 87.
- 123) Jürgens, a. a. O., II, 2, S. 26, Anmerkung.
- 124) Bergsträsser, a. a. O., S. 264; Jürgens, a. a. O., II, 2, S. 75.
- 125) Biedermann, Erinnerungen, S. 85.
- 126) Jürgens, a. a. O., II, 2, S. 60.
- 127) Ebenda S. 69.
- 128) Ebenda S. 78.
- 129) Rümelin, a. a. O., S. 177.
- 130) Haym, a. a. O., II, S. 280 f.
- 131) Ebenda S. 302.
- 132) Jürgens, a. a. O., II, 2, S. 137.
- 133) Biedermann, Erinnerungen, S. 108; Jürgens, a. a. O., II, 2, S. 89.
- 134) Haym, a. a. O., II, S. 291; Duncker, a. a. O., S. 79.
- 135) Jürgens, a. a. O., II, 2, S. 89 und 77.
- 136) Laube, a. a. O., III, S. 304; Gagern, a. a. O., II, S. 756.
- 137) Hanseemann, a. a. O., S. 177.

- 138) Haym, a. a. O., II, S. 302.
- 139) Ebenda S. 282.
- 140) Ebenda.
- 141) Laube, a. a. O., III, S. 291.
- 142) Biedermann, Erinnerungen, S. 83 ff.
- 143) Ebenda S. 93.
- 144) Ebenda S. 97.
- 145) Ebenda S. 220.
- 146) Rümelin, a. a. O., S. 185; Jürgens, a. a. O., II, 2, S. 111 und 37; Die Gegenwart, a. a. O., IX, S. 187; Haym, a. a. O., II, S. 312; Sten. Ber. S. 6 003, zit. b. Max Winzen, Die Entwicklung der politischen Gedanken Jakob Venedeys und sein Auftreten in der Frankfurter Nationalversammlung, Bonn 1926, S. 96 f.
- 147) Biedermann, Erinnerungen, S. 97.
- 148) Ebenda S. 98.
- 149) Wuttke, a. a. O., S. 83; Jürgens, a. a. O., II, 2, S. 60.
- 150) Ebenda S. 62.
- 151) Haym, a. a. O., II, S. 303.
- 152) Rümelin, a. a. O., S. 186; Haym, a. a. O., II, S. 315; Jürgens, a. a. O., II, 2, S. 138.
- 153) Wurm, a. a. O., S. 108.
- 154) Friedjung, a. a. O., I, S. 190.
- 155) Ebenda.
- 156) Biedermann, Erinnerungen, S. 195 und 212.
- 157) Ebenda S. 83.
- 158) Friedjung, a. a. O., I, S. 187.
- 159) Biedermann, Erinnerungen, S. 91.
- 160) Wurm, a. a. O., S. 129 f. und 79 ff.
- 161) Friedjung, a. a. O., I, S. 186 f.
- 162) Ebenda.
- 163) Wurm, a. a. O., S. 112; Jürgens, a. a. O., II, 2, S. 184.
- 164) Friedjung, a. a. O., I, S. 191 f.
- 165) Droysen, Aufsätze, S. 24.
- 166) Droysen, Briefwechsel, I, S. 483, zit. b. Gilbert, a. a. O., S. 114 (Brief vom 2. Dez. 1848).
- 167) Hübner, Aktenstücke und Aufzeichnungen, S. 822 und 823, zit. b. Gilbert, a. a. O., S. 101.
- 168) Rümelin, a. a. O., S. 204.
- 169) Zwiedineck-Südenhorst, a. a. O., II, S. 483 f.
- 170) Srbik, a. a. O., S. 371 f.
- 171) Biedermann, Erinnerungen, S. 252.
- 172) Ebenda S. 100.
- 173) Ebenda S. 91 ff. und S. 220.
- 174) Ebenda S. 252.
- 175) Jürgens, a. a. O., II, 2, S. 205.
- 176) Ebenda.

- 177) Rümelin, a. a. O., S. 199 ff.; Duncker, a. a. O., S. 80.
- 178) Arneth, Aus meinem Leben, I, S. 268.
- 179) Friedjung, a. a. O., I, S. 196.
- 180) Mohl, a. a. O., II, S. 82; vgl. vorn S. 102 f.
- 181) Jürgens, a. a. O., II, 2, S. 248.
- 182) Wichmann, a. a. O., S. 360.
- 183) Arneth, Schmerling, S. 312 f.
- 184) Ebenda S. 352.
- 185) Kretschmann, a. a. O., § 7; Jürgens, a. a. O., II, 2, S. 224; Sten. Ber. S. 5 935 und S. 5 867.
- 186) Wuttke, a. a. O., S. 84.
- 187) Jürgens, a. a. O., II, 2, S. 662.
- 188) Biedermann, Erinnerungen, S. 97.
- 189) Ebenda S. 107.
- 190) Laube, a. a. O., III, S. 386.
- 191) Haym, a. a. O., II, S. 350 f.
- 192) Jürgens, a. a. O., II, 2, S. 268 und 264 f.
- 193) Biedermann, Erinnerungen, S. 29.
- 194) Jürgens, a. a. O., II, 2, S. 278; Haym, a. a. O., II, S. 357.
- 195) Jürgens, a. a. O., II, 2, S. 268 und 264 f.
- 196) Arneth, Schmerling, S. 288 f.
- 197) Ebenda S. 289.
- 198) Laube, a. a. O., III, S. 315.
- 199) Biedermann, Erinnerungen, S. 97.
- 200) Wichmann, a. a. O., S. 342 f.
- 201) Friedjung, a. a. O., I, S. 189.
- 202) Biedermann, Erinnerungen, S. 102.
- 203) Jürgens, a. a. O., II, 2, S. 213, Anmerkung.
- 204) Jacoby, a. a. O., II, S. 94 f.; Jürgens, a. a. O., II, 2, S. 263.
- 205) Biedermann, Erinnerungen, S. 104 ff.
- 206) Ebenda S. 109.
- 207) Ebenda S. 111.
- 208) Ebenda S. 107 f.
- 209) Jürgens, a. a. O., II, 2, S. 326, Anmerkung.
- 210) Biedermann, Erinnerungen, S. 114 ff.
- 211) Jürgens, a. a. O., II, 2, S. 658.
- 212) Biedermann, Erinnerungen, S. 107.
- 213) Jacoby, a. a. O., II, S. 95.
- 214) Biedermann, Erinnerungen, S. 381 f.
- 215) Haym, a. a. O., III, S. 13.
- 216) Jürgens, a. a. O., II, 2, S. 226.
- 217) Haym, a. a. O., II, S. 323.
- 218) Ebenda S. 347.
- 219) Laube, a. a. O., III, S. 362.
- 220) Gilbert, a. a. O., S. 119, Anmerkung.

- 221) Sten. Ber. S. 6 793, zit. b. Bauer, a. a. O., S. 296.
- 222) Jürgens, a. a. O., II, 2, S. 264.
- 223) Srbik, a. a. O., S. 366.
- 224) Duckwitz, a. a. O., S. VI f. und S. XIII.
- 225) Jürgens, a. a. O., II, 2, S. 666.
- 226) Karl Biedermann, Das erste deutsche Parlament, Breslau 1898, S. 195 f.
- 227) Biedermann, Erinnerungen, S. 288 f.
- 228) Jürgens, a. a. O., I, S. X.
- 229) Wichmann, a. a. O., S. 304.
- 230) Ebenda S. VI.
- 231) Die Gegenwart, a. a. O., IX, S. 159.
- 232) Klüpfel, Die deutschen Einheitsbestrebungen in ihrem geschichtlichen Zusammenhang, S. 511 f.
- 233) Valentin, Die erste deutsche Nationalversammlung, S. 144.
- 234) Duckwitz, a. a. O., S. 83.
- 235) Valentin, a. a. O., S. 60.
- 236) Zit. b. Gilbert, a. a. O., S. 115.
- 237) Laube, a. a. O., III, S. 99 f.
- 238) Biedermann, Erinnerungen, S. 28.
- 239) Ebenda S. 263.
- 240) Ebenda S. 261.
- 241) Jürgens, a. a. O., II, 1, S. 326 f.
- 242) Mohl, a. a. O., II, S. 99.
- 243) Gilbert, a. a. O., S. 98.
- 244) Jürgens, a. a. O., I, S. X.
- 245) Duncker, a. a. O., S. 45.
- 246) Haym, a. a. O., II, S. 264.
- 247) Zwiedineck-Südenhorst, a. a. O., II, S. 481.
- 248) Laube, a. a. O., III, S. 356 ff.
- 249) Beseler, a. a. O., S. 86.
- 250) Friedjung, a. a. O., I, S. 180.
- 251) Rümelin, a. a. O., S. 205.
- 252) Biedermann, Erinnerungen, S. 287.
- 253) Wurm, a. a. O., S. 96 ff.
- 254) Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, II, S. 445.
- 255) Wurm, a. a. O., S. 77 und 102.
- 256) Biedermann, Erinnerungen, S. 240.
- 257) Jürgens, a. a. O., II, 2, S. 320 und I, S. 250.
- 258) Mohl, a. a. O., II, S. 91.
- 259) Zit. b. Rapp, a. a. O., S. 106.
- 260) Valentin, a. a. O., II, S. 113; Heinrich Ritter v. Srbik, Deutsche Einheit. Idee und Wirklichkeit vom Heiligen Reich bis Königgrätz, München 1935, II, S. 9 f.
- 261) Zit. b. Gilbert, a. a. O., S. 110.
- 262) Rümelin, a. a. O., S. VIII.

- 263) Sybel, a. a. O., I, S. 319.
- 264) Haufe, a. a. O., S. 191.
- 265) Laube, a. a. O., III, S. 231.
- 266) Vgl. Gilbert, a. a. O., S. 120.
- 267) Willy Andreas, Die Wandlungen des großdeutschen Gedankens, (Universität Heidelberg, Außerordentliche Reden, 1924), S. 24.
- 268) Sten. Ber., S. 4 573; zit. b. Schüssler, a. a. O., S. 56.
- 269) Biedermann, Erinnerungen, S. 196.
- 270) Ebenda S. 235.
- 271) Ebenda S. 214 f.
- 272) Ebenda S. 232.
- 273) Jürgens, a. a. O., I, S. IX.
- 274) Ebenda S. VI.

D 1 .H5 no.346



3 8198 311 855 181

Die Amerkauflichkeit : im Anci UI main
THE UNIVERSITY OF ILLINOIS AT CHICAGO

D 1 .H5 no.347



3 8198 311 855 207

Friedrich der Grosse und die I UI main
THE UNIVERSITY OF ILLINOIS AT CHICAGO

D 1 .H5 no.348



3 8198 311 855 231

Grossdeutsch oder Kleindeutsch UI main
THE UNIVERSITY OF ILLINOIS AT CHICAGO

D

1

H5

Historische Studien

no.346-348

